11.Jg. 2/90 6.- DM

35

SCHWARZER FADEN

Vierteljahresschrift für Lust und Freiheit



Nationalismus-Diskussion

Subsistenz contra Weltmarkt

Flüchtlingspolitik
Märzrevolution 1920



Inhalt – Nr.35

Titelphoto: Umbruch Bildarchiv Berlin

Editorial

Wie erhofft haben sich einige von Euch mit den Nationalismus-Thesen von Hans-Jürgen Degen auseinandergesetzt. Wir setzen diese wichtige Diskussion auch in der nächsten Nummer des SF weiter fort. Ein weiterer Beitrag, der auch auf die sprachliche Seite (»Vergewaltigungs-Vergleich«) eingeht, erreichte uns nach Redaktionsschluß dieser Nummer und konnte aus Platz- und Zeitgründen noch nicht berücksichtigt werden.

Während sich die deutsche Linke vor allem mit ihrer eigenen Zukunft auseinanderzusetzen scheint, – Radikale Linke oder deutschlandweite PDS oder doch lieber Abschied von der Partei und eine Neubelebung der Basisbewegungen? – wenden wir uns – ganz unbelastet von allen Organisationsfragen –Themen zu, die anscheinend kaum jemand interessieren.

Quer zum Zeitgeist beschäftigt uns in dieser Nummer vor allem der Nachweis, daß die »freie Marktwirtschaft« nun wirklich nicht das Zauberwort für eine freiere Gesellschaft sein kann. Auch wenn in der Linken – bis hin zu Anarchosyndikalisten (KAS in der UdSSR) – momentan diese Marktwirtschaft kaum noch in Frage gestellt wird, wenn immer mehr das Bewußtsein darüber verloren zu gehen scheint, daß es genau diese freie Marktwirtschaft ist, die das Erbe der (600-jährigen) Kolonisation angetreten hat, wollen wir verstärkt aufarbeiten, wie diese Marktwirtschaft den Hunger in der Welt erzeugt, die Flüchtlingsproblematik schafft und den Rassismus begünstigt. Da die Ostphantasien vom Nord-Süd-Konflikt ablenken, steht zu befürchten, daß sich die Situation der meisten Länder weiter unerträglich verschlechtern wird.

Da menschenwürdiges Überleben in der Mehrzahl dieser Länder nur gelingt, wenn die Mechanismen des Weltmarkts, des IWF etc. unterlaufen werden, beginnen wir deshalb in dieser Nummer mit einer Wiederbelebung der »Subsistenzdiskussion«, in deren Folge eine erneuerte »Industrialismuskritik« und eine Besinnung auf andere Wertvorstellungen stehen müßte, die die momentan so »siegreichen« kapitalistischen Wertvorstellungen weit hinter sich läßt.

In unserer Ausgabe 3/90 (September) wollen wir diese Richtung weiterverfolgen. Veronika Bennholdt-Thomsen wird den 2.Teil ihres Subsistenzansatzes vorstellen, parallel dazu wird Mumfords Systemkritik erläutert, wird die Flüchtlingsproblematik am Beispiel Lateinamerika erzählt und werden wir uns um Fragen des Rassismus und Antifaschismus kümmern. Weitere Beiträge zu dieser Diskussion sind willkommen.

Aber vorher feiern wir ein Fest! Kommt am 28.7. nach Karlsruhe!

Spenden

H.P.S., Bochum 10.-; R.S., Overath 25.-; D.H., Hamburg 5.-; H.G., Hildesheim 10.-; M.S., Münster 80.-; G.H., Berlin 10.-; T.M., Lübeck 10.-; xx, Frankfurt 50.-; M.B., Leonberg 10.-; K.W., Alsbach 7.-; K.S., Hadamar 10.-; K.H., München 10.-; P.S., Ovelsönne 5.-; B.B., Tübingen, 20.-; E.K., Kernen 10.-; R.R., Berlin 10.-; W.S.+M.W., Essen 80.-; A.K., Berlin 15.-; KPD, Essen 5.-; S.K., Erlangen 10.-; K.H., Hannover 30.-; Nato, Köln 50.-; M.G., Belgien 10.-; xx, Heidelberg 100.-; xy, Frankfurt 500.-.

Dauerspenden (monatliche Daueraufträge)

A.R., 10.-; E.T., 10.-; R.M., 20.-; B.P., 15.-; F.-J.M. 5.-; W.F. 10.-; N.H., 25.-; T.P., 10.-; V.S., 20.-; T.A., 15.-; M.R. 25.-; T.D.L., 30.-



Aufgelesen

»Heute ist jede Form von Utopie reaktionär.«

"Ob es in der Geschichte von Arbeiterbewegung und Marxismus nicht Ansätze gebe, welche neu zu überprüfen ihm als Kommunisten lohnend erscheinen könnte, will ich (= Redakteur der Südwestpresse, Anm. SF) wissen; den Stalin-Gegner Bucharin, beispielsweise oder die spanischen Anarcho-Syndikalisten, Antonio Gramsci vielleicht?
Gramsci scheint er zu überhören und antwortet:"
»Die Anarcho-Syndikalisten kenne ich nicht, und Bucharin war ein Kritiker innerhalb eines Systems, das es nicht mehr gibt. Was soll ich da überprüfen?«
Beide Zitate von Georg Fülberth, "Hoffnungsträger" (Modell 90er Jahre) der »Radikalen Linken«, Politik-Prof in Marburg, KONKRET und AK-Autor, dort als Ex-DKP, in der Südwestpresse als "DKP-Mitglied ist er geblieben" vorgestellt. Südwestpresse Tübingen, 19.3.90.

★

»Ausstellung des israelischen Malers Jona Mach in der Volksbank Losheim –Jona Mach wurde 1917 in Breslau geboren und 1935 von den Juden verjagt. Er kam dann ins damalige Palästina...«
Ein wohl nicht ganz zufälliger deutscher Satzfehler, der niemand rechtzeitig auffallen wollte? Amtliches Bekanntmachungsblatt der Stadt Wadern, 12.4.90

★

Das deutsche Fernsehen wurde nicht müde, zu betonen, daß sich das russische Fernsehen aus der 1.Mai-Demo ausgeblendet hatte und zeigte uns Bilder mit litauischen Fahnen. Was uns das deutsche Fernsehen vorenthielt, beschreibt die Stuttgarter Zeitung am 2.5.90:
»Sozialisten, Sozialdemokraten, Liberale und Christdemokraten gingen mit ihren Wahrzeichen im Plakat-, Fahnen- und Transparentwald fast unter. Das Feld beherrschte die Radikalopposition: mit ihrem Schwarz die Anarchisten, Schwarz-Rot die Anarcho-Syndikalisten, Weiß-Blau-Rot die russisch-konservative Rechte, dazwischen fast dominierend das Gelb-Grün-Rot der Litauer...«

★

"Die Beamten hätten sich »erfreulich ruhig« verhalten, keine Kessel gebildet, sondern mit Tränengas Distanz gegen die direkte Konfrontation gesetzt..."
Zur nahezu ausgebliebenen "Kreuzberger Randale" am 1.Mai Zitat von der "Hoffnungsträgerin" der alternativen Linken (Modell 80er Jahre) Renate Künast, AL-Fraktionsvorsitzende. Stuttgarter Zeitung, 3.5.90.

★

»Eine Revolution gab es hier nie.«

"die bevorstehende Regierungszeit der gewählten Präsidentin Violeta Chamorro (sei eine) Übergangsphase zum »authentischen Sozialismus«. Mit dem Amtsantritt der konservativen Staatschefin beginne die »demokratische Etappe der Revolution« als Vorstufe zur Machtergreifung der Kommunisten und einer »unerschütterlichen Diktatur des Proletariats«.
Beide Zitate von Eli Altamirano, KP-Chef Nicaraguas. Die KP beteiligte sich am konservativen Wahlbündnis gegen die Sandinisten. afp, zitiert nach: Argentinisches Tageblatt, 10.3.90

★

"In einem Brief des sowjetischen Präsidenten Michail Gorbatschow an Carlos Menem.werden die »philosophischen Übereinstimmungen«, die die Regierungen beider Länder einigen hervorgehoben.
Wer sich schon immer für Gorbis Philosophie interessiert hat, lese unseren Argentinien Artikel in dieser Nummer. Zit. nach Argentinisches Tageblatt, 24.3.90

Impressum

HERAUSGEBER: SF-Redaktion/Trotzdem-Verlag
V.i.S.d.P: Herby Sachs, Moosweg 165, 5090 Leverkusen; namentlich gezeichnete Beiträge stehen unter der Verantwortlichkeit der VerfasserInnen und geben nicht die Meinung der Herausgeber oder gar des presserechtlich Verantwortlichen wieder.
Mitarbeit: Der SF versucht eine Mischung aus aktuellen politischen Ereignissen, anarchistischer Diskussion, Aktualisierung libertärer Theorie, Aufarbeitung freiheitlicher Geschichte und Beiträgen, die sich mit Kulturkritik oder einer Kultur von unten befassen. Eingesandte Artikel sind erwünscht, speziell solche von AugenzeugInnen aktueller Ereignisse, die eine analytische Aufarbeitung versuchen. Leute, die regelmäßig bestimmte fremdsprachige Zeitschriften lesen, sollen uns dies mitteilen und uns Artikel zur Übersetzung vorschlagen. Allgemein bevorzugen wir namentlich oder von Gruppen gekennzeichnete Beiträge. Telefonische Vorabsprache von Beiträgen ist sinnvoll; Photos, Grafiken etc. sind erwünscht. Pseudonyme sind möglich, wenn der Redaktion die UrheberInnen bekannt sind, anonyme Zuschriften werden nicht mehr berücksichtigt!
"Neue Technologie": Wer selbst oder über Unis an Apple Macintosh Computer rankommt, kann uns die Artikel auf 3,5 Zoll-Disketten zuschicken. Sie sollten mit dem Textverarbeitungssystem Word 3.0 bearbeitet sein. DOS-5 1/4 Zoll-Disketten können ebenfalls an uns gesandt werden, wichtig dabei ist, daß ihr angebt, mit welchem Texterfassungsprogramm gearbeitet wurde, am einfachsten mit Word 3.0 oder Wordperfect. Für uns würde es erhebliche Arbeitserleichterungen bedeuten.
Endredaktion: Über einen Abdruck entscheiden MitarbeiterInnen der Redaktion; ein Anspruch auf Veröffentlichung besteht nicht. Honorare bleiben auch unsere Wunschvorstellung. Ausnahmen können wir machen, in dem wir gegen Vorabsprache z.B. die Unkosten für aufwendige Interviews mit Photos ersetzen.
Nachdrucke: sind gegen Quellenangabe und Belegexemplare und nach vorheriger Absprache mit der Redaktion erwünscht.
Knastfreiexemplare bleiben solange Eigentum des Verlags, bis sie den Gefangenen ausgehändigt sind. Eine "Zur-Habe-Nahme" ist keine Aushändigung!
Auflage: 3000 Exemplare; Verlag, Satz und Vertrieb: Trotzdem-Verlag, Grafenau; Druck und Weiterverarbeitung: Druckcooperative Karlsruhe.
Erscheinungsweise: vierteljährlich. Ungezeichnete Photos aus dem SF-Archiv.
Abonnementsgebühren: 20.- für 4 Nummern Bezahlung im voraus. Mit der letzten bezahlten Nummern erhalten Abonennten eine neue Rechnung für die nächsten 4 Nummern; wer nicht verlängern will, schicke uns eine kurze Nachricht. DDR-ABOs: nach wie vor gilt, daß wir auch Bücher im Gegenwert zu 20.-Mark nehmen. Speziell für die DDR sind noch WiederverkäuferInnen gesucht!!
Einzelnummer: 6.-DM
Sondernummer Arbeit: 5.-DM
Sondernummer Feminismus (erweiterte Neuauflage): 6.-DM
Sondernummer Nostalgie (SF Artikel aus Nr.0-12): 10.-DM
Förderabo: 50.-DM (8 Nummern)
Probepäckchen (3 alte Nummern nach Wahl): 10.-DM
WiederverkäuferInnenrabatt: 30%
SF-Aufkleber: @lle Menschen sind @usländer: 1.-DM, 10 St. zu 7.-DM
SF-Werbe-Aufkleber: Schwarzer Stern und Sektglas: gratis, 10 St. Spende.
SF-Konto: Postscheckamt Stuttgart, F.Kamann,
KtoNr. 574 63-703

Anzeigenpreise (alle Preise für s/w + 14% MWST!): 1 Kleinanzeige: 20.- viertel Spalte 6cm breit x 7cm hoch) 80.-DM; halbe Spalte (6cm breit x 13,5cm hoch) 150.-; ganze Spalte (6 x 27cm): 280.-DM; 1/8 Seite (8,5 x 6,5 cm) 100.-; 1/4 Seite (8,5 x 13,5cm) 200.-; 1/2 A-4-Seite: 400.-DM; 1 A-4-Seite: 1000.-DM. Dauerkunden erhalten 30% Rabatt!!

Redaktions- und ABOanschrift:
Schwarzer Faden, Postfach 1159, 7043 Grafenau-1,
Tel.: 07033/44273; ISSN: 0722-8988.
Zusätzliche lokale Redaktionskontakte:
Ulli, c/o Kulturverein Heddernheim, Alt-Eschersheim 42, 6000 Frankfurt-50
Herby Sachs, Moosweg 165, 5090 Leverkusen
Redaktionsschluß für Nr. 36 (3/90): 1.8.90
Anzeigenschluß Nr.35 : 17.8.90

Ein Deutschland, das sich selbst überflüssig macht!

Anarchistischer Redebeitrag im Rahmen der antinationalen Demonstration in Frankfurt am 12.5.1990

von Susanne Schröter und Michael Wilk
für die anarchistischen Gruppen im Rhein-Main Gebiet

Das deutsche Volk begehrt Selbstbestimmung! Sein gutes Recht, so soll uns weisgemacht werden. Schließlich fordern viele Völker Selbstbestimmung und die Unterstützung dieser Forderung galt in der westdeutschen Linken jahrzehntelang als heilige revolutionäre Verpflichtung.

Doch, was begehrt das deutsche Volk selbst zu bestimmen? Die Organisierung der Arbeit, die Vergabe des Wohnraums, die Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums? Leider weit gefehlt.

Das deutsche Volk begehrt selbst zu bestimmen, wer seine Herren seien, wer ihm Arbeitstempo, Löhne und Mietpreise diktiert., seine Selbstbestimmung selbstbestimmt abzugeben. Und darin hat es Übung.

Der Begriff »Deutschland« gilt den Völkern der Welt nicht als Synonym für revolutionäre Umtriebe. Eigenständigkeit des Denkens ist keine deutsche Tugend. Speichelleckerei und Kadavergehorsam schon eher. Der deutsche »Herrenmensch«, buckelnd nach oben und nach unten tretend, bestimmte den Gang der deutschen Geschichte vom wilhelminischen Kaiserreich bis heute. Und so ist denn der Begriff »Deutschland« den Völkern der Welt eher vertraut als militaristisch preußischer Obrigkeitsstaat, am Leben erhalten durch die Sklavenarbeit der Menschen in den Kolonien und die Auspressung der deutschen ArbeiterInnen bis zum letzten.

Er ist untrennbar verbunden mit der Völkermordpraxis des Nationalsozialismus und mit tief verwurzeltem Rassismus. Der Begriff »Deutschland« bedeutet in seiner historischen Dimension immer wiederkehrende imperialistische Aggression und Versklavung der Völker. Nach dem Ende des 2.Weltkriegs galt der westliche teil Deutschlands als sicherer Garant faschistischer und rassistischer Diktaturen. Deutsche Waffen und deutsches Geld mordeten in aller Welt, wo sich mit dem Mord Geld verdienen ließ – in Chile, in Südafrika, im Irak.

Wir erleben momentan eine grundlegende Veränderung des Machtgefüges in Europa und in der Welt. Der Aufkauf der DDR durch westdeutsches Kapital stabilisiert und potenziert die Spitzenstellung deutscher Firmen in der kapitalistischen Aufschlüsselung des zerbröselnden Ostblocks.

Die europäischen Großraumplanungen der Nazis werden nun, mit 40jähriger Verspätung, durchgesetzt.

Der mörderische Generalplan Ost der faschistischen Strategen wird mit ökonomischen Mitteln nachgeholt. Exemplarisch für die Pläne der Wirtschaftsstrategien stehen Pläne des ehemaligen Vorständlers der Deutschen Bank Christians, im Raum Kaliningrad eine Wirtschaftssonderzone zu errichten. Eine Freihandelszone, in der Joint-Venture Unternehmen Vor- und Fertigungsprodukte in die EG exportieren sollen. Dies kombiniert mit dem in bester NS-Tradition stehenden Plan Rußland- und Wolga-Deutsche in dieses (O-Ton) »völlig versteppte Gebiet umzusiedeln«. Damit könnte »ein Reservoir gut ausgebildeter und arbeitswilliger Deutschstämmiger« dort gebunden werden. Dies sei dem (O-Ton) »russischen Immobilismus – der ja eine Veranlagung zum Phlegma hat« allemal vorzuziehen.

Und so wie Großdeutschland seine Führungsstellung im Osten ausbaut, so behauptet es seine Vormachtstellung in der Festung Europa. Die Existenz von Billiglohnländern im Osten sowie im Südwesten macht die Absicherung des »urdeutschen Lebensraums« notwendig. Rassistische Ausländergesetze sind der staatliche Pendant zum nationalchauvinistischen Taumel, der wieder einmal verschleiert, was uns hier erwartet: Europa als Paradies der Multis und Banken, ein Paradies der Mächtigen und ihres angepaßten Gefolges der Politiker, der Sozialstrategen und Menschenverwalter. Beispielhaft in einer Stadt wie dieser, wo hinter der multikulturellen Fassade eines Daniel Cohn-Bendit – von der Banken Gnade – diese widerliche Suppe aus Rassismus und wirtschaftlichen Omnipotenzgefühlen, aus Sexismus und Juppitum gekocht wird.

Und wie Deutschland eine lange Tradition des Rassismus und der Ausbeutung von Menschen des eigenen Volkes und anderer Völker besitzt, so besitzt es auch eine lange Tradition des Sexismus und der besonderen Ausbeutung der Frauen. Das deutsche Reicht nährte sich von der Arbeit der Frauen der besitzlosen Klassen. So schufteten sich Arbeiterinnen und Heimarbeiterinnen für Hungerlöhne zu Tode und zogen nebenbei Söhne auf für die großen vaterländischen Kriege. Sie reproduzierten ihre Ehemänner und waren der Gewalt ausgesetzt, die diese nicht gegen ihre Herren zu richten wagten.

Sie sahen ihre Kinder, kaum geboren, an Hunger und Entkräftung sterben, aber Abtreibungen wurden schwer bestraft. Abertausende Frauen verbluteten in der deutschen Geschichte auf dem Tisch von Kurpfuschern und Engelmacherinnen.

Die Frauen der besitzenden Schichten, von ihrer Männer Reichtum profitierend, büßten ihren privilegierten Status mit einem Leben in gesellschaftlicher Unmündigkeit, das die Männer ihrer Klasse mit dem von Kindern verglichen. Mit dem Hinweis auf ihre körperliche und geistige Minderwertigkeit wurde ihnen jahrzehntelang Ausbildung und beruf verweigert.

Im Nationalsozialismus wurden Frauen zu Zuchtkühen erbgesunden Nachwuchses – oder zwangssterilisiert.

Frauen haben diese Verhältnisse mitgetragen als Hüterinnen patriarchaler Doppelmoral, als weiße Kolonisatorinnen und KZ-Wächterinnen. Sie haben sie erlitten, vergewaltigt und ermordet als unbekannte Opfer des »unbekannten Soldaten«, als ausgeblutete Arbeiterinnen und halbverhungerte Mütter rachitischer und schwindsüchtiger Kinder. Aber sie haben auch Widerstand geleistet: in der

Frauenbewegung, für das recht, über den eigenen Körper zu bestimmen, in der Arbeiterinnen-Bewegung gegen unmenschliche Arbeitsbedingungen und als Partisaninnen gegen die SS.

Heute sind Frauen Verschiebemasse in der kapitalistischen Logik der Profitmaximierung. In der Metropole Reservearmee, Teilzeitarbeiterin ohne soziale Absicherung, fast immer schlechter bezahlt als Männer, dafür aber doppelt und dreifach belastet durch Haushalt und Kindererziehung, werden Frauen in den Ländern des Trikont in Weltmarktfabriken zur Produktion metropolitaner Luxusgüter und in Bordellen vernutzt.

In der BRD werden mit Frauenkörpern fast alle waren »an den Mann« gebracht und Frauenkörper zur direkten Verfügung einzelner deutscher Männer werden dort eingekauft, wo sie billig sind: in den Ländern, in denen internationales und nicht zuletzt deutsches Kapital die ökonomischen Strukturen so weit zerstörte, daß Frauen oft keine andere Wahl bleibt, als auch ihre Körper auf dem Weltmarkt als Ware anzubieten.

Frauen werden noch immer unterschieden in Ehefrauen und Huren, abhängig gehalten im Haus und in der Porno-Industrie vermarktet. Eine Entwicklung, die jetzt auch den DDR-Frauen, die bis jetzt »nur« der Doppelbelastung als Produzentin und Reproduzentin ausgesetzt waren, droht, und die bereits in vollem Gange ist. Von der zu erwartenden Arbeitslosigkeit werden vor allem Frauen betroffen sein und der Run der DDR-Männer auf die Produkte westdeutscher Porno-Hersteller hat schon begonnen.

Sexismus und Rassismus gehören zu den wichtigsten Standbeinen Deutschlands – hier gilt es, die Säge anzusetzen.

Sehen wir, was sich hinter der Parole der neu-deutschen Chauvinisten wirklich verbirgt:

Deutschland, einig Vaterland – das bedeutet kleingeistiger Nationalismus, Rassismus in langer Tradition, Festschreibung der Frauenrolle auf die des Heimchens am Herde und der Gebärerin arischer Mannen.

Deutschland, einig Vaterland – ist eine Kampfparole, gerichtet gegen alle, die dem Chauvinismus, der Stiefelleckerei, dem Scheuklappendenken und dem Patriarchat nichts abgewinnen können. Nehmen wir den Kampf auf gegen das Deutschland der deutschen Patrioten.

Gegen alte und neue Faschisten, gegen Pornographen und Biertischsexisten, gegen Bonzen und Bullen, gegen Militaristen und Rassisten.

Verbünden wir uns mit den Kräften, die ein anderes Deutschland symbolisieren. Ein Deutschland, das sich selbst überflüssig macht. Mit den Menschen, die sich den Kopf freihalten von dem nationalistischen Brei, der zur Zeit die Hirne überschwemmt; mit Menschen, die ihre Lage erkannt haben und sich selbst organisieren für ihre eigenen Interessen, statt sich organisieren zu lassen. Mit den Frauen, die die streikenden Arbeiterinnen in Südkorea auf so wirkungsvolle Weise unterstützt haben, mit den Menschen aus der Anti-AKW-Bewegung, mit den gefangenen, die sich in den Knästen organisieren. Mit all denen, die die Herrschaft des Menschen über den Menschen brechen werden.

Zur auf dieser Demonstration erhobenen Forderung nach zwei deutschen Staaten stellen wir fest, daß das nicht den Kern des Problems trifft. Als AnarchistInnen lehnen wir jeden Staat als Herrschaftsträger ab – egal, ob er uns in der Kultur preußischen Stechschritts staatssozialistisch entgegentritt, oder mit der schillernden Vielfalt der kapitalistischen Ellenbogengesellschaft, einer Gesellschaft, deren relativer Wohlstand für einige zum Hirn- und Herzenverkleisternden Herrschaftsinstrument wird.

Ein kritisches Wort zur Linken: das meiste von dem obskuren ideologischen Gewaber, das mit sehr gutem Willen als westdeutsche Linke zu bezeichnen wäre, hat es seit Jahren vermieden, sich mit den Staaten des Ostblocks kritisch auseinanderzusetzen. Der mehr oder weniger heftige Widerstand gegen den Kapitalismus trübte wohl vielen den Blick auf die Verhältnisse in den staatssozialistischen Ländern. Dieses Nichtbefassen und die oft falsche Solidarität kommen jetzt teuer zu stehen.

Die verbreitete Fassungslosigkeit und die Hilflosigkeit gegenüber den Veränderungen in SU, Polen, der DDR, Rumänien und Ungarn ist eine Konsequenz davon. Am Beispiel der DDR wird klar, wie unter der staatssozialistischen Käseglocke genau der Chauvinismus weiterlebte, der sich jetzt beispielsweise gegen VietnamesInnen entlädt.

Ein Machtgefüge, das jedwede Entwicklung eines Menschen zum freien denken und Handeln als Gefahr für das ausgerufene Dogma des Staatssozialismus begreift und hinter dessen platten Phrasen vom »Wohlstand für alle« nun denjenigen Zugang zu den staatseigenen Fleischtöpfen verschafft wurde, die in Partei und Staatsapparat kriecherisch und widerspruchslos ihre Funktion erfüllten – ein solches System erzieht zur Anpassung und Autoritätshörigkeit, nicht aber zum eigenständigen Handeln, im Sinne einer echten Selbstbestimmung.

Insofern ist Auseinandersetzung mit den autoritären Strängen im Marxismus und mit den Zwangshierarchien in leninistischen Organisationsmodellen Voraussetzung zur Entwicklung glaubwürdiger Alternativen.

Wir haben in unserem Redebeitrag ein sehr düsteres Bild vom momentanen Deutschland gezeichnet. Es gibt jedoch eine große Menge Beispiele, die für Kontinuität des Widerstandes gegen den Obrigkeitsstaat stehen. Wir werden versuchen, an diese Tradition anzuknüpfen. Wir werden ihnen ihre reaktionäre Suppe versalzen. Wir haben Probleme mit Staat und Obrigkeit – wir werden dafür sorgen, daß auch der Staat und die Obrigkeit Probleme mit uns haben werden.

Wie die fehlenden Bananen der Macht zum Verhängnis wurden

Nachfolgenden Auszug entnehmen wir dem Buch **»Ich liebe euch doch alle...« Befehle und Lageberichte des MfS; Januar – November 1989.** Erschienen im *Verlag BasisDruck Ost-Berlin 1990. ISBN: 3-86163-001-X.* Im Auftrag des Runden Tisches recherchierten die Historiker *Armin Mitter* und *Stefan Wolle* in der Stasi-Zentrale in der Berliner Normannenstraße. Ihre Veröffentlichung von Stasi-Berichten über Demos (Karl Liebknecht-Rosa Luxemburg-Demo z.B.), oppositionelle Zusammenschlüße oder die Reaktionen auf die Ereignisse in China durchbricht – neben aller Brisanz – auch ein ungeschriebenes Gesetz, an das sich selbst im »freien Westen« niemand herantraut: sie veröffentlichten Akten, unmittelbar nachdem diese angelegt wurden anstatt 50-70 Jahre brav abzuwarten, bis sie historische Patina angesetzt haben und niemand mehr direkt angehen. Besonders interessant sind dabei die Akten der ZAIG (Zentrale Auswertungs- und Informationsgruppe), bei der zahllose Berichte aus dem ganzen Land zusammenflossen. Vermutlich entschied der Stasi-Minister Mielke, welche Informationen davon Honecker vorgelegt wurden, und vermutlich besorgte er dies selbst. Wir haben deshalb eine Situation aus dem Buch ausgewählt, in der sämtliche Stasi-Oberste aus den Bezirken bei Mielke vorreiten mußten (wir beginnen mit dem Berliner Hähnel), um ihm ein Bild über die Aktionen gegen Oppositionsgruppen und über die Fluchtwelle nach Ungarn und ihre Auswirkungen vor Ort zu ermöglichen.

SF-Redaktion

»Das ist die Frage der Macht«

vom Ministerium für Staatssicherheit, 31.8.89 (Auszug)

Genosse Generalmajor Hähnel: ... Ich hatte die Gelegenheit, auf der Grundlage Ihrer zentralen Information, Genosse Minister *(Mielke, SF-Red.)*, und der von uns daraus formulierten Information für den Genossen Günther Schabowski, vor allen Kreissekretären Berlins und dem Sekretär der Bezirksleitung – die Sitzung wurde vom Genossen Helmut Müller persönlich geleitet – die Möglichkeit, den Genossen konkrete Hinweise über die Lage zu geben, sowohl was die Gruppierungen anbetrifft, ihre Aktivitäten, Absichten und Ziele, als auch die Druckmaterialien, und über unsere Arbeit zur Eindämmung und Verhinderung der Herstellung und Verbreitung solchen Materials. Ich glaube, diese Beratung war sehr nützlich. Aus allen Kreissekretariaten sind Bemühungen erkennbar. Wir haben außerdem noch den Kreissekretären konkrete Personen und Materialien über die Gruppierungen gegeben, soweit es ihre Kreise betrifft, damit man wirklich in der Lage ist, am Mann und am Gegenstand zu arbeiten.

Genosse Minister: Ich möchte wissen wie die Auswirkungen sind?

Genosse Generalmajor Hähnel: Genosse Minister, die Zeit ist natürlich relativ kurz gewesen, in der sich das vollzogen hat, das war etwa im Juni.

Genosse Minister: Im Juni haben wir das schon gegeben. Bis Ende Juni, Anfang Juli sollte es übergeben werden. Juli, August – 2 Monate; da müßte sich doch irgendetwas tun oder müßte etwas sichtbar werden, was man einschätzen kann. Ist die Partei mobilisiert? Ich will nicht hören »der Erste Kreissekretär hat es entgegengenommen«, aber sind nun die Genossen informiert und wie stellen sie sich dazu. Die Hauptfrage ist die Aktivität der Avantgarde der Partei.

Genosse Generalmajor Hähnel: Wir schätzen, daß das natürlich noch nicht die genügende Breite erreicht hat, die wir uns erhoffen.

Genosse Minister: Ist es denn wesentlich?

Genosse Generalmajor Hähnel: Sagen wir ganz ehrlich. Wir hatten vorher eine Arbeitsgruppe, die heute noch existiert, wo die wichtigsten Abteilungsleiter in der BL zusammengefaßt sind und wo wir Genossen, die in den gesellschaftlichen Bereichen arbeiten, wo sie Rechenschaft ablegen, Aufträge entgegennehmen und da hat sich in verschiedenen Gruppierungen – wie z.B. Umweltbibliothek, jetzt beginnt man mit der Gruppierung »Arche« – schon etwas getan. Es sind sichtbare Auseinandersetzungen geführt worden. Ich kann aber jetzt unter dem Strich über mögliche Wenden und Erfolge beim besten Willen noch keine objektive Erklärung abgeben. Da muß man wirklich noch etwas Geduld haben, aber wir nehmen an, daß etwas in Bewegung gekommen ist durch unsere Information. Auf jeden Fall ist sie mit offenen Ohren aufgenommen worden.

Genosse Minister: Und wie ist es in den Betrieben, wie sieht es in den Betrieben aus, wie ist die Stimmung?

Genosse Generalmajor Hähnel: Das ist natürlich eine ganz komplizierte Frage, Genosse Minister, im Augenblick.

Genosse Minister: Das ist eine sehr einfache Frage. Das ist die Frage der Macht, weiter nichts.

Genosse Generalmajor Hähnel: Hauptschwerpunkt der Stimmung in der Bevölkerung sind die Vorgänge mit dem ungesetzlichen Verlassen über die Volksrepublik Ungarn und die Besetzung der diplomatischen Vertretung durch Bürger unseres Landes. Viele Stimmen ehrlicher Besorgnis kommen hoch, die da sagen, was gedenkt die Führung des Staates zu unternehmen, um dieser Sache Einhalt zu gebeiten. Man befürwortet vom Grund her ganz konkret und in vielen Stimmen unsere Haltung zu den Besetzungen in den Vertretungen, bejaht diese Haltung, sagt aber, die Inkonsequenz bestünde darin, daß man zwar Straffreiheit garantiert, das wird befürwortet, man aber diese Leute dann doch über kurz oder lang aus der Staatsbürgerschaft entläßt. Das ermutigt immer wieder Bürger zu solchen Handlungen, und solche Stimmen gibt es auch im Apparat Inneres, die sich ja mit den Kräften bei Genehmigungsangelegenheiten auseinanderzusetzen haben.

Genosse Minister: Wie ist denn also, wenn Du das so sagst, was könnten denn die Mitarbeiter, Kollegen oder wie ich sie nennen will, oder Genossen tun, um darauf einzuwirken, daß es sich nicht wiederholt die Sache?

Genosse Generalmajor Hähnel: Das ist eine komplizierte und schwierige Frage, Genosse Minister.

Genosse Minister: Das ist die Hauptfrage.

Genosse Generalmajor Hähnel: Ich muß Ihnen sagen, so objektiv wie sich das Bild abzeichnet, leider hört ein großer Teil der Bevölkerung die Mediennachrichten der Westsender bzw. ist davon beeinflußt; glaubt man leider auch den Motiven, die in Interviews die DDR-Bürger gegenüber dem Feind äußern, und die Auseinandersetzung ist sehr hart. Aber es gibt sogar bis zur Toleranzschwelle Meinungen unter der Bevölkerung, die sagen, na gut, also die Gründe, die der Mann angab für seine Handlungsweise, erscheinen uns verständlich angesichts bestimmter Mängel, die wir selber im Alltag feststellen. Natürlich bemüht sich die Parteiorganisation intensiv dagegenzuhalten. Das ist unbestritten, und ich muß der Berliner Parteiorganisation hier wirklich eine Menge Aktivitäten nachsagen, aber das wird wahrscheinlich nicht erschöpfend sein. Und was wir auch feststellen, ist, daß wir zu wenig in der Agitation offensiv vorgehen und mit unseren positiven Pfunden wuchern. Also für die ganzen sozialpolitischen Maßnahmen, unsere Ergebnisse auf dem Wohnungsbau, ökonomische Ergebnisse, die sich wirklich sehen lassen können. Die werden ungenügend gewürdigt aber auch z.T. als selbstverständlich angesehen von der Bevölkerung.

Genosse Minister: Warum, also sie anerkennen die Vorzüge des Sozialismus und alles, was der Sozialismus bietet an Vorzügen, aber trotzdem wollen sie dann weg, weil das betrachten sie als Selbstverständlichkeit und gehen darüber hinweg und kommen dann mit allen möglichen anderen Gründen, die sie vorschieben; deshalb wollen sie weg. Wie ist da die Auswirkung, wie sind da die Auswirkungen unserer Arbeit? Ich meine nicht unserer Staatssicherheit bloß, sondern die politische Einwirkung. Wir wollen ja hier etwas finden und wollen suchen und finden, was wir vorschlagen können, was noch verbessert werden muß.

[Wir blenden uns hier kurz aus, lassen den ratlosen Stasi-Minister Mielke einmal verschnaufen und belauschen die Konferenz an späterer Stelle, als es um Dresden geht und Partei und Stasi mit ihrer Überwachungs- und Propagandapolitik erneut gegenüber der »Politik der Medien« macht- und ratlos scheinen; SF-Red.]

Genosse Oberst Anders *(Dresden)*: Eine Bemerkung möchte ich noch tun. Bei uns gibt es gegenwärtig ein Drittel der Stadt, das durch Privatinitiativen fernsehmäßig verkabelt wurde und damit das Satellitenfernsehen sieht. Zwei Drittel sehen es nicht, und das führt frühmorgens in der Stadt, in den Betrieben natürlich zu vielen Diskussionen, wo dann die, die es nicht sehen, immer die Frage stellen, was ist denn nun, wer hat denn nun recht, oder was hast du nun für Argumente, und der andere zweifelt an diesen oder jenen Erscheinungen. Damit müssen wir uns auch politisch schneller in der Öffentlichkeit auseinandersetzen. Das ist auch die Orientierung, die der 1. Bezirkssekretär dort

erneut gegeben hat. Wir selber haben dazu konkrete Festlegungen getroffen, um in politischer Hinsicht unsere Genossen so auszurichten, daß sie nicht nur über das reden, was auf einem anderen Kanal kommt, sondern über die Dinge, die auch durch uns in der Presse, wie jetzt in der »Jungen Welt«, oder auch in örtlichen Kommentaren sichtbar wurden.

Genosse Minister: Aber bis dahin hatten sie überhaupt keinen Empfang, einen ganz schwachen Empfang?

Genosse Oberst Anders: Wir hatten in Dresden keinen, nur auf ein paar Höhenzügen, wo das von Berlin aus zu empfangen war.

Genosse Minister: Nun habt Ihr einen besseren Empfang, einen normalen. Das muß man auch mal sehen. Der Sozialismus ist so gut; da verlangen sie immer mehr und mehr. So ist die Sache. Ich denke immer daran, als wir erlebten, ich konnte auch keine Bananen essen und kaufen, nicht, weil es keine gab, sondern weil wir kein Geld hatten, sie zu kaufen. Ich meine, das soll man nicht so schlechthin nehmen; das soll man ideologisch nehmen, die Einwirkung auf die Menschen.

[Wir springen erneut, beim Bericht des Stasi-Verantwortlichen von Gera kommt Mielke erstmals eine Vorahnung; SF]

Genosse Minister: Wie schätzt Ihr die Gesamtlage ein?

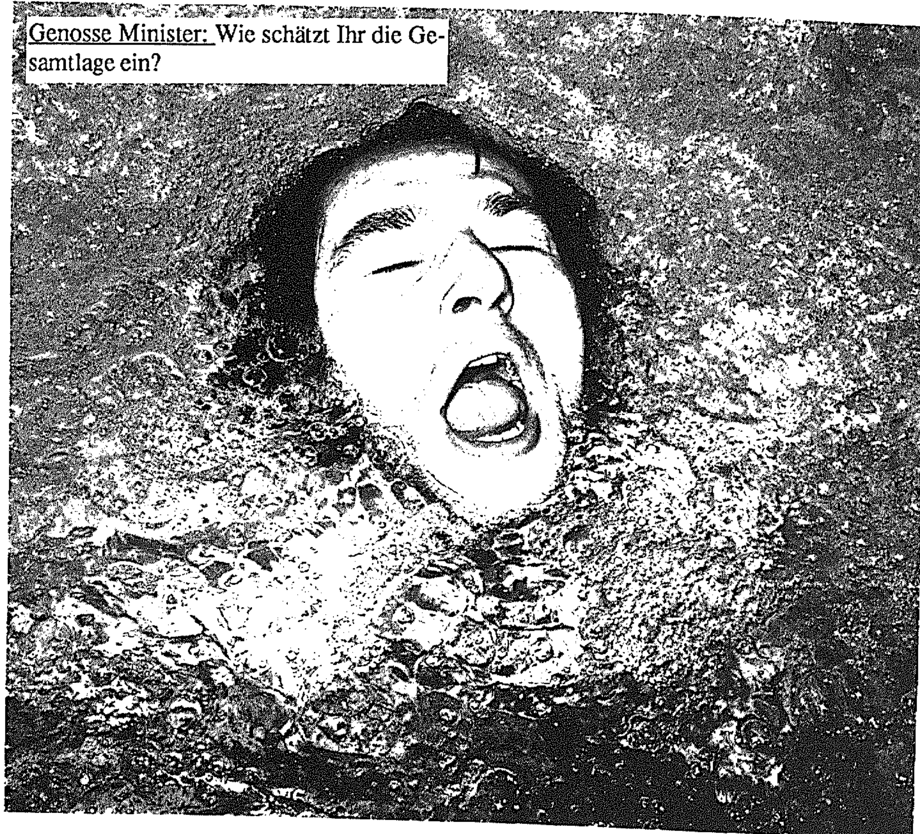


Foto: Langer

Genosse Oberst Dangriess: Genosse Minister, ich würde sagen stabil. Aber diese Tendenzen im gesamten Diskussionsgeschenen, die da betreffen die Ungarnprobleme, die maßgeblichen Verbleiber, die hohe Zahl der Verbleiber, das stimmt einerseits doch viele auch progressive Kräfte nachdenklich, vor allem auch im Hinblick auf die Konsequenzen.

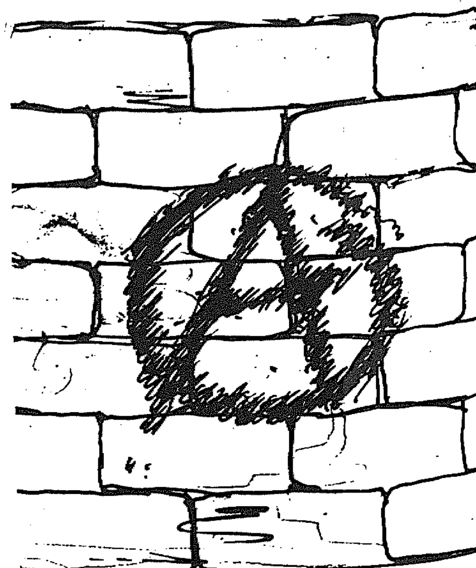
Genosse Minister: Ist es so, daß morgen der 17. Juni ausbricht?

Genosse Oberst Dangriess: Der ist morgen nicht, der wird nicht stattfinden, dafür sind wir ja auch da.

Genosse Minister: Du verstehst den Sinn?

Genosse Oberst Dangriess: Ja, ich verstehe.

[Nachdem Stasi-Oberst für Stasi-Oberst, Bezirk für Bezirk, Bericht erstattet und trotz gewundener Rede die Lage als »im Griff« bezeichnet hatte, kam Mielke zu folgender »Zwischen-Einschätzung«, wie er meinte, weil er dazu von seinen Mitarbeitern provoziert worden sei; danach ließ er die Berichterstattung weitergehen; SF-Red.]



Genosse Minister: Ich will mich noch einmal korrigieren. Wir wissen, daß eine Unterbesetzung ist, und das wurde bis in die höchste Spitze gemeldet. Ich will Euch nicht die Antwort sagen. Jedenfalls ist das eine Personalfrage. Arbeitskräftefrage, in der Republik. Die weggehen, das ist ein Arbeitskräfteverlust, auch wenn sie nicht immer einen solchen Umfang, eine so wertvolle Arbeit gemacht haben. Der größte Teil schätzt das nicht falsch ein, ich greife jetzt vor, der größte Teil, der für uns empfindlich wird, ist der, der bei Besuchsreisen und auf andere Weise wegbleibt. Da bleiben Spezialisten weg. Ein großer Teil derer, die jetzt weggehen, sind große Drecksäcke. Das ist wirklich so. Ich übertreibe vielleicht etwas damit. Aber trotzdem ist ein Unterschied. Die Anzahl, die da weggeht, das ist empfindlich. Auch wenn es so miese Säcke sind, die da weggehen, bleibt die Tatsache, daß Arbeitskräfte weggehen. Und nun müßten 1000 Mann für die Abteilung Inneres gegeben werden, damit sie die Arbeitskräfte haben, um mehr als 15 Minuten Zeit *[für eine/n AntragstellerIn auf Ausreise, SF-Red.]* zu haben, um mit jemanden zu verhandeln. Darin besteht überhaupt die Kunst. Viele sagen, es ist schlecht die Versorgung. Warum? Jetzt gibt es keine Bananen oder der eine hat das nicht und jenes nicht. Und da wird immer von den einzelnen Dingen die Gesamtlage eingeschätzt. So kann man nicht herangehen. Nichtwahr Genossen, so kann man nicht herangehen. Denn viele wissen gar nicht die Hintergründe. Wissen manche nicht, daß die Ursachen vielleicht ganz anderer Art sind, die nicht immer ausgesprochen sind. Ich will sagen, Genossen, verfolgt Ihr die Zeitung, welche grundsätzlichen Artikel geschrieben werden? Und was steht jetzt? Jetzt ist die Frage, das durchzuführen, was in den Artikeln drinsteht. Das ist die Kunst. Ob Ihr jetzt nehmt den Reinhold, den Nick, den Schneider; hier steht die Wahrheit drin – führende Rolle der Partei, objektive Notwendigkeit, entscheidende Frage, ohne dem ist überhaupt nichts zu machen.







Wer bezahlt den Anschluß?

oder

Die gezielte "Blauäugigkeit" deutscher Politiker

von Wolfgang Haug

Die Deutschtümmelei verhilft nicht nur Kohl zu neuen Chancen Bundeskanzler zu bleiben, sie bringt nicht nur die Rechtsradikalen in Argumentationsschwierigkeiten (die REPs spalten sich und entlassen Schönhuber, die DVU mit ihrer »Nationalzeitung« steht gar kurz vor einer Wahlempfehlung für die CDU!), sie verhindert, – und das scheint mit das Wichtigste –, daß kritische Fragen beantwortet werden.

Gestellt werden dürfen sie noch. So kann von der Bundesbank bis zum Steuerzahler Mustermann jeder laut darüber nachsinnen, was die Vereinigung denn wohl kosten möge; allein beantwortet werden solche "materialistischen Ansinnen" nicht. Schließlich geht es um Höheres, die deutsche Einheit eben.

Augenwischerei

Wird doch mal eine Antwort entlockt, ist sie wenig tiefschürfend, dafür umso aufrechter: »Die deutsche Einheit ist nicht zum Nulltarif zu haben!« und »Für die deutsche Einheit darf nichts zu teuer sein!« oder »Wann, wenn nicht jetzt, in diesen Zeiten der Prosperität, könnten wir uns denn die Wiedervereinigung leisten?«

Fast schon Durchhalteparolen. Aber die Angst vor wachsender Unzufriedenheit bleibt den »historischen Politikern« (das Historische läßt sich besonders leicht an Kohl und Hausmann verifizieren, wenn sie – ganz staatsmännisch – ihre Hälse recken, die Krawatte straff ziehen und Papiere vor sich ausbreiten):

Deshalb beschwichtigen sie: »Steuererhöhungen stehen nicht zur Debatte.« und »Eine Inflation wird es nicht geben.«

Manchmal klingt es blauäugig: »Dieses Kapital, das vor allem privates Kapital sein muß, wird von selber fließen«

oder hoffnungsfroh beschwörend: »Es kann ein 2.Wirtschaftswunder geben.«

Floskeln über Floskeln, aber keine Antworten. Unter allen Sprachhülsen war eine von Lothar Späth doch wenigstens erhellend: »Wenn wir 1945, auf Trümmern sitzend, ausgerechnet hätten, was das alles kosten würde, hätten wir auch gesagt, das geht alles nicht.«

Photos: Sebastian Hennig, Häuser in Meißen und Radebeul 1989

Darin steckt Wahrheit. Damals mußten und durften die Deutschen nichts ausrechnen; diesen undankbaren Job übernahmen die Amerikaner und finanzierten den Marshall-Plan. Und einen zweiten Marshall-Plan wird es nicht geben; da ihn die Bundesrepublik selbst finanzieren müßte; so bleibt eigentlich nur die Schlußfolgerung: »geht alles nicht«.

Gemacht wird es trotzdem, also was wird es *wenigstens* kosten? Die 125 Milliarden aus dem durch Einnahmen nicht gedeckten Sonderfonds Waigels, verteilt auf mehrere Jahre?

Direkte Übernahmekosten

Die Währungsunion ermöglicht den DDR-Betrieben ihre Schulden 1:2 zu tauschen. Damit fehlen der DDR-Staatsbank Gelder, die sie als "Haben" verbucht hatte. Andererseits muß sie Bargeld und Sparguthaben 1:1 tauschen, so daß die "Schulden" keinesfalls einfach gestrichen werden können. Den Fehlbetrag von ca. 22 Milliarden DM muß die Bundesregierung als Ausgleichszahlung übernehmen.

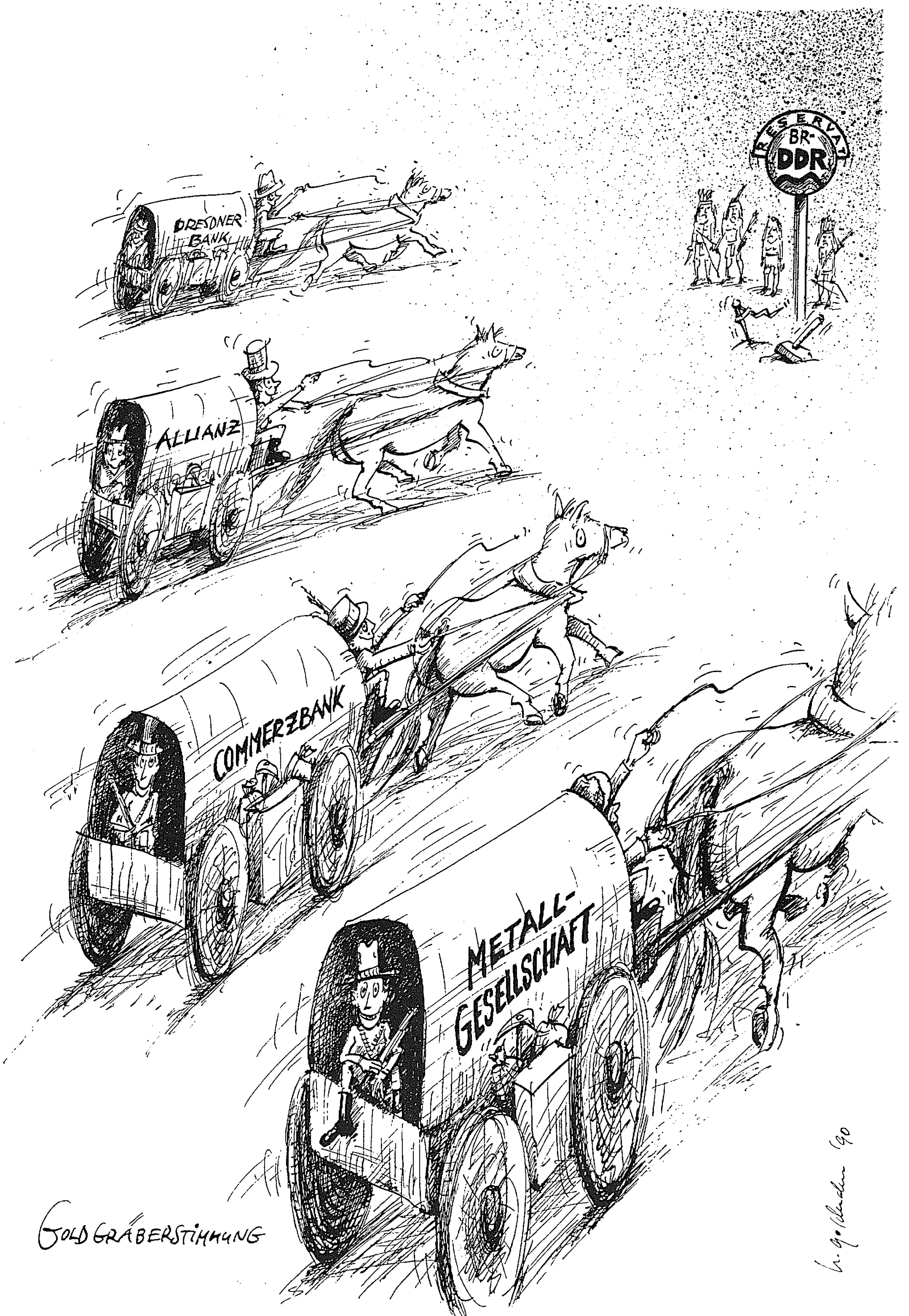
Dieses Geld ist nicht verfügbar, so daß sich die Schulden der BRD von über 600 Milliarden auf zumindest 622 Milliarden erhöhen werden, was einer zusätzlichen jährlichen Zinsbelastung von ca. 1,7 - 2 Milliarden DM entspricht, – vorausgesetzt die Kreditzinsen steigen nicht übermäßig an!

Dasselbe gilt für die Auslandschulden der DDR von ca. 48 Milliarden DM. (Wir addieren und kommen jetzt auf 670 Milliarden Schulden und weitere 4 Milliarden jährliche Zinsen.)

Das Staatsbudget

Bislang trugen die staatseigenen Betriebe in der DDR die Hauptlast der Staatsfinanzierung. Nach der Wirtschaftsunion fallen diese Zahlungen nahezu vollständig weg. Die bundesdeutsche Besteuerung wird eingeführt, nach der die Betriebe erst dann zur Kasse gebeten werden, wenn sie Gewinne machen. Bei dem Modernisierungzwang, dem sich die DDR-Wirtschaft ausgesetzt sieht, dürfte von Gewinnen in den nächsten 5 Jahren also keine Rede sein. Das Staatsbudget der DDR beträgt aber 270 Milliarden Mark, von denen die Betriebe bislang 206 Milliarden abtrugen!

Natürlich wird der Staatshaushalt drastisch gekürzt werden: die NVA wird abgebaut, aber sonst? Zunächst werden die Subventionen für Mieten, öffentliche Verkehrsmittel, Kindergartenplätze gestrichen etc. Damit bezahlen die DDR-Bürger zwangsweise und sofern sie es sich leisten können, demnächst 60 Milliarden Mark aus der eigenen Tasche! Hinzu kommt manches


RESERVAT
BR-
DDR
DRESDNER BANK
ALLIANZ
COMMERZBANK
METALL-
GESELLSCHAFT
GOLDGRÄBERSTIMMUNG

andere, wie z.B. eine Erhöhung der Rentenbeiträge, die mit dem Modell der Sozialversicherungen sicherlich an den Satz der Bundesbürger (17,8% vom Lohn) angeglichen werden sollen (DDR bislang 7% vom Lohn).

Damit soll der Staatshaushalt um 18-19 Milliarden für die DDR-Renten entlastet werden. Weil die DDR-Renten jedoch von derzeit 480.-Mark auf 700.- DM angehoben werden müssen, um ein Mindesteinkommen zu gewährleisten, müssen wiederum staatliche Ausgleichszahlungen her. Bei 2,8 Millionen RentnerInnen in der DDR bedarf dies 9 Milliarden DM (d.h. 679 Milliarden Verschuldung + 0,72 Milliarden Zinsen pro Jahr).

Es bleiben trotz dieser Umschichtungen und der damit bereits feststehenden Teuerungen für die DDR-BürgerInnen aber immer noch ca. 190 Milliarden Mark Staatshaushaltsbedarf übrig, von denen nach wie vor ca. 120 Milliarden noch nicht gedeckt sind. Natürlich wird es weitere Einsparungen und Umverteilungen geben. Dennoch können wir einen Fehlbetrag von ca. 60 Milliarden pro Jahr zur Schuldenlast der BRD addieren (d.h. 1990/91: 739 Milliarden und weitere ca. 5 Milliarden Zinsen.)

Arbeitslosigkeit

Sicher vorhersagbare Kosten wird es auch für die zu erwartende Arbeitslosigkeit in der DDR geben. Bislang erhalten Arbeitslose 500.-M, nach der Währungsunion am 2. Juli muß dieser Betrag wie die Renten auf wenigstens 700.-DM monatlich angehoben werden.Würden von den derzeit 8,6 Millionen Erwerbstätigen in der DDR-Wirtschaft durch die Kapitalisierung der freien Marktwirtschaft wie befürchtet 2(-3) Millionen arbeitslos, müßten bereits 16,8(-25,2) Milliarden DM aufgebracht werden. Davon müssen die DDR-ArbeiterInnen über die Erhöhung der Rentenbeiträge auf Bundesniveau ca. 8 Milliarden selbst aufbringen. (bleiben 755 Milliarden und weitere 1,4 Milliarden Zinsen).

Und wenn das Geld der Privatwirtschaft fließen soll, muß der Staat wenigstens die Infrastruktur bereitstellen: also Straßen-, Kommunikations- und Schienennetz "modernen" Ansprüchen gemäß ausbauen.

Das Institut für Wirtschaft rechnet für das Straßennetz mit bis zu 100 Milliarden DM.

Siemens rechnet für das Telefonnetz 30 Milliarden DM. (Nur 7 [BRD: 98] von 100 DDR-Bürgern besitzen einen Anschluß; ein lukratives Geschäft zeichnet sich ab!)

Und wenn auch nur das Notwendigste im Umweltschutzbereich erledigt werden soll, braucht es einen Finanzierungsrahmen von weit über 100 Milliarden DM!

Da die letzteren Punkte nicht alle in einem Jahr anfallen, sondern auf die nächsten 10 Jahre verteilt werden dürften, nehmen wir einen Pauschalbedarf von weiteren 23 Milliarden DM pro Jahr an. (778 und 1,8 Milliarden Zinsen).

D.h. ca. 178 Milliarden DM Mehrausgaben pro Jahr (ohne den Mehraufwand an Zinsen)und das ist gut gerechnet, da wir hier viele "kleinere" Bereiche vernachläßigt haben. Alles Zahlenspiele zugegeben. Aber sie sind realistischer als die Beteuerungen der Politiker, daß die Wirtschaft alles von selbst verkraften könnte. Die Politiker – mensch muß das verstehen – stehen derzeit ja permanent im Wahlkampf und können einfach keine wirklichen Antworten geben. Auch das ein Kennzeichen der »freien Welt«.

Die Mittel

Was – außer einem scheinbar blauäugigen Vertrauen auf eine weitere Steigerung der Hochkonjunktur und auf einen sich daraus ergebenden zusätzlichen steuerlichen Abschöpfungsbetrag – können die Politiker der Koalition zur Finanzierung bereitstellen? Und wer will im Ernst erwarten, daß die Hochkonjunktur die nächsten 10 Jahre anhält, aber mindestens solange werden die Kosten vorhanden sein?

* Die höheren Schulden scheinen vorprogrammiert, doch können sie aufgrund der Zinsbelastungen ebenfalls nicht beliebig hochgeschraubt werden.
* Da ist es erfreulich, daß es mit der Berlinförderung (jährlich 20 Milliarden) und den Ausgleichszahlungen für das Zonenrandgebiet (jährlich 5 Milliarden) politisch bedingte Haushaltsposten gibt, die in Zukunft logischerweise wegfallen müßten. Doch wer Berlin zur Hauptstadt ausbauen will, kann über dieses Geld doch nicht verfügen. Wer auch kommunale Wahlkämpfe gewinnen will, kann auch kaum daran vorbeigehen, daß im ehemaligen Grenzland Straßen, Brücken, Bahnhöfe, Stromleitungen und Schienennetze neu gebaut werden müssen.
* Da bleiben Mittelkürzungen, vor allem im Verteidigungshaushalt. Doch das kann noch eine Weile dauern, schließlich wird die Reduzierung der Bundeswehr von den Genfer Verhandlungen abhängig gemacht, und vermutlich braucht man Manövriermasse, um mit der Sowjetunion um die NATO-Mitgliedschaft zu pokern. Und da ist auch noch der kalte Krieger Wörner, der ein Wörtchen mitzureden gedenkt. Da ist auf die Schnelle also auch kein Geld zu machen, zumal an Entmilitarisierung anscheinend niemand denken will! Es bleiben Schönheitskorrekturen, etwa wenn die Regierung auf so manches Vorhaben verzichtet; z.B. auf den Jäger 90. Das spart Milliarden. Hat aber den Haken, daß diese "Wunderwaffe" finanziell noch nirgendwo eingeplant war, ein Verzicht also nur keine zusätzlichen Kosten verursacht.

Der zielbewußte Europäer

Vor diesem Hintergrund wird Kohls gesteigerte Europa-Aktivität verständlich. Es ist zuletzt die französische Sensibilität, verletzt durch Kohls Vorpreschen mit dem 10-Punkte-Plan, die jetzt diplomatisch beruhigt wird. Kohl hatte nie den Ruf ein besonders einfühlsamer Politiker zu sein. Wenn die Regierung Kohl also ihre neue Vorliebe für die Vereinigten Staaten von Europa entdeckt, dann hat dies auch handfestere Gründe. Natürlich muß der Anschluß politisch abgefedert werden, doch ginge es notfalls auch ohne die ausdrückliche Zustimmung der europäischen "Partner".

Das Perfide an der neuendeckten Liebe ist, daß Europa zum Sündenbock gemacht werden kann. Das heute fehlende Geld soll – je schneller desto besser – über die Angleichung (= Erhöhung) der Mehrwertsteuer in einem vereinigten Europa beschafft werden. Bis dahin werden Schulden gemacht, bis dahin wird auf den Boom gehofft, der die Zeit überbrücken hilft.

Wenn wir also 1992 mit *der* Steuererhöhung schlechthin konfrontiert sein werden, dann liegt es nicht daran, daß von heute an eine nationale Beschönigung immenser Kosten betrieben wurde, sondern am miserablen System der anderen Europäer, das uns aufgezwungen wird und das wir – als gute Europäer zu erleiden haben. Die materiellen Kosten der nationalen Wiedervereinigung tragen demnach *wir*,– zeitversetzt in zwei, drei Jahren; die ideologischen Kosten trägt Europa. Wenn's also schlecht ankommt, schlägt das Pendel allenfalls wieder nach rechts.

»Es kann keinen

National-Anarchismus geben«

★★★



Photo: Umbruch Bildarchiv Berlin

Reaktionen auf den Artikel Hans-Jürgen Degen in SF-34

Die Haltung der Redaktion maximal einen der drei angebotenen »national-anarchis- tischen« Beiträge zur Diskussion zu stellen, wurde uns bestätigt; Gegenstimmen gab es bislang keine. Einige meinten, der Degen-Artikel sei schon zuviel gewesen. Die Beiträge, die wir rausgelassen haben, sind dennoch veröffentlicht worden.. Die Broschüre »Denk ich an Deutschland« (60S., 8.-DM) aus dem Klaus Guhl-Verlag enthält alle 3 dem SF angebotenen Artikel von Hans-Jürgen Degen, Jochen Schmück und Rolf Raasch; ergänzt von den eigens für die Broschüre neu hinzugewonnenen Mitstrei-tern Friedemann Seidel (Berlin-Ost, ehemals »Kopfsprung«, inzwischen einge-stellt)und Xavier Bougarel (CNT-F). Ein Hauch von Internationalismus zur besseren Rechtfertigung des nationalistischen Programms? Insbesondere die Unterüberschrift *»Beiträge zu einer libertären Positionsbestimmung«*, die bereits unter Jochen Schmücks Einzel-Beitrag stand, provoziert, daß AnarchistInnen nicht einfach zur Tagesordnung übergehen können. Andererseits sind wir der Auffassung, daß die Inhalte und Thesen die Aufregung kaum lohnen, daß die historischen Beispiele allzu einseitig und ausgesucht bleiben und mensch gnädig und ohne viel Aufhebens darüberhinweggehen könnte, ja, daß die Autoren sich selbst und ihrer politischen und publizistischen Arbeit keinen Gefallen tun, wenn sie ihre unverständliche Vorliebe für Nationales mit so viel Nachdruck öffentlich machen. Was soll der Sturm im anarchistischen Wasserglas? Zustimmung für ihre Thesen könnten die Autoren in ganz anderen politischen Lagern finden, doch war-ten diese bestimmt nicht auf eine Handvoll (im wahrsten Sinne des Wortes!) Libertäre. Auch die Leserzuschriften scheinen unserer Auf-fassung recht-zugeben, daß es keinen wie immer auch begründeten »National-Anarchismus« geben kann und soll. Wichtig an der Diskus-sion dieser Beiträge ist so vor allem das Aufzeigen der vielen guten Gründe, »Vaterländer« und »nationale Identitäten« aller Art abzulehnen und zu bekämpfen. Schaut mensch genauer hin, bleibt nichts Greifbares übrig, selbst die viel gerühmte deutsche Kultur entstand nicht auf einer nationalen Insel. Diese »identitätsstiftende« deutsche Kultur wurde zumeist hervorgebracht von »Größen«, die sich ihrer transna-tionalen Vorbilder nur zu bewußt waren und sich selbst allesamt als Kosmopoliten empfanden. Die »Genies« wußten, daß ihre Arbeit ganz wesentlich mit z.B. der italienischen oder der französischen Kultur zusammenhing? Wer nur ein wenig nachbohrt im nationalen Nebeldunst wird nichts finden, was eindeutige und wirklich ausschließlich »nationale« Substanz hat, und mit leeren Händen dastehen.

Wolfgang Haug

Die deutsche Frage? – verbunden mit Militarismus!

Deutschland: »... an diesem Einheitsstaat werden wir nicht mehr vorbeikommen.« Diese Feststellung unternimmt Hans-Jürgen Degen in seinem Artikel »Deutschland, einig Vaterland?« im SF-34 (1/90). Sympathisch finde ich seinen Vorschlag eine »deutsche Föderation« als libertäre Utopie anzubieten. Dann wird's aber schwierig: wo fängt das deutsche an, wo hört es auf? Welche Kriterien sollen geltend gemacht werden? Die deutsche Sprache vielleicht? Eine deutsche Kultur? Gibt es die eine Kultur? Der Begriff »deutsche Nation« ist ebenso unklar. Hans Jürgen bezieht sich in seinem Artikel nur auf die Ereignisse in der DDR und BRD: ... also die deutsche Frage wird auch hier in Staatsgrenzen diskutiert! In der deutschen Geschichte wurde auch einmal Österreich einbezogen... und die Südtiroler? ... Soll etwa die deutsche Frage von libertärer Seite als Nicht-Nationalstaatsfrage gestellt werden? Eine entstaatlichte und entgrenzte deutsche Frage vielleicht?

Abstrakt, die deutsche Geschichte ignorierend, könnte man diese Frage akademisch behandeln; aber historisch-politisch geschen ist und bleibt die deutsche Frage eine Staatsfrage, und *das ist nicht unser Geschäft*, und sollte nicht auf einer libertären Tagesordnung stehen. Ähnlich verhält es sich mit dem Modell Europa: die Unterschiede in den europäischen Staaten werden schrittweise nivelliert, auch regionale Eigenheiten werden nivelliert. Innerhalb Europas haben die Staatsgrenzen keine Bedeutung mehr. Die europäischen Einzelstaaten verlieren an Bedeutung! Oberflächlich betrachtet gibt es dann mehr Freizügigkeit und Freiheiten in Europa, wo man leicht zustimmen könnte. Doch Analysen belegen sehr deutlich die politischen Gefahren, was in der Konsequenz heißt:

Nein zu Deutschland und Europa!

Unsere Gegenstrategie ist die internationale Solidarität: »Internationalismus ist keine abstrakte Solidarität, da es nur einen Weltmarkt gibt. Stichpunkte u.a. internationale Arbeitsteilung, multinationale Konzerne, Rüstungsexport, ökologische Zerstörung, Ausbeutung und Hunger. Dabei sind es oft dieselben Konzerne, die hier unsere Lebensgrundlagen zerstören« *[Zitat aus: Diskussionspapier: Versuch einer Neubestimmung internationaler Solidarität, Internationalismus Teil 1: Dritte Welt. Gruppe Libertärer Frühling Westberlin, Mai 1985 (vgl. FLI-Rundbrief und Transnationalismus – Zur Kritik des modernen Nationalstaatensystems, Graswurzelforum Heidelberg 1985)]*

Das sind die brennenden Fragen und die gehören auf die Tagesordnung.

Was ist dagegen die »deutsche Frage«? In der Geschichte war sie verbunden mit Nationalismus (= Nationalstaatlichkeit) und Militarismus und entwickelte barbarische Züge und Krieg. Die Vereinigung von BRD und DDR wird kommen. Libertäre sollten sich in einer Beurteilung der Vereinigung zurückhalten und sich auf die nüchterne Analyse der Entwicklung beschränken. Linke und Libertäre, die sich auf nationale Fragestellungen einließen, waren die Verlierer im Gegensatz zu den Konservativen und Reaktionären. Die Vereinigung wird kommen, es ist das Geschäft von Geld und Kapital. Kümmern wir uns nicht um Staaten und Grenzen, sondern organisieren wir transnational und föderalistisch den Widerstand gegen Nationalismus und Militarismus. Regionale Autonomiebewegungen, die sich oft über Staatsgrenzen hinaus begründen, sollten unsere Solidarität erhalten.

Wolfram Beyer
(Mitarbeiter der Internationale der KriegsdienstverweigerInnen–IDK Berlin)

»Meterweit an der gesellschaftlichen Realität vorbei...«

»Ein Bund deutscher Volksrepubliken, ein unabhängiges Friesland oder ein Freistaat der Alemannen, ein Freies Franken, ein sozialistisches Sachsen oder eine Republik Tirol ständen nicht im Widerspruch zum nationalen Prinzip, sondern wären seine Fortsetzung. Allerdings wären sie dies nicht statt der Lösung der Frage der Mauer und der Besetzung in Deutschland, sondern nur unter deren Voraussetzung. Die Regionalisierung Deutschlands hängt von der historischen Chance der deutschen nationalen Identität ab und umgekehrt.«

Henning Eichberg, Nationalrevolutionär

»Die wirkliche deutsche libertäre Utopie sind die »Vereinigten Republiken Deutschlands« (Landauer): Das heutige, das zukünftige Deutschland muß in seine Bestandteile zerlegt werden; die ursprünglichen, organisatorisch gewachsenen Regionen müssen wiederhergestellt werden; die Regionen sollten sich föderieren. Eine deutsche Föderation, das ist dann die wirkliche deutsche Vereinigung.«

Hans-Jürgen Degen, Libertärer

Wir sind »Linke«. Bei uns ist »Panik Programm«. Wir sind »angstbesetzt«, wir »haben Angst vor einem fiktiven vierten Reich«, »wir versuchen unsere Geschichte dilettantisch zu verdrängen«.

Unser Blick ist »stark verengt auf die imperialistische Vergangenheit«.

Ständig »amputieren wir unsere eigene Identität«. Wir demonstrieren nur noch unseren deutschen Selbsthaß! Uns bleibt nicht einmal mehr die Alternative, »rüber zu gehen«, aber das möchte uns ja selbst Hans-Jürgen nicht zumuten. In seinem Artikel wirft Hans-Jürgen Degen der Linken einerseits eine dilettantische Verdrängung der deutschen Geschichte, andererseits aber deren Reduzierung auf ihr »Negativkonto« vor. Und das Positivkonto?

»Die deutschen philosophischen, humanistischen, politischen Klassiker« wiegen also hundertausende ermordete Bauern, hunderttausende verbrannte Frauen, 'zig Millionen Tote in beiden Weltkriegen, sechs Millionen vergaster Juden, Sinti, Schwuler, Lesben, KommunistInnen, SozialdemokratInnen, AnarchistInnen (»Linker«), PartisanInnen, Philipp Müller, Benno Ohnesorg, Günter Saré, Conny Weißmann, die Toten von Stammheim, Daimler Panzer in Südafrika, den BRD-High Tech Knast in Dyarbakir (Kurdistan) und und und ... auf? Die kritische Auseinandersetzung mit deutscher Geschichte, die vor allem von den Linken geleistet wird (wurde), wird von ihm zynisch nur noch als Amputation der eigenen Identität und »deutscher Selbsthaß« abgekanzelt. Vor diesem Hintergrund ist für uns eine Identifikation mit »Deutschland« nicht mehr möglich. (Laut Schönhuber, übrigens, wollen »wir Deutschen«, wenn wir über unsere Vergangenheit reden, nicht immer nur über Auschwitz reden müssen.)

Als nächstes fordern wir Degen auf, seine These, »der deutsche Arbeiteraufstand in der DDR in den Junitagen 1953« werde infolge der Ignoranz der Linken als »Zustimmung für das kapitalistische BRD-System und dessen Wiedervereinigungsstrategie instrumentalisiert«, gefälligst zu erläutern und sie nicht so, aus dem Zusammenhang heraus, zu seiner Verurteilung der »Linken« zu verwenden.

Die gröbste Frechheit besteht natürlich darin, die »deutsche Linke« aufzufordern, im Rahmen ihres Internationalismus die »linken Internationalisten der ganzen Welt« für die Lösung der »deutschen Frage« einzuspannen – da ja auch »die Palästinenser(innen), (nur ein Beispiel), internationale Solidarität für ihr Anliegen einfordern«.

Den Terror, dem die PalästinenserInnen ausgesetzt sind, denen es wohl nicht so sehr um »Nationale Identität« als vielmehr um's nackte Überleben geht, mit der Situation der metropolitanen BRD-Linken zu vergleichen, und daraus die Forderung nach einem libertären Nationalismus herzuleiten, ist schlichtweg unverschämt!

Desweiteren: Woher nimmt Hans-Jür-

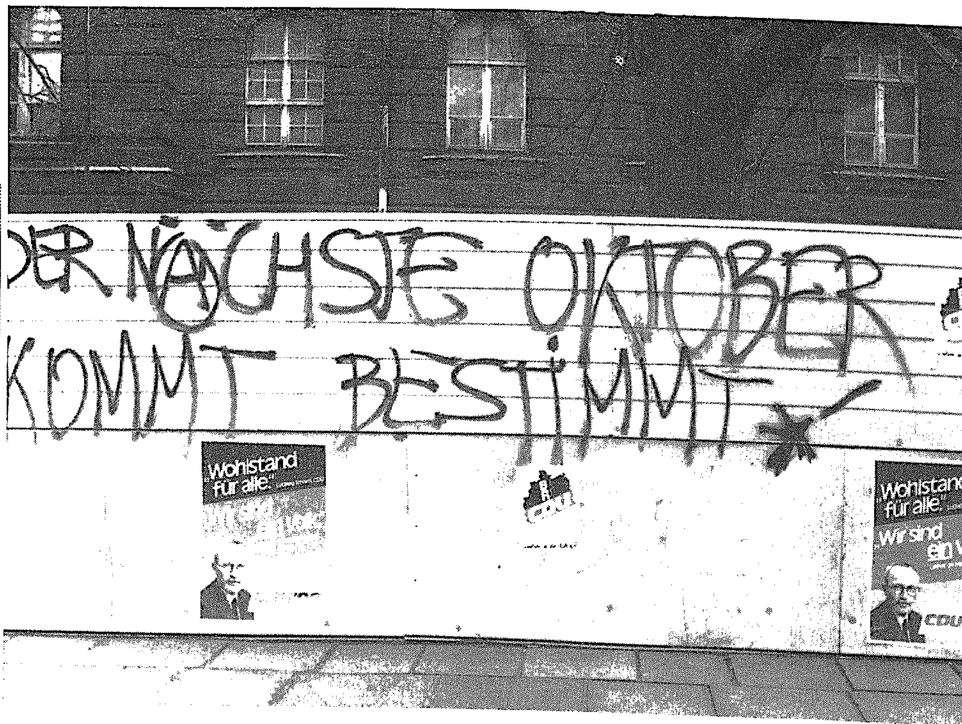


Photo: Tommy Berger

gen Degen die Sicherheit, daß das zukünftige »Deutschland« keine »militärische-imperialistische Gefahr« sein wird? Ganz angesehen davon, daß Leopard 1-2-3, Tornado, Giftgasfabriken, Heckler+Koch-Knarren etc. wohl kaum deshalb hergestellt werden, weil sie so nett aussehen, sondern in anderen Teilen der Welt ihre Aufgabe zur vollsten Zufriedenheit der HERRschenden erfüllen, sollte der jüngste Vorstoß gegen die polnische Westgrenze wohl Warnung genug sein. (Was auch ein deutlicher Hinweis darauf ist, daß die Wiedervereinigung kaum dazu geeignet sein wird, den Chauvinismus zu überwinden.)

Wir sind der Meinung, daß jegliche Spielart des Nationlismus immer im Kern Rassismus beinhaltet.

Die Tradition ist und war auf diesem deutschen Boden immer schon blutige Unterdrückung, was sich manifestiert an herrlichen Burgen und Schlössern der HERRschenden und ARMseligen Hütten der Unterdrückten.

Wir weigern uns (gerade in dieser Zeit), den Begriff »Nation« positiv zu definieren.

Es kann nicht Sache von Linksradikalen, KommunistInnen, AnarchistInnen, Autonomen sein, »Kärrnerarbeit« für Konservative aller Schattierungen zu liefern.

Unser Anliegen muß doch Inter- oder trans-, immer aber ANTI-nationalistisch sein.

Das biologistische Bild der »gewachsenen Nation« ist ein Hohn gegenüber denen, die durch blutige Überfälle, Ausbeutung, Unterdrückung, Mord zu »nationaler Identität« gezwungen wurden. Und was die »Kulturidentität« eines Volkes (einer Nation) angeht, so ist das Bewahren/Erinnern eine Sache, die von uns äußerst kritisch betrachtet werden sollte, immer in dem Bewußtsein, daß Geschichte von den HERRschenden geschrieben wird. Überhaupt von »gewachsenen Strukturen« zu sprechen scheint uns meterweit an der gesellschaftlichen Realität vorbeizugehen, wenn man/frau betrachtet, wie sich soziale Einheiten unter kapitalistischen Bedingungen entwickeln. Gibt es denn überhaupt noch eine »gewachsenes« Deutschland, Bayern, Westfalen......?

Dem repressiven Niemandsland des Hans-Jürgen Degen werden wir auch in Zukunft die (realistischere) Praxis entgegensetzen, um die (antiimperialistischen, antikapitalistischen) Kämpfe weltweit zu unterstützen. Für die BRD-Linke muß weiterhin die Perspektive bestehen, dem Motor der weltweiten Vernichtung in den Metropolen entschlossenen Widerstand entgegenzustellen.

Unsere Solidarität mit den kämpfenden Menschen Kurdistans, Mittelamerikas, Südafrikas und wo auch immer darf nicht irgendwelchen national-romantischen Vorstellungen geopfert werden.

Antinationalistische Gruppe Hunsrück

Nationalanarchisten

Die wahre Kritik analysiert nicht die Antworten, sondern die Fragen. Schrieb Marx. Das gilt erst recht für die sogenannte deutsche. Was ist die deutsche Frage, von der alle reden und die Hans-Jürgen Degen nicht »der Rechten überlassen« will? Von Ernst Moritz Arndt, dem militanten Sänger deutscher Einigung im 19.Jahrhundert stammt ihre klassische Formulierung; die deutsche Frasge lautet: »Was ist des Deutschen Vaterland?«

Arndt sucht in seinem munteren Liedchen die Antwort zunächst in der Geographie. Fünf Strophen lang klappert er alle möglichen Regionen ab (Von »Ist's, wo am Belt die Möwe zieht« bis »Ist's Land der Schweizer? Ist's Tirol?«) kommt aber jedesmal zu dem laut geschmetterten Schluß: »nein, nein, nein, mein Vaterland muß größer sein!« Schließlich landet er bei der Sprache (»Soweit die deutsche Zunge klingt...«), aber so richtig zufrieden zeigt er sich erst in der vorletzten Strophe: »Wo Zorn vertilgt den welschen Tand, wo jeder Franzmann heißet Feind, wo jeder Deutsche heißet Freund – das soll es sein! Das ganze Deutschland soll es sein!« Nationale Identität heißt wissen, wo der Feind steht. Nation konstituiert sich als Kollektiv potentieller Totschläger.

Aber wir wollten die Fragen analysieren und nicht die Antworten. Obendrein war Arndt auch eher ein Rechter. (Obwohl schon das nicht mehr so eindeutig ist, belegte ihn doch die »Reaktion« wegen demokratischer Umtriebe und kritischer Töne gegen den preußischen »Polizeistaat« zwanzig Jahre lang mit Berufsverbot...)

Hans-Jürgen Degen jedenfalls möchte dem »rechten Weltbild von der Staatsnation das linke der Nation jenseits von Patriarchat, Chauvinismus, Staat und allen sonstigen Herrschaftsformen entgegensetzen«. Frei nach der Losung der Betonindustrie: Es kommt darauf an, was man daraus macht. Aber auch bei Degens vermeintlich linker, »guter« Nation bleibt das Problem: Wer gehört dazu und wer nicht? Nationale Identität gibts nur in Abgrenzung von anderen nationalen Identitäten. deutsch oder nicht-deutsch, das ist die nationale Frage. Und die beantwortet der Grenzbeamte, wer sonst. Egal, ob er multikulturell großzügig oder rassisch rigide entscheidet, egal ob nach »Führerrecht« oder aufgrund von Gesetzen, die freie Bürger in freier Vereinbarung sich gaben entschieden werden muß. Da hilft es nicht, die »freiheitlichen«, »anti-zentralistischen, kommunalistischen, regionalistischen, föderalistischen und anti-etatistischen« Traditionen der deutschen Geschichte zu bemühen und gegen die »Staatsnation« die Kulturnation ins Feld zu führen. Egal, ob ein oder zwei oder, wie zu Arndts Zeiten, 39 deutsche Staaten, egal, ob Degen/Landauers Utopie von den »Vereingten Republiken Deutschlands« wirklich würde, egal selbstverständlich auch, ob deutsche oder irgendeine andere Nation, immer gibt es (Staats-)Bürger einerseits, Ausländer andererseits: gibt es Pässe; gibt es Grenzen, und die muß man notfalls auch verteidigen, und dazu braucht man wiederum usw. usf. Wer Nation sagt, hat immer schon Staat gesagt; der Traum von der guten Nation ist immer der vom guten Staat.

Hans-Jürgen Degen findet die bundesdeutsche Linke zum Kotzen. Dafür gibt es wahrlich Gründe genug. Degen hat den

denkbar schlechtesten: »Der stark verengte Blick auf die imperialistische Vergangenheit, auf die nazistische Barbarei hat die Linke handlungsunfähig gemacht: Wer seine Geschichte nur auf ihr Negativkonto reduziert, nimmt sich moralisch selbst das Recht auf die eigene, selbstzugestaltende Geschichte.«.Das kann Schönhuber besser: Bei ihm heißt das dann, »die deutsche Geschichte ist größer als Auschwitz«, und weil »das deutsche Volk zu den größten Völkern dieser Erde gehört, lassen wir uns unsere Geschichte nicht auf Auschwitz reduzieren«. (O-Ton Schönhuber in einer Rede während des Europawahlkampfs 1989). Die Unterschiede verschwimmen zur Kenntlichkeit, wobei aber des REP-Führers naßforscher »Stolz, ein Deutscher zu sein« die nationale Selbstfindung letztlich doch zügiger voranbringen dürfte als Degens Jammern über den »neurotischen« »Deutschen-Selbst-Haß« der Linken.

Daß die West-Linke dem verdienten Kollaps des Staatskapitalismus und der deutschnationalen Mobilisierung hilflos gegenübersteht, damit hat Hans-Jürgen Degen allerdings recht. Wiederum mit dem schlechtesten Argument: Nicht ihre Schwäche, die nationale Frage zu »besetzen«, ist der bundesrepublikanischen Linken vorzuwerfen, sondern ihre Unfähigkeit, sie zu kritisieren. Diese Unfähigkeit hat ihren Grund aber dummerweise genau in jener Parole vom »Selbstbestimmungsrecht der Nationen«, der auch Hans-Jürgen Degen das Wort redet. Seit Lenin sie zum Dogma des Marxismus-Leninismus erhob, züchtete sie genau jenen Nationalismus, an dem die Sowjetunion jetzt zerbricht. Nationale Selbstbestimmung sabotiert die der Individuen. Dem nationalen Kollektiv hat der Einzelne sich gefälligst ein- und unterzuordnen; wer a-national ist, ist auch a-sozial. Nationale Identität erweist sich als Schmiermittel von Herrschaft und sonst nichts: Herrschaft braucht die Homogenisierung der ihr Unterworfenen, wie diese sich nach dem Sicherheitsstaat sehnen aus der – nur zu verständlichen – Angst, im ökonomischen *Survival of the fittest* untergebuttert zu werden. Lieber unter der Knute als ganz allein. Weil unterm Kapital der Mensch dem Menschen ein Wolf zu sein gezwungen ist, folgt er willig dem Staatsrudel und sucht sich seine Opfer außerhalb der eigenen Nation.

Die Menschenrechte, die Demokratie, die Idee der Staatsräson und ähnlich hehre Ziele taugen zur Homogenisierung nur bedingt. Für dergleichen abstrakte Ideen hält niemand den Kopf hin. Deshalb sind auch Surrogate wie Habermas' »Verfassungspatriotismus« und erst recht Degens »wirkliche deutsche Utopie« auch den Mythologien vom deutschen Wesen spätestens dann unterlegen, wenn es zur Krise kommt. Nationale Mobilisierung landet bei Blut und Boden, sobald Blut fließen soll, um Boden zu gewinnen. Dann werden (Staats-)Bürger zu Volksgenossen und der Kaiser, der Kanzler oder wer sich sonst gerade als Souverän gebärdet, kennt keine Parteien mehr, sondern nur noch Deutsche.

Das will freilich vorbereitet sein. Wenn nach dem »Anschluß« das gesamtdeutsche Wirtschaftswunder ausbleibt, das die »DDR-Volksmassen« erhoffen, wie Degen die Demonstranten des letzten Herbstes kernig nennt, dann sind Verteilungskämpfe zu erwarten, die das »einig Vaterland« noch ganz gewaltig beuteln dürften. Weil die soziale Einheit schon am Wechselkurs scheitert, muß der Wahn der nationalen dem Publikum um so rabiater eingebläut werden. Da müssen dann alle ran, und selbst der »Schwarze Faden« darf nicht abseits stehen. (Obwohl es vielleicht das Deprimierendste an der Deutschtümelei eines Hans-Jürgen Degen ist, daß er seine vaterländische Zuverlässigkeit ohne irgendeine Nötigung zur Schau stellt. Kein Gehorsam ist schlimmer als der vorauseilende.) Das zeugt allerdings von einer kolossalen Verdrängung der eigenen Geschichte, die Hans-Jürgen Degen pauschal der »Linken« ankreidet.

Traditionell galten die Linken gleich welcher Coleur als unsichere Kantonisten in Sachen Vaterland. Dabei hatte ihre staatssozialistische Mehrheit gegen Homogenisierung gar nichts Grundsätzliches einzuwenden. Im Gegenteil, sie tauschten nur das Prinzip Nation durch das Prinzip Arbeit aus und übersetzen »nationale Identität« in »Klassenbewußtsein«. Aber wenn es hart auf hart ging, mauserte sich auch der Arbeiter- und Bauernstaat zum »Vaterland der Werktätigen«. Doch gerade weil Staatssozialisten die nationale Parole nur in Verbindung mit der sozialen in den Mund nahmen – aktuelles Anschauungsmaterial liefern Sozialdemokraten von Willy Brandt bis Gregor Gysi zur Genüge – wurden und werden sie von der Rechten als vaterlandslose Gesellen beschimpft. Daß sie es nicht sind, haben sie oft genug bewiesen. Libertäre dagegen waren bislang stolz darauf und konnten es sein, »die Ehre der Vaterlandslosigkeit zu verteidigen« (Franz Pfemfert), statt für Deutschland ins Feld zu ziehen, auch wenn es vorerst nur das publizistische ist.

Daß Freiheit der einzelnen erst unter allgemeinem Zwang möglich werde und der Mensch erst als Glied der Nation wirklich Mensch, behaupteteten die Staatsideologen seit je her. Die Libertären, zu denen Hans-Jürgen Degen sich zählt, waren einmal angetreten, das eine Lüge zu nennen. Offensichtlich trifft aber Adornos Diktum über die Deutschen auch auf deutsche Libertäre: sie können keine Lüge aussprechen, ohne sie auch zu glauben. So gibt es denn in diesem Land – die Aufzählung ist durchaus unvollständig – nach Nationaldemokraten, Nationalliberalen, Nationalbolschewisten und nicht zuletzt Nationalsozialisten nun auch Nationalanarchisten. Das ist nach all dem alten Schwachsinn, der jetzt wieder hochkocht, doch immerhin ein neuer.

Ulrich Bröckling, Freiburg

Variationen in D – Dur

Ein Deutscher ist ein Mensch,
der keine Lüge aussprechen kann,
ohne sie selbst zu glauben.
(Th. W. Adorno)

»...daß Positionen, die die nationale Frage oder die nationale Identität befürworten in einer anarchistischen Zeitschrift wirklich nichts zu suchen haben,...« (S.2) schreibt Ihr in Eurem Editorial, und dem wäre eigentlich nichts hinzuzufügen, wenn nicht der Autor (Hans-Jürgen Degen) einer (notwendig) idealistischen Geschichtsauffassung aufsitzen würde, die nicht nur bürgerlich ist, sondern da sie sich auf den Begriff »national« bezieht, eine offensichtlich zwangsläufige Nähe zu nationalrevolutionären, faschistischen Positionen produziert, bei - gleichzeitiger Behauptung des Gegenteils.

Die Eckpunkte einer Diskussion über die anscheinend ungebrochene Kraft des Nationalismus werden nicht benannt, stattdessen greift der Autor zur ideologischen Endlösung und treibt den Teufel mit dem Beelzebub aus.

We are on the road to nowhere oder Es fährt ein Zug nach Nirgendwo

»Jetzt folgt quasi die Rache der Geschichte: Wer seine eigene Geschichte verdrängt ... wird von ihr überrollt.« (Degen, S.13)

Daß Hans-Jürgen Degen hier ein ähnliches Bild benutzt wie die Apologeten der Wiedervereinigung »Der Zug rollt« ist nicht zufällig, Geschichte hat Eigendynamik, es sind nicht mehr die Menschen, die sie machen, die Geschichte macht sich selbst; so wie die Sozialdemokratie im August 1914 auf die Welle(!) der nationalen Begeisterung nur noch mit der Zustimmung zu den Kriegskrediten re(a)gieren kann, macht Hans-Jürgen Degen den Nationalismus zum bewegenden Moment in der Geschichte, und kommt derartig von den Füßen auf den Kopf gestellt zu der grandiosen Erkenntnis, daß dieses Land auch »unser Land« sei. (S.15)

»Wer nicht im aktuellen Trend des positiven Denkens liegt, hat seinen Untergang beschlossen« (S.14), Geschichte wird zum Selbstbedienungssupermarkt, in dem man nur die richtigen Sonderangebote kaufen muß, um am Glück teilzuhaben; als ob man nicht an der Kasse zahlen müßte.

Alles wird zu einer Frage der Definition; warum nicht die »Nation« als etwas definieren, das sich aufheben will im Kommunismus und Internationalismus, warum nicht den Antisemitismus als verkommene Form von antifaschistischem Bewußtsein definieren, wie es die KPD eine lange Zeit getan hat; alles nur eine Frage des positiven Denkens, alles nur eine Frage der Definition.

Hans-Jürgen Degen fordert einen Rückgriff auf »die« deutschen(!) philosophischen, humanistischen Klassiker«, ...»die zu anderen Schlüssen als der Staatsnation gekommen seien, die darin etwas verbindendes, historisch gewachsenes [schon wieder!] sehen« (S.14)

Hans-Jürgen Degen setzt, ohne sie zu begreifen, auf die begriffliche Nähe von Natur und Nation, seine Utopie der »ursprünglichen, organisatorisch gewachsenen Regionen« benennt weder den Ursprung noch die Organisatoren dieses Wachstumsprozesses, der doch nichts anderes ist als

die Kapitalakkumulation. Nation ist sowenig ursprünglich wie das Kapital selbst, sie ist nicht zu denken ohne ihre historische (gemachte) Bedingtheit, sie ist nicht zu denken ohne ihre Trabanten Nationalcharakter und Kolonialismus/Imperialismus.

Von der gesellschaftlichen Natur zur natürlichen Gesellschaft

Sieht man einmal von dem kurzen aber blutigen Vorspiel des »Heiligen römischen Reiches deutscher Nation« ab, so fällt die Blüte des Nationalismus in die Zeit der Aufklärung, also des 18. und 19.Jahrhunderts. Nicht nur die deutschen (Hans-Jürgen Degen) Aufklärer sahen im Werden des Nationalstaats eine übergeordnete Entsprechung zur Befreiung des Individuums von der Feudalgesellschaft. Kriege so mutmaßten die Aufklärer, in Deutschland vor allem Kant, würden überflüssig werden, wenn erstmal die kriegslüsternen Könige und Fürsten ihr Säckchen gepackt hätten.

»Es ist der Handelsgeist, der mit dem Kriege nicht zusammen bestehen kann, (...) die Geldmacht werde die herrschenden Klassen zur Vernunft zwingen.« schreibt Herr Kant in seiner Schrift »Vom ewigen Frieden«, und daß dem nicht so war, weiß sicherlich auch Hans-Jürgen Degen.

Marx und Engels ordneten dem Nationalismus eine weniger wichtige Rolle zu, da er ihnen als anscheinend notwendige ideologische Durchgangsphase einer sich abzeichnenden Industrialisierung und Kapitalisierung erschien. Zwar kritisierte Marx scharf den Nationalismus englischer Arbeiter gegenüber den irischen Immigranten, aber das führte nicht zu einer intensiven Auseinandersetzung über die Nationalismusfrage; Bakunin fröhnte einem äußerst dubiosen Panslawismus und Engels, der alte Ordnungsfanatiker, machte dem zunehmenden Nationalismus sogar weitgehende Zugeständnisse, um die Errungenschaften der Sozialdemokratie zu bewahren; die Bekenntnisse zum Internationalismus blieben gerade in einer Phase seiner größten Notwendigkeit Makulatur, und ermöglichten die Menschenschlächterei in den imperialistischen Kriegen des 20.Jahrhunderts entscheidend mit.

Das Werden des nationalen Staates ist weder ursprünglich noch gewachsen, sondern Ausdruck eines gewaltigen historischen Umbruchs, in dem sich die Lohnarbeit verallgemeinert und es eben dem Nationalstaat obliegt, sowohl dies zu garantieren, als auch den sich hieraus entwickelnden gesellschaftlichen Anatgonismus zu regeln.

Nation beinhaltet also per Begriff und nicht per Definition, die Einheit(!) der in einem Land lebenden, die gleichen Traditionen pflegenden usw. Menschen und schließt das Trennende, eben durch die herrschenden Gewaltverhältnisse bedingte, aus.

Dabei meint Nation (lateinisch nasci = entstehen, beschaffen sein) nicht nur das Faktum einer veränderten gesellschaftlichen Verfaßtheit mit gesicherten Grenzen nach Außen, sondern verlangt nach der bürgerlichen Revolution geradezu eine innere Begrenzung, um die veränderten, nunmehr kapitalistischen Bedingungen von Produktion und Reproduktion zu gewährleisten.

Die von der Bourgeoisie (von wem sonst?) formulierten Eigenschaften deutscher Männer und Frauen, eben ein bei aller Gegensätzlichkeit und Gewaltförmigkeit sich ergänzendes Bild deutscher Tüchtigkeit und deutschen Wesens, legitimiert den Expansionsmus der Tüchtigen gegenüber den Untüchtigen, den Anspruch des Volkes ohne Raum auf die ganze Welt.

Nun mag man wie Hans-Jürgen Degen hingehen und sagen, das ist aber garnicht so, der deutsche Nationalcharakter ist im Gegenteil so und so beschaffen, man mag das auch noch mit historischen Kämpfen belegen, das ändert eben nichts an einer übergeordneten Kategorie »national«, die den Antagonismus wegzaubert und den proletarischen Internationalismus zerschneidet; »linker« und »rechter« Nationalismus sind zwei Seiten der gleichen Medaille, sie mobilisieren gewollt oder ungewollt falsches Bewußtsein. Man kann das überprüfen an der Haltung der Sozialdemokratie zur »Negerfrage«, am großen »Vaterländischen Krieg« in der Soviet-Union, an der Kokainpolitik von Sendero Luminoso und PKK, denen es nichts ausmacht, die Kinder der Imperialisten zu vergiften oder an der Entführung eines Urlauberflugzeuges nach Mogadishu.

»Daß die Nation in Deutschland von den Rechten permanent vergewaltigt wurde/wird, ist das eigentlich ein Grund dafür, daß die Linke die Vergewaltigung hinnimmt, sich noch genüßlich an ihr weidet?« (S.14), gehört zu den verkommeneren Fragen Hans-Jürgen Degens, als ob nicht die Realität von Bergen-Belsen die Materialisierung des Nationalismus sei, sondern die Märzrevolution.

We are strangers in a strange land

Wenn heute in der BRD von den Linken der Begriff Nation bzw. die Nation, denn darum geht es letztlich, von Auschwitz geläutert wird, also wieder hoffähig gemacht wird, heißt das, einem schon vor der »Wiedervereinigung« real-existierendem deutschen Imperialismus Tür und Tor zu öffnen.

Schon jetzt zeigen die Diskussionen über den »Schandvertrag von Versailles« und die »ungewollte Zweistaatlichkeit« (S.15) beängstigende Parallelen, und wer glaubt, daß das deutsche Kapital weniger aggressiv, Bundesgrenzschutz und Bundeswehr nurmehr Spielzeug in Händen debiler Politiker sei, scheint mir an starkem Wirklichkeitsverlust zu leiden. Wer die Ausdehnung des NATO-Machtbereichs und die Annexionspolitik der Superkoalition mit der Forderung von Palästinensern oder Kurden nach nationaler Selbstbestimmung vergleicht, fordert das Recht auf Imperialismus und begründet es mit dem Kampf der Kolonisierten.

Der Versuch der Palästinenser einen Nationalstaat zu bilden, ist der Versuch ein Existenzrecht gegen den Zionismus durchzusetzen, aber eben auch ein Zugeständnis an eine nationalstaatliche Verfaßtheit der Welt, die »Stämmen, Clans, Völkern«, also gesellschaftlichen Formationen mit vor-nationalstaatlichen Gewaltverhältnissen, keine Daseinsberechtigung mehr einräumt, eben um sie den Verwertungsmöglichkeiten der Metropolen anzupassen; ein palästinensischer Nationalstaat wäre eben die bürgerliche Institutionalisierung erkämpfter Freiräume und nicht ihre kommunistische Durchsetzung.

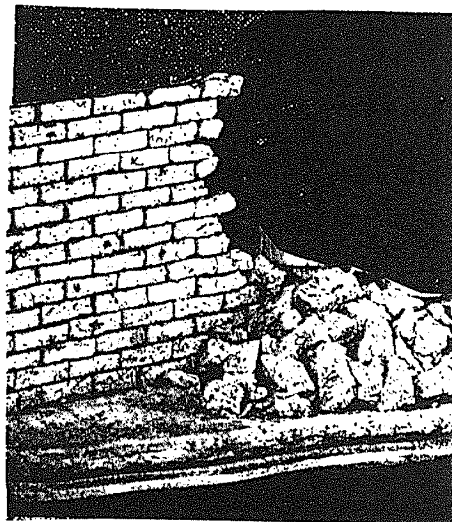
Finale anale

Dem Gerede von Nation folgen in der Regel, so auch bei Hans-Jürgen Degen, die meist ergriffenen Schilderungen von Gefühl und Identität.

Daß die bürgerlich kapitalistische Gesellschaft eben nicht Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit, sondern Konkurrenz und Entfremdung produziert, ist so banal wie die Feststellung, daß der mangelnde Halt an sich selber, gepaart mit dem Sinnsurrogat »nationale Identität« in diesem Jahrhundert in die schlimmsten gesellschaftlichen Katastrophen, in dann anscheinend »namenloses« Leid geführt haben.

Hans-Jürgen Degens Artikel scheint den Ausbruch einer (berechtigten) Angst vor zunehmender Einflußlosigkeit der Linken auszudrücken; die Geborgenheit, die Hans-Jürgen Degen in der »nationalen Identität« wähnt, beinhaltet jedoch schon die Verzweiflung, die manche Rotfrontkämpfer gespürt haben müssen, als sie in die SA eintraten und sich hinterher wiederfanden:
in Stalingrad oder in Auschwitz.

HaWe, Moers

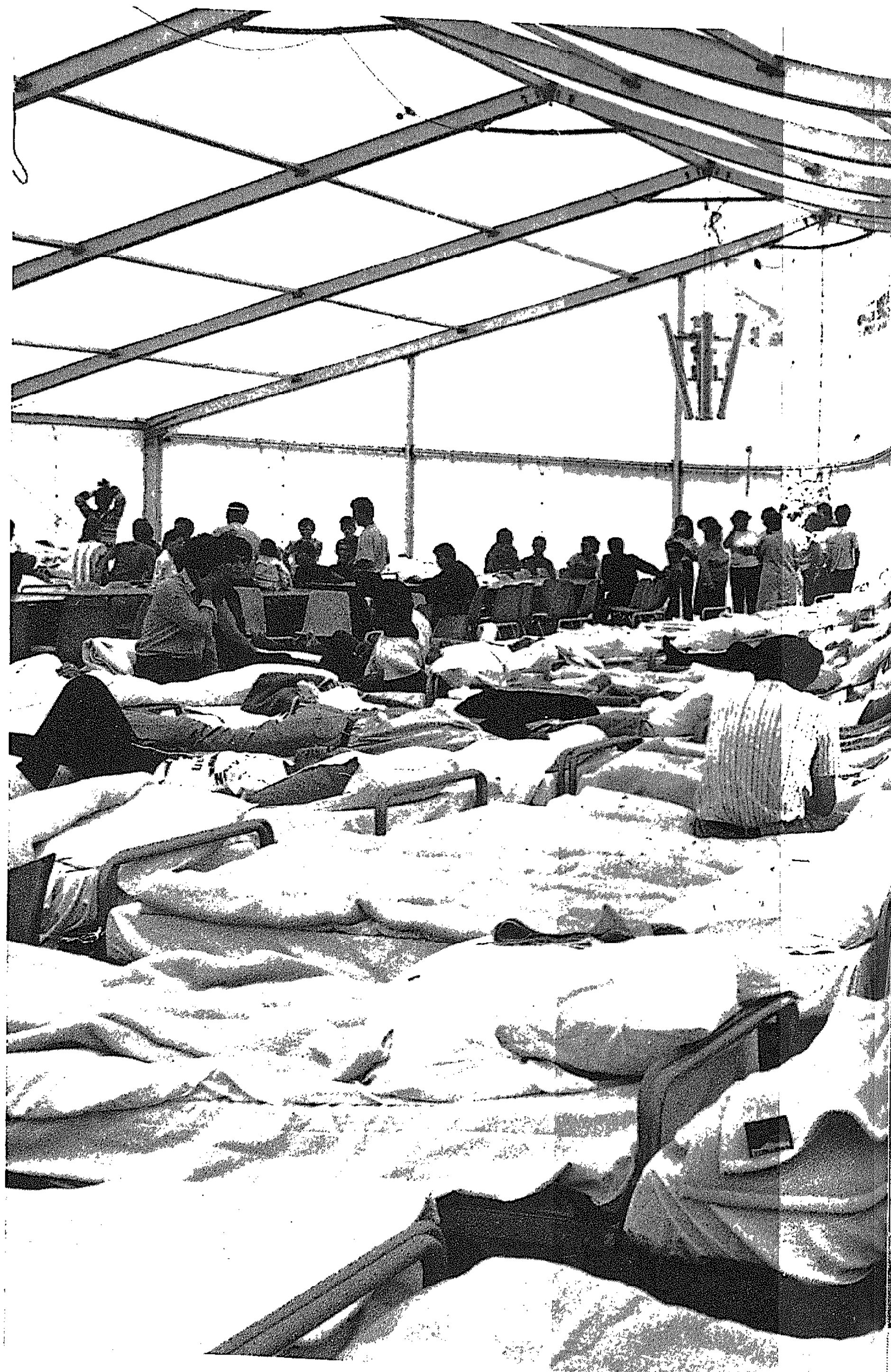


Flüchtlingspolitik in der BRD –

Fortsetzung systematischer Zerstörung von Lebensstrukturen

von Rainer Hammerschmidt und Manfred Lontke

Photo: Umbruch Bildarchiv Berlin



Bei dem vorliegenden Artikel handelt es sich um einen Auszug aus einer Diplomarbeit zur Flüchtlingspolitik. Ein Teil der Arbeit untersucht die systematische Zerstörung von Lebensstrukturen im Sinne von: »Alle Deutschen sind gleich für andere gilt das Ausländergesetz«.

Mit der Einführung des neuen Ausländergesetzes Anfang Mai wird eine jahrelang praktizierte Flüchtlingspolitik, Fremde, Flüchtlinge ,politisch Verfolgte, Ausländerinnen überhaupt fernzuhalten auf einer Stufe ausgefeilter Schikanen festgeschrieben.

Der Beitrag beginnt mit dem Versuch einer Aufarbeitung des Asylrechts in der Geschichte der BRD nach der NS-Zeit und endet mit der Herstellung des wesentlichen Zusammenhangs zwischen Rassismus und Ausländergesetzgebung. Gerade im Zuge des Deutschlandtaumels und offenem völkischen Nationalismus ist der Nährboden für die Durchsetzung einer Art Sondergesetz gegen die »Störer der Volksgemeinschaft« besonders günstig.

Im Zuge der Entstehung einer Supermacht Europa übernehmen die anderen europäischen Länder nach dem Schengen-Abkommen das Computerfahndungssystem der Deutschen und die Millionen im Ausländerzentralregister erfaßten Daten. Mit der Weiterführung dieser Politik der Abschottung der Grenzen wird ein 'Nationalismus der Vaterländer' aufs Neue beschworen. Nicht-EG Ausländerinnen werden im Einklang mit der ökonomischen und politischen Expansion elementare Menschen- und Bürgerrechte vorenthalten; sie werden abgeschoben!

Im nächsten SF wird der 2. Teil der Arbeit: Flüchtlingsbewegungen in Mittelamerika veröffentlicht werden.

SF-Redaktion

1. Das Asylrecht in der BRD

Entstehung und Entwicklung des Asylrechts

Auf dem Hintergrund der NS-Zeit, in der viele Deutsche Zuflucht – sprich politisches Asyl – im Ausland gefunden hatten, entstand Artikel 16, Abs.2 des Grundgesetzes: »Politische Verfolgte genießen Asylrecht.«

In den 50er Jahren bewarben sich fast ausschließlich – zeitweise über 90% – Flüchtlinge aus »kommunistischen« Systemen. Mit Ausnahme der unmittelbaren Folgen des russischen Putsches in der CSSR 1968 wurde die 5000er-Grenze jährlich zu keiner Zeit überschritten. Die Anerkennungsquote schwankte zwischen 15 und 50%.

Seit 1974 nahm die Zahl der Asylsuchenden ständig zu. Sie stieg 1974 sprunghaft auf über 9000 an. Aber nicht nur die Zahl der Asylsuchenden nahm stark zu, sondern auch die Herkunftländer der Flüchtlinge veränderten sich.

»Der Flüchtlingsanteil aus osteuropäischen Ländern sank unter 50% und der aus den Ländern der »Dritten Welt« stieg in umgekehrter Proportion an, wobei die jeweiligen "Krisengebiete" als Herkunftsländer deutlich erkennbar waren: Türkei, Sri Lanka, Ghana, Äthiopien, Libanon und so fort.« (FR, 6.8.1986, in MgiFp, S.58-61)

Mit dem Ansteigen der Asylanträge sank die Anerkennungsquote seit 1978 unter 15%, am niedrigsten war sie Anfang 1981, als die Zahl der Asylsuchenden auf über 100.000 anstieg. Während noch 1966, z.B. ZuwandererInnen aus realsozialistischen Ländern bei Nichtanerkennung des Asylantrages ein Aufenthaltsrecht zugesagt wurde, wurde mit dem Ansteigen ihrer Zahl, die Ausgrenzung wichtigstes Kriterium für die Asylpolitik in der BRD.



Für Flüchtlinge aus der Türkei, in der 1980 nach der Machtübernahme des faschistischen Militärregimes viele das Land verließen, um ihr Leben zu retten, bedeutete dies die Einführung des Visumzwangs im Jahr 1980. Zusätzlich zum Visumzwang, der die Einreise von vornherein verhindert, wurden sogenannte Abschreckungsmaßnahmen entwickelt. Dazu zählen bis heute u.a. Arbeitsverbot, Verbot der Freizügigkeit und die Kasernierung in Sammellagern.

Im Juli 1982 wird das Asylverfahrensgesetz verabschiedet, womit die Rechte der Asylsuchenden in der BRD des weiteren eingeschränkt wurden. So wurde u.a. beschlossen,

»daß Ausländer, die in einem Drittstaat Schutz vor Verfolgung gefunden haben, nicht mehr als Asylberechtigte anerkannt werden, oder daß ein Asylsuchender bei Nichtanerkennung durch das Bundesamt für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge sofort abgeschoben werden kann, unbeschadet eines laufenden Verwaltungsgerichtsverfahrens. Desweiteren regelt das Asylverfahrensgesetz den Aufenthalt der Asylsuchenden während des Asylverfahrens.« (v. Hellfeld, 1986, Im Schatten der Krise, S.141)

Diese auf Abschreckung zielenden Maßnahmen von 1980 und die Verabschiedung des Asylverfahrensgesetzes von 1982 sollten nach Aussage des Landeskreisverbandes Bayern folgendes bewirken:

»Die unerwünschte Integration Asylsuchender in die deutschen Lebensverhältnisse ist durch karge, lagermäßige Unterbringung zu verhindern. Sie muß als psychologische Schranke gegen den weiteren Zustrom Asylwilliger aufgebaut werden.« (MgiFp, ebd., S.21)

Ein weiteres Datum, an dem die Schlinge für Asylsuchende noch enger gezogen wurde, ist der Frühsommer 1986. So wurde beschlossen, daß Nachfluchtgründe (z.B. Asylgewährung aufgrund politischer Betätigung als Flüchtling in der BRD) nicht anerkannt werden, die Asylgewährung bei mehr als dreimonatigem Aufenthalt in einem Drittland (z.B. Flüchtlinge aus Afghanistan oder dem Iran, die auf ihrer Flucht Station in Pakistan bzw. der Türkei machen). Desweiteren wurde beschlossen, daß Krieg und Bürgerkrieg nicht als Asylgrund anerkannt werden, und daß die Abschiebung in Krisengebiete künftig möglich ist. Außerdem wurde das Arbeitsverbot von zwei auf fünf Jahre verlängert.

Weitere Strategien, »die Ströme der Asylsuchenden« auf Europa zu verhindern, werden zur Zeit zwischen den westeuropäischen Staaten verhandelt.

»Denn vermieden soll werden, daß mit der Öffnung der Binnengrenzen im Jahr 1992 eine asylpolitische Liberalität einsetze. Die nationale Abgrenzungspolitik soll kontinental werden.« (Flucht und Asyl, 1988, Hrsg. Germershausen, Narr, S.25)

Zusätzlich soll das Flüchtlingsproblem noch mehr als bisher in die »Dritte Welt« verlagert werden, versteckt hinter dem Begriff »Regionalisierungskonzept«.

Rechtspolitik als wichtigstes Element der Ausgrenzung von Flüchtlingen

Obwohl Artikel 16 aufgrund der Erfahrung 100.000er von Flüchtlingen aus dem nationalsozialistischen Deutschland ins Grundgesetz aufgenommen wurde, war von Anfang an umstritten,

»ob Asylsuchende das "Recht auf die freie Entwicklung der Persönlichkeit" inclusive des Rechts auf Arbeit und Freizügigkeit bekommen sollten. (MgiFp., S.21, ebd.)

Diese Frage scheint aber tatsächlich nie mehr als eine Farce gewesen zu sein. Asylpolitik war und wurde immer stärker zur Ausgrenzungspolitik. Hierzu war es vor allem notwendig die Anerkennungsquoten zu senken. Entgegen der Verfassung und internationalen Konventionen wurde mit Maßnahmen der Rechtspolitik ein ursprünglich uneingeschränktes Grundrecht den politischen Vorgaben der "Regierenden" angepaßt.

Vor allem in den letzten 10 Jahren bestand die offizielle Vorgabe, daß die Zahl der Asylanten drastisch zu senken sei. Nachdem es nach Einführung des Visumszwanges für potentielle Flüchtlinge unmöglich wurde legal in die BRD einzureisen, um überhaupt einen Antrag auf Asyl stellen zu können, galt es die bereits hier lebenden Flüchtlinge über Nichtanerkennung des Asylantrages wieder loszuwerden.

Rechtsgrundlage hierfür war die Uminterpretation von Verfolgungstatbeständen – welche Grundlage für die Anerkennung sind.

»– Die Beurteilung der Folter als Mittel des Strafrechts und die daraus abgeleitete Einordnung von Folteropfern als Opfer unpolitischer Handlungen; ihnen kommen nicht allein, weil die gefoltert wurden oder weitere Folterungen befürchten müssen, asylrechtlicher Schutz zu;
- die Klassifizierung von Bürgerkriegen als allgemeine politische Entwicklungen; deren Opfer könnten deshalb nicht als Opfer politischer Verfolgung angesehen werden;
- die Ausgrenzung subjektiver Nachfluchtgründe aus dem Katalog der asylrelevanten Merkmale. Damit wurden Urteile provoziert – und tatsächlich schon gesprochen – die eine zu erwartende Verfolgung attestieren, aber dennoch die Asylanerkennung verweigern;
- die enge Interpretation des anderweitigen Schutzes vor Verfolgung, die schon zur Ablehnung von Asyl führte, wenn Flüchtlinge sich nur wenige Tage, ja sogar Stunden, in einem Transitland aufgehalten hatten, in dem sie angeblich sicher vor Verfolgung gewesen waren.« (Flucht und Asyl, S.25 ebd.)

Diese Uminterpretationen von Verfolgungstatbeständen, die ständig aufgehoben, verändert oder durch neue ergänzt werden, sind Ausdruck für die Tatsache, daß das Politische des Asylrechts explizit geworden ist. Politisch insofern, als daß das Weltflüchtlingsproblem als Souveränitäts- und Wohlstandsbedrohung dargestellt wird, gekoppelt mit der Schlußfolgerung, daß daher die Zahl der anzuerkennenden Asylanten gesenkt werden müsse.

»Administrative« Maßnahmen zur Ausgrenzung von Flüchtlingen

Ergänzend zur Rechtspolitik wurden mehrere administrative Maßnahmen verfügt. So wurden die Grenz- und Ausländerbehörden im Juni 1977 ermächtigt, »Asylmißbrauch« durch Ausweisung, Abweisung oder Abschiebung zu verhindern. Es wurde möglich, daß diesen Behörden

»eine Art polizeilicher Filter in die Hand gegeben war, der wirksam werden konnte, bevor ein Asylantrag überhaupt gestellt wurde.« (Frankfurter Rundschau, 6.8.1986)

Diese Praxis wurde fünf Jahre später vom Bundesverfassungsgericht für illegal erklärt. Die zynische Konsequenz war die Einführung des Visumzwangs gerade für die Länder, aus denen die »Flüchtlingsströme« verstärkt kamen oder erwartet wurden. Dies war letztendlich auch der viel direktere Weg zum Ziel der Aus- und Abgrenzung.

Die Senkung der Anerkennungsquoten durch Uminterpretation von Verfolgungstatbeständen und der Visumzwang waren die wichtigsten Maßnahmen für die Abgrenzung der BRD gegenüber Flüchtlingen.

2. Ausländerpolitik in der Geschichte Deutschlands

AusländerInneneinsatz und »FremdarbeiterInnerneinsatz«

Die Politik der Abgrenzung gegenüber Flüchtlingen unbeachtet deren Verfolgungsschicksal, läßt eindeutig erkennen, daß das Recht auf Asyl zu einem Antiasylrecht umfunktioniert worden ist: »Denn Asyl bedeutet Schutz. Das Ziel einer Asylpolitik muß darum sein, Schutz zu gewähren.« (Flucht und Asyl, S.32)

Tatsache ist, daß das Asylrecht der BRD sich nach Kriterien richtet, die mit dem Gedanken des Schutzes nichts mehr gemein haben. Die Flüchtlingspolitik der BRD scheint zur Ausländerpolitik verkommen zu sein, was zur Folge hat, daß es sowas wie eine Rangordnung unter Ausländern gibt, an deren unterster Stelle die Flüchtlinge stehen. Ausländer in der BRD wurden und werden nur geduldet, wenn sie als Arbeitskräfte benötigt werden. Flüchtlinge stehen dabei an unterster Stelle, weil sie zur Zeit am wenigsten »brauchbar« sind.

Schon im Kaiserreich und der Weimarer Republik spielte der Einsatz von ausländischen Arbeitskräften eine große Rolle. Der Einsatz von Wander- und Saisonarbeiter, die brutal ausgebeutet wurden war an der Tagesordnung.

In der NS-Zeit wurden »FremdarbeiterInnen« aus allen vom Deutschen Reich besetzten Gebieten zusammengetrieben, um als ArbeitssklavInnen dem NS-Regime zu dienen. Dieser Einsatz von FremdarbeiterInnen ist nie problematisiert worden, was als großer Fehler des Nachkriegsdeutschlands zu werten ist.

»Der Fremdarbeitereinsatz wird in den Köpfen nicht als NS-spezifisch eingeordnet, steht nicht im unmittelbaren Zusammenhang von Krieg, Faschismus oder SS-Verbrechen. (MgiFp, ebd., S.17)

Nur so ist erklärbar, daß das nach rassistischen Merkmalen hierarchisierte Modell einer Gesellschaft in veränderter Form überleben konnte. Die rassistischen Merkmale haben in erster Linie zwei Auswirkungen:
1. Ausländische Arbeitskräfte werden nicht integriert, sondern sollen am besten je nach Situation des Arbeitsmarktes angeworben oder abgeschoben werden.
2. Die bewußte Nichtintegration schürt vor allem in Zeiten der Krise den Ausländerhaß, was restriktive Ausländerpolitik erleichtert.

Um diese Kontinuität im »AusländerInneneinsatz« nachzuweisen, ist es notwendig sich die »Gastarbeiterpolitik« der BRD näher anzuschauen.

Der Arbeitskräftemangel im Nachkriegsdeutschland

In der Zeit nach dem 2.Weltkrieg begann der Aufbau der BRD und mit ihm verbunden das vielzitierte Wirtschaftswunder. Das bereits schon erwähnte Versäumnis sich z.B. mit dem »Fremdarbeitereinsatz« auseinanderzusetzen, ist insofern erklärbar, als

»die politischen und geistigen Unterstützer, die den Faschismus in Deutschland salonfähig gemacht und ihn über Jahre am Leben erhalten hatten, ohne politische Komplikationen in den Aufbau einer »demokratischen« Bundesrepublik integriert wurden.« *(Im Schatten der Krise, S.114f.)*

Trotz der NS-Prozesse in den 50er Jahren wurden die, die subtil vom Schreibtisch aus das NS-Regime repräsentierten, Wirtschafts- und Finanzmagnaten (Flick, Abs etc.) und die Richterschaft, nie zur Verantwortung gezogen, sondern übernommen. Die Bewältigung bzw. Auf- und Verarbeitung der

Vergangenheit wurde nie ernsthaft genug betrieben, sondern mit Wiederaufbau und Wirtschaftswachstum kompensiert.

Um das zerstörte Deutschland wieder aufzubauen, war neben den materiellen Hilfen des Auslandes (z.B. Marshall Plan) vor allem der Mangel an Arbeitskräften aufzuheben.

»Die Arbeitsmarktreserven sind nur durch regionale Mobilität der noch Arbeitslosen zu erschließen, das stößt aber auch enge grenzen des Wohnungsmarktes... die stärkere Einbeziehung von deutschen Frauen ist zwar naheliegend, aber "familienpolitisch" unerwünscht... die Erhöhung der Arbeitszeit stößt auf den Widerstand der Gewerkschaften, die auf eine 40-Stunden-Woche hinarbeiten... so bleibt, jedenfalls kurzfristig, nur die Beschäftigung von Ausländern...« *(Industriekurier, Okt. 1955 in MgiFp., S.18)*

»GastarbeiterInnen« in der Funktion einer neuen Reservearmee

Wie der erneute Arbeitseinsatz von AusländerInnen gestaltet werden sollte, wurde nie ausreichend debattiert. Im Vordergrund stand die Perspektive Wirtschaftswachstum. Um dieser Prämisse gerecht zu werden schloß die Bundesregierung im Dezember 1955 ihr erstes »Gastarbeiterabkommen« mit Italien. Bis 1959 kamen ca. 50.000 italienische Arbeitskräfte in die BRD.

Trotzdem stand der großen Nachfrage nach Arbeitskräften immer noch kein entsprechendes Angebot gegenüber, was zu Lohnsteigerungen vor allem für die westdeutsche ArbeiterInnenschaft führte. Um zu verhindern, daß weitere Lohnzugeständnisse getätigt werden mußten, wurden ab 1961 Arbeitskräfte im großen Stil angeworben. 1965 arbeiteten bereits etwa eine Million Menschen in der BRTD, aus Italien, Griechenland, der Türkei und Spanien.

Das Fehlen der Debatte über den erneuten »Ausländereinsatz« im Nachkriegsdeutschland, wurde erstmals richtig deutlich, als die BRD 1966/67 die ersten Rezessionserscheinungen erlebte. Alltagsrassismus und Ausländerfeindlichkeit traten offen zu tage und wurden mit dem Einzug der NPD in sieben Landesparlamente auch in diesen vertreten.

Diese Situation verschärfte sich zunehmend durch die Tatsache, daß mit dem Ansteigen der ausländischen Bevölkerung sich viele auf einen längeren Aufenthalt einrichteten. Hinzu kam, daß die durchschnittliche Aufenthaltsdauer auf mittlerweile 6-7 Jahre angestiegen war und in Folge dessen viele ihre Familien nachholten. Das damit verbundene Ansteigen der ausländischen Bevölkerung brachte es mit sich, daß, obwohl immer mehr ausländische Frauen arbeiten, die Zahl der erwerbslosen AusländerInnen anstieg.

Mit der zunehmenden Verschlechterung der Wirtschaftslage in der BRD entstand eine Debatte über Vor- und Nachteile der AusländerInnenbeschäftigung mit fatalen Folgen. Es wurde deutlich, daß der große Vorteil der AusländerInnenbeschäftigung für das westdeutsche Kapital in der Funktion der ArbeitsimmigrantInnen als »mobile« Reservearmee lag. Diese Einstellung ist praktisch identisch mit der der Nazis zum »Fremdarbeitereinsatz« im 3.Reich.

Die Kontinuität bestand insofern weiter, als sich der AusländerInneneinsatz bzw. deren Abschiebung schon immer an ökonomischen Interessen orientierte. Folgerichtig ist Ausländerpolitik nie dazu da gewesen, zu integrieren und gleichzustellen, sondern dient dazu, bei eventueller Krise die ArbeiterInnen und ihre Angehörigen zurückzumobilisieren bzw. gar nicht mehr einreisen zu lassen.

Dieser an ökonomischen Interessen orientierte AusländerInneneinsatz wurde im Ausländerrecht der BRD ermöglicht durch:

- die Verfügung des Anwerbestops am 23.11.1973
- die Ausweisung. Als Ausweisungsgründe genügen Arbeit ohne Erlaubnis, Verkehrsdelikte, »unsittliches« Verhalten oder Krankheit.
- Zusatzverordnungen für das Ausländergesetz, die die Ausweisung bei Teilnahme an Demonstrationen, Verteilen von Flugblättern, lesbischen und homosexuellen Beziehungen oder »wilder Ehe« mit einer deutschen Frau betreffen
- das Ausländerzentralregister, in dem ca. 10 Millionen AusländerInnen erfaßt sind. Jede behördliche Erfassung von AusländerInnen wird an das AZR (Ausländerzentralregister) weitergegeben. Mit 60 Datenfeldern (Sozialverwaltung und Gesundheitsfeldern, Interpol, BKA und Gerichte, Ausländerbehörden, Arbeitsämter, Polizeibehörden) ist sie eine der größten Dateien in der BRD und kennt trotzdem keine Löschfristen und keine Sperren für Auskünfte. Dieses Material dient der Erfassung, Überwachung und Assortierung der ausländischen MitbürgerInnen.
- die Einschränkung der bürgerlichen Grundrechte oder die permanente Aushöhlung des Familienzusammenführungsrechts sind weitere Beispiele.

All die erwähnten und weitere – noch nicht berücksichtigte – Maßnahmen sollten einen Ermessensspielraum schaffen, der die Entwicklung der »Arbeitskräftezufuhr« der wirtschaftlichen Situation flexibel anpassen sollte.

3. Das »neue« Ausländerrecht

Die wichtigsten Kriterien des »Neuen Ausländerrechts«

Auch der neue Entwurf des Ausländerrechts, dessen Verabschiedung Ende April 1990 stattfand, schreibt die Sonderbehandlung des »nicht-deutschen« Bevölkerungsanteils fort. Folgende »Neuregelungen« sind die Grundlage für die Fortsetzung der bisherigen Ausgrenzungspolitik.

- Eine unbefristete Aufenthaltserlaubnis soll erst nach fünf Jahren erteilt werden – und dies auch nur dann, wenn die betroffenen u.a. »ausreichenden Wohnraum« nachweisen können und in einem unbefristeten Arbeitsverhältnis stehen. Diese unbefristete Aufenthaltserlaubnis kann wieder entzogen werden, wenn der/die AusländerIn arbeitslos wird und auf Sozialhilfe angewiesen ist.
- Nur Kinder bis zum 16.Lebensjahr dürfen nachziehen oder sich ohne Paß und Visum hier aufhalten.
- Jugendliche der zweiten und dritten Generation dürfen nur zurückkommen (Wiederkehroption für ausländische Jugendliche), wenn sie ihren gesamten Lebensunterhalt selbst bestreiten können und mindestens sechs Jahre hier zur Schule gegangen sind.
- Eingebürgert wird nur, wer seine/ihre alte Staatsangehörigkeit aufgibt. Einbürgerung also als Weg ohne Rückkehrmöglichkeit in das Herkunftsland. Für die zweite Generation besteht diese Möglichkeit nur zwischen dem 16. und 21. Lebensjahr.
- Ausweisungsmöglichkeit für Ausländer, auch wenn sie schon viele Jahre hier leben, wenn sie z.B. mehrfach wegen Geschwindigkeitsüberschreitung mit einem Bußgeld belegt wurden, wenn sie drogensüchtig oder aidskrank sind, wenn sie sozialhilfeberechtigt sind oder ganz allgemein die »öffentliche Sicherheit« oder sonstige Interessen gefährden (Vgl. $ 35, 26 des neuen Entwurfes).
- Um einem etwaigen zukünftigen Arbeitskräftemangel abzuhelfen, soll der Innenminister demnächst festlegen können, welche Personen einreisen und länger als drei Monate bleiben können – freilich ohne daß sie den Anspruch erhalten länger zu bleiben.
- Weiterhin wird Asyl in der BRD nicht nach den Kriterien der Genfer Flüchtlingskommision gewährt, de facto Flüchtlingen wird erst nach vielen Jahren ein Daueraufenthaltsrecht gewährt – Jahre, in denen sie ständig die Abschiebung in ihre Herkunftsländer befürchten müssen.

Es wird deutlich, daß das neue Ausländer-

gesetz AusländerInnen nach wie vor ihres »Nicht-Deutsch-Seins« als Gefahrenquelle und Störpotential ansieht.

Das »Neue Ausländerrecht« – Die Übertragung des Ausgrenzungsgedankens im Asylrecht auf alle AusländerInnen

»Hier schimmert immer noch die Ausländerpolizeiverordnung von 1938 durch. Das Ausländerrecht bleibt danach immer noch – wenn auch nicht mehr ausschließlich – die Wissenschaft vom Ausweisen.« (FR, 16.11.1989)

Auch im »neuen Ausländerrecht« bestimmt der Stand der Konjunktur das Ausmaß an Humanität. Nur so ist es zu verstehen, daß von Anfang an Aufenthaltsbewilligungen nur zeitlich befristet und ohne Bleiberecht erteilt werden.

Der Frankfurter Ausländeranwalt Viktor Pfaff kommentierte die Regelungen für neueinreisende Ausländerinnen mit »Der Abschreckungsgedanke des Asylrechts wird übertragen auf alle Ausländer.« (Taz, 15.11.1989)

Neuerungen außerhalb des Bereichs der Schöpfung neuer Begrifflichkeiten, betreffen Selbstverständlichkeiten, denen, nachdem sie unzählige Einzelschicksale durch Abschiebung in den Tod besiegelt hatten, aufgrund des öffentlichen Drucks, nachträglich entsprochen wurde.

»Die Unterzeichnung der Anti-Folter-Konvention und der skandalösen Rechtssprechung des Bundesverwaltungsgerichts zur Folterproblematik (Abstellen auf die Motivation des Folterknechtes) ist es offenbar geschuldet, daß nunmehr auch die drohende Folter und die drohende Todesstrafe ausdrücklich unter die gesetzlich aufgezählten Abschiebehindernisse aufzunehmen man beabsichtigt. Das selbstverständliche war eben nicht selbstverständlich im "freiheitlichsten Staat", den es je auf deutschem Boden gab.« (ebd.)

4. Flüchtlingsfrage und Rassismus

Die Flüchtlingsfrage ist Produkt der Vertreibung, der Vernichtung der Lebensressourcen (Subsistenzwirtschaft), Ausdruck des internationalen Einkommensgefälles und zugleich des Anspruchs auf Überleben, Zukunft und Einkommen.

Das bedeutet, daß die ganze Problematik, die hier als Asylfrage der BRD verkauft wird, nicht mit national verengtem Blick gesehen werden kann und daß sie auch nicht im Rahmen der imperialistischen Verhältnisse zu lösen ist. Dem entsprechend wurde in der BRD nie nach Lösungen für die Flüchtlingsproblematik gesucht, sondern statt dessen ein Instrumentarium entwickelt, das lediglich der Ausgrenzung, der Vorfilterung, der Senkung der Anerkennungsquoten usw. diente.

Dieses Instrumentarium funktionierte nicht immer zur vollen Zufriedenheit der »Herrschenden«, da sowohl die Zahl der Asylsuchenden, als auch die Zahl der Anerkennungsquoten immer wieder anstieg. Diese Politik der Ausgrenzung erscheint besonders absurd auf dem Hintergrund, daß z.Z. gerade 1% der weltweiten Flüchtlingsströme die BRD erreicht.

Es wird deutlich, daß die Flüchtlingsfrage nicht als asylrechtliches Problem verstanden wird. Flüchtlingspolitik, und damit das Asylrecht, sind zur »Ausländerpolitik«

Photo: Umbruch Bildarchiv Berlin



verkommen und dienen der ausgewählten Verwertung des internationalen Proletariats in den Metropolen, der Zwangsmobilisierung zurück in die Herkunftsländer und der Abschottung der Grenzen vor zukünftigen Flüchtlingsströmen.

Heinrich Lummer erklärte auf einer Tagung von Verwaltungsrichtern im Jahr 1985 sinngemäß: »Der Asylantenstrom müsse gestoppt werden, Grundrecht hin, Grundrecht her.« *(Im Schatten der Krise, S.145)*

Welche Absicht hinter solch einer restriktiven Asylpolitik steckt, wird in den »Materialien gegen imperialistische Flüchtlingspolitik« folgendermaßen beschrieben:

»Die BRD schottet ihre Grenzen vor den Flüchtlingen aus der »Dritten Welt« ab. Diese Menschen sollen sich unterstehen, dorthin zu kommen, wohin ihre Reichtümer transferiert werden – z.B. in die BRD –, sie sollen sich unterstehen, materiell so gut leben zu wollen wir wir, anstatt sich mit dem Dahinvegetieren zu bescheiden. Tun sie das nicht, dann werden sie als Wirtschaftsasylanten und Schmarotzer diffamiert. Der Reichtum in den Industrieländern ist sicher nicht das Ergebnis eines besonderen Fleißes der Leute hier, sondern Resultat der kapitalistischen Weltwirtschaftsordnung. Von daher ist eine Spaltung von politischen und wirtschaftlichen Flüchtlingen nicht nur unsinnig, sondern auch gefährlich.- Jede soziale Krise schlägt irgendwann in eine politische um oder hat politische Ursachen – jeder politische Widerstand, der Flüchtlinge hervorbringt, hat auch soziale Ursachen. Jeder Flüchtling, der vor Hunger und Elend flieht, verhält sich – und sei es unbewußt – politisch.« *(MgiFp., S.11f.)*

Rassismus in der BRD

Wir haben bereits erwähnt, daß der Rassismus der Deutschen, der seinen Höhepunkt im Dritten Reich fand, im Nachkriegsdeutschland nie in Zusammenhang mit dem Fremdarbeitereinsatz gebracht wurde. Dieses Fehlen an Einsicht, von Vergangenheitsbewältigung bringt es mit sich, daß der BRD jegliche Grundlage für eine multikulturelle Gesellschaft abgeht, die auf Integration und Gleichstellung deutscher und ausländischer Menschen, unter Berücksichtigung der moralischen, ethischen und religiösen und moralisch ethnischen Besonderheiten abzielt.

Die Folgen dieses Versäumnisses zeigten sich erstmals Mitte der 60er Jahre. Die am stärksten vertretene Gruppe war zu dieser Zeit die der ItalienerInnen. Folgerichtig machte sich, in der ersten Rezessionsphase die Ausländerfeindlichkeit vor allem an den hier lebenden ItalienerInnen fest.

Eine Hauptursache für diese Ausländerfeindlichkeit war die nicht vorhandene soziale Infrastruktur für ausländische Arbeitskräfte. Von daher trafen sich ausländische Arbeiter bevorzugt, ihrer Mentalität entsprechend, auf öffentlichen Plätzen. Da die deutsche Bevölkerung die ausländischen MitbürgerInnen nur als Arbeitskräfte kannte und akzeptierte, stieß das Auftreten großer Ausländergruppen auf Unverständnis.

Auch hier wird deutlich, daß die nicht gewollte Integration, dazu führte, daß ausländische Arbeitskraft nur als Ware gesehen wurden. Unterstützt wurde diese Haltung durch die Heimunterbringung, die die Isolation der ausländischen Arbeitskräfte forcierte.

Als nun 1966/67 die BRD die erste Rezzession erlebte, kehrten viele ausländische ArbeiterInnen freiwillig in ihre Herkunftsländer zurück, was den Eindruck verstärkte, »daß es sich bei den ausländischen Arbeitern um ein schnell auswechselbares Arbeitskräftepotential handelte.« (Im Schatten der Krise, S.117)

So war es dann logisch, daß Ende der 60er Jahre, parallel zur Phase des Aufschwungs in der Wirtschaft, die Zahl der ausländischen Arbeitskräfte wieder stark zunahm und bis 1973 auf 2.595.000 anstieg.

Auf dem Hintergrund, daß 1966/67 viele AusländerInnen »freiwillig« zurückgekehrt waren, wurde 1973 der Anwerbestop erlassen, um ein weiteres Ansteigen der ausländischen ArbeiterInnen in einer wieder schwieriger gewordenen Wirtschaftssituation zu verhindern, in der Hoffnung alles sei genauso unproblematisch, wie in den Jahren 1966/67. Daß dieser Rückschluß falsch war, zeigte sich bald. Im Vergleich zu 1966/67 hatte sich die Situation für AusländerInnen folgendermaßen verändert:

- Die Möglichkeit der erneuten Arbeitsaufnahme, wie noch 1966/67 gegeben, wurde grundsätzlich unmöglich gemacht.
- Mittlerweile lebten doppelt so viele AusländerInnen in der BRD.
- Die Aufenthaltsdauer hatte sich auf im Durchschnitt 6 bis 8 Jahre verlängert, da das Prinzip der Rotation von der Industrie als nicht mehr wünschenswert angesehen wurde.
- Die Lohnsituation zwischen den Herkunftsländern und der BRD hatte sich zuungunsten der Herkunftsländer stark verändert. Besonders davon betroffen waren die TürkInnen, die mittlerweile den größten Anteil der ausländischen Bevölkerung stellten.

Auf diesem Hintergrund war die Politik der Zurückführung in die Herkunftsländer weniger erfolgreich. Als dann Ende der 70er Jahre zusätzlich Flüchtlinge in die BRD kamen, verstärkten sich die ausländerfeindlichen und rassistischen Tendenzen in der deutschen Bevölkerung. Die bis dahin versäumte Integration der ausländischen ArbeiterInnen, der Glaube, Anwerbung und Abschiebung ausländischer ArbeiterInnen wäre je nach Arbeitsmarktlage möglich, gekoppelt mit der Tatsache der Nichtverarbeitung deutscher Vergangenheit waren die Grundlage für den »neuen Rassismus« in der BRD.

Ab Anfang der 70er Jahre fand dieser Rassismus sich in den Verschärfungen des Asylrechts wieder. Sowohl die hohe Zahl der Flüchtlinge, als auch deren strukturelle Veränderung waren der Auslöser hierfür.

»Die neue Qualität, die mit der Politisierung des Asylrechts erreicht wurde, zeigt sich schlagartig daran, daß die Verfahrensreformen ungeniert damit begründet wurden, daß eben die Zahl gesenkt werden müsse.« (Söllner, Westdeutsch Asylpolitik, S.516)

Die Politisierung hatte zusätzlich zur Vorfilterwirkung und Verfahrensverkürzung den Effekt, daß sich die soziale Lage der Flüchtlinge in der BRD verschlechterte. Arbeitsverbot, die Ausgabe der Sozialhilfe in Sachleistungen und die Verfügung der Zwangseinweisung in Lager, Lagerverpflegung, knappstes Taschengeld und die Einschränkung der Bewegungsfreiheit waren Ausdruck dieses Gewaltverhältnisses.

»Die bürokratische Menschenbehandlung hat ihren latent-totalitären Endpunkt erreicht: das Asylantenghetto. Was hier fortgeschrieben zu werden droht, ist das genaue Gegenteil eines humanen oder auch nur durchdachten Gesamtkonzeptes an Ausländerpolitik.« (ebd., S.521)

Dieser Rassismus, der sich im heutigen Asylrecht wiederfindet, läßt Parallelen zur deutschen Vergangenheit zu, was darauf schließen läßt, daß der Rassismus bei den meisten latent vorhanden ist und seinen Ausbruch findet, in Situationen, in denen die eigene Existenz bedroht zu sein scheint. Dieser Rassismus ist aber nicht nur latent vorhanden, sondern wird durch einen populistischen Politikerstil unterstützt.

Verwendete Literatur

Ferdos Forudastan: »Eiserner Vorhang für die Dritte Welt«, taz, 15.11.1989

Germershausen, A. und W.D. Narr: Flucht und Asyl, Berlin 1988

v. Hellfeld, M.(Hg.): Im Schatten der Krise, Köln 1986

Materialien gegen imperialistische Flüchtlingspolitik; hg. v. Koordinationskreis Rhein/Ruhr autonomer Flüchtlingsgruppen, Duisburg 1987

Mies, M.: Subsistenzproduktion, Hausfraui- sierung, Kolonialisierung, in: Beiträge z. feministischen Theorie und Praxis, Nr.9/10, 1983

Söllner, A.: Westdeutsch Asylpolitik, Schrift-liche Fassung meines Habilitationsvortrages vom 9.7.1986, Berlin

Wieland, W.: »Trotz schöner Verpackung schleppt der Entwurf sämtliche Mängel mit«, FR v. 16.11.89

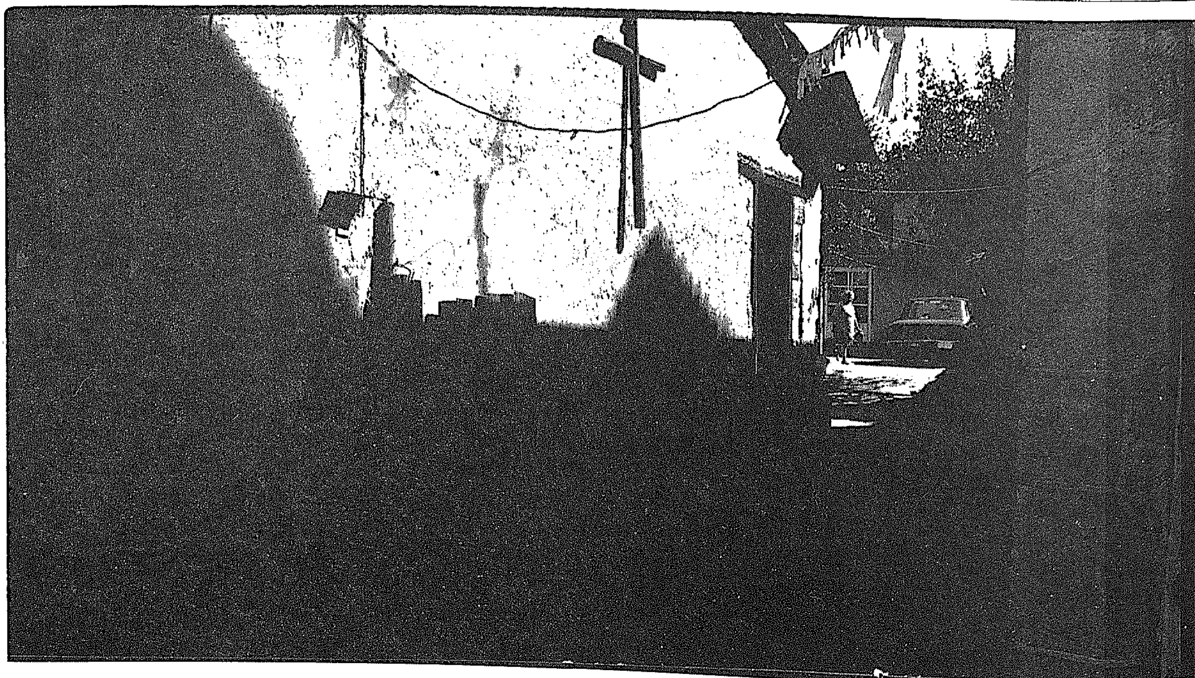


Photo: Umbruch Bildarchiv Berlin

1492 – 1992
500 Jahre Kolonisation – und kein Ende!

von Herby Sachs

Ab 1992 schließen sich die EG-Staaten endgültig zu einem einheitlichen Binnenmarkt zusammen. Wesentliches Ziel des gesamteuropäischen Projekts ist die Verbesserung der Konkurrenzfähigkeit (bzw. die Beherrschung) auf dem Weltmarkt gegenüber den USA und Japan.

Gerade jetzt sitzen die EG-Staaten noch gespannter in den Startlöchern, um nach der Öffnung des Ostblocks und der anstehenden Wiedervereinigung Deutschlands den »Wirtschaftsraum Ost« unter ihre Fittiche zu nehmen.

Doch im Jahr 1992 wird noch ein ganz anderes Ereignis gefeiert: Der 500. Jahrestag der Entdeckung Amerikas!

Im Auftrag der spanischen Krone beginnt 1492 mit der »Entdeckung Amerikas« durch Christobal Colon die Entwicklung eines internationalen europäischen Kolonialsystems. Die Eroberung des »natürlichen Hinterlandes« bedeutet die Ausbreitung europäischer Herrschaft und weißer Kultur. Das Ergebnis manifestiert sich seit fünfhundert Jahren in der Auspressung und Zerstörung der Identität der sogenannten »Randvölker der Welt«. Selbst ohne Chance, erwirtschaften sie den Reichtum der Metropolen.

Das Interesse der EG und Spaniens

Für Spanien bedeutet das Jahr 1992 in unterschiedlicher Gewichtung ein magisches Datum. In Barcelona finden die Olympischen Spiele statt, in Sevilla die Weltausstellung und Madrid wird Kulturhauptstadt Europas.

Verbunden mit den größenwahnsinnigen Feierlichkeiten zum »500. Jahrestag der Entdeckung Amerikas« etabliert sich Spanien als moderne europäische Macht.

Im Zuge der Modernisierung des Landes unter dem Dach gesamteuropäischer Ideologie haben die anderen EG-Partner durchaus offene Ohren für die kostspieligen Vorhaben der spanischen Regierung. Insbesondere da an den Vorbereitungen der neokolonialistischen Farce in einer »ständigen iberoamerikanischen Konferenz« mehr als 22 lateinamerikanische Staaten mit offiziellen Regierungskommissionen teilnehmen. Sitz des Sekretariats ist Madrid.

1492–1992, das fünfhundertjährige Reich ist in jeder Hinsicht ein gesamteuropäisches Projekt der zwölf EG-Staaten unter spezieller Obhut der ehemaligen Kolonialherren. Die PSOE-Regierung unter Gonzales poliert an dem Prestige des Spanischtums in Europa und Amerika. Das Bild der Ideologie des kulturellen Zusammenhangs mit einer einzigen Sprache und Identität soll sich vervollständigen.

Und der Widerstand?

Seit geraumer Zeit existieren auf breiter internationaler Ebene verschiedene Versuche Widerstand gegen die geplanten Feierlichkeiten zu leisten. trotz der Teilnahme der 22 lateinamerikanischen Staaten besteht eine kritische Stimmung gegen die neokolonialistischen Ambitionen Europas. Jedoch angesichts der politischen und ökonomischen Abhängigkeit scheint sich keine offizielle Eskalation ideologischer Konflikte mit der »alten Welt« zu lohnen.

»Die Zerstörung der Identität, der historischen Wahrheit und des historischen Bewußtseins der amerikanischen Völker einerseits und der ihm korrespondierende Rassismus des offenen Ausländerhasses oder der Sekundärform des Paternalismus – andererseits, war kein einmaliger Vorgang zu Beginn der Conquista. Es handelt sich vielmehr um einen kontinuierlichen Prozeß stets sich erneuernder Diskriminierung, welcher über den herrschenden westlichen Diskurs vermittelt wird, der nach wie vor eurozentristisch, kolonialistisch und rassistisch von der "Entdeckung Amerikas", der "Neuen Welt", den Indios usw. spricht.« (aus: Das fünfhundertjährige Reich, Emanzipation und lateinamerikanische Identität 1492–1992, Einleitung, S.10, Verlag Medico International, Frankfurt 1990)

Vor zwei Jahren hat sich in Mexico-Stadt ein kritisches Forum gegen den Neokolonialismus gegründet, das sich "Internationales Kultur und Wissenschaftsforum: Emanzipation und Lateinamerikanische Identität 1492–1992« nennt. Dem Forum gehören Mitglieder des Internationalen Organisationskomitees aus Peru, Mexiko, USA, Spanien und der BRD an. Die Initiativen gegen die Feierlichkeiten gehen primär von den Aktivitäten der betroffenen aus, d.h. der Menschen, die in Lateinamerika leben. »Emanzipation und Lateinameri-

kanische Identität« ist ein offenes Forum an dem die verschiedensten Personen und Organisationen mitarbeiten können, die zur Verbesserung der Situation der Völker beitragen.

»Das Forum geht davon aus, daß das prinzipielle Problem Lateinamerikas angesichts des »500. Jahrestages« das internationale ökonomische und politische System darstellt, welches seit 1492 ununterbrochen auf unseren Völkern lastet. Das Problem der »indios«, der »negros«, »de la tierra«, der politischen Autonomi, der Auslandsverschuldung, des Patriarchalismus, des spanischen Kolonialismus usw. sind nur verschiedene Facetten der negativen Auswirkungen dieses Systems, d.h. Symptome seines unmenschlichen Charakters. Folgerichtig muß die Arbeit gegen die Zelebrationen des V. Centenario als strategische Zielrichtung das transatlantische Herrschaftssystem haben (d.h. sich gegen die Ursache der Symptome wenden) und die o.g. Aspekte als teil dieser strategischen perspektive behandeln. Mit anderen Worten: der V. Centenario ist nicht primär ein Problem der Hautfarbe, des Geschlechts, der Geographie (Lateinamerika versus Spanien), der Geschichte (spanischer Kolonialismus) oder bestimmter gesellschaftlicher Sektoren (Bauern vs Intellektuelle), sondern ein Problem der dem allen zugrundeliegenden Totalität.« (Das fünfhundertjährige Reich, S.12/13)

Das Forum organisiert kulturelle und politische Veranstaltungen in Lateinamerika und Europa. Zeitschriften werden herausgegeben und große Wanderausstellungen oder Dokumentationen sollen die Bedeutung der fünfhundertjährigen Kolonisation an die Öffentlichkeit herantragen.

Die ehemalige Kolonialmacht

Die eurozentristische Arroganz der spanischen Feierlichkeiten findet ihren Ausdruck in der Tatsache, daß z.B. nicht eine der Veranstaltungen auch nur die entfernteste Beziehung zu einer der Indigenasprachen hat.

Auf breiter Basis scheint in Spanien nicht nur in dieser Beziehung ein seltsamer Konsens zu herrschen. Meinen Informationen entsprechend gibt es keinen breiten und vernehmbaren Widerstand gegen die Fortsetzung der fünfhundertjährigen Kolonisation. Kaum ein Artikel z.B. in der spanischen Tageszeitung El Pais der sich kritisch mit dem Thema auseinandersetzt. Abgesehen von dem Widerstand einiger Einzelpersonen und weniger außerparlamentarischer Gruppen deutet sich eine Gleichschaltung großen Ausmaßes in der spanischen Öffentlichkeit an.

Im Zuge des Jahrestages 1492–1992 und des Europataumels praktiziert Spanien in gigantischer Aufmachung eine eurozentrische Politik, die mit kaum getarntem Chauvinismus den Kolonialismus rechtfertigt und der Fremdenfeindlichkeit, dem Rassismus und der Erniedrigung anderer Völker Vorschub leistet. Der Mythos der Eroberung soll dem spanischen Volk die gebrochene Identität wiedergeben, und – ohne Zweifel – von den inneren sozialen Krisen ablenken. Die politische und soziale Situation hat sich in den letzten Jahren immens zugespitzt: Die Arbeitslosigkeit erreicht fast 30 Prozent. Soziale Errungenschaften werden zugunsten modernistischer Projekte gestrichen. Und, nicht zuletzt, wird das politische Sy-stem zusehends von der Regierung Gonzales demontiert.

Zu den politischen Ursachen der Kolonisation

Spanien war einer der wesentlichen Praktikanten des Genozids in der Vorbereitung und der Folge der Eroberung Lateinamerikas. Die gefeierten Eroberer Christobal Colon, Cortez und Pizarro stehen symbolisch für die Invasion weißer Kultur, die Millionen Menschen ausgerottet hat. Ein Amerika wurde entdeckt, das von seinen Bewohnern tausende von Jahren vorher "entdeckt" worden war. Die Indigenas-Ethnien verloren ihre Autonomie in jeder Hinsicht. 1492 ist der Beginn des Entsetzens, das mit großer Geschwindigkeit skrupellose Eroberung, Massenmorde und Krankheiten über Lateinamerika brachte. Mehr als die Hälfte der Bevölkerung soll durch den Kontakt mit Weißen an epidemischen Krankheiten gestorben sein. Wahrscheinlich kamen in den Jahren nach der Invasion mehr als hundert Millionen Menschen ums Leben. Auch wenn statistische Größen wenig über die Wirklichkeit sagen, ist die Dimension

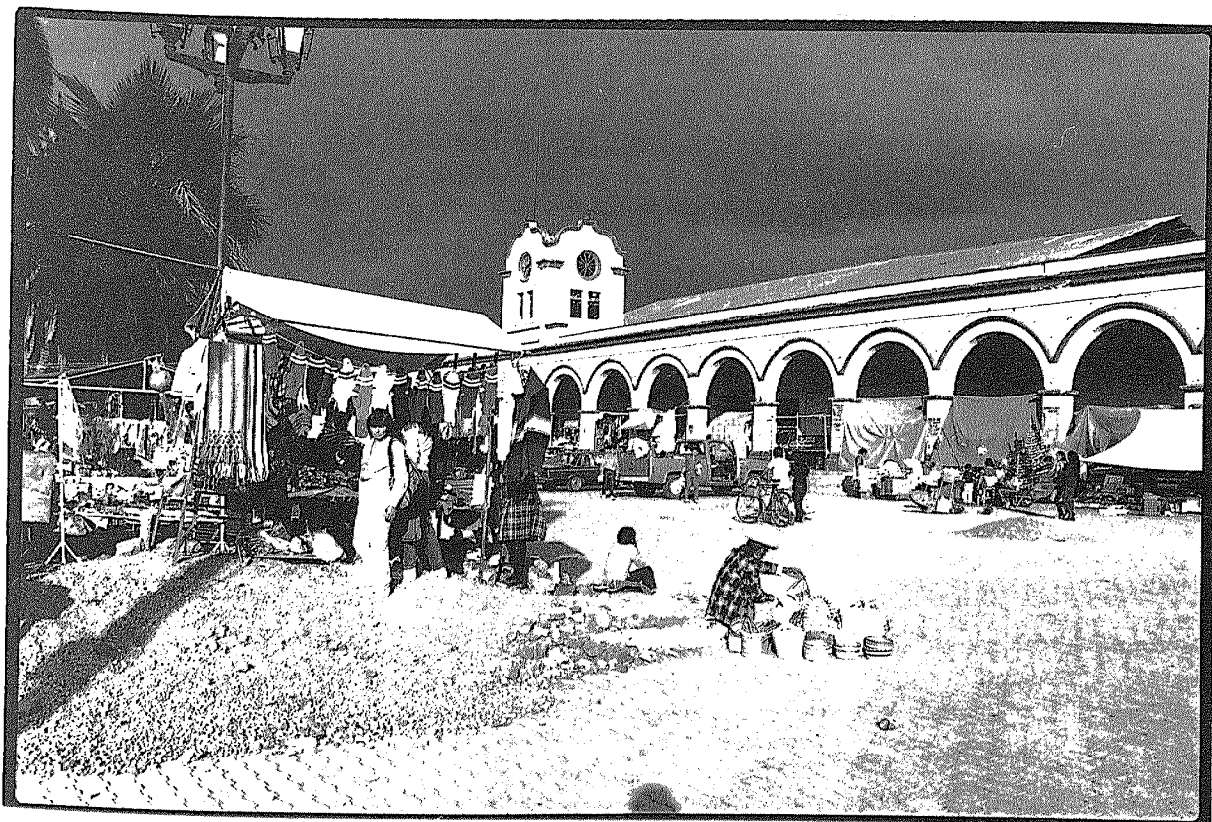


Photo: Umbruch Bildarchiv Berlin

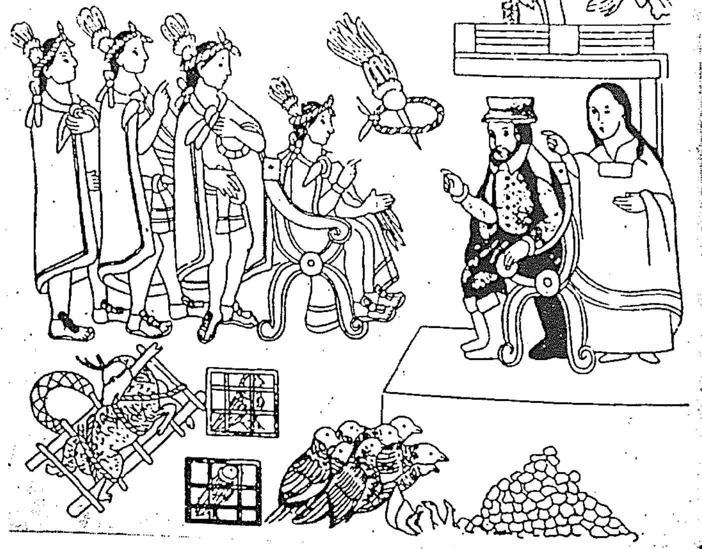
erschreckend. Es gibt keine vergleichbaren Ereignisse in der Geschichte der Menschheit.

Doch all diese Fakten erklären nur ungenau die politischen Ursachen der Eroberung des Riesenreiches der Azteken, die trotz einer Millionenbevölkerung und starker militärischer Präsenz von Cortez mit seinen paar hundert Soldaten vernichtet werden konnten. Auch die Angst vor den unbekannten Pferden, den Mensch-Tier-Göttern, der Einsatz von Feuerwaffen oder der überlieferte Mythos von der Ankunft hellhäutiger, bärtiger Götter, reicht nicht aus, den Untergang zu erklären.

Ohne Frage haben die Spanier blutigste Verbrechen begangen und bewußt kaum vorstellbare Ausrottungsstrategien eingesetzt. Aber sie haben parallel eine Machtpolitik praktiziert, die in der Kolonisierung eine wichtige Rolle gespielt hat: Die Spanier wußten sich mit den Feinden der Azteken zu verbünden. Sie nutzten die politische Situation der von den Azteken unterdrückten und abhängigen Völker. Sie schloßen kurzzeitige Bündnisse gegen die Macht der Azteken, um nach deren Vernichtung die gleichen Methoden gegenüber ihren Helfern anzuwenden. Ihre politischen Strategien sind in moderner Weise nur mit der Rationalität von Denunziantentum, Spitzelwesen und sozialer Kontrolle zu vergleichen.

In Europa fanden zu dieser Zeit seit mehr als zweihundert Jahren Kreuzzüge statt, die systematisch Massenmord und Vertreibung praktizierten. Die Inquisition, die Ketzer- und Hexenverfolgung, die Judenpogrome, der Rassismus – erreichten zur Zeit der Conquista gerade in Spanien eine besondere Qualität. 1492 war die letzte Bastion der Mauren (Granada) gefallen. Eine Neuverteilung der Macht und der Zentren Europas stand seit geraumer Zeit verbunden mit der Verbreitung christlicher Ideologie auf der Tagesordnung.

Die Geschichte der besonderen Gewalt und Kolonisation, die seit 1492 begann und seither nicht aus Lateinamerika verschwunden ist, wird angesichts der Bedeutung die Spanien und Europa dem 500.Jahrestag der Invasion beimessen, auf höherer Stufe fortgesetzt. Um den fünfhundertjährigen Widerstand der Völker Lateinamerikas in Europa politisch und kulturell transparent zu machen, gilt es dem »Supermarkt und einer Gewalt orientierten Weltkultur« eine wirkungsvolle politische Praxis entgegenzusetzen. Ansonsten ist der Charakter und die Bedeutung der Feierlichkeiten im eurozentristischen Kontext ein weiterer Garant für die Festschreibung der Hierarchie»Erste« und »Dritte Welt..«



Montezuma wird von Cortez empfangen



Verwendete Literatur:

Das fünfhundertjährige Reich. Emanzipation und lateinamerikanische Identität 1492-1992, Verlag Medico International, Frankfurt 1990. Sehr empfehlenswert.

Materialien für einen neuen Antiimperialismus Nr.1, Hg. Buchladen Schwarze Risse, Verlag M.Junk, Berlin 1988

Sur, mexikan. Zeitschrift, Nr.2, Mexiko D., Juli/ August 1989

La Jornada, mexikan. Tageszeitung v. 13.10.1989

La Jornada, mexikan. Tageszeitung v. 27.10.1989 Mexiko D.F., S.13

El Pais, span. Tageszeitung v. 16.3.1990, S.12

El Pais, span. Tageszeitung v. 9.4.1990, S.13

El Pais, span. Tageszeitung v. 26.4. 1990, S.15

Überleben in der Wirtschaftskrise und die Würde des Menschen
– zwei Beispiele aus Mexiko
Teil 1

von Veronika Bennholdt-Thomsen

Einleitung

Im folgenden werde ich die Erfahrungen meines Feldforschungsaufenthaltes im Sommer 1987 in zwei ländlichen Gegenden Mexikos, die ich beide seit langem kenne, reflektieren. In Rio Grande, dem indianischen Kleinbauerndorf, das abgelegen in der subtropischen Klimazone der Berge von Chiapas liegt, habe ich vor zehn Jahren eine mehrmonatige Forschung durchgeführt. Ich habe es seitdem zum ersten Mal wiedergesehen. Juchitan, die indianische Kleinstadt am Isthmus von Tehuantepec, im Bundesstaat Oaxaca gelegen, kannte ich von drei früheren, jeweils mehrwöchigen Aufenthalten in den Jahren 1977, 1983 und 1986.

Mexiko macht gegenwärtig eine schwere Zeit durch. Die Krise war bereits 1986 schokkierend und 1987 erheblich zugespitzt. Ich wurde mit den Schwierigkeiten von Freunden und Bekannten in der Hauptstadt und in abgeschwächter Form in einigen Provinzhauptstädten konfrontiert, in die sie aufgrund der schweren Wirtschaftskrise des Landes geraten sind. Zu meinem großen Erstaunen waren die Erfahrungen auf dem Land jedoch ganz andere.

In *Rio Grande* waren die Menschen besser ernährt und gesünder als vor zehn Jahren und sie sahen gelassener in die Zukunft als damals, da sie heute ihr Überleben besser abgesichert sehen. In *Juchitan* war das Angebot an Nahrungsmitteln auf dem Markt über die letzten Jahre hinweg gleich geblieben, die Menschen sahen ebenso wohlernährt aus, wie eh und je, und der öffentliche Konsum an Essen und Alkoholika auf den großen Verdienstfesten in den Straßen war sogar noch verschwenderischer geworden.

Die wichtigste Erkenntnis meines Forschungsaufenthaltes ist deshalb die, daß die Krise der mexikanischen Volkswirtschaft nicht zugleich eine Krise des Alltags und der Überlebensproduktion ist, weder auf dem Land in der indianisch-gemeinschaftlich organisierten kleinbäuerlichen Produktion, noch in **der von einer starken ethnisch-kulturellen Identität geprägten zapotekischen Kleinstadt Juchitan. Ich bin vielmehr zu dem Ergebnis gekommen, daß die Krise der nationalen Wirtschaft in Mexiko die Subsistenzproduktion, d.h. die Produktion direkt für den Konsum sogar zu stärken vermag.** Denn die Krise betrifft nicht die gesamte Ökonomie, sondern nur die Ebene der international verflochtenen Geld- und Warenproduktion, die für das unmittelbare Überleben keineswegs die wichtigste ist. Im Gegenteil, da sie die Überlebensproduktion funktionalisiert, wird diese prekär, weil sie damit auch den Schwankungen des Weltmarktes unterworfen ist. Dort aber, wo die Subsistenzproduktion noch nicht zu einer reinen Reproduktionsfunktion der Geld- und Warenwirtschaft verkommen ist, kann sie reaktiviert, ausgebaut und zur autonomen Sicherung des Überlebens konsolidiert werden.

Da der Begriff der »**Subsistenzproduktion**« in meinen Überlegungen eine zentrale Rolle spielt, möchte ich ihn skizzenhaft vorab klären.

Es ist **das Herstellen des Überlebens,** alltäglich und bezogen auf die Generationen, das ich als Produktion der Subsistenz bezeichne. Es handelt sich um die Arbeit für den unmittelbaren Konsum ohne Zwischenkunft von Geld und Waren, unbezahlte Arbeit also, die direkt gebrauchsorientiert ist.

Es ist das Herstellen der Nahrung sowohl als Anbau auf dem Feld, wenn die Ernte in den eigenen Konsum fließt, als auch das Einkaufen, Kochen, Tischdecken und – nicht zu vergessen – Abwaschen.

Subsistenzproduktion **ist die Arbeit mit den Kindern,** allerdings nicht als bezahlte Kindergärtnerin oder Lehrerin, sondern meistens die der Mutter, die keine geregelte Arbeitszeit hat, sondern auch nachts dreimal aufstehen muß, wenn das Kleinkind schreit. In der modernen Gesellschaft ist die Subsistenzproduktion immer mehr zu einer Aufgabe der Frauen geworden. Auch in der kleinbäuerlichen Landwirtschaft heutzutage in der »Dritten Welt« setzt sich in dem Maße, in dem sie kommerzialisiert wird, immer mehr die moderne Arbeitsteilung nach Geschlechtern durch. Die Männer kümmern sich um die Feldarbeit jener Produkte, die verkauft werden, und die Bäuerinnen werden zu Hausfrauen auch in dem Sinne, daß die Feldarbeit für die Nahrungspflanzen zum eigenen häuslichen Konsum in ihre Verantwortung übergeht. Mit diesem Prozeß geht unmittelbar eine Hierarchisierung einher. Die Arbeit, die kein Geld einbringt und diejenigen, die sie tun, werden gering geschätzt. Dies ist der Grund dafür, warum gesagt wird, die Bauern seien dumm, und entsprechend wird Frauen eine qua Geschlecht niedrige soziale Stellung zugewiesen.

Im folgenden werde ich zuerst meine Eindrücke von der ökonomischen Krisensituation in Mexiko beschreibend schildern, um dann in einem zweiten Schritt allgemeinere erklärende Thesen zu formulieren, deren Plausibilität ich dann in einem dritten Schritt anhand der konkreten Situation in den beiden mir näher bekannten Orten vorführen werde.

1.Die Wirtschaftskrise in Mexiko

Seit spätestens 1982 befindet sich die mexikanische Volkswirtschaft in einer tiefen ökonomischen und finanziellen Krise, die sich erstens in einem drastischen Verfall des Reallohns ausdrückt, nämlich dessen Halbierung in den Jahren 1982-87[1]; zweitens einer Inflationsrate, die zwischen jährlich 100% bis 200% schwankt; drittens einem galoppierenden Verfall des Wechselkurses des Peso (Mitte 1985: 1 US $ = 350 Pesos; Mitte 1987: 1 US $ = 750 Pesos Anfang 1990: 1 US $ = 2700 Pesos[2]) und viertens dem Einbruch im Wachstum des Bruttosozialprodukts mit einem Wachstum von nur 0,5% im Jahre 1982.(3)

Mexiko ist direkt hinter Brasilien das



Photos zu Rio Grande: Eckhard Hochgrebe/Reinhard Jenke

Entwicklungsland mit der zweitgrößten Auslandsverschuldung; sie beträgt US $ 102,6 Mrd (Brasilien US $ 108,0 Mrd., in großem Abstand gefolgt von Argentinien mit US $ 53,1 Mrd. (Schuldenstand Ende 1986). In akute Zahlungsschwierigkeiten ist Mexiko, das über große Erdölreserven verfügt, durch den Verfall des Erdölpreises geraten. Bis zu diesem Zeitpunkt 1981/82 war die Wirtschaftspolitik des Landes darauf ausgerichtet, seine »Entwicklung« im wesentlichen mit Hilfe des Erdöls zu finanzieren. Entwicklung hieß weitere Industrialisierung (mit Hilfe importierter Maschinerie bzw. Produktionsanlagen), Ausbau der Infrastruktur (Straßen, andere Verkehrsverbindungen, Staudämme, Energiequellen) und verstärkte Weltmarktintegration (durch erhöhten Export von verarbeiteten Rohstoffen und anderen Fertigprodukten). Diese Politik schien auch zu funktionieren. So erzielte Mexiko zwischen 1978 und 1981 eine durchschnittliche Wachstumsrate des Bruttosozialprodukts von 8,5% pro Jahr, eine der höchsten der Welt. Seitdem aber ist die mexikanische Wirtschaft in den Sog einer Krise geraten, deren Ende nicht abzusehen ist.

Die Krise in Mexiko-Stadt

Bevor ich sozusagen aufs Land gehe, möchte ich kurz von der Stadt berichten. Mexiko ist gegenwärtig die größte Stadt der Welt mit geschätzten 18 Millionen Einwohnern.(5) Hier ist die Krise deutlich sichtbar und spürbar. Am stärksten betroffen sind die Angehörigen der Mittelklasse, deren Autos immer älter und klappriger werden, die zwei, drei und sogar vier Jobs gleichzeitig machen müssen, um ihren Lebensstandard halten zu können, deren Einkäufe schmäler und deren Kleidung immer abgetragener werden, die nicht mehr ins Ausland reisen und auch nicht mehr das Dienstmädchen, sondern nur noch eine Zugehfrau bezahlen können. Die Mittelklasse ist deutlich vom sozialen Abstieg bedroht, und für ihre unteren Schichten hat er sich bereits vollzogen. Für diejenigen, die schon immer »ganz unten« waren, für die Masse der Armen, hat sich allerdings an ihrer unmittelbaren Lebenssituation wenig geändert. Sie leben heute, wie früher auch, am Rande des Existenzminimums und jedes Familienmitglied muß, sobald und solange es dazu in der Lage ist, für das eigene Überleben sorgen und zu dem der anderen beitragen. Insgesamt vermittelt Mexiko-Stadt den Eindruck einer zunehmenden Polarisierung. Von Jahr zu Jahr wächst die Schicht der Armen, gegen die sich der Reichtum der Wenigen immer deutlicher abhebt. Sichtbarer Ausdruck dieses Prozesses ist die Ausweitung des informellen Sektors: Die Phantasie, etwas zum Verkauf anzubieten, scheint grenzenlos; es werden völlig neue Dienstleistungen und Produkte erfunden, um sich über Wasser halten zu können. Auf der anderen Seite steht die wachsende Paranoia der Besitzenden, die viel Phantasie darauf verwenden, ihr Eigentum vor den wachsenden Übergriffen zu schützen.[6]

Auswirkungen der Krise in der Kleinstadt Juchitan

Juchitan liegt auf dem Isthmus und am Golf von Tehuantepec, ungefähr 10 km landeinwärts, direkt an der großen Überlandstraße Panamericana. Laut Volkszählung von 1980 hat Juchitan 42.000 Einwohner. Nicht weit von Juchitan, ca. 50 km entfernt, liegt der Hafen Salina Cruz, der in den letzten Jahren als Erdölhafen, umgeben von Raffinerien, ausgebaut worden ist. Dadurch sind viele Fremde nach Juchitan gekommen, bzw. verdingen sich Juchitecos dort als Lohnarbeiter. Juchitan gehört zum Bundesstaat Oaxaca mit Sitz der Landesregierung in der gleichnamigen Stadt, die fünf Busstunden entfernt liegt. Die Reise nach Mexico-Stadt dauert elf Stunden im Überlandbus, dem üblichen Reisemittel in der mexikanischen Republik. Die Wirtschaft von Juchitan wird von der Landwirtschaft, der Fischerei und vom Handel bestimmt. Die Gemeinde verfügt über ein Gebiet von 68.000 ha, 25.000 ha davon sind Bewässerungsland. Laut Statistik sind fast 50% der Erwerbsbevölkerung in der Landwirtschaft beschäftigt.

Man kann sagen, daß die Männer von Juchitan Bauern und Fischer sind. Der Handel ist Domäne der Frauen; jede Teca, so nennen sich die Frauen von Juchitan, ist Händlerin. Tagsüber prägen ausschließlich Frauen das Straßenbild und das Leben in und um den Markt herum. Die Markthallen befinden sich direkt im Zentrum der Stadt und zwar im Erdgeschoß eines Gebäudes, das im ersten Stock das Rathaus und die Gemeindeverwaltung beherbergt.

Die skizzierte Art der Arbeitsteilung nach Geschlechtern am Isthmus von Tehuantepec datiert aus der vorkolonialen Zeit. Die Gegend war auch schon damals als Durchgangsgebiet für den Handel zwischen dem Zentrum Mexikos und Guatemalas bzw. Zentralamerika von Bedeutung.

Ethnisch gehören die Juchitecos zu den Zapotecas. Das Zapotekische wird heute noch, trotz vielfältiger ethnischer Mischung, von der Mehrzahl der Bevölkerung beherrscht. Anders als in vielen sonstigen indianischen Gebieten Mexikos ist man hier stolz auf die eigene indianische Sprache und Kultur. Entsprechend kunstsinnig sind die Tecos, man hält viel von Poesie, Musik und Malerei. Tracht tragen nur noch die Frauen, dies aber sehr verbreitet. Sie ist sehr farbenfreudig, besteht aus einem weiten, langen, bunten Rock und einem kurzen, andersfarbigen, buntbestickten Blusenoberteil. In die Haare werden Bänder geflochten und vor dem Gang zum Markt stecken sich die meisten Frauen eine Hibiskusblüte hinter das Ohr. Der Reichtum der Frauen wird in Form von Goldschmuck zur Schau getragen, der von der Mutter auf die Töchter vererbt wird, in den eventuell gespartes Geld gesteckt wird, und der vor allem bei wichtigen Ereignissen, z.B. der Geburt eines Kindes, Geschenk von Männern an Frauen ist. Daß es sich hierbei nicht um die Ästhetik des Schmuckes, sondern um eine Spareinlage handelt, ist deutlich sichtbar; die Ketten, Ohrgehänge und Armbänder bestehen aus miteinander verbundenen Goldmünzen. früher, so noch von mir vor vier Jahren beobachtet, legten die Frauen ihr Gold zu den großen Festen an, jetzt aber ist dies unüblich geworden, denn sie haben Angst, beraubt zu werden.

In diesem Sinne werde ich auch angehalten, meine Haustür nicht wie früher offen zu lassen, während ich allein im Innenhof arbeite. Ansonsten aber bemerke ich in Juchitan wenig von der Krise. Ich habe im Gegenteil den Eindruck, daß die Menschen noch verschwenderischer mit ihren Gütern umgehen als früher. (Die genannten Vorsichtsmaßnahmen führen sie übrigens nicht auf die Krise, sondern auf die Ansiedlung des Erdölhafens mit den vielen Fremden zurück.) Die Feste, die das soziale Leben in Juchitan entscheidend prägen, sind ebenso häufig, ebenso volksreich und noch freigiebiger mit Musikensembles, gutem Essen und Trinken bestückt wie früher. Ich habe die Frauen auf dem Markt, die Überlandhändlerinnen, die Bar- oder Trinkhallenbesitzerinnen und Bauern nach den Auswirkungen der Krise befragt, und erhielt darauf wenig besorgte Antworten. Im Vordergrund stand die Klage, man verliere das Gefühl für den Wert des Geldes, da es kein Ausdruck für den Wert der Dinge mehr sei.

Auswirkungen der Krise in Rio Grande

Die größte Überraschung und die größte Freude aufgrund banger Erwartungen erlebte ich in Rio Grande, jenem indianisch-bäuerlichen Dorf, in dem ich davor zehn Jahren eine mehrmonatige Feldforschung durchgeführt hatte. Die Menschen waren besser ernährt, fröhlicher und zuversichtlicher als damals.

Rio Grande liegt im südlichsten Staat der Republik Mexiko, in Chiapas. Es ist ein Dorf von jetzt ungefähr 550 Einwohnern. Die Menschen leben ausschließlich von der Landwirtschaft, der Bodenbesitz ist *eijdal*, d.h. vom Staat der Dorfgemeinschaft zur Nutzung zugewiesen, die Verwaltung geschieht nach Regeln der Comunidad, Landbesitz und Bearbeitung sind individuell nach Haushalts- oder Familieneinheiten eingeteilt. Angebaut werden hier Mais und Bohnen für den eigenen Konsum und Kaffee für das Geldeinkommen. Vom Arbeitsaufwand gehen ungefähr 3/4 in das Subsistenzfeld, die Milpa, und 1/4 in den Kaffee. Ähnlich schätze ich die Bedeutung beim Bestreiten des Lebensunterhaltes ein, – die des Kaffee-

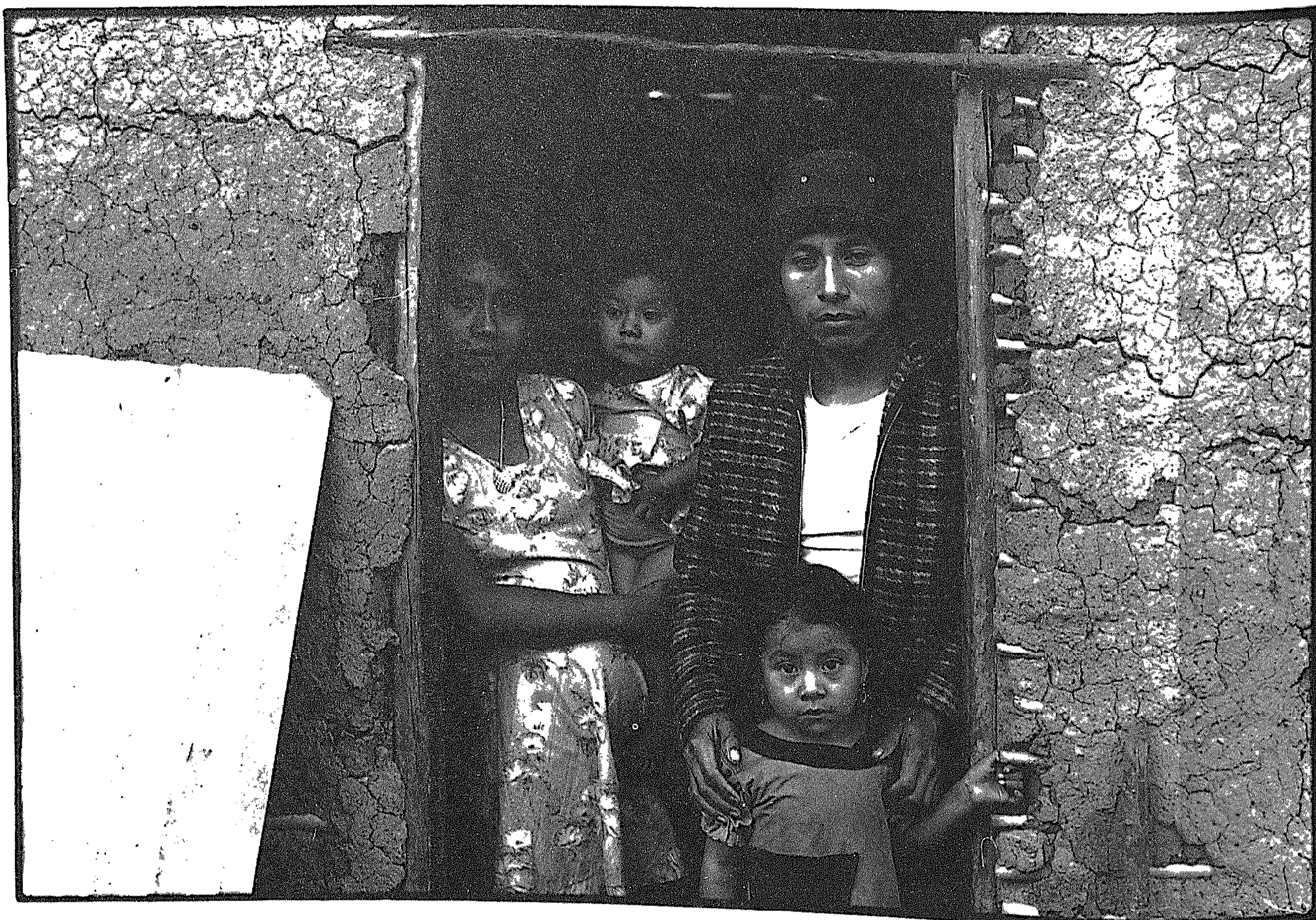


Photo: Eckhard Hochgrebe/Reinhard Jenke

geldes eher noch geringer. Es wird für Medikamente, Schulmittel für die Kinder, Schuhe, Kleidung, Düngemittel, Werkzeug, das Wellblech für das Haus, Strom und eventuelle Reisen in nahegelegene Orte benötigt.

Rio Grande und insgesamt die Gemeinde Tila, zu der es gehört, liegt am Ende einer Stichstraße, die ungefähr auf der Hälfte von der größeren Verbindungsstraße zwischen San Cristóbal de las Casas auf dem Hochland von Chiapas und Palenque im tropischen Tiefland des Bundesstaates Tabasco abführt. Von der Abzweigung braucht ein Auto ca. drei Stunden auf der Schotterstraße nach Tila. Rio Grande selbst liegt zwei Kilometer Fußweg davon entfernt. In der Trokkenzeit können auch Autos das Dorf erreichen. In Rio Grande selbst besitzt niemand ein Auto, noch sonst ein Gefährt. Auch Lasttiere gibt es nicht, da der knappe Boden sie nicht tragen könnte. In Rio Grande spricht man Chol, einen Mayadialekt, aber die meisten, Männer wie Frauen und schulpflichtige Kinder, könn en auch Spanisch. Seit ca. zwei Generationen ist hier jegliche Tracht verschwunden, auch sind die Menschen aus Rio Grande anders als die Juchitecos auf ihre ethnische Eigenheit und Kultur nicht speziell stolz.

Bange Erwartungen hatte ich vor dem Wiedersehen deshalb, weil zum Zeitpunkt meiner Studie zehn Jahren davor eine nationale Entwicklungsbehörde im Rahmen eines Weltbankprojekts bemüht war, die Bauern von Rio Grande von ihrem Mais- und Bohnenanbau für den eigenen Konsum abzubringen und ihn durch kommerzielle Produkte zu ersetzen. Und ich konnte mir keine Produkte, Anbaumethoden und Vermarktungswege vorstellen, die den Menschen hier so viel Geld eingebracht hätten, um sie gut zu ernähren, noch dazu in einer Zeit des Preisverfalls für die Bauern. Aber nichts dergleichen war passiert.

Außer der Elektrifizierung vier Jahre davor, und den drei Fernsehern, die in deren Gefolge Einzug gehalten haben, der Errichtung von Latrinen bei jedem Haus, der Erweiterung der Grundschulklassen auf vier und der Eröffnung eines Ladens der staatlichen Verkaufsgenossenschaft CONASUPO ist alles – sehr erstaunlich – gleich geblieben. Erstaunlich ist, daß in einem sich rasch der Kommerzialisierung erschließenden Land, noch dazu in der Nachbarschaft der Provinz Tabasco, die inzwischen völlig von der Erdölausbeutung geprägt ist, das Verhältnis von Subsistenz- und Warenproduktion dasselbe geblieben ist, und das im Anschluß an die massiven Bemühungen des Weltbankprojektes, die Warenproduktion auszudehnen, die ich damals erlebt hatte.

Erstaunlich ist ebenfalls, und hier sehe ich eindeutig einen ursächlichen Zusammenhang, daß die Menschen von Rio Grande inmitten der großen Wirtschaftskrise besser leben als vorher, als mehr Geld und Entwicklungsbemühungen in das Dorf flossen. Die Krise hat zur Folge, daß die staatlichen Entwicklungsbehörden sich mehr oder minder aus der Gegend zurückgezogen haben, so daß die Bauern in Ruhe wieder auf ihre vertraute Subsistenzproduktion, die ihnen Sicherheit in bezug auf ihre Nahrungsgrundlage gibt, zurückgreifen konnten. So benutzen sie hauptsächlich wieder die einheimische Maissorte, die, an die lokalen Bedingungen angepaßt, eine sichere Ernte garantiert. Auch der lokale Fleischkonsum ist auf diese Weise gerettet worden, da die Frauen von Rio Grande wegen der Anfälligkeit der Zuchthähnchen für den Verkauf gegenüber einheimischen Hühnerkrankheiten zur wenig aufwendigen Aufzucht der einheimischen Hühnersorte zurückgekehrt waren, nachdem diese schon fast abgeschafft worden wären.

Aber die Leute von Rio Grande kehrten nicht nur zu ihren alten Produktionsmustern zurück, sondern sie konnten nun, von der großen Entwicklung in Ruhe gelassen, die Subsistenzproduktion entwickeln. Sie haben nach ihren eigenen Kriterien Elemente des angebotenen Technologiepakets assimiliert. Neben der einheimischen Maissorte wird Hybridmais angebaut, wenn auch in wesentlich geringerem Maße, da er schneller reift, sich aber als Eigenkonsumprodukt wegen der schlechten Lagerfähigkeit (Ungezieferbefall) höchstens während zwei Monaten nach der Ernte eignet. Der Hybridmais braucht Düngemittel, die in geringen Dosen auch der einheimischen Sorte guttun. Auch die Zuchthähnchen sind nicht völlig abge-

schafft worden, sondern einige Frauen halten sie in einem Verschlag abgetrennt vom übrigen Federvieh für den eigenen Konsum. Sie haben experimentiert, daß sie anstatt des balancierten und nur durch Geld zu erwerbenden Futters auch gebrochenen Mais vertragen, sie werden dann zwar nicht so groß wie bei der vorgeschriebenen Ernährung, aber sind immer noch wesentlich schneller schlachtreif als die anderen, die weniger wegen des Fleisches als wegen der Eier gehalten werden.

Die Einführung von Hybridmais hat die Entwicklung und Verallgemeinerung der sogenannten »Tornamilpa«, einer zweiten Ernte im Jahr, begünstigt. Mit der einheimischen Sorte, die länger braucht um zu reifen, und ohne Düngemittel wäre dies nicht möglich gewesen.[7] Sorge allerdings macht mir, daß der Boden dadurch wesentlich mehr ausgelaugt wird, also entsprechend hohe Düngemittelgaben notwendig sind, und daß die Bauern zusätzlich wegen der Verfügung über die Düngemittel und wegen des knappen Bodens zunehmend auf die Unterholzbrache verzichten. Noch ist hier nichts abzusehen, zumal sich diese Praxis erst zwischen 1981 und 83 durchgesetzt hat. Außerdem ist den Bauern von Rio Grande ein Naturereignis zu Hilfe gekommen. Nicht von weit her hat ihnen ein neuerlich tätiger Vulkan Ascheregen geschickt, der ein derart gutes natürliches Düngemittel ist, daß sie zum Zeitpunkt unseres Besuches im Sommer 1987 fast in den geernteten Bohnen ertranken.

Erklärende Thesen

Die Wirtschaftskrise, die eine Krise der Geldwirtschaft ist, stärkt die Subsistenzproduktion. Dort, wo die Subsistenzproduktion noch ihre eigene materielle und soziale Basis hat, und nicht völlig von der Geldwirtschaft bestimmt wird, geht es den Menschen nun besser als vorher, als wesentlich mehr Geld in ihren Zusammenhängen zirkulierte.

Was heißt das für »Entwicklung«, für die verarmten Menschen in Mexiko, in der Dritten Welt? Was heißt das für unsere Zukunft hier in der ersten Welt?

Die Dimension, die diesem Phänomen zukommt, mag anhand der Einschätzung der mexikanischen Kollegin Oswald klar werden. Ihren Berechnungen des Realeinkommensverlustes zufolge müßten heute in verschiedenen Gegenden Mexikos Verhältnisse herrschen wie in Kalkutta nach dem Krieg um das heutige Bangladesh. Es müßte jeden Morgen der Leichenwagen durch die Strassen fahren, um die in der Nacht Verstorbenen einzusammeln. Daß dies nicht geschieht, ist auf die nach wie vor – auch in der Megalopolis – funktionierende Gegenseitigkeit zurückzuführen und auf dem Land auf die Möglichkeit, die Subsistenzproduktion wieder auszuweiten.[8]

Es handelt sich hier also nicht um die Frage des Geschmacks, darum etwa, ob man eine mehr ländliche oder mehr städtische Lebensweise vorziehe, wie so häufig in hiesigen bundesdeutschen Diskussionen angeschnitten, sondern um wesentlich Weiterreichendes. Gerade in der Krise, zumal in einem Land der Dritten Welt, das eine jahrhundertelange kolonialistische Ausplünderung erfahren hat, wird das weitreichende Problem des Industriellen, auf Wachstum und Profitmaximierung zielenden und an den Weltmarkt gekoppelten Wirtschaftssystems deutlich sichtbar, – besser gesagt – es wird direkt erlitten.

Im Gegensatz zu dem Mythos dieses Systems schlechthin, daß erhöhte Geld- und Warenzirkulation und -produktion zu einer Verallgemeinerung des Reichtums führen würden, geschieht genau das Umgekehrte. Der Mangel verallgemeinert sich.

Ohne über gesicherte Daten zu verfügen, vermute ich, ähnlich wie Wallerstein, daß heute absolut, aber auch prozentual, weltweit mehr Menschen im Elend leben als vor 600 Jahren (Beginn des Kolonialismus und des Kapitalismus) oder noch vor 200 Jahren (Beginn der Industrialisierung). Und **die Mehrheit** – so behaupte ich und finde mich wieder in der guten Gesellschaft von Wallerstein – **lebt von der Lebensqualität her schlechter als vor dem Kapitalismus und der Industrialisierung.**[9]

Daß es sich dabei nicht nur um ein Problem der Verteilung handelt, wie von den herrschenden Sozialutopien angenommen, wird gerade im Zentrum des Systems, dort, wo sich Geld und Waren türmen, immer deutlicher. Denn nicht nur wird einer Masse von Menschen in der Dritten Welt die Lebensgrundlage (Boden und Rohstoffe) entzogen und werden ihre Produkte weit unter ihrem wirklichen Wert in die Erste Welt transportiert, sondern auch hier werden die natürlichen Ressourcen einschließlich Wasser, Wald und Luft zerstört und vergiftet. Anstatt den Stoffwechsel zwischen Mensch und Natur im Sinne eines Kreislaufes aufrechtzuerhalten, beruht die Wachstumsökonomie auf der Ausplünderung von Mensch und Natur.

Die Lebensqualität wird dadurch wahrhaftig nicht besser. Denn die Maschinen laufen, wider jeglichen Schein, eben nicht von alleine, Waren werden aus Rohstoffen hergestellt und Geld kann man schließlich weder essen, atmen noch trinken. Selbst aus der Perspektive des Waren- (und nicht des wa-h-ren) Überflusses wird es also immer dringlicher, nach den Mechanismen zu fragen, die dieses System vorantreiben und die die Menschen trotz gegenteiliger Erfahrungen dazu bringen, an seiner Aufrechterhaltung mitzuwirken. Ich bin der Meinung, daß wir am Anderen, am Fremden am meisten und auch leichtesten lernen können und zwar vor allem von jenen, die von der Situation am härtesten getroffen werden. Das bringt mich dazu, uns die Analysen über die Hungergebiete Afrikas nochmals in Erinnerung zu rufen. Wie das *Comité d'Information Sahel* an der historischen Entwicklung aufzeigt und Al Imfeld etwa für heute überzeugend argumentiert hat, ist die Ursache des Hungers in der Sahel nicht der Mangel an Geld, sondern umgekehrt, das Eindringen der Geldwirtschaft, die Zerstörung der lokalen und regionalen Kontrolle über die Subsistenzproduktion, mit den entsprechenden sozialen und auch ökologischen Folgen. Al Imfeld sagt, sich kritisch mit der Hungerhilfe auseinandersetzend, sehr pointiert: **Die Ursache des Hungers sind nicht der Mangel an Geld, sondern der Mangel an Würde, d.h. der Mangel an Selbstvertrauen, an Besinnen auf die eigenen Kräfte, anstatt zu Bettlern degradiert zu werden** (Imfeld: 1985: 195). Es kann nachgewiesen werden, daß die Dürre in den heutigen Hungergebieten nichts Neues ist, und daß die Menschen früher – im Gegensatz zu heute – sich darauf einstellen konnten, sozusagen eine ökologisch angepaßte Überlebensproduktion beherrschten. Da, wo heute Wüste ist, gediehen anspruchslose, aber sehr nahrhafte Kornsorten, – jedoch, das ist schon Archäologie. Unserer Zeit etwas näher gelang es aber selbst zu Beginn der Kolonialzeit, das Verhältnis von Subsistenzanbau und erzwungenen »Cash Crops« (Lohnernten, SF) so zu halten, daß immer noch genug zum Essen da war. Erst die Profitversprechungen der neueren Zeit haben das bereits prekäre Verhältnis endgültig aus dem Gleichgewicht gebracht. »Cash Crops«, deren Weltmarktpreise dann ins Bodenlose fielen, haben den Subsistenzanbau verdrängt.[10]

Unsere Frage nach den Möglichkeiten der Überwindung dieser materiell und eben auch ökologisch so zerstörerischen Ideologie muß sich mit deren sozialer Verankerung in der modernen Gesellschaft befassen. In dieser sind Subsistenzproduktion und gesellschaftlich zugesprochene menschliche Würde zwei Gegensätze, die sich ausschließen. In der kapitalistischen – und auch in der (ehemals) real-sozialistischen, deshalb spreche einfach von moderner – Gesellschaft wird den Menschen, die hauptsächlich für die unmittelbare Subsistenz produzieren, keine Achtung entgegengebracht. Sich die Hände schmutzig zu machen, nicht mit Maschinen und nicht gegen Geld zu arbeiten (Geld adelt auch noch die schmutzige Arbeit) bedeutet, auf der Prestigeskala ganz unten zu stehen. Und hier finden sich die Bauern, vor allem die einheimischen, farbigen Bauern in der Dritten Welt, und hier finden sich weltweit die Frauen (Bäuerinnen in doppelter Hinsicht) qua Geschlecht, qua Gebärfähigkeit, qua zugeschriebenem Part in der geschlechtlichen Arbeitsteilung. Anders als so mancher sozia-

listische Befreiungstheoretiker, der meint, erst müßte der Hunger in der dritten Welt überwunden werden und erst müßten sich die Bauern in Proletarier verwandelt haben, dann könnte an die Überwindung der Frauenunterdrückung gedacht werden, bin ich der Meinung, daß die in der Geringschätzung der Subsistenzproduktion strukturell verankerte Verletzung der Würde der Frauen und Bauern eine wesentliche Ursache für den Hunger ist. Denn nur die Achtung vor dem unmittelbaren Überleben und vor dessen Produzenten vermag, so meine ich, die breite, weltweite Verelendung aufzuhalten.

In SF-36 wird dieser Artikel fortgesetzt. Veronika Bennholdt-Thomsen erläutert ihre These von der Würde der Frauen und der Bedeutung ihrer gesellschaftlichen Wertschätzung gegen bloßen Verwertungskapitalismus am Beispiel der Frauen von Juchitan. Ihr Ansatz führt sie dazu, die Subsistenzorientierung als Grundlage für die kritische Ablehnung und Bekämpfung aller "Entwicklungsideologie" zu entwickeln.

Anmerkungen zu Teil 1:

1) Information der FR vom 28.9.87. Der Reallohn beträgt laut Tello im Jahre 1985 nur noch 65% dessen, was er 1982 betrug, und die offene Arbeitslosigkeit stieg von 5% auf 15% der Erwerbsarbeitskraft (1985, S.405-406). Eine neuere Zusammenstellung der Daten durch Ursula Oswald (CRIM/UNAM) ergibt folgenden Eindruck: Der durchschnittliche Mindestlohn hat sich in ganz Mexiko zwischen 1976 und 1989 um 60% reduziert. Allein während der Regierungszeit von Miguel de la Madrid (1982–88) mußten die Arbeiter einen Verlust von 55% des Realeinkommens hinnehmen. Gleichzeitig wurden die öffentlichen Leistungen für den Gesundheitssektor, für Schulen, Straßenwacht und -reparatur, Bauwesen und andere soziale Dienste beschnitten. Das Ergebnis davon ist, daß die Arbeiterschaft in 1989 nur noch über weniger als 1/4 der realen Kaufkraft von 1976 verfügt. Oder anders ausgedrückt, müßten sie viermal solange arbeiten wie damals (Quelle: Manuskritp, das mir U. Oswald vor dem Druck freundlicherweise überlassen hat).
2) Die Talfahrt des Dollar im November 1987 hat für den Peso zu einer erneuten Abwertung um 46% geführt.
3) Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) pro Kopf ist 1989 geringer als es 1960, vor Beginn der massiven Entwicklungsbemühungen war (1960 beginnt die erste internationale sog. Entwicklungsdekade).
4) Die Auslandsverschuldung konnte – dank der in den überindustrialisierten Länder anerkannten, unhaltbaren Situation, bzw. weil sie das internationale Finanzgebäude bedroht – von 102,6 Mrd 1986 auf 85 Mrd 1990 verringert werden. Diese Summe bedeutet dennoch weiterhin Verschuldung auf dem Weg in den Ruin, denn sie entspricht 60% des BIP bzw. der Summe der Exporterlöse der mexikanischen Republik von 4 Jahren (U. Oswald, Manuskript).
5) Schätzungen 1989: 20 Millionen Einwohner
6) Berechnung der Entwicklung des Minimallohns in Mexiko-Stadt zwischen 1969 und 1985. 1985 betrug der Reallohn demzufolge nur noch 15% desjenigen von 1970. (Übersetzung und Adaption von R.H. Strahm: Warum sie so arm sind? – Porque somos tan pobres? von U. Oswald, Mexiko 1985, S.1245 und 125). »Warum sind in einem Land mit diesen breiten Ressourcen natürlicher und sozialer Art und an Energie und Nahrungsmitteln nur 15% der Bewohner angemessen ernährt? Warum leiden 50% in Mexiko an Unterernährung und weitere 35% an Fettleibigkeit, d.h. Fehlernährung?« (U. Oswald, a.a.O.). Nun, ich würde generell sagen, weil der natürliche Reichtum seit der Conquista und verschärft seit 1950/60 (durch industrielle Verwertungsgesichtspunkte) als zu plündernde Ressource betrachtet wird.
7) Anbaukalender: Mais, einheimische Sorte: Aussaat April/Mai, Ernte Oktober/November – Mais, Hybride Sorte: Aussaat Dezember/Januar, Ernte April/Mai. Parallel jeweils Bohnen. Kaffeeernte: November bis Februar.
8) »Trotz der Tatsache, daß die garantierten Aufkaufpreise die Produktionskosten nicht decken, Beratung und technische Hilfe unzureichend die Investition und die Kreditvergabe gering sind (bei einem Zinssatz in 1989 von real 41%, die Ernteausfallversicherung langsam und ungenügend ist und obwohl sie in der Mehrzahl keine Bewässerung haben und die Felder an steilen Hängen liegen, fahren die Bauern dennoch fort, die grundlegende Ernährung des Landes zu produzieren. Sie bauten auf 12 Millionen Hektar (58% der gesamten Anbaufläche) 50% der gesamten landwirtschaftlichen Produktion an: 90% des Weizens, 75% des Maises, 64% der Bohnen, 52% der Leguminosen und 45% des Reises« (U. Oswald, a.a.O.)
9) »Ist es denn so sicher, daß die Welt im historischen Kapitalismus weniger beschwerlicher ist als in vorangegangen Systemen? Allein unsere Verinnerlichung eines Arbeitszwanges ist schon Grund genug, dies zu bezweifeln... Diese Zweifel an der Richtigkeit dieser Aussage sind jedoch im Laufe des 20. Jahrhunderts ständig gestiegen, wie die wachsende Beschäftigung mit Lebensqualität, mit Anomie, Entfremdung und psychischen Krankheiten belegt.« (Wallerstein 1984, S.87). »Dem überwiegenden Teil der weltweiten Arbeitskraft, der in ländlichen Gebieten lebt oder zwischen diesen und städtischen Slums pendelt, geht es schlechter als ihren Vorfahren vor 500 Jahren. Sie essen weniger gut und sicherlich weniger ausgewogen... (Ich) bezweifle ..., daß die Lebenserwartung der Weltbevölkerung, zählt man erst nach dem ersten Lebensjahr, heute höher liegt als früher... Ohne Zweifel arbeitet die Weltbevölkerung heute härter – mehr Stunden pro Tag, pro Jahr, pro Lebenszeit« (S.89). Und als einen weiteren Grund dafür, daß die Lebenssituation heute nicht besser ist als vor 600 Jahren, nennt Wallerstein den allenthalben herrschenden Sexismus und Rassismus.
10) J.O. Müller hat den hier nur angedeuteten Zusammenhang detailliert analysiert. Er spricht dabei weniger von »Würde« als vielmehr vom Verlust an kultureller Identität als Ursache für die wachsende Unfähigkeit der Menschen in der Sahel, der Dürre und der fortschreitenden Zerstörung ihrer natürlichen Ressourcen entgegenzutreten (Vortrag gehalten auf der Tagung »Für eine bäuerliche Landwirtschaft«, Bielefeld-Bethel, 29.1.88).
11) Den Begriff habe ich zum ersten Mal in einem Aufsatz zur Ökologiefrage benutzt. »Von Moral der Akkumulation anstelle von Fortschritt spreche ich deshalb, um uns klarzumachen, wieviel enger diejenigen, die mit der Akkumulation scheinbar nichts Positives verbinden, weil sie im Gegenteil darunter leiden, mit dem Kapital verstrickt sind, als uns jene Theorie glauben machen will, derzufolge es sich dabei um ein objektives System handelt, das sich nach der eigenen, eisernen, notwendigen Gesetzlichkeit entfaltet, jenseits des Willens der Mehrheit der Menschen«.(Bennholdt-Thomsen 1987)
12) »Zwischen 1980 und 1989 bedeutete der Import von Mais, Soya, Sorghum und Weizen einen Devisenabfluß von mehr als 9 Millionen Dollars, wobei allerdings nur 36% davon auf den Mais und 9% auf den Weizen entfielen, dagegen 28% auf Soya und 29% auf Sorghum, beides ausschließlich Futtermittel« (U. Oswald, Manuskript). Die Autorin weist damit darauf hin, wie teuer der mexikanischen Volkswirtschaft der Luxuskonsum von Fleisch, der im Zuge der Verstädterung erheblich zugenommen hat, kommt. Gleichzeitig werden bäuerliche Anbauflächen durch diese typisch auf Gewinnmaximierung zielende Viehproduktion enteignet.

Verarbeitete Literatur zum 1.Teil:

Bennholdt-Thomsen, Veronika (1982), Bauern in Mexiko. Zwischen Subsistenz- und Warenproduktion, Campus, Frankfurt a.M.

Bennholdt-Thomsen, Veronika (1983), Zur Bestimmung der geschlechtlichen Arbeitsteilung im Kapitalismus, in: Werlhof, Claudia von, Maria Mies und dies., Frauen, Die letzte Kolonie, rororo aktuell, Reinbek b. Hamburg, S.194–212.

Bennholdt-Thomsen, Veronika (1987), Die Ökologiefrage ist eine Frauenfrage. Zum Zusammenhang von Umweltzerstörung, Kapitalakkumulation und Frauenverachtung, in: Beiträge zur feministischen Theorie und Praxis, 10.Jg., Heft 19, S.29–42.

Comité d'Information Sahel (1975), Qui se nourrit de la famine en Afrique?, Paris.

Imfeld, Al (1985), Hunger und Hilfe, Provokationen, Zürich, Unionsverlag.

Ortiz Wadgymar, Arturo (1971), Aspectos de la economia del Istmo de Tehuantepec, UNAM, Mexiko.

Peterson Royce, Anya (1975), Prestigio y Afiliacion en una Comunidad Urbana: Juchitan, Oaxaca, SEP/INJ 37, Mexico.

Tello, Carlos (1985), La crisis en 1985: saldos y opciones, in: González Casanova, Pablo und Héctor Aguilar Camin (Hg.), México ante la crisis, Siglo XXI, México D.F., S.399–414.

Wallerstein, Immanuel (1984), Der historische Kapitalismus, Berlin, Argument-Verlag.

Kurzer Abriß über das Argentinien von heute

von Gerhard Pomp

Von 1976 ab erlebte Argentinien acht Jahre lang eine erneute Militärdiktatur. Ca. 30.000 Leute »verschwanden« und viele verließen das Land. Die ökonomische Situation zeichnete sich aus durch steigende Auslandsverschuldung, negative Handelsbilanz und damit verbundene Kapitalflucht. Nicht zuletzt durch den verlorenen Malwinen-Krieg mußten die Militärs abdanken und demokratische Wahlen brachten die Union Civica Radical (UCR) unter Raul Alfonsin an die Regierungsmacht.

Mit hoher Zollpolitik und Appellationen an das nationale Bewußtsein wurde versucht den Bürgern den Kauf argentinischer Produkte schmackhaft zu machen.

Bis zum Anfang der 50er Jahre war es vor allem mit landwirtschaftlichen Produkten gelungen (dabei halfen die beiden Weltkriege noch kräftig mit) den ehemaligen Reichtum aufrechtzuerhalten. Argentinien war Anfang des Jahrhunderts mal 5.größte Wirtschaftsmacht.

So ist es auch für viele der fast ausnahmslos »europäischen« Bevölkerung schwierig zu begreifen, daß Argentinien nun definitiv zur »dritten Welt« gehört. Am Ende ihrer Amtszeit äußerte sich die wirtschaftliche Lage u.a. in Stromkürzungen (ein paar Stunden pro Tag gab's keinen Saft), steigenden Preisen und dem Verfall des Australs (bzw. der stolze Argentinier würde sagen: "der Dollar stieg").

Die Junta-Mitglieder, die zum Teil ins Gefängnis kamen, sind fast alle wieder auf freiem Fuß. Anfang April '90 bestätigte der neue Präsident Menem dann, daß die noch einsitzenden Junta-Chefs vor Jahresende begnadigt werden. Dabei handelt es sich um General J.R. Videla (Präsident von 1976–1980), Admiral E. Massera und General R.E. Viola (Präsident von 1980–1981).

In einem monatelang dauernden Wahlkampf war der Peronist Carlos Menem mit der knappen, aber aussagekräftigen Formal »siganme« (= folgt mir) angetreten. Was sie dann auch taten. Die drei Stützen des Peronismus: Militär, Kirche und Gewerkschaften, aber auch viele Verarmte, denen er das Blaue vom Himmel versprach.

Nach dem Wahlsieg am 14.Mai 1989 gegen den UCR-Kandidaten Angeloz (jetzt Gouverneur der Provinz Cordoba), übergab die UCR dann vorzeitig die Regierungsgeschäfte an die Partido Justicialista (PJ). Zusammen mit Asogaray, dem Vorsitzenden der liberalen Ucede und persönlichem Berater Menems, wurde ein »vollkommen neuer« Wirtschaftsplan aufgestellt, der sich auf »Derregulierung, Marktwirtschaft, Privatisierung und Subventionsabbau« stützt.

Der reale Ablauf sieht ein bißchen anders aus, auch wenn Menem ständig versichert, daß sich alle ruhig verhalten sollten, da merkliche Besserungen bald eintreten werden.

Verfall des Australs:

Der Austral, im Januar 1989 noch bei 17:1, steht bis Anfang Dezember schon bei 650:1 zum US-$ stand, klettert weiter, steht Mitte Januar bei 1800:1 und erreicht im Februar ein Verhältnis von über 5000:1, wo er sich seitdem "behauptet" (am 20.April: 4930:1). Das heißt ebenso auch: steigende Löhne bei steigenden Preisen und realem Kaufkraftverlust.

Als Beispiele sollen ein paar Durchschnitts-Löhne dienen, die der Staat im Februar 1990 zahlte:

Energiesektor – 121,20 US $, Industriesektor – 94,60 US $, Bausektor 30 US $, Lehrer – 55,50 US $, Höchstrentenbezieher 66,80 US $.

Das bedeutet z.B. für den Industriesektor eine Verringerung des realen Einkommens von 27,8% zum Februar 1989.

Demgegenüber steht die Preisentwicklung von Konsumgütern (angegeben in US $ im Zeitraum vom 11.7.89 bis 6.3.90):

500 g Salz: 0,11 auf 0,42; 1 kg Mehr 0,20 auf 0,39; 1,6 l Mineralwasser 0,38 auf 0,47; 1 l Vollmilch 0,19 auf 0,31; 1 kg Reis =,52 auf 1,22. Wer sich das nicht mehr leisten kann, wartet nachts darauf, daß die Restaurants schließen und holt sich die Essensreste aus den Abfalleimern oder beteiligt sich an Plünderungen von Supermärkten. Diese altbewährte Methode findet in Argentinien immer mehr Anklang.

Der Sekretär der Hauptstadt berichtete, daß sich jeder siebte »porteño« (Einwohner von Buenos Aires) hungrig schlafen legt und etwa 200.000 Menschen unter unmenschlichen Bedingungen leben. Und die Staatssekretärin für Menschenrechte erklärte vor der UN in New York, daß bei einer Bevölkerung von 30 Millionen, 9 Millionen Hunger leiden und arbeitslos sind (Anfang Dezember).

Ende Februar demonstrierten die Rentner vor dem Regierungsgebäude, der Casa Rosada. Nachdem ein paar von ihnen, die am 26.2. einen Hungerstreik anfingen, für den 14.3. zu einer Protestveranstaltung aufriefen kamen – laut Organisatoren – 15.000 (die Polizei zählte natürlich nur 5000).

Privatisierung

Für die Privatisierung der Eisenbahn legte die Citybank einen Bericht vor, der die

Argentinien – "3.Welt"?

Seit SF-33 sammeln wir für ein argentinisches anarchistisches Zeitungsprojekt Geld, um den GenossInnen dort, trotz unglaublicher Inflationsrate weiter die Herausgabe ihrer Zeitung **@gitacion @** zu ermöglichen. Wir haben nun von einem Redaktionsmitglied einen Brief über die anarchistische Bewegung Argentiniens heute erhalten, den Gerhard Pomp übersetzt hat. Um die Situation der AnarchistInnen dort etwas transparenter zu machen, soll mit einigen, uns wichtig erscheinenden Stichpunkten ein Informationshintergrund über das Argentinien von heute gegeben werden, der neben den wenigen Nachrichten aus der bundesdeutschen Presse vor allem auf der Auswertung des deutschsprachigen *Argentinischen Tageblatts* beruht, das seit 1889 in Buenos Aires erscheint und das 1933 weit über die Grenzen Argentiniens hinaus bekannt wurde. Das *Argentinische Tageblatt* hatte den Nazis eine Steigerung seiner Auflage um fast das Doppelte auf 40.000 zu verdanken. »Ein auf das Vorwärtskommen seines Blattes bedachter Herr«, charakterisierte Paul Zech den Herausgeber Ernesto Alemann. Ein Nachkomme einer deutschschweizerischen Familie, die viel auf die republikanischen Traditionen von 1848 hielt. Der Graphiker Clément Moreau/Carl Meffert, der seit 1935 im argentinischen Exil lebte (und u.a. für das AT arbeitete und Ché Guevara Zeichenunterricht gab!), hielt es für »das einzige Organ, mit dem die in aller Welt verstreuten exilierten Antifaschisten der verschiedenen Richtungen erreicht werden konnten.«

Schaffung von 19 Transportunternehmen vorsieht, deren Aktionäre das Personal der Eisenbahn sein sollen. Außerdem die Verringerung des Personals von 97.000 auf 25.000 (bei einer 7jährigen Monatsentschädigung von 192 US $) und einer Schienenverkürzung von 35.000 auf 12.000 km. Der Passagierverkehr soll dabei schrittweise ganz abgeschafft werden.

Die Fluggesellschaft »Aerolines Argentinas«, bislang noch Monopolinhaber von Auslandsflügen soll zu 85% privatisiert werden. Bis zu 49% können sich dabei ausländische Firmen aneignen. Erste Käufer sind: Chase Manhattan Bank mit Varig und Pescarmona, die angeblich mit Alitalia zusammenarbeitet. Anfang April kauft sich auch American Airlines ein, als nächstes ist mit dem Einkauf durch Japan Airlines zu rechnen.

Die staatliche Telefongesellschaft ENTEL, mit fast 250 Mio US $ allein an die Siemens-Gruppe verschuldet, verkauft sich u.a. an die französische Phone Telecom und die britische Cable and Wireless Publishing LTD.

Weitere Privatisierungen kommen auf das argentinische Straßennetz und die Erdöl-gesellschaft YPF zu. Desweiteren werden aus Einsparungsgründen allein sechs Bot-schaften und sieben Konsulate geschlossen.

Heftige Kritik gegen das Privatisierungsprogramm kommt nicht nur von einer achtköpfigen Dissidentengruppe von PJ-Delegierten, sondern auch von Teilen der ansonsten den Peronisten treu ergebenen Gewerkschaften. (Deren "Arbeitsgrundlage", die argentinische Arbeitsgesetzgebung baut übrigens noch heute auf der »Carta de Lavoro« Mussolinis auf!)

Ende vergangenen Jahres kam es zur Spaltung der Einheitsgewerkschaft nachdem Andreoini neuer Generalsekretär wurde. Sein Widersacher Ubaldini, der schon unter der Regierung der UCR 14 Generalstreiks ausgerufen hatte, und der nun auch gegen Menem agitiert, erhält stetigen Zulauf. Ende des Jahres waren auf der Vollversammlung der CGT von Ubaldini auch die Führer des trotzkistischen MAS (Zamora) und der KP (Echegary) zugegen.

Anfang April führte der Bruch zu Kämpfen mit mehreren Verletzten, als sich die beiden Fraktionen der Bauarbeitergewerkschaft vor dem Gebäude um die Leitung stritten. Inzwischen gibt es wieder aussichtsreiche Versuche die Gewerkschaft zu vereinigen. Kurz zuvor noch sprach sich Menem heftig gegen Abweichler aus. So erklärte er »Wer gegen die Regierung ist, soll einfürallemal ins andere Lager gehen« und verurteilte die »Companeros Peronisten, die sich mit den Extremisten der Linken verbünden.«.

Wilde Streiks, so den der Lokomotivführer im November letzten Jahres werden von der Regierung für illegal erklärt, 300 Entlassungen nur zurückgenommen, nachdem die Lokführer den Streik beendet hatten, – ohne über Lohnerhöhungen verhandelt zu haben.

Härtestes Mittel dürfte der Entzug der "Gewerkschaftspersönlichkeit" sein, dann nämlich verlieren sie die Gewerkschaftsbeiträge, die ansonsten von den Unternehmern einbehalten und ihnen zugeführt werden.

Wirtschaft in Bezug zum Ausland

Die EG und Argentinien nahmen am 2.4.90 ihre Wirtschafts- und Handelsbeziehungen wieder auf, nachdem der Handelsvertrag aufgrund des Malwinenkrieges ausgesetzt worden war. Ausschlaggebend dafür waren die Wiederaufnahme der diplomatischen und wirtschaftlichen Beziehungen Großbritanniens. Argentinien befürchtet jedoch (wie andere lateinamerikanische Staaten auch), daß aufgrund der Änderungen im Ostblock von Entwicklungshilfegeldern und anderen Finanzquellen für sie kaum noch etwas übrig bleibt. Die letzten Jahre wies Argentinien eine positive Handelsbilanz auf. So standen 1989 Exporten von 9,62 Mrd. US $ Importe in der Höhe von nur 4,32 Mrd. US $ gegenüber. Andererseits muß man sehen, daß die extrem hohe Kapitalflucht sich stark auf die wirtschaftliche Lage auswirkt.

Die Auslandschulden des Landes belaufen sich mittlerweile auf 60 Mrd. US $ zusätzlich die der seit April 1988 nicht bezahlten Zinsen von mittlerweile ca. 6 Mrd. US $.

IWF (jahrelang hielten die USA "Platz 1" mit 19,4% und die BRD "Platz 5" mit 5,7% der Stimmrechte; aufgrund der Anforderungen im Osten und da Japan und ein Teil der Europäer das Kapital von 120 Milliarden Dollar verdoppeln wollten, wurde Anfang Mai '90 eine Kapitalerhöhung beschlossen. Sie fiel mit 60 Milliarden auf Druck der USA geringer aus, dennoch brachte es der BRD und Japan soviel, daß sie in Zukunft gleichauf "Platz zwei" der Stimmrechtsanteile belegen. Desweiteren wurde beschlossen zahlungsunwilligen/-unfähigen Mitgliedsstaaten das Stimmrecht ganz zu entziehen, was den Einfluß der "sieben Großen" noch über die reinen Quoten hinaus erhöht.)

Der IWF zahlte im November 1989 die 1.Rate des Standby-Kredits in Höhe von 232,3 Mio$, der insgesamt 1,4 Mrd. $ hoch sein soll und selbst wiederum Teil eines 5 Mrd. $ Kredits ist. Dieser Kredit soll nicht zur Abzahlung von Schulden dienen.

Der neue Absichtsbrief für den IWF, dessen Grundlage ein Kassenüberschuß von 3% des BIP (Bruttoinlandsprodukt) sein soll

– in Wirklichkeit handelt es sich derzeit um ein Defizit von -2% – sieht folgende Verwendung des Überschusses vor: 1 Mrd. US $ für Reservenerhöhung, 500 Mio § für Remonetisierung, 1,1, Mrd. für Zinszahlungen an Gläubigerbanken des Auslands, 600 Mio für Bonex und 900 Mio $ für Zahlung an Multinationale Kreditinstitute (Weltbank etc.)

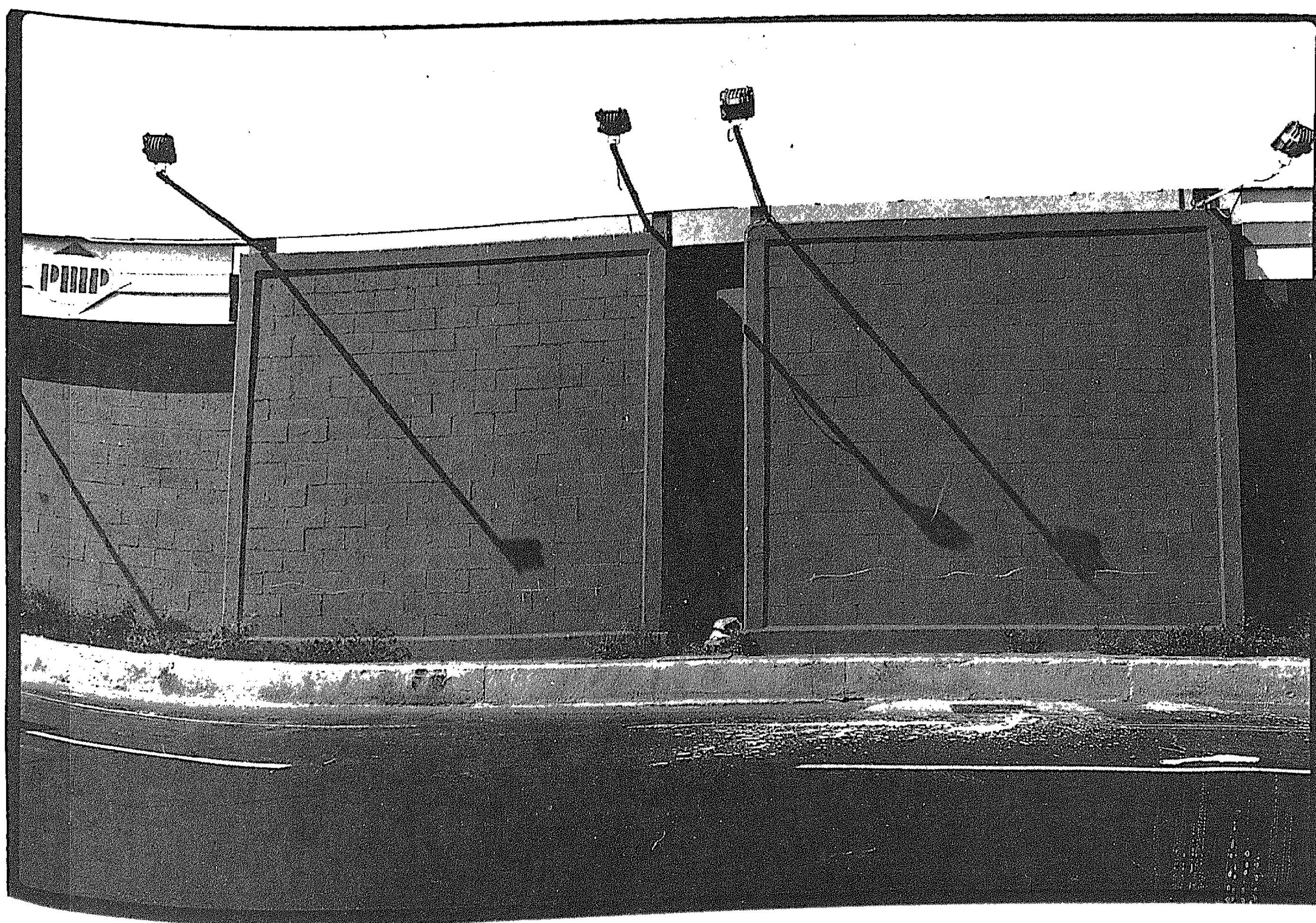
Dekret Nr.392

Der vorherige Präsident Alfonsin unterzeichnete im März 1989 das Dekret Nr.327, das die rechtlichen Grundlagen dafür schuf, »die Vorbereitung, Ausführung und Kontrolle der notwendigen Maßnahmen zur Verhütung oder Bekämpfung bewaffneter Gruppen, die die Verfassung gefährden oder gegen das Leben, die Freiheit, das Eigentum oder die Sicherheit der Landeseinwohner verstossen könnten.« Zuständig sollte der Sicherheitsrat sein, der nach dem Überfall auf die Garnision La Tablada im Januar (vgl. Banal, Nr.5, April 89) geschaffen wurde. Bisher hatten nach dem Verteidigungsgesetz die Streitkräfte nur die Aufgabe der Landesverteidigung gegen äußere Feinde.

Genau ein Jahr später erließen die Peronisten das Dekret Nr.392. Dieses ist zwar inhaltlich fast identisch – es fügt dem Ausdruck der »bewaffneten Gruppen« noch den der »inneren Erschütterung« bei – hat aber als Ausführenden nicht mehr den Sicherheitsrat, sondern den Nationalen Verteidigungsrat. Somit hat die Polizei die Möglichkeit mit den Streitkräften und den Sicherheitskräften (Grenzpolizei und Marinepräfektur) zusammenzuarbeiten.

Madres de la Plaza de Mayo

Die von Hebe Bonafini angeleitete Delegation der Maimütter forderte in Bonn die Bundesregierung und die restlichen EG-Staaten auf, jegliche Wirtschaftshilfe und Kredite für Argentinien einzustellen, da eine Gesetzesreform den Streitkräften ermöglichen wird, im Falle sozialer Konflikte einzugreifen. Bonafini sprach von einer »Rückkehr zur Doktrin der nationalen Sicherheit«. (Argentinisches Tageblatt vom 24.3.90)



Brief von Revista Agitacion @ vom 14.2.90

In Argentinien gibt es drei Richtungen des Anarchismus und drei Lokale repräsentieren jede in der Hauptstadt.

Die älteste der Vereinigungen ist die historische **FORA**, die während der ersten 30 Jahre dieses Jahrhunderts einen großen Teil der argentinischen Arbeiter und der Ausländer, die hier lebten, verband. Heute haben sie keinerlei gewerkschaftlichen Einfluß und machen – außer ein, zwei Flugblättern im Jahr – auch keine Öffentlichkeitsarbeit. Sie besteht noch aus ca. 30 älteren Leuten, die einmal im Jahr auf einem sehr bekannten Platz von Buenos Aires eine Gedenkfeier zum 1.Mai abhalten.

Die zweite Organisation der alten Bewegung ist die **FLA**, die schon in den 30ern existierte. Sie hat noch etwas weniger Genossen als die FORA.

Das andere Lokal ist die **Biblioteca José Ingenieros**, welche bis vor kurzem die Arbeit von denen erlaubte, die ohne viel Kontrolle das Lokal nutzen wollten. Aber dies ging mit dem Jahr 1990 zu Ende; es gab einen Kampf mit einer Gruppe Neonazis und Skinheads, die eines nachts kamen und das Lokal angriffen, als ein Konzert mit vielen Punk- und Trasher-Gruppen stattfand. Seitdem findet darin kaum noch etwas statt, da die Organisatoren der Bibliothek aus Sicherheitsgründen den meisten Gruppen den Zugang verwehren. Die Redaktion der @gitacion@ trifft sich dort noch zwei Stunden pro Woche. Nach diesem kurzen Bild des »institutionellen« Anarchismus gehen wir nun zum »militanten« Anarchismus über:

Als ich zu den schwarzen Scharen kam, waren die tätigen Gruppen: *Núcleo @, Grupo Antiautoritario, Acción Libertaria und Resistencia Anarquista.*

Die letztgenannte wurde von Militanten der »mittelalten« Generation gegründet, d.h. sie sind 30-50 Jahre alt. Im argentinischen Anarchismus gibt es fast keine Leute dieses Alters, weil viele während der Diktatur vom Militär ermordet wurden. Resistencia Anarquista arbeitet wieder.

Grupo Antiautoritario löste sich auf, Núcleo @ ging nach Uruquay und Spanien und Acción Libertaria fing später eine interne Debatte über Organisationsformen an. Von denen, die von uns bei Acción Libertaria waren, wurde die *Revista @gitacion @* gegründet, später stießen neue Leute dazu.

Zum gegenwärtigen Zeitpunkt gibt es in der Hauptstadt sechs Zeitungsgruppen: La Negra, El Aguante Anarkista, La Burra, CAZN, La Protesta und Grupo Editor Agitación (GEA); zwei Gruppen mit anderen Tätigkeitsfeldern: Acción Anarquista und Resistencia Anarquista; eine Gruppe Tupac, die drei oder vier Bücher herausgebracht hat und zwei Musikgruppen von Punk-Genossen, die mit allen Gruppen zusammenarbeiten, die keine Probleme mit ihrem Outfit haben.

Sprechen wir über jede von ihnen ein wenig detaillierter: **La Negra** entstand als eine Gruppe von jungen Leuten, die zu unseren Treffen von GEA gekommen waren, bis sie sich entschloßen eine eigene Zeitung herauszugeben. Sie haben schon zwei Nummern herausgebracht und bereiten die dritte vor, im Augenblick haben sie eine Auflage von 300 Zeitungen und die politische Linie, die sie vertreten, entspricht der von GEA.

El Aguante Anarkista ist eine Zeitung, die ein paar Punk-Genossen machen, sie ist ideologisch total weitgefächert, existiert etwa seit eineinhalb Jahren und hat schon sieben Nummern herausgebracht. Sie haben eine ziemlich niedrige Auflage, aber der Vertrieb ist ziemlich gut gemacht. Im Moment sprechen die Genossen der Redaktion davon, die Zeitung nicht mehr weiterzumachen und eine Gruppe zu bilden, die Straßenaktionen und direkte Aktionen macht. Wir haben immer zusammengearbeitet und es gibt zwischen uns gute Beziehungen.

La Burra ist eine Zeitung, die von einem Genossen gemacht wird, der @gitacion @ mitbegründet hat, sie ist Anfang 1990 entstanden und hat inzwischen die erste Ausgabe in den Verkauf gebracht. Sie behandelt alternative Technologien und hat eine Auflage von 300 Exemplaren.

CAZN ist eine Zeitung einer Gruppe, die sich »Anarchistisches Komitee der Nordzone« nennt, hat auch 1990 angefangen, ist sehr groß (sie hat 11 Blätter plus Umschlag) aber mit einer sehr begrenzten Auflage (100) und einer Verteiluing mit engem Radius. Sie haben eine politische Linie, die sehr verschieden ist von den Gruppen, die ich schon genannt habe, denn sie sind sehr individualistisch und stellen nicht die Forderung nach einer revolutionären Organisation.

La Protesta (Organ der FORA) ist dieselbe wie Anfang des Jahrhunderts. Sie erscheint seit sechs Monaten erneut in den Straßen und hat schon zwei Nummern herausgebracht, ich weiß nicht mit welcher Auflage; aber sie hat nur Systemkritik und keine anarchistischen Vorschläge zur Arbeit.

Acción Anarquista ist eine Gruppe, die Flugblätter macht zu verschiedenen Dingen, die sich ereignen; sie machen viel und sehr gut organisierte Arbeit. Sie machen auch große Wandgemälde und arbeiten aktiv mit den anderen Gruppen zusammen.

Resistencia Anarquista ist fast ein Mysterium. Während der Widerstandsveranstaltung der Mütter der Plaza erschienen sie, verteilten zwei kleine Flugblätter und seitdem sagt man, daß sie eine Zeitung planen.

Letztendlich die **Grupo Editor @gitación**, das sind wir, die die *Revista Agitación* @ machen, gegründet im November 1988, haben wir inzwischen 7 Ausgaben (Durchschnittsauflage: 528) und acht Flugblätter zu verschiedenen Themen gemacht. Die politische Linie, die wir verteidigen, hat uns viele Probleme bereitet: (es geht um) die radikale Position innerhalb des Anarchismus, um die Verteidigung der Volksgewalt und der Anschläge, der Aufstände und des bewaffneten Kampfs in Lateinamerika. Auch bezieht sich unsere Position auf die der Gegeninformation und auf die Bildung von autonomen Gruppen, die in verschiedenen Zusammenhängen und Aufgabenbereichen arbeiten. (Wir vertreten) die these, daß die revolutionäre Volksorganisation entstehen soll aus der freien Vereinigung der Gruppen, die sich bilden und arbeiten. Demgegenüber glaubt der institutionelle Anarchismus, daß es Vollversammlungen geben soll, die die Bildung von Gruppen bestimmen und daß man zuerst politische Beschlüsse fassen soll, um sich später dann in die Arbeit der Agitation und Organisation zu stürzen.

Man hat uns abwechselnd als »Reformisten, Spontis, Terroristen, Marxisten, Guerilleros« und ich weiß nicht was noch bezeichnet. Traditionell beziehen wir uns auf Bakunin, Malatesta, Machno und Durruti als theoretische und praktische Richtlinie. Wir glauben, daß die taktische Zusammenarbeit mit anderen revolutionären Organisationen möglich ist und daß der Anarchismus aus seiner Versenkung herauskommen muß und anfangen muß, sich im Volk zu verankern und seine Notwendigkeit verständlich machen muß, um die Art der Aktion zu dynamisieren.

Wir glauben, daß die Schaffung einer neuen alternativen Kultur notwendig ist. Wir sprechen von dieser Gegenkultur, weil wir denken, daß es bestimmte Notwendigkeiten und Zusammentreffen gibt, die einen großen Teil der Jugend einigen und daß diese Zusammenkünfte Raum bieten für die Einflußnahme des Anarchismus und seiner Aufgaben.

Heute arbeitet GEA zusammen mit La Negra, El Aguante und La Burra, sie haben Verbindungen zu Accion Anarchista. GEA benutzt das Lokal der Biblioteca Jose Ingenieros um offene Treffen zu machen, um sich den Lesern näherzubringen und die Treffen sind im allgemeinen ziemlich gut besucht. Eines der größten Probleme ist das Fehlen eines Lokals, wo man in Ruhe arbeiten kann, denn in der Bibliothek gibt es viele

Dinge, die verboten sind und wir können es nicht auf der Straße machen oder in Privatwohnungen.

Es ist schwierig Konferenzen oder Seminare, Feste, Konzerte und Treffen zu organisieren, Plakate anzufertigen, eine Druckerei einzurichten, interne Kurse abzuhalten; es ist fast alles schwieriger ohne ein Lokal, das es dir gestattet. Auf alle Fälle haben wir noch nicht mal die Sicherheit bezüglich der Arbeit mit den Zeitschriften, so ist ein Lokal erst recht Zukunftsmusik.

Los Anarquistas con las Madres

Zusammen mit den Zeitungsgruppen El Aguante Anarkista, La Negra, Accion Anarquista, Eclipse und der Gruppe Resistencia Anarquista, Leuten aus der Biblioteca Jose Ingenieros und der FORA, den Punkgruppen der Rojas und der Plaza Francia und einer Menge Genossen, die individuell dazukamen, hielten wir uns von Mittwoch den 6.Dezember 15 Uhr bis Donnerstag 19 Uhr zusammen mit den Müttern auf der Plaza auf. Während der ganzen Veranstaltung wehten nicht weniger als drei schwarze Fahnen um die Maipyramide, um aufzuzeigen, daß die Anarchos mit den Müttern und ihrem Kampf, der auch unserer ist, verbunden sind und bleiben.

Fünf große Fahnen und eine Menge kleinerer umgaben uns, als wir ein Viertel des Zentralparks des Platzes in Beschlag nahmen, wo wir Verkaufstische für unsere Publikationen aufstellten und einen Platz zum Schlafen und um Matetee zu trinken einnahmen. Wir wissen, daß viele Genossen, die die ganze Nacht blieben am folgenden Tag arbeiten mußten und daß viele bei der Arbeit fehlten um die Mütter nicht einen Moment allein zu lassen. Ihnen danken wir besonders.

Und wir wollen auch unsere "Solidarität" mit der Partido Comunista, dem Movimento al Socialismo und der Partido Obrero bekunden, die aufgrund eines "außerordentlichen Manövers der Oligarchie und des Yankee-Imperialismus" erst sehr spät zu der Veranstaltung kommen konnten (der kommunistischen Jugend, FJC, war nicht erklärt worden auf welchem Platz es stattfindet ... die Mütter der Plaza de Mayo treffen sich eigentlich immer auf der Plaza de Mayo) und fast genauso spät Plakate an zwei oder drei Häuserecken des Zentrums anbringen konnten. Sie kamen erst dann auf dem Platz an, als die Veranstaltung fast zuende war, das heißt, daß sie nur ihre eigenen Zeitungen in Empfang nehmen konnten und den Künstlern des Schlußaktes applaudieren konnten. (Außerdem ließ die PC das Plakat von einer Privatdruckerei herstellen und verkleben – besser gesagt: sie bezahlten die Arbeit, die ihre Genossen nicht machen konnten; selbstverständlich wegen ihrer vielfältigen Beschäftigungen und ihrer Verantwortung für die Revolution, sie überwachten dann aufmerksam den ganzen Tag die Leute von anderen Volksorganisationen, aber nicht ihre eigenen Genossen).

Interessant waren auch die Informationen der »Pagina/12« (eine linke Zeitung), daß die Anarchos etwa »vier oder fünf« Erwachsene waren, die ganz in schwarz gekleidet, die Gesänge der Mütter unterbrachen...

Das bestätigt unsere Meinung, daß die Verantwortlichen für die Verbreiterung des Anarchismus die anarchistischen GenossInnen selbst sein müssen und daß wir unsere Arbeit gut machen müssen, weil niemand uns unparteiisch gegenübersteht.

Spendenaktion:
Wir setzen die Sammlung für *Revista Agitacion @* fort, (die Überweisungskosten werden selbstverständlich von uns übernommen, also nicht von den Spenden abgezogen):
Gesamtstand aus SF-34: 570.-DM
Seither wurden gespendet: T.K., HH 100.-; F.R., Boertlingen 50.-; M.G., Frankfurt 50.-; F.M., HH 20.-; anonym, Gelsenkirchen 10.-; T.W., Barkelsby 50.-; M.S., Berlin 30.-
Gesamtstand (5.5.90) bislang: 885.-DM
Durch einen Brief vom 4.4.90 wird die Ankunft von inzwischen 700.-DM bestätigt.
Unser Konto für die Spenden (bitte mit Stichwort ARGENTINA):
Postscheckamt Stuttgart, BLZ 600 100 70), W. Haug/Trotzdem Verlag, Ktonr. 138 74-706).

Weitere Hilferufe aus Argentinien erhielt die Internationale der Anarchosyndikalisten (IAA), deren Sekretariat derzeit von der Kölner FAU geleitet wird. Die IAA sammelt für folgende Gruppen:
Grupo Impulso Autogestionario, Taller Ecologista, Union Socialista Libertaria, Biblioteca y Archivo Historico Social »Alberto Ghiraldo«, Cooperativo de Trabajo 1 de mayo, Centro de Estudios Sociales »Rafael Barrett«, Cooperativa de Vivienda »Rodo«, Asociacion Indianista Abya Yala.
Direkte Kontakte zur Grupo Impulso Autogestionario: Carlos A. Solero, C.C. 984, 2000 Rosario, Argentinien oder Daniel Raposo, C.C. 56 – Suc.8, 2000 Rosario, Argentinien.
IAA-Sekretariat: PF 10 12 23, 5000 Köln; Tel. 0221-561085

Das «Germinal» in Carrara geräumt!

aus Umanita Nova übersetzt und zusammengestellt von Egon Günther

In einer arroganten und gewalttätigen Demonstration staatlicher Macht drangen am 23.März 1990 zweihundert Polizisten und Carabinieri, die man aus Genua, Florenz und Pisa herangekarrt hatte, im Morgengrauen in das noch verschlafene Städtchen am Fuß der apuanischen Berge ein, um 'manu militaru' die Anarchisten des »Germinal« aus ihrem Lokal zu werfen, das ihnen vor 45 Jahren in den Tagen der Befreiung vom Nazifaschismus vom Komitee der Nationalen Befreiung, dem Zusammenschluß der Parteien und Verbände der Widerstandsbewegung, zugesichert wurde und das sie seitdem besetzt hielten.

In Carrara herrscht der Belagerungszustand. Indignation, Wut und Empörung auf Seite der Demonstranten und der Bevölkerung, blindwütiger Haß, Tränengaseinsätze und Schlagstöcke auf Seiten der Ordnungskräfte bestimmen das Bild einer ersten Protestdemonstration am 25.3., an der 300-400 Menschen teilnehmen.

Wir stellen im Folgenden die Vorgeschichte dieses Ereignisses dar, das in einer Reihe ähnlicher Vorkommnisse – Räumung des Leoncavallo in Mailand, gewalttätiges Einschreiten der Polizei bei den letzten großen Demonstrationen der Studentenbewegung und bei der Demonstration der Anarchisten gegen die Chemiefabrik Acna in Savona, bei den Kundgebungen gegen die rassistischen Ausschreitungen in Florenz, Aggressionen gegen die Centri Sociali – die Strategie der Andreotti-Regierung beim Vorgehen gegen eine sich ausbreitende soziale Oppositionsbewegung im Lande kennzeichnet.

Die in Partisanenverbänden organisierten Anarchisten von Carrara und den umliegenden Gebieten der apuanischen Alpen trugen die wesentliche Last des antifaschistischen Kampfes und befreiten den Ort noch vor dem Eintreffen alliierter Verbände von der Anwesenheit der Nazifaschisten. Mit der Waffe in der Hand nahmen sie den dortigen Parteisitz der Faschisten ein, um ihn für die eigenen Zwecke in Besitz zu nehmen. Aus Gründen, die hier zu erläutern zu weit führen würde, sahen sie sich in den Jahren nach der Befreiung gezwungen, die ursprünglichen Räume an der Piazza Albisola (damals noch Piazza Lucetti, nach dem aus Massa Carrara gebürtigen Gino Lucetti, dessen Bombenattentat auf Mussolini leider fehlgeschlagen ist) aufzugeben und in eine, ihnen vom CLN (Comitato di Liberazione Nazionale) und von ihrer bewaffneten Teilnahme am Widerstand her zustehende Lokalität an Carraras zentralem Platz, der Piazza Matteotti, umzuziehen.

Über Jahre hinweg zog nun das Zeichen der Gruppi Anarchici Riuniti, das über dem Säulenportikus des Palazzo Politeama angebracht war, zusammen mit der unvermeidlichen schwarzroten Fahne die Blicke der Besucher der Marmorstadt auf sich; sogar auf den Ansichtspostkarten, die aus Carrara verschickt werden, kann man den »Germinal«, das Lokal der Anarchisten, unschwer erkennen. Beim Politeama-Theater handelt es sich zum überwiegenden Teil um ein kommunales Gebäude, dessen Nutzung nach einem genau bestimmten Vertrag zum Vorteil der carrarensischen Bevölkerung vorgesehen ist. Eine Verpflichtung, die damals



die Gemeinde den Erbauern auferlegt hatte und der die Anarchisten von der GAP immer nachkamen. So überliessen sie die von ihnen beanspruchten Räume auch anderen Initiativen, die dort einen Platz für eigene Theater und Kinovorführungen, Veranstaltungen und Ausstellungen fanden. Z.B. beherbergten die Anarchisten über einen Zeitraum von 20 Jahren eine Akademie für klassischen Tanz, die jedes Jahr von 100-150 SchülerInnen besucht wurde.

Nach Auslaufen des Nutzungsvertrags sollte das Gebäude an die Gemeinde zurückfallen, so zumindest steht es in den präzisen Dokumenten, die den öffentlichen Anspruch in der Nutzung des Gebäudes untermauern und dem die Anarchisten ja, allein schon um ihrem eigenen Anspruch gerecht zu werden, bereitwillig nachgekommen waren.- Nun, da der Vertrag ausläuft, treten die Spekulanten einer »privaten« Immobilienfirma (natürlich mit Verwaltung, Banken und Parteien verfilzt) auf den Plan, die sich von einer Erbengemeinschaft der Politeama-Erbauer einen Rechtstitel verschafft hat, um aus dem Gebäude nach einer Sanierung ein Wohn- und Gewerbeobjekt zu machen.

Die AnarchistInnen des »Germinal« stehen diesen Plänen im Wege und so wird eine Räumung beantragt. Dabei entsteht die bemerkenswerte Situation, daß die AnarchistInnen, indem sie sich gegen die drohende Räumung zur Wehr setzen, nicht nur das Recht auf ihre öffentliche Präsenz in einem, ihnen seit der Befreiung zugestandenen Lokal verteidigen – im übrigen nehmen das gleiche Recht alle anderen Parteien aus der Widerstandskoordination mit größter Selbstverständlichkeit wahr –, sie verteidigen darüberhinaus auch den Anspruch der Bevölkerung von Carrara auf die in einem Vertrag festgelegte Nutzung des Politeama, die durch eine beabsichtige Immobilienspekulation mit dem vorliegenden Sanierungsplan unmöglich gemacht würde.

Um es kurz zu machen, die Räumung, die im September letzten Jahres durchgeführt werden sollte, konnte gegen den entschiedenen Widerstand der AnarchistInnen und durch eine massive Gegenaufklärung lange verhindert werden.

Im September war Carrara Schauplatz einer internationalen Solidaritätskundgebung zur Unterstützung des »Germinal«, an der über 1000 Menschen teilnahmen und die Dinge entwickelten sich dem Anschein nach günstig. Das Sanierungsvorhaben stieß bei fast allen Teilen der Bevölkerung bis hinein in Verbände, Gewerkschaften und den Gemeinderat auf Ablehnung. Beim »Germinal« trafen Solidaritätsadressen aus ganz Italien ein. Der Kampf um die anarchistische Präsenz in Italien wurde nicht abgetan als besondere historische Rückständigkeit eines Ortes mit Lokalkolorit, sondern als Teil einer in ganz Italien geführten Auseinandersetzung um Selbstbestimmung und freien Ausdruck begriffen (siehe Centri Sociali, vgl. SF-34), der sich zwangsläufig gegen die jeweiligen »Herren der Stadt« und gegen einen sich immer autoritärer gebärdenden Staat richtet.

Und so kam der Rückschlag vom 23.März gar nicht so überraschend, denn je beispielhafter sich der Kampf um den »Germinal« entwickelte, umso beispielhafter mußte der Staat reagieren, um das Recht auf Ausbeutung und Spekulation unter seiner Ägide sicherzustellen.

Die Ereignisse am 1.Mai

Im Vorfeld des 1.Mai, zu dem die AnarchistInnen eine große Demonstration angekündigt hatten, fanden im Umkreis von Carrara und in Carrara selbst zahlreiche Hausdurchsuchungen bei Anarchisten und Angehörigen der Neuen Linken statt. Auch die Druckerei der *Umanita Nova* und anderer anarchistischer Zeitschriften und Verlage waren unter den heimgesuchten Objekten. Den Vorwand für die Einschüchterungsoperation lieferte die Suche nach Waffen und Sprengstoff; gefunden wurde natürlich nichts.

Am 1.Mai selbst demonstrierte in Carrara der Polizeistaat. In der Stadt waren allein 350 Uniformierte im Einsatz, dazu kamen eine beträchtliche Anzahl ziviler Beamter, sowie ein weiteres Kontingent von hundert Mann, die außerhalb stationiert waren, das Personal der im weiteren Umkreis durchgeführten Straßensperren und andere Mannschaften, die in den Kasernen in Bereitschaft gehalten wurden.

Die Spannung in der Stadt war mit Händen zu greifen, schon in der Nacht waren Patrouillen unterwegs. Es fehlte nur ein geringer Anlaß, eine Provokation hätte genügt, ein Blutbad zu entfachen. Allzu offensichtlich zitterten einige der Büttel, den Finger immer schußbereit am Abzug ihrer Tränengasgewehre. In diesem gereizten Klima versammelten sich die Anarchisten (etwa 600 Menschen kamen aus anderen Orten nach Carrara) und zogen von der Piazza Gramsci über das Rathaus zur Piazza Matteotti vor das Germinal. Kaum waren alle Demonstranten auf dem Platz, riegelten die Truppen sogleich den Platz ab. Die Piazza war ansonsten leergefegt (eigentlich bewachter Autoparkplatz, SF-Red.), um ein besseres Agieren der gepanzerten Polizeifahrzeuge zu ermöglichen. Angesichts dieser Situation und eines drohenden Massakers entschlossen sich die Anarchisten auf eine Kundgebung zu verzichten und zogen stattdessen ein zweites Mal um den Platz. Dieses Manöver löste die Polizeiabsperrung auf, da sonst die Handelskammer, das Rathaus und das Präsidium ohne Polizeischutz geblieben wären, und erlaubte den Genossinnen, allen voran die Frauen aus Carrara, und den Genossen die verbliebenen Kordons zu durchstoßen und sich in die Altstadt zurückzuziehen. Dabei hatten die Ordnungskräfte endlich die erhoffte Gelegenheit etwas zuzuschlagen, während sich die Demonstration auflöste. Sie nutzten dies auch, so wie sie in diesem Jahr bereits in Savona und bei unzähligen anderen Gelegenheiten gleichfalls gegen DemonstrantInnen vorgegangen sind. Das war ein 1.Mai in Carrara, der gezeigt hat, daß sich die monarchistische, bürgerliche, autoritäre und faschistische Vergangenheit durchaus mit der heutigen geschichtlichen Wirklichkeit messen kann – passend zur Jahrhundertfeier.

Solidaritätsadressen an: Sede sociale, via Ulivi 8, I-54033 Carrara-1 oder: Coop. Tipolitografica, via S. Piero 13 A, I-54033 Carrara-1.

Der Osten – Laboratorium der Freiheit

von Ralf G. Landmesser

Mit 50–100 TeilnehmerInnen hatten sie gerechnet, die drei »Aufrechten« von der Gruppo Germinal« in Triest – 350 kamen zu dem Kongreß »Der Osten, Laboratorium der Freiheit«.

Drei Tage sollte das Treffen dauern, fünf wurden daraus. Vom 13. bis 17. April kamen AnarchistInnen aus allen Himmelsrichtungen, einige sogar über den großen Teich aus Nordamerika, zu dem Treffen an der östlichen Peripherie Italiens.

Außer Rumänien waren alle Länder des Ostblocks vertreten. Die meisten Schwierigkeiten bei der Einreise nach Italien scheinen die Ostdeutschen gehabt zu haben. Vier Leute blieben z.B. an der Grenze hängen, nachdem sie beim ersten illegalen Versuch des Übertritts nach Italien von den Carabinieri erwischt und begleitet von ein paar Stie-feltritten gegen das Schienbein wieder nach Österreich abgeschoben worden waren. Bei der österreichischen Grenzpolizei mußte dann jeder noch 50.-DM abdrücken; zudem bekamen sie für drei Jahre Einreiseverbot. Andere GenossInnen aus der DDR (und vermutlich auch aus anderen Ostblockländern) fuhren, wegen der fehlenden Möglichkeiten legal einzureisen, erst gar nicht los. Ein Visum zu beantragen war ein wochenlang dauerndes Abenteuer und wer keine amtlich beglaubigte private Einladung hatte, mußte an der Grenze zusätzlich zum Visum 50.-DM pro Tag vorweisen können. (Ein paar Superschlaue waren auch ohne Absprache und Adresse mit frisch erworbenem Westpaß losgegurkt und gaben nach der ersten Polizeikontrolle wieder Fersengeld in Richtung Norden.)

Solche Polizeikontrollen in Triest schufen z.T. ein Klima der Angst und Verunsicherung für die Leute, die auf verschiedenen Wegen illegal eingereist waren. Und das waren so einige. Wenn viele Leute nicht illegal eingereist wären, hätte der Kongreß in dieser Form nicht stattfinden können.

Ein weiteres ständiges Ärgernis war die Präsenz von Faschisten, an denen Triest leider nicht gerade Mangel leidet. Den Graffitikrieg hatten die Faschos jedenfalls eindeutig gewonnen. Das lag aber wohl auch an den fehlenden Sprühflaschen für KongreßteilnehmerInnen. einem Berliner Genossen wurde gar das Auto mit Faschoparolen besprüht.

Von der »Gattung BRD« waren außer einem Ex-DDR-Genossen und einem seit Jahren in Italien lebenden Genossen nur eine handvoll Menschen vertreten.

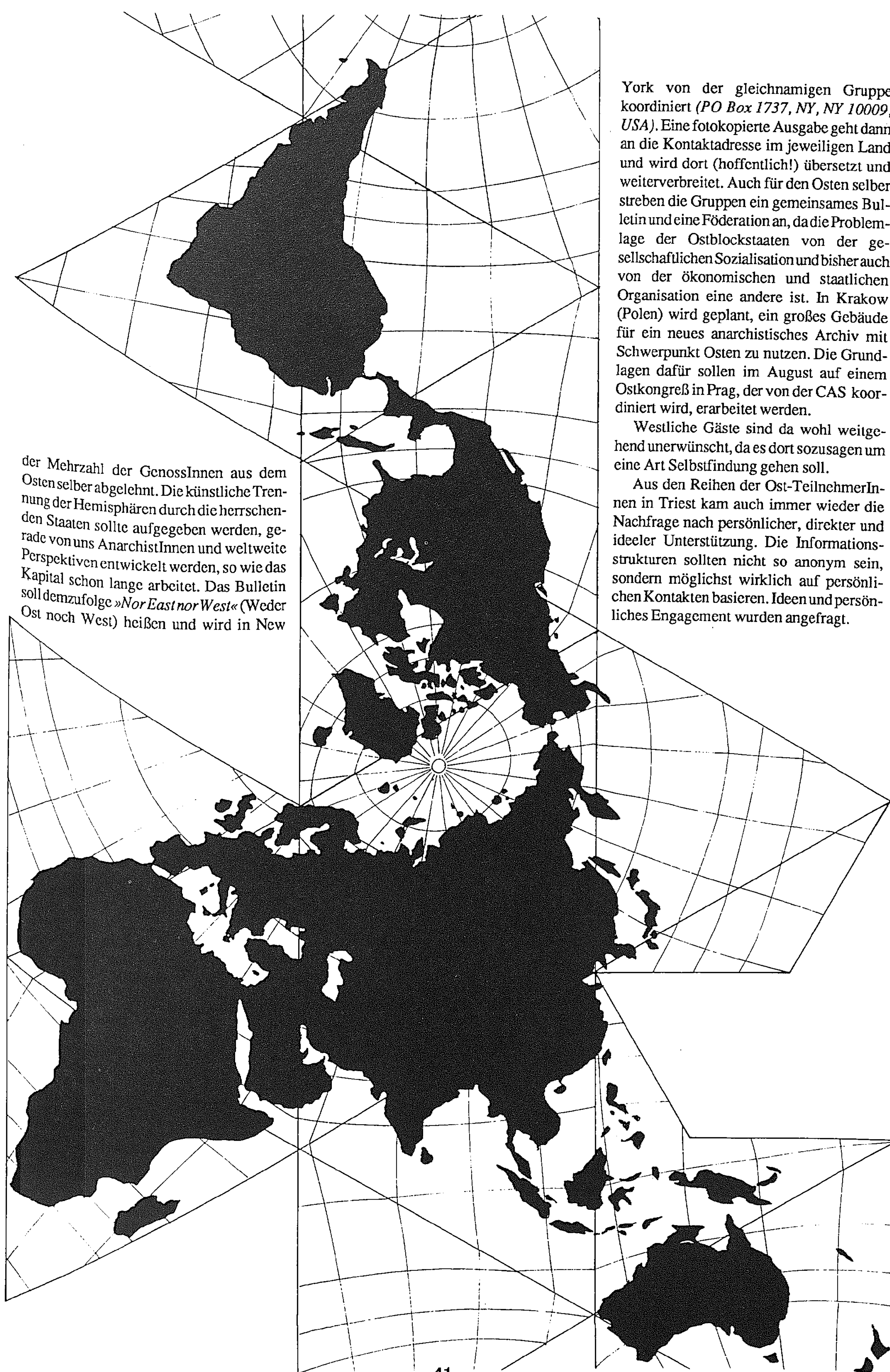
Für die TeilnehmerInnen aus den Oststaaten wurden die Kosten des Kongresses für Unterbringung, Verpflegung und oft auch die Anreise, durch die OrganisatorInnen übernommen. Im Gegenzug dazu waren die Preise für die Leute aus dem Westen etwas üppiger gehalten. Das war zwar nicht angenehm, aber einsehbar: anders wäre es kaum gegangen. Obwohl allein durch »fundraising« aus den USA Spenden von mehr als 1000.- $ und weitere Spenden aus Italien und anderen Ländern eingingen, blieben rund 2000.-DM Minusbilanz nach dem Treffen in Triest...

Die Unterbringung war zum Teil in der Jugendherberge und zum anderen privat vorgenommen worden. Ein Kochkollektiv italienischer Genossen und GenossInnen bemühte sich um das leibliche Wohl der Gäste. Trotz Streß waren sie immer gut aufgelegt und sind mit einigen wunderbar witzigen, gestellten Fotos, die allgemeine Lachanfälle auslösten, in der Geschichte der anarchistischen Bewegung verewigt. Die allgemeine Sprache des Kongresses war englisch. Für die, die dessen nicht mächtig waren, wurde übersetzt, im Theatro Fabbri (einem der Tagungsorte) simultan über Kopfhörer. Außer dem Theatro und dem »Centro Germinal« in der Via Mazzini 11 gab es auch die eine oder andere Veranstaltung in der Uni, wo Claudio Venza, einer der Organisatoren Professor ist. Aus den vorher eingesandten Papieren war eine Arbeitsmappe zusammengestellt worden, die von deutscher Seite sehr schlecht belegt war.

Es war das erste Mal seit Ende des zweiten Weltkriegs, daß die anarchistischen Bewegungen des Ostens und des Westens wieder in direktem Kontakt kollektiv zusammenkommen konnten, um über die Veränderungen der politischen Landschaft und die daraus sich ergebenden Fragen und Perspektiven zu beraten. Auch für die Gruppen aus dem Osten selbst, war der Kongreß oft der erste direkte Kontakt zueinander....

(Am Sonntag), nach einer viel zu kurzen Nacht, die erste freudige Überraschung: jugoslawische Genossen, die ich 1984 auf dem großen internationalen Treffen in Venedig kennengelernt und wieder aus den Augen verloren hatte, waren auch da. Das sollte uns auch neben und über allen Themen durch die Tage begleiten: das gegenseitige Kennenlernen, Wiedertreffen und immer von Neuem: das persönliche Gespräch in dem mehr herübergebracht und abgehandelt werden konnte, als viele Stunden und Tage Kongreßprogramm hergegeben hätten. Zumal das Programm ohnehin streckenweise etwas akademisch-theoretisch geprägt war. Z.B. der Programmpunkt »Die Krise des Marxismus« lockte kaum noch einen Hund hinter dem Ofen hervor. Von den TeilnehmerInnen aus dem Ostblock wurde er anscheinend schlicht ignoriert, während sich andere dort in langen, weitschweifenden Reden ergingen – eine besondere Spezialität mancher italienischer ProtagonistInnen, die oft schier kein Ende ihrer Redseligkeit fanden. Hingegen die Möglichkeiten der direkten Frage und Gegenfrage im Gespräch, der ausführlichen Schilderung des persönlichen, auch gefühlsmäßigen Eindrucks, sind Dinge, die nur am Rande eines solchen Kongresses möglich sind. Dieser »Rand« ist das eigentliche Zentrum solcher Veranstaltungen. Das offizielle Programm deckt eigentlich weitgehend nur die Unzulänglichkeiten der persönlichen Kommunikation ab, z.B. wenn es um allgemein organisatorische Dinge wie Adressensammlung oder die Herstellung eines allgemeinen Eindrucks zu einer spezifischen Frage geht. Bei der Menge an Menschen war es allerdings verständlicherweise nicht möglich, mit jedem und jeder ausführliche Gespräche zu führen. Mensch mußte auswählen und vieles bleibt späteren, intensiveren Kontakten, wie gegenseitigen Besuchen vorbehalten, nachdem der erste Kontakt mehr oder weniger oberflächlich geknüpft wurde. Die Menge der Leute grenzte auch die Wahrnehmung ein. Ich mußte beispielsweise hinterher feststellen, daß Abel Paz, der Autor der ausgezeichneten Durruti-Biografie »Volk in Waffen«, die (seit Jahren, Anm. der SF-Red.) demnächst auf deutsch erscheinen soll, meiner Aufmerksamkeit entgangen war. Andere Teilnehmer des Kongresses traf ich Tage später im florentiner Anarchozentrum ohne sie auf dem Treffen vorher bemerkt zu haben. Das waren so ungefähr die Rahmenbedingungen, wie wir sie subjektiv auf dem Kongreß vorgefunden haben. Über das offiziell wahrnehmbare Treffen wird es sicher noch eine Menge Material geben, einen Haufen bedrucktes Papier, so daß an dieser Stelle nicht in aller Ausführlichkeit geschildert werden muß wie Verlauf und Ergebnisse waren. Ich werde mich hier auf die wesentlichsten Ergebnisse und Erklärungen zu beschränken haben.

Ein lange und ausführlich diskutierter Punkt betraf die Möglichkeiten des Informationsaustauschs und der kontinuierlichen Kontakte. Obwohl besonders die französischen Genossen die Sache skeptisch betrachteten, wurde beschlossen, ein *»Interkontinentales Informationsbulletin«* zu schaffen, das regelmäßig in kurzen Beiträgen die wichtigsten Entwicklungen der anarchistischen Bewegung in den verschiedenen Ländern der Welt wiedergeben sollte. Eine Begrenzung nur auf den Osten wurde von



der Mehrzahl der GenossInnen aus dem Osten selber abgelehnt. Die künstliche Trennung der Hemisphären durch die herrschenden Staaten sollte aufgegeben werden, gerade von uns AnarchistInnen und weltweite Perspektiven entwickelt werden, so wie das Kapital schon lange arbeitet. Das Bulletin soll demzufolge *»Nor East nor West«* (Weder Ost noch West) heißen und wird in New York von der gleichnamigen Gruppe koordiniert *(PO Box 1737, NY, NY 10009, USA)*. Eine fotokopierte Ausgabe geht dann an die Kontaktadresse im jeweiligen Land und wird dort (hoffentlich!) übersetzt und weiterverbreitet. Auch für den Osten selber streben die Gruppen ein gemeinsames Bulletin und eine Föderation an, da die Problemlage der Ostblockstaaten von der gesellschaftlichen Sozialisation und bisher auch von der ökonomischen und staatlichen Organisation eine andere ist. In Krakow (Polen) wird geplant, ein großes Gebäude für ein neues anarchistisches Archiv mit Schwerpunkt Osten zu nutzen. Die Grundlagen dafür sollen im August auf einem Ostkongreß in Prag, der von der CAS koordiniert wird, erarbeitet werden.

Westliche Gäste sind da wohl weitgehend unerwünscht, da es dort sozusagen um eine Art Selbstfindung gehen soll.

Aus den Reihen der Ost-TeilnehmerInnen in Triest kam auch immer wieder die Nachfrage nach persönlicher, direkter und ideeler Unterstützung. Die Informationsstrukturen sollten nicht so anonym sein, sondern möglichst wirklich auf persönlichen Kontakten basieren. Ideen und persönliches Engagement wurden angefragt.

In diesem Zusammenhang wurde auf dem Ostgruppenplenum der Vorschlag eingebracht., nicht nur einzelne Personen aus den Gruppen für längere Zeit auszutauschen, sondern auch Besuche kompletter Gruppen gegenseitig zu organisieren.

Ein weiteres Element des Ausbaus der persönlichen Kontakte soll ein jährlich stattfindendes anarchistisches Sommerlager sein. 1990 wird ein solches Lager vier Monate lang bei Kalinin, einer Stadt, die zwischen Moskau und Leningrad liegt, von den GenossInnen der anarchosyndikalistischen KAS organisiert. Die KAS hat landesweit ca. 1000 Mitglieder, gut gestreut bis Irkutsk (Sibirien) [Als am 1.Mai 90 Gorbi unter Pfeifkonzerten den Roten Platz verlassen mußte, soll die KAS laut Frankfurter Rundschau vom 2.5. nicht unwesentlich an seiner Schlappe beteiligt gewesen sein) Bei Kalinin existiert das Geburtshaus Michail Bakunins noch, das während des Camps wieder instandbesetzt und zum ständigen Treffpunkt ausgebaut werden soll *(Kontakt: Vladimir Gubarev, ul. Mikluhko Maklaya, dom. 38, kv. 136, 117279 Moskva, UdSSR)*. Jedes Jahr soll ein solches Lager in einem anderen Land stattfinden. Für 1991 war Ungarn im Gespräch.

1991 wird es auch einen interkontinentalen Kongreß in Mexico-City geben, der von San Francisco, Without Borders koordiniert wird *(WB, c/o, Bound Together Books, 1369 Haight St., San Francisco, CA 94117)*.

Die Frage der Verbesserung der Kommunikation zu den nordamerikanischen Staaten wurde ebenfalls angesprochen, da allgemein festgestellt wurde, daß die Verbindungen sehr zu wünschen übrig lassen und es eine Menge auszutauschen gibt. Falsche Vorstellungen übereinander gilt es zu korrigieren und die Kommunikation über unterschiedliche Ansätze und Strategien zu verbreitern. Hierzu wird für Juli dieses Jahres ein Nordamerika-Europa-Kommunikationstreffen von Teilnehmern des Kongresses vorbereitet, das als kleine, unspektakuläre Zusammenkunft von PraktikerInnen in Berlin stattfinden wird. Immer wieder wurden auf dem Kongreß in Triest die Möglichkeiten und Chancen der elektronischen Kommunikation angesprochen. Hiergegen fanden sich aber viele Vorbehalte. Viele waren der Meinung, daß HighTech-Kommunikation nur für die Länder des modernen Kapitalismus praktikabel sei. Angeführt wurde u.a. der katastrophale Zustand der östlichen Telefonnetze und die momentane, auch vermeintliche, Unerschwinglichkeit von Geräten. Offenbar spielte aber ebenso bei westlichen TeilnehmerInnen die Unkenntnis der Möglichkeiten der moderen und zukünftigen Kommunikation eine große Rolle in ihrer abwehrenden Haltung dazu. Ein Mitarbeiter vom Institut für Sozialgeschichte in Amsterdam, Mitorganisator von »Europe against the Current« (Europa gegen den Strom, Alternativmesse in Amsterdam 1989, vgl. SF-33) erklärte sich aber bereit, eine für jedermensch nachvollziehbare Darstellung von Computerkommunikation zu schreiben und eine Kontaktliste schon bestehender alternativer, nationaler Netze beizugeben. Schließlich kam mensch überein, daß die, die sich dazu in der Lage fühlten, die Möglichkeiten nutzen sollten, mit der Perspektive, ihre Erfahrungen damit weiterzuvermitteln. Jedenfalls wurde allgemein anerkannt, daß HighTech-Kommunikation nur ein, wenn auch wichtiger, Baustein im Kommunikationsnetz sein soll und kann. Daneben werden wir weiterhin »konventionellere« Kontaktmöglichkeiten benötigen und ausbauen, auch schon deswegen, um uns nicht zu sehr von der Technik abhängig zu machen.

Globales Denken und Handeln wurde von Ost und West ständig angemahnt: gegen die weltumspannenden Pläne und Strategien des Kapitals müsse die internationale Solidarität mobilisiert werden. Mehr gemeinsame Aktionen wie z.B. der jährlich stattfindende EARTH DAY (eine Art Öko-Kampftag seit 20 Jahren), dieses Jahr gefolgt vom »Wall-Street-Tag« in New York, der von AnarchistInnen mitorganisiert wurde (23.4.90), sollen die Herrschenden verunsichern und übereinstimmend wurde hier dringender gemeinsamer Handlungsbedarf festgestellt.

Die Pariser Osteuropa-Zeitschrift IZTOK, die schon seit langer Zeit einen anarchistischen Untergrund in den Ostblockstaaten unterstützt und mit ihm kommuni-ziert hat, bot für Ostgruppen die Bereitstellung von Material in der Form von Büchern, Videos etc. auf Anforderung an *(IZTOK, Imache, BP 70, F-75563 Paris Cedex)*. Demnächst wird es diese Zeitschrift wohl auch in deutsch geben. Das soll von Berlin aus organisiert werden. Eine Auflage von 1000 Exemplaren wird angepeilt.

Das amerikanische Pendant zu IZTOK ist *ON GOGOL BOULEVARD (151 First Ave., 62, New York, NY 10003, USA)*, eine Zeitschrift, die auch seit langer Zeit, insbesondere nach Rußland und Polen gute Kontakte aufgebaut hat, und von der auch jemand am Triest-Kongreß teilnahm.

Noch einmal hingewiesen wurde auf die Vorteile der aktuellen instabilen Lage der Oststaaten. In der heutigen Situation bieten sich eine Reihe von Möglichkeiten, anarchistische Projekte zu etablieren, die nach der demnächst zu erwartenden Stabilisierung der Staaten schwer zu beseitigen wären. Die Zeit dazu ist knapp. Jetzt können z.B. vielerorts noch Gebäude z.T. durch Besetzung in Beschlag genommen werden, Freie Schulen und Verlage etc. gegründet werden. Aus der SU kam die Anfrage nach einem Joint-Venture-Verlag, um die KAS dadurch juristisch zu decken und in gegenseitigem Nutzen das Druckkostengefälle auszuschöpfen. Am Rande des Treffens wurde auf eine durch Europa trampende Wanderausstellung eines Tramppro-jekts hingewiesen, das 1989 von 20 jungen Leuten unternommen worden ist und jetzt den Namen »Next-Stop-Tramp-Projekt« trägt. 10 ost-westliche Paare sind da von Kopenhagen nach Moskau getrampt. Was sie auf dieser Reise erlebten, soll ausgestellt werden. Diesmal, 1990, soll die Reise durch 14 Städte und 7 Länder an der Ostsee gehen und 3 1/2-Monate dauern. *(Kontakt: Thomas Herde, Klemens-Storegade 10, DK-3782 Klemensker, Bornholm, Tel. 00-45-53 96 60 86)*. Mitmachen kann jedeR und somit zur Ost-West-Verständigung unideologisch und persönlich beitragen.

Auf dem Triest-Treffen gab es auch ein Frauen-Abendbrot, bei dem Männer nur zur Bedienung zugelassen waren, und wo die Frauen versuchten, sich ein wenig näher zu kommen. Das glückte nur teilweise. Es gab nämlich unter anderem recht heftige Meinungsunterschiede, ob es eingeschlechtliche anarchistische Gruppen geben solle oder nicht. Außerdem ging einer italienischen Frau das Redetalent durch und so kamen von den anderen Frauen recht wenige zu Wort. Es ging um die allgemeine Lage der Frauen in den verschiedenen Ländern. Immerhin kam eine Frauen-Adressenliste zustande und das kollektiv Versäumte kann hoffentlich damit noch individuell nachgeholt werden. Zur Verteilung von frauenspezifischer Literatur stellte sich eine Genossin von AUTONOMIA zur Verfügung *(Agnes Hochberg, H-1111 Budapest, XI, Lagymanyosi u. 26; Tel. 36 1 / 18 20 863, Ungarn)*.

Nun ließe sich sicher noch einiges zu der Situation in den verschiedenen Ländern des Ostblocks ausführen, aber das ist ein neues zu umfangreiches Thema, um es hier einfach fortzuführen. Sicher gäbe es auch noch Ergänzungen von anderen Triest-TeilnehmerInnen. All das muß aber weiteren und späteren Artikeln, Papers und Broschüren/Büchern vorbehalten bleiben. In diesem Zusammenhang weise ich noch auf die nächsten Ausgaben von *Schwarze Distel* aus Wien und *Banal* aus Zürich hin, von denen auch Leute anwesend waren. Selbstverständlich gibt es noch eine ganze Anzahl nicht-deutschsprachiger Zeitschriften, in denen weiteres Material zu finden sein wird.



Initiative AFD

Um gleich Mißverständnissen vorzubeugen: Wir sind kein Verein, der versucht – mal wieder – eine @-Förderation auf »nationaler Ebene« zu gründen. Das wurde ja in den letzten 20 Jahren schon mehrmals ausprobiert und ist jedesmal schief gelaufen. Das spricht aber, wie wir meinen, weder gegen die Möglichkeit noch gegen die Notwendigkeit einer solchen anarchistischen Organisation. Die verschiedenen Fehlschläge auf »nationaler« und regionaler Ebene haben aber bewiesen, daß es nicht ausreicht, wenn ein paar Gruppen ein Gründungstreffen veranstalten, sich zur Föderation ernennen, damit beginnen Theoriepapiere, Programme und Richtlinien zu verfassen und sich ungeheuer revolutionär gebärden.

Es geht uns – einer kleinen Gruppe von AnarchistInnen aus verschiedenen libertären Zusammenhängen – vielmehr darum, unsere Kontakte zu anderen GenossInnen zu intensivieren, neue Kontakte aufzubauen und den verbindlichen Austausch von Informationen und Materialien sowie Diskussionen zu organisieren, um damit zu einem libertären Netzwerk im deutschen Sprachraum beizutragen. Es geht darum, der in der A-Szene hierzulande vorherrschenden Vereinzelung und Perspektivlosigkeit etwas entgegenzusetzen.

Mit einer Organisation, die AnarchistInnen mit verschiedenen theoretischen Ansätzen und aus unterschiedlichen Gruppierungen vereint, die sich an den Prinzipien des Föderalismus, der Freien Vereinbarung und der Gegenseitigen Hilfe orientiert und in der jedes Mitglied, jede lokale und regionale Einheit völlige Autonomie genießen, wächst unsere Fähigkeit, den Anarchismus ins Blickfeld vieler Menschen in diesem Lande zu rücken und den freiheitlichen Sozialismus wieder zu einer gesellschaftlich wirksamen Kraft zu machen.

Dabei wird es in der I-AFD (Initiative Anarchistische Föderation Deutschlands) keine Suche nach einer »richtigen Linie«, kein Sortieren von »Haupt-« und »Nebenwidersprüchen« geben und wir wollen durch unsere Praxis beweisen, daß AnarchistInnen sehr wohl fähig zur Organisation sind und eine libertäre Organisation nicht automatisch neue Herrschaft bedeutet.

Die I-AFD ist nicht der unrealistische Versuch, die gesamte anarchistische Szene hier und jetzt durch Aufforderung zur Vereinigung bewegen zu wollen. Wir wollen in erster Linie einzelne GenossInnen ansprechen, die in ihre lokalen und regionalen Gruppen und Projekte eingebunden sind; aber auch diejenigen, die als unfreiwillige »EinzelkämpferInnen« isoliert dastehen oder aus Frust über die scheinbare Perspektivlosigkeit des A im Kreis drum mit den Jahren das Handtuch geworfen und sich aus der aktiven Arbeit zurückgezogen haben.

Außerdem wollen wir uns kontinuierlich mit den verschiedenen libertären Föderationen, Organisationen und Vereinigungen (wie ANARES, FAU-IAA, FLI, FÖGA, PulverFASS, Projekt A usw.) austauschen, zu denen wir in keinem Konkurrenzverhältnis stehen.

Libertärer Internationalismus wird einen wesentlichen Bestandteil unserer Arbeit darstellen. Wir verstehen uns als Teil der internationalen anarchistischen Bewegung, die nicht zuletzt durch den Zusammenbruch des Staatskommunismus in den meisten osteuropäischen Ländern vor neuen Perspektiven und Aufgaben steht.

Der Aufbau einer handlungsfähigen »Anarchistischen Internationalen« wird inzwischen von GenossInnen in vielen Ländern für notwendig gehalten. Einen Ansatz dafür sehen wir in der 1968 gegründeten »Internationalen der Anarchistischen Föderationen« (IFA), der zur Zeit anarchistische Föderationen aus Frankreich, Spanien und Italien sowie eine exilbulgarische Organisation angeschlossen sind. Die I-AFD strebt einen Anschluß an die IFA als deren (bundes-)deutsche Sektion an und wir stehen mit dem Komitee für internationale Beziehungen der IFA in Paris (CRIFA) in Verbindung. Außerdem versuchen wir, schwerpunktmäßig Kontakte mit aktiven Gruppen in unseren west- und osteuropäi-schen Nachbarländern anzuknüpfen und haben bereits Kontakte nach Belgien, Frankreich, Spanien, in die Schweiz, die Niederlande und nach Polen.

Etwa alle zwei Monate erscheint der Rundbrief der I-AFD, der als Informationsbörse und Diskussionsforum für alle interessierten GenossInnen dienen soll und über unsere Hamburger und Krefelder Adressen bezogen werden kann. Wir würden uns freuen, wenn ihr uns eure aktuellen Materialien zum Abdruck schicken würdet und sind an Austausch-ABOs mit allen anarchistischen Publikationen aus dem deutsch- sprachigen Raum interessiert.

Mindestens einmal pro Jahr soll ein Gesamttreffen der I-AFD, eine Art Kongress stattfinden, um die Ergebnisse unserer Arbeit und auftauchende Probleme zu diskutieren und gemeinsam solche Fragen zu regeln, die alle Mitglieder betreffen. Später, bei steigender Mitgliederzahl, können wir uns diese Versammlungen auch als Delegiertentreffen vorstellen. Ebenso soll versucht werden, gemeinsam mit anderen Libertären regionale Strukturen zu entwickeln und an der Vernetzung unterschiedlicher Strömungen mitzuwirken.

Langfristig planen wir außerdem, als I-AFD eine libertäre Zeitschrift herauszugeben, um mit unseren Inhalten eine breitere Öffentlichkeit ansprechen zu können. Dabei wird es aber mit Sicherheit keinen »Schnellschuß« unsererseits geben, denn wir haben nicht vor, den zahllosen Flugblattsammlungen eine neue hinzuzufügen und wollen zunächst eine solide konzeptionelle, redaktionelle und vertriebsmäßige Basis für unser Projekt erarbeiten, bevor wir damit loslegen.

Wer nicht solange warten möchte, kann jetzt schon die Zeitschrift *Athenaeo* beziehen, die von unseren Hamburger GenossInnen vom *Forum Freier Sozialismus in der I-AFD* herausgegeben wird und zur Diskussion und zum Dialog zwischen AnarchistInnen und Nicht-AnarchistInnen beitragen soll.

I-AFD, im März '90

Kontaktadressen:

- *FFS in der I-AFD, c/o Schwarzmarkt-Buchladen, Paulinenstr.15, 2000 Hamburg-4*
- *Libertäres Zentrum, Essenbergerstr.100, 4130 Moers*
- *PLK 01 08 56 D, 4150 Krefeld*
- *PLK 03 61 28 D, 4630 Bochum*
- *PLK 16 70 77 E, 5000 Köln*



@-Szene

Antifa-Cafe-Pro *–Investiert in Antifa-Aktien!* –meinen die MacherInnen des Bremer Cafes, das seit Mai 1989 geöffnet hat und jeden Sonntag ab 20 Uhr Programm macht. Alle Veranstaltungen sind umsonst, obwohl immer wieder eine Band spielt, es Leihgebühren für Videofilme zu bezahlen gilt, Fahrtkosten, Kosten für Plakate und Flugis aufzubringe, sowie natürlich Miete und Telefon etc. zu bezahlen sind. Deshalb wirbt das Antifa-Cafe um Spenden und verkauft Aktien nach dem Motto »Wir kaufen uns selbst um nicht gekauft zu werden«.
Kontakt: *Antifa-Cafe, Buchstr.14/15, 2800 Bremen-1*

Adressenberichtigung: Unter den Adressen »Europa gegen den Strom« befand sich eine falsche. Die **Anarchistische Fotozelle** (Plakate etc.) ist in Stuttgart zu erreichen. Der richtige Kontakt läuft über: *Postlagerkarte Nr.093544 E, 7000 Stuttgart-1*

Initiative für ein Libertäres Zentrum Ost-Berlin
Die Chance des Aufbaus einer freiheitlichen Gesellschaftsordnung auf dem Gebiet der DDR scheint verspielt. Anhand der sich in den letzten Monaten vollzogenen Entwicklung wurde deutlich, das der versuch die radikale Linke zu einer gesellschaftsgreifenden Triebkraft zusammenzuführen, vorerst als gescheitert angesehen werden muß. Daraus ergibt sich die Notwendigkeit der Entwicklung neuer, effektiver Arbeits- und Informationsstrukturen, verbunden mit der Einsicht innerhalb der Linken positive Toleranz als Grundsatz für eine weitere Zusammenarbeit zu erachten. Grundsätzlich stellt sich nun neu die Aufgabe der Vermittlung libertärer Inhalte, Theorie, Geschichte, freiheitlicher Kultur und anderem mehr gegenüber den Menschen unseres Landes, wir müssen mit unterschiedlichen Mitteln versuchen uns in den gesellschaftlichen Diskussionsprozeß einzubringen.
Mit dem Projekt »Libertäres Zentrum« wollen wir den Versuch unternehmen diese Ansätze in die Praxis umzusetzen und damit bestehende Strukturen weiterzuentwickeln. Es beinhaltet den Aufbau einer öffentlichen Leihbibliothek, eines libertären Arbeitsarchivs und unseren Möglichkeiten gemäß die Schaffung von Druck- und Vervielfältigungsmöglichkeiten. Wir werden in unseren Räumlichkeiten themenbezogene Veranstaltungen durchführen, gemeinsame Arbeitsmöglichkeiten für Gruppen und Initiativen schaffen. Mit einem Zeitungs- und Verlagsprojekt wollen wir versuchen an die Bevölkerung heranzutreten und innerhalb der Linken Anstoß zu inhaltlicher Diskussion geben, sowie Informationsstrukturen verbessern.
Die Räume werden sich, sobald die »rechtlichen« Fragen geklärt sind, spätestens jedoch ab September, in der gemeinschaftlich/selbstverwalteten Schönhauser Allee 21 befinden.
Zum Aufbau des Libertären Zentrums benötigen wir dringend Geld- und/oder Sachspenden (z.B. Bücher und Einrichtungsgegenstände). Zu erreichen sind wir über die Schönhauser Allee 20/21, Berlin 1058, bzw. folgende Kontaktadressen:
Gerd Hoffmann, Schönhauser Allee 20, Berlin 1058
Till Böttcher, Metzer Str.23, Berlin 1055
Malte Lass, J.-S. Bach Str.1, Rostock 2530

Die Bibliothek des Internationalen Zentrums für Forschung über Anarchismus **(CIRA)** ist wieder geöffnet. Die neue Adresse lautet: *CIRA, avenue de Beaumont 24, CH-1012 Lausanne; Tel. (0041)-(21) 32 48 19 oder 32 35 43.*
Den Benutzern, die ihren Jahresbeitrag von 40 Schweiz. Franken (ca. 45.-DM) bezahlt haben, steht ab Mai 1990 die Ausleihe und bibliographische Auskunft wieder zur Verfügung. Die Bibliothek ist jeden Tag unter der Woche von 16 bis 19 Uhr offen, oder auf Anfrage.

Projekt Libertär in Wiesbaden eröffnet: seit Anfang des Jahres existiert in Wiesbaden ein neuer Knotenpunkt im Netz Wiesbadener Gegenkultur. Mit den bei uns vorhandenen Räumen bieten sich Möglichkeiten von Veranstaltungen und Diskussionen zu aktuellen und historischen Themen, Kulturveranstaltungen und ähnlichem. Last but not least haben wir Donnerstags einen offenen Abend eingerichtet, wo wir bei einem gemeinsamen Essen mit allen libertär Interessierten reden, spielen, plauschen wollen.
Nach fast 14jährigem Bestehen hat das Anarchistische Forum Wiesbaden diese neue Initiative gestartet, um auf breiterer und öffentlicherer Ebene in Erscheinung zu treten.
Kontakte: Projekt Libertär, Oranienstr. 54 HH, 6200 Wiesbaden, Tel. 06121-304468
Anarchistisches Forum, Postlagerkarte Nr.197474 E, 6200 Wiesbaden.

China-Solidarität: Eine Gruppe in Hong Kong unterstützt die in China Verhafteten, indem sie Poster und Flugblätter mit Photos und der Beschreibung der Aktivitäten von Verhafteten auf chinesisch und englisch herausgibt. Die Gruppe fordert dazu auf, mit dem Material zu arbeiten und sich Unterstützungsmöglichkeiten für die Verhafteten auszudenken, wo immer sich Vertreter der Volksrepublik China finden lassen.
Kontakt: Lee Iu See, Editor, Democracy Wall; P.O.Box 31340, Causeway Bay, Hong Kong.



Berichte und Kommuniqués

Kommuniqué 1 der Aktion Freies Rheinland – MAR (Macht am Rhein)

197 Jahre nach der Zerschlagung der Mainzer Republik durch preußische Truppen, 177 Jahre nach dem Zerfall des Rheinbundes und dem Fall des gesamten Rheinlandes an den preußischen Staat, 60 Jahre nach dem zweiten Anschluß an das Deutsche Reich und 20 Tage nach dem selbstgewählten Ende der Deutschen Demokratischen Republik treten wir, Rheinländerinnen und Rheinländer aus eigener Wahl wie durch Zwang äußerer Umstände, an die Öffentlichkeit, um entgegen einem der führenden Vertreter deutscher Einheit unserer Tage festzustellen: **Was in 175 Jahren nicht zusammengewachsen ist, muß jetzt getrennt werden!**

Gegen preußisch-deutsche Einstaatlichkeit und imperiale Größe treten wir für die Abschaffung der Staatlichkeit ein, für die Freiheit des Rheinlandes. Freiheit des Rheinlandes kann nur bedeuten: Freiheit seiner Bewohnerinnen und Bewohner. Die »Rheinische Nation« begründet sich nicht durch Geburt, nicht durch die obrigkeitliche Gewährung von Staatsbürgerschaft, sie begründet sich durch die freie Entscheidung des Individuums gemäß ihrem Wahlspruch: Das Rheinland ist frei, wir sind dabei!

Rheinländerinnen und Rheinländer sind ubischer, römischer, sächsischer, friesischer, türkischer, deutscher, kurdischer, italienischer, romanischer, kroatischer, jüdischer oder jedweder anderer Volkszugehörigkeit.

Seinem Wahlspruch folgend wird sich das Rheinland weigern, seine Grenzen festzulegen, solange nicht mindestens der preußisch-deutsche Staat seinerseits und unter Verzicht auf jedweden historisch oder anderweitig begründeten Anspruch gegenüber den Völkern Europas, den Polen, Sorben, Sachsen, Saarländern, Franzosen, Russen, Dänen, Ukrainern, Litauern und gegenüber uns, den Rheinländerinnen und Rheinländern seine Grenzen ein für allemal festgelegt hat.

Die »Nationalfeiertage« des Rheinlandes sind und bleiben die des Karneval, die Hymne vielstimmig, harmonisch oder dissonant, die Farben bunt, lediglich provisorisch rot und weiß.

Die Verfasserinnen und Verfasser dieses Kommuniqués sind nicht die Bewegung. Wir fordern alle Rheinländerinnen und Rheinländer auf, selbst aktiv zu werden, eigene Komitees ins Leben zu rufen und vielfältige Initiativen zu ergreifen, um zunächst die Idee zu verbreiten.

Kontakt: Stammtisch, jeden 1. und 3. Samstag im Monat ab 17 Uhr in Köln Tel. D. Zultner (0221-812274) oder M. Göhner (02241-60416)

Weltbürgerpaß

Der Bund der Weltbürger und die Esperantistenvereinigung Utrecht erlauben sich den »Weltbürgerpaß« anzubieten.

Während die niederländische Regierung sich auf die Herausgabe eines nationalen Exemplars beschränken will, haben wir – in sehr kurzer Zeit übrigens – einen betrugsempfindlichen Weltpaß fertiggestellt. Einen Paß, womit sich jeder und jede freiwillig als WeltbürgerIn legitimieren kann. Unabhängig von Herkunft, Farbe, Gottesdienst und Lebensüberzeugung kann jede und jeder in den Besitz dieses kosmopolitischen Dokuments kommen.

In dieser Zeit der ID-Nummern, Credit Cards, Legitimationspflicht und verschwommenen Privacy-Grenzen denken wir, daß wir eine Antwort gefunden haben auf die historische Frage: *Wer sind wir?*

Wir sind alle WeltbürgerInnen! Verbunden miteinander und abhängig voneinander!

Mit der Herausgabe dieses Passes denken wir, einen positiven Beitrag liefern zu können an der Verstärkung des gegenseitigen Verständnisses und an der Zusammenarbeit zwischen BürgerInnen von Bangkok bis Buxtehude, von Oslo bis Osdorp, von Beirut bis Brixton, von Pnom Penh bis Potsdam, von Tjernobyl bis Torremolinos, von Mekka bis Mönchen-Gladbach.

Durch seine Gültigkeit von 1010 Jahren (ab 1.1.1990) ist dieser Weltbürgerpaß auch ein äußerst preisgünstiges Dokument: 3 Gulden + Portokosten.

Bestellungen + Infos: Stichting Cnal Productions, Haverstraat 2, NL-3511 NC Utrecht.

Antimilitarismus

Vom 2. bis 4. März fand in Mainz ein **antimilitaristisches Ost-West-Seminar** statt. Die 45 Teilnehmer kamen von Basisgruppen und Parteien aus der DDR, der BRD und Frankreich.

Vertreten waren aus der DDR: Freundeskreis Wehrdiensttotalverweigerer, Neues Forum, Grüne Partei, SPD, Unabhängiger Frauenbund, Vereinigte Linke, Regionalgruppe der Totalverweigerer Halberstadt, Arbeitskreis Wehrdienstfragen Chemnitz.
aus der BRD: DFG-VK, Anarchistische Assoziation Rhizom Mainz, Die Grünen, Föderation Gewaltfreier Aktionsgruppen (FÖGA), Kampagne Bundesrepublik Ohne Armee (BOA), Friedensplenum Wiesbaden, Referat für Frieden und Internationales - ASTA Univ. des Saarlandes, Pressehütte Mutlangen, Trotz-dem-Werkstatt für Kultur und Bildung Mainz.
aus Frankreich: Union pacifiste de France (UPF)
international: Peace Pilgrimage.

Diskutiert wurde über weltweite Entmilitarisierung, Kriegsdienstverweigerung einschließlich der Totalverweigerung, Folgen der Veränderungen in Osteuropa: Auflösung der Militärblöcke, Wiederaufleben der Nationalismen und Ausgrenzung der Dritten Welt, Chancen und Gefahren der deutschen Vereinigung.

Die Seminarteilnehmer waren sich einig, die sich gegenwärtig bietenden Möglichkeiten für eine Entmilitarisierung zu nutzen. Als Teilschritte werden die **Abschaffung der Wehrpflicht einschließlich ziviler Zwangsdienste, ersatzlose Auflösung von Nationaler Volksarmee und Bundeswehr, Auflösung der Blöcke und Schaffung einer europäischen Friedensordnung** angestrebt. Langfristig fordern wir weltweite Entmilitarisierung und Überwindung des Nord-Süd-Konflikts.

Übereinstimmend wurde weitere Zusammenarbeit als notwendig angesehen, u.a. bei Ostermärschen, gewaltfreien Blockaden (z.B. Kasernen in Erfurt, Atomwaffenbasis Großengstingen (Schwäbische Alb) und transnationaler Solidaritätsarbeit für Kriegsdienstverweigerer. Vereinbart wurde Kooperation und Ausweitung der Kampagnen zur Abschaffung der Armeen in den einzelnen europäischen Ländern.

DFG-VK Mainz, Anarchistische Assoziation Rhizom und Trotz-dem-Werkstatt für Kultur und Bildung e.V. Mainz, (Kontakt: c/o Café Nixda, Raimundistr.13, 6500 Mainz-1).

Termine

Projekt A-Festival auf der Domäne in Lutter. Vom 24.5. bis zum 27.5.90 hat dieses Treffen stattgefunden. Die Frauen aus der Arbeitsgruppe **Anarchafeminismus** des Projekts A wollten das Festival nutzen um auch mit anderen Anarchistinnen und Feministinnen in einen bundesweiten Diskussionszusammenhang zu kommen. Geplant waren drei Schwerpunkte:

a) Leben und Ideen einiger radikaler Feministinnen in der Geschichte, die über die Ablehnung der Männerherrschaft und Hierarchie zur Ablehnung von Staat und Kapitalismus kommen.

b) Leben und Ideen von Anarchistinnen in der Geschichte, ihre Probleme in gemischten anarchistischen Gruppen und ihre Einstellung zur Frauenbewegung.

c) Die eigene Standortbestimmung. Was können wir von diesen Frauen lernen? Ist eine anarchafeministische Theorie möglich und sinnvoll? Wo gibt es Widersprüche zwischen Feminismus und Anarchismus (z.B. Menschenbild)? Oder ist vielleicht die eine Theorie schon in der anderen enthalten?

Kontakt (Ergebnisse und Reader): *Sabine Altmann, Untere Fulder Gasse 2, 6320 Alsfeld oder Annegret, c/o Fründ, Brinkstr.48, 6050 Offenbach*

Für USA-Reisende. Das **Institut für Soziale Ökologie** (Murray Bookchin, Janet Biehl u.a.) bietet mehrere Sommerkurse an:
– vom **23.Juni – 22.Juli »Ecology and Community«**. 18 Veranstaltungen. Darunter »Feminism and Ecology« mit Chiah Heller und Peggy Luhrs; weiterführende Konzepte von Feminismus und Ökologie mit Chiah Heller; weiterführende Konzepte der Sozialen Ökologie mit Murray Bookchin; Irokesengesellschaft mit Ron La-France; »Politics of Imagination« mit John Clark (über eine andere Wahrnehmungsweise); Perspektiven der Ureinwohner mit John Mohawk u.v.a.;
– vom 27.Juli – 5.August »Women and Community Development«,
– von Juni bis August einen zur Sozialen Ökologie in Verbindung mit dem Goddard Collage.
Alle Kurse kosten etwas. Genauere Informationen bei:
Institute for Social Ecology, P.O.Box 89, Dept. B, Plainfield, Vermont 05667, USA, Tel. (802) 454-8493

Phantom – Antikapitalistische Aktionstage in Hamburg vom 23.6. bis 30.6.
Anläßlich der Premiere des Musicals »Phantom der Oper« am 29.6 im neu errichteten Kurz-Kultur-Palast an der Holstenstraße, sowie des Kongresses der Internationalen Handelskammer (ICC) vom 24.6. bis 28.6 in Hamburg und dem Hafenstraßen-Prozess am 2.7. führen Gruppen aus dem In- und Ausland obige Aktionstage durch. Die Aktionen (z.B. Veranstaltung zur Umstrukturierung in den Metropolen, Aktionen gegen Shell, MieterInnendemo etc.) richten sich gegen die herrschende Kultur-Bevölkerungs-Standort- und Repressionspolitik am Beispiel Hamburg sowie die Wirtschaftsstrategien des ICC für die 90er Jahre (EG-Binnenmarkt '92, Ausbeutung des Trikonts, Arbeitskraftverwertung insb. von Frauen).
Info »in den Metropolen« bei Schwarzmarkt, Paulinenstr.15, 2000 Hamburg-36
Kontakt für »Phantom«: Aktionstage, c/o Rote Flora, Schulterblatt 71, 2000 Hamburg-50

Schwarzer Faden-Fest: am 28.7.90 in Karlsruhe! Näheres unter »Leserbriefe«.

Soziale Vernetzung gegen Computervernetzung! 3. Aktionsseminar der Initiativen gegen ISDN und Computervernetzung **vom 29.6.–1.7.90 in Heidelberg.** Das sich zur Zeit entwickelnde Initiativen-Netzwerk veranstaltet dieses 3.Treffen unter der Aktionsperspektive: u.a. werden laufende, lokale Aktionen von Initiativen vorgestellt (»Widerstands-Pilotprojekte«) und Möglichkeiten neuer Kampagnen diskutiert, z.B. zum Sozialversicherungsausweis.
Kontakt und Infos: *TelekommunikAKTION, c/o Contraste, PF 10 45 20, 6900 Heidelberg*

Lola–Leder–Lust am Leben. **Ein schwules Camp vom 21.7.–5.8.90**, international, abseits von »Sub« und »Szene«. Gemeinschaft erleben. Lesben sind willkommen. Info gegen adressierten Freiumschlag bei:
Werner Dürr, Schildhornstr.19, 1000 Berlin-41

Bayerisches Antifa-Plenum: Aufruf zu einer bundesweiten Demo gegen den Aufmarsch der Faschisten zum Todestag von Rudolf Hess in Wunsiedel. Am 17.8.90 jährt sich zum dritten Mal der Todestag des Hitler-Stellvertreters Rudolf Hess, der in Wunsiedel begraben ist. Wunsiedel hat sich in den letzten Jahren zu *dem* Wallfahrtsort von sämtlichen gewalttätig-faschistischen Gruppen aus ganz Europa entwickelt. Die »Prominenz« von FAP, NF, Fascho-Skins, Hooligan-Szene, Wiking-Jugend, deutsche Frauenfront etc. geben sich dort die Hand. Am ersten Todestag waren es 150 Faschisten, im vergangenen Jahr ca. 350.

Nach den Hausbesetzungen von Faschos in Ost-Berlin, oder den Angriffen auf linke Projekte, soll »Wunsiedel ein Fanal für Deutschland« werden. (Zitat von B. Dinter, Veranstalter der Faschoszenerie.

Wir werden ihnen nicht die Straßen überlassen.

Bundesweites Vorbereitungstreffen am Sa., 30.6.90 in Nürnberg im KOMM.

4.Freiburger Video-Forum vom 27.9. –30.9.90
Teilnamewillige VideofilmerInnen (dokumentarische und experimentelle Videos) senden ihre Produktionen bis zum 1.8.90 an die *Freiburger Medienwerkstatt, Konradstr.20, 7800 Freiburg*

Kleinanzeigen/ Kurzmeldungen

Antimilitaristischer Informationsdienst der Internationale der KriegsdienstgegnerInnen (IDK) Berlin Nr.1 4/90 erschienen: Berichte zur Wehrpflicht und (totalen) kriegsdienstverweigerung und aus der DDR, BRD, West-Berlin / Kampagne zur Abschaffung der Armee(n) / Albert Camus: »Weder Opfer noch henker« / libertäre »Schwarze Tage« in Berlin (Ost und West). Bezug (gegen 2,50DM in Briefmarken) bei: *IDK, c/o Mehringhof, Gneisenaustr.2, 1000 Berlin-61.*

Parteien...
kritisieren, anstatt zu negieren,
opponieren, anstatt zu revolutionieren,
verhandeln, statt zu handeln,
schwätzen, anstatt zu kämpfen.
(Otto Rühle)

Wenn Wahlen etwas verändern würden, wären sie verboten!

Diesen Aufkleber gibt's für 0,60 pro Stück (Mindestmenge 10 St.) und 35.-DM per 100 bei:
Gerald Grüneklee, Otto-Heise-Str.2, 3163 Sehnde-2.

Zukunftswerkstatt Sozialpolitik. Vom 27.-28.4.90 erarbeiteten 80 Teilnehmer aus Ost und West, ausgehend von breit gefächerter Kritik an bestehenden Verhältnissen, Utopien und Ideen für eine zukunftweisende Sozialpolitik. Genauere Informationen, sowie eine Dokumentation der Zukunftswerkstätten (Unkostenbeitrag: 10.-DM) können bei der *Sozialpolitischen Gesellschaft, Adlzreiterstr.23, 8000 München-2; 089-774077* angefordert werden.

Konfliktregelung ohne Strafe – eine gesellschaftliche Utopie? Vom 11.-13.5.90 veranstaltete die Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Initiativen und Gruppen in der Straffälligenarbeit einen Kongreß, der staatliches Strafen in Bezug auf die unerwünschten Handlungen als effektlos beschrieb und Wege für eine situationsbezogene Konfliktlösung zwischen Geschädigten und Schädigern diskutierte. Informationen bei: *AAG-Straffälligenarbeit, Herzberg Landstraße 39, 3400 Göttingen*

Gibt es denn wirklich keine **Kommune**, Haus- oder Wohngemeinschaft auf'm Land irgendwo in Niedersachsen, die für uns (w 29, m 24, m 4 Wo.) 2-4 Zimmer frei hat? Schreibt in Massen (auch wenn ihr selber nach sowas sucht oder die Möglichkeit zum Einzug erst in ein paar Monaten besteht!) *Chiffre: Kommune.*

Nachruf

Georg Usinger aus Offenbach am Main ist am 17.3.1990 im Alter von 90 Jahren gestorben. Mag er auch den meisten, die das lesen mögen, nicht bekannt sein, so ist »Schorsch« doch einer der Menschen, die die anarchistische und anarchosyndikalistische Bewegung der 20er und 30er Jahre in Deutschland getragen haben, und der auch bis zum Tod, trotz aller politischen und persönlichen Niederlagen und Brüche, die Hoffnung auf eine Gesellschaft in Freiheit nicht aufgegeben hat.

Schorsch, aufgewachsen in einer kinderreichen Familie im Taunus kam als Jugendlicher nach Offenbach, einer Stadt mit einem hohen Bevölkerungsanteil an Arbeiterinnen und Arbeitern, deren politisches Milieu durch eine starke linke Bewegung geprägt war, die sich über SPD und später KPD hinaus in eine Vielzahl kleiner Gruppierungen ausdifferenzierte.

Ende des 1. Weltkriegs noch zum Militär eingezogen, jedoch ohne Fronteinsatz nach Offenbach zurückkommend, erlebte Schorsch den mißglückten Versuch der Erstürmung der Offenbacher Kaserne durch revoltierende Arbeiter und Soldaten noch als Betrachtender. 2 Jahre später, 1920, beim sogenannten Kapp-Putsch, war Schorsch schon im Spartakus-Bund organisiert und trug einen Karabiner zur Bekämpfung der Reaktion. Dies war zumindest von einem alten Mitstreiter nach der Trauerfeier zu erfahren, worauf sich eine lebhafte Diskussion unter Alten und Jungen entspann, ob Schorsch eher gewaltfreien oder militärischen Mitteln der Gesellschaftsveränderung und Selbstverteidigung zuneigte. Durch Kontakte zu einigen Anarchisten der Vorkriegsgeneration und durch die Lektüre von Kropotkins »Die Eroberung des Brotes« sympathisierte er immer mehr mit anarchistischen Ideen.

1922 war er Mitbegründer der Offenbacher Ortsgruppe der Freien Arbeiter Union Deutschlands. Diese hatte trotz ihrer begrenzten Zahl von Aktiven (vielleicht bis zu 30) in den folgenden Jahren durch rege Propagandaarbeit und persönliche Bezüge in andere politische und gesellschaftliche Kreise und in die Betriebe einen nicht zu unterschätzenden Einfluß.

Bekannte AnarchistInnen wie Rudolf Rocker, Emma Goldman, Augustin Souchy, Erich Mühsam und Theodor Plivier kamen zu Vorträgen und Besuchen nach Offenbach. Schorsch war wohl als einer der »Älteren« in der Gruppe, als Kassierer und reger Zeitungsvertreiber von Zeitungen der FAUD wie *»Der Syndikalist«, »Der Arbeitslose«* und der selbst herausgegebenen *»Der Junganarchist«* einer der die Gruppe tragenden Personen.

1925 heirateten Marie Durchholz und Schorsch. Marie, 1904 geboren, war selbst in dieser Zeit Aktivistin bei den Junganarchisten. Das Leben mit drei Kindern war stark geprägt durch die wirtschaftliche Not dieser Zeit; Schorsch war ungelernter Arbeiter und über Jahre hinweg immer wieder arbeitslos. Dazu kam noch erschwerend die Unfähigkeit, politische Arbeit, Familie und Partnerschaft zu vereinbaren. Marie und Schorsch lebten bis zu Maries Tod, 1988, zusammen.

Nach der Machtübernahme der Nazis 1933 agierte die inzwischen stark geschrumpfte Gruppe der FAUD in der Illegalität weiter. Die Festnahme von Schorsch beim Flugblattverteilen veranlaßte die Gestapo zur Hausdurchsuchung. Sie entdeckte und beschlagnahmte IAA-Protokolle und die FAUD-Fahne, die »unter einer Decke auf dem Sofa« versteckt war (so Schorsch). Schorsch wurde nach zweimonatiger U-Haft in einem Prozeß in Darmstadt zu 2 Jahren Zuchthaus in Butzbach verurteilt. Danach folgten zwei weitere Jahre Haft im KZ Dachau. Nach der Entlassung aus Dachau wurde Schorsch als »wehrunwürdig« eingestuft. Durch Inhaftierung, Einberufung zum Militär und durch die ständige Kontrolle der in Offenbach Verbliebenen endete die politische Arbeit der Gruppe.

In den Jahren nach 1945 versuchten Überlebende und Übriggebliebene der alten FAUD die Gründung einer »Föderation Freiheitlicher Sozialisten«. Dies und die Mitherausgabe der Zeitschrift *»Die freie Gesellschaft«* von 1949 bis 1953 war die letzte politische Aktivität von Schorsch in einem anarchistischen Kontext. In der Deutschen Friedensgesellschaft wollten er und andere AnarchistInnen und Anarchisten nach dem Scheitern der eigenen Organisationsversuche mit ihren Ideen Einfluß nehmen.

Die Biographie eines Menschen zu schildern, wird diesem wohl lediglich in Ansätzen gerecht. Als wir, ein paar Leute aus Frankfurt, vor gut 2 Jahren Kontakt zu Schorsch aufnahmen, wußten wir nur von seiner Mitgliedschaft in der FAUD in den 20er Jahren. Die Suche nach noch lebenden Anarchistinnen und Anarchisten im Rhein-Main-Gebiet aus einer anderen Generation verbanden wir mit der Hoffnung, uns ein Stück verschütteter Tradition wiederanzueignen. Dazu kam die Neugierde auf einen alten »Genossen«. Schorsch hat uns trotz seines Alters und seiner Gebrechlichkeit offen aufgenommen.

Doch wurde auch rasch klar, daß er weder bereit noch fähig war, Geschichten zu erzählen und gewünschte Informationen zu liefern. Meist konnte Schorsch sich nur schwer erinnern, oft wich er Fragen aus und glitt ab.in schon gehörte Begebenheiten. Viele auch der oben genannten Ereignisse in seinem Leben teilten uns Verwandte und Bekannte mit. Über die Zeit im Konzentrationslager verweigerte Schorsch jede Auskunft.

Die Besuche bei ihm waren oft zäh und anstrengend. Ging es ihm schlecht, dann saß er mürrisch und schweigsam im Sessel. Bei guter Laune dagegen spazierten wir am Main entlang, saßen zigarrerauchend auf einer Bank und Schorsch sprudelte über voll Witz und Charme. Sein Interesse an uns galt auch unseren Hoffnungen und Wünschen, unseren Lebensplanungen und politischen Aktivitäten. Schorsch war kein Anarchist zur reibungslosen Identifikation. Widersprüche und Brüche im eigenen Leben waren auch bei ihm deutlich wahrzunehmen, und er hatte niemals versucht, uns irgendetwas vorzumachen. Vielleicht machte gerade das eine Nähe zu ihm möglich. Unser Interesse an ihm und sein Interesse an uns war über mehr bestimmt als über eine gemeinsame Weltanschauung, eine politische Überzeugung. Für mich war Schorsch Freund und Genosse, ein Mensch aus einer anderen Zeit, mit dem trotz aller Unterschiede eine intensive Begegnung möglich war.

Schorsch ist in einem Altenheim gestorben. Ihm blieb die Aufforderung an uns, unser Leben so zu gestalten; daß wir das nicht zu erleiden hätten.

Michael, Frankfurt

Rote Ruhr Armee-Einheiten auf dem Hansa-Platz in Dortmund
Photos aus: Die Rote Ruhrarmee, März 1920, hrsg. von Diethart Kerbs
Verlag Dirk Nishen, Kreuzberg 1985



Die Märzrevolution von 1920 – und ihre historische Verarbeitung

von Erhard Lucas-Busemann

Mein Thema legt an sich nahe, daß ich zuerst eine Darstellung der Märzrevolution, wie sie gewesen ist, und dann ihre historische Verarbeitung nachzeichne. Jedoch nicht nur weil das etwas platt wäre, möchte ich anders vorgehen. Es ist nämlich so, daß man die Märzrevolution und ihre Verarbeitung zeitlich gar nicht strikt voneinander trennen kann, vielmehr ist der Ablauf der Bewegung durch und durch bestimmt von subjektiven Verarbeitungsmustern, und diese sind es, die die spätere Erinnerung an die Bewegung vorstrukturieren. Ich baue meinen Beitrag deshalb so auf, daß ich das Ganze in 10 Teilkomplexe auflöse und in jedem dieser Teilkomplexe die Verschränkung von Geschehen und subjektiven Handlungs- und Wahrnehmungsmustern aufzuzeigen versuche.

1. Die Bedeutung des Militärputsches

Der Militärputsch vom 13.März 1920 war eine lebensgefährliche Bedrohung für die junge Weimarer Republik. Der politische Kopf der Putschisten, der rechtsradikale Politiker Wolfgang Kapp, hatte ein Programm, das auf eine Kanzlerdiktatur, die Entmachtung der Parteien und den Einbau aller Verbände einschließlich der Gewerkschaften in einen autoritären Korporativstaat hinauslief. Das Unternehmen einmal in Gang gesetzt, konnten die Putschisten hoffen, daß die Dynamik von Putsch und Bürgerkrieg das Militär in die politische Schlüsselposition bringen würde. Wenn sie gesiegt hätten, wäre ein politisches System nach Art von Franco-Spanien die Folge gewesen, natürlich mit einigen Unterschieden, die ich hier nicht schildern kann. Dagegen steht die Meinung, und so ist es oft dargestellt worden, daß der Militärputsch von 1920 nicht ernst zu nehmen gewesen sei, daß es sich um ein operettenhaftes Unternehmen gehandelt habe, das von vornherein zum Scheitern verurteilt gewesen sei.

Nun ist zugegeben, daß der Militärputsch von 1920 dilettantisch inszeniert war; seitdem ist auf der ganzen Welt von den Planern von Militärputschen ungeheuer viel dazugelernt worden. Aber das darf nicht dazu führen, die Bedeutung des Putsches von 1920 herunterzuspielen. Schon daß der Putsch überhaupt inszeniert werden konnte, war eine ungeheure Katastrophe für die politischen Kräfte, die die junge Weimarer Republik aufgebaut hatten. Man betrachte nur einmal den Zeitpunkt: knapp 1 1/2-Jahre nach dem Sturz des Kaiserreichs und dem Sieg der Revolution vom November 1918! In dieser kurzen Zeit hatten die drei Parteien, die die Regierungskoalition bildeten und die Weimarer Verfassung ausgearbeitet hatten, nämlich die SPD, das Zentrum und die linksliberale DDP, einen rapiden Vertrauensverlust erlitten. Im Moment des Militärputsches konnten sie sich auf keine relevante gesellschaftliche Gruppe mehr zuverlässig stützen. Die Wahlergebnisse untermauern diese Behauptung. Anfang 1919, bei der Wahl zur Nationalversammlung, hatten die drei Parteien über 2/3 der Stimmen erhalten; bei der Reichstagswahl nach dem Militärputsch erhielten sie zusammen weniger als die Hälfte. Besonders katastrophal war der Einbruch bei der SPD: ihr Stimmenanteil wurde nahezu halbiert.

Ferner muß festgestellt werden, daß die Putschisten keineswegs auf der ganzen Linie geschlagen wurden. Ihr Kalkül, daß die Dynamik von Putsch und Bürgerkrieg das Militär in die politische Schlüsselposition bringen würde, ist durchaus aufgegangen. Gerade im rheinisch-westfälischen Industriegebiet, wo die bewaffneten Auseinandersetzungen weitergingen, längst nachdem Kapp in Berlin kapituliert hatte, und wo schließlich das Militär wochenlang bestimmte, was geschah, kann man das studieren.

Wenn trotzdem die Bedeutung des Militärputsches heruntergespielt wird, so ist das eine interessierte Sicht der Dinge, die man bis in die Ereignisse von 1920 zurückverfolgen kann. Der Militärputsch in Berlin hielt sich fünf Tage, dann brach er vor den Kräften des Widerstands zusammen. Bald darauf kehrte die geflohene Reichsregierung von Stuttgart nach Berlin zurück. In verschiedenen Regionen des Reichs jedoch gingen die bewaffneten Auseinandersetzungen zwischen Militär und Arbeiterschaft weiter, am heftigsten im rheinisch-westfälischen Industriegebiet. Die Reichsregierung entsandte zwei Spitzenpolitiker, Carl Severing (SPD) und Johann Giesberts (Zentrum). In Bielefeld kam es zu Verhandlungen mit Vertretern der aufständischen Arbeiter. Diese verlangten Konsequenzen aus dem Militärputsch und gesellschaftspolitische Veränderungen, die die katastrophale Fehlentwicklung korrigieren sollten. Um diese Forderungen abzuwehren, spielten Severing und Giesberts den Militärputsch mit allen Kräften herunter; sie sprachen von einer Köpenickiade, und man weiß ja, der Hauptmann von Köpenick kann nur die Figur eines Lustspiels abgeben.

2. Der Generalstreik

Der Generalstreik, der mit ungeheurer Wucht gegen den Militärputsch einsetzte, war der einzige politische Generalstreik in der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, der diesen Namen verdient. Er ist ein Markstein in der demokratischen Tradition Deutschlands. Aber auch hier muß man sich vor Illusionen und Mythen hüten.

Vor allem eine Partei ist es, die keine historische Berechtigung hat, sich den Generalstreik von 1920 als Ruhmestitel anzuheften: die SPD. Sie tut das bis heute und beruft sich dafür auf folgenden Aufruf:

»Arbeiter, Genossen! Wendet jedes Mittel an, um die Wiederkehr der blutigen Reaktion zu vernichten. Streikt, schneidet dieser Militärdiktatur die Luft ab, kämpft mit jedem Mittel um die Erhaltung der Republik, laßt alle Spaltung beiseite! Es gibt nur ein Mittel gegen die Rückkehr Wilhelms II.: die Lahmlegung jedes Wirtschaftslebens! Proletarier, vereinigt euch!«

Dieser Text mit seiner Anlehnung an das Kommunistische Manifest war unterzeichnet von den SPD-Ministern der Reichsregierung und von Otto Wels namens des SPD-Parteivorstandes. Nun ist zunächst mehr als zweifelhaft, ob die Minister diesen Text überhaupt verfaßt und unterzeichnet haben, bevor sie sich in die Autos setzten, um vor den Putschisten aus Berlin zu fliehen. Vermutlich stammt der Text aus der Feder des Pressechefs der Reichskanzlei. Vor allem aber haben die SPD-Minister sich wiederholt öffentlich von ihm distanziert. Als sie aus Berlin zunächst nach Dresden, dann von Dresden weiter nach Stuttgart flohen, wurden sie von Generälen, die den Generalstreik bekämpften, wegen dieses Textes zur Rede gestellt. Dasselbe geschah dann telephonisch von General v. Watter in Münster, der für das rheinisch-westfälische Industriegebiet zuständig war. Jedesmal haben die SPD-Minister, voran Reichswehrminister Noske, beteuert, sie hätten mit diesem Aufruf nichts zu tun und mißbilligten den Inhalt. Diese Konfrontation und die weitere Erfahrung von 1920, daß ein Generalstreik, einmal in Gang gesetzt, eine radikalisierende Eigendynamik entfaltete, fuhr dann der SPD-Führung für alle Zeiten in die Knochen. Das war einer der Gründe, weshalb sie im Prozeß des Untergangs der

Weimarer Republik zu keinem Zeitpunkt daran dachte, zum Generalstreik aufzurufen.

Die kommunistische Geschichtsschreibung wiederum sieht im Generalstreik von 1920 einen Ausdruck der Einheitsfront der Arbeiterklasse, die dann später von rechten Spaltern zerstört worden sei. Demgegenüber muß betont werden, daß die Arbeiter und Angestellten, die so geschlossen und einmütig die Arbeit niederlegten, damit zeigten, wogegen sie waren. Wofür sie kämpften, das konnte höchst unterschiedlich sein. Wir wissen darüber freilich recht wenig. Was wir gut fassen können, das sind die Zielvorstellungen der Parteien und zum Teil auch der Gewerkschaften. Ob dies auch die Zielvorstellungen der in ihnen organisierten Arbeiter waren, ist zweifelhaft, und überhaupt nichts läßt sich über die vielen unorganisierten Arbeiter sagen, ohne die der Streik kein Generalstreik gewesen wäre. Aber soviel läßt sich mit Gewißheit feststellen, daß es schon im Moment des Militärputsches innerhalb der Arbeiterschaft unterschiedliche Zielvorstellungen für den Kampf gegeben haben muß.

In einem Industriezweig läßt sich ein eklatanter Widerspruch zwischen Gewerkschaftsführungen und Mitgliedschaft beobachten. Die Bergarbeitergewerkschaften erklärten sich mit folgendem Aufruf gegen den Generalstreik:

»Wir Vertreter der Bergarbeiter haben uns seinerzeit gegen eine Diktatur von links gewehrt und wehren uns jetzt in ebenso entschiedener Weise gegen eine Diktatur von rechts ... Wir bitten die Bergarbeiter, die Ruhe zu bewahren, sich vertrauensvoll hinter ihre Organisationen zu stellen und weitere Weisungen abzuwarten. Diese werden erfolgen, sobald eine Klärung der Verhältnisse dieses zuläßt.«

Die Bergarbeiter warteten diese Klärung der Verhältnisse nicht ab, sondern traten ebenfalls in den Generalstreik.

3. Die Bündnisproblematik bei der Abwehr des Militärputsches

Über die Zielvorstellungen der drei sozialistischen Parteien SPD, USPD und KPD läßt sich bei allen regionalen und lokalen Unterschieden, also stark vereinfachend folgendes sagen:

Die SPD wollte personelle Veränderungen in der Regierung, vor allem zeichnete sich schnell ab, daß Reichswehrminister Noske nicht mehr zu halten sein würde, der mit seiner Politik den Putschisten zwar nicht absichtlich, aber objektiv in die Hände gearbeitet hatte., und sie erwog eine Erweiterung der Regierungskoalition nach links. Über die Entwicklung, die von der Revolutionszeit zum Militärputsch geführt hatte, wünschte sie keine öffentliche Auseinandersetzung.

USPD und KPD betonten demgegenüber, daß gerade diese Entwicklung die Richtigkeit ihrer programmatischen Forderungen bestätigt habe: Sozialisierung der Schlüsselindustrien, Säuberung des Beamtenapparats von Monarchisten und Feinden der Republik, Abschaffung der Reichswehr und Ersatz durch eine Volksmiliz.

Rechts von der SPD trugen das Zentrum und die liberale DDP den Generalstreik nur soweit mit, bis die Putschisten gestürzt waren; über politische Veränderungen in der Regierungspraxis sprachen sie vorerst überhaupt nicht.

Es hätte also nahegelegen, wenn die Parteien mit unterschiedlichen Proklamationen zum Generalstreik aufgerufen hätten. Genau das aber geschah nicht. Vielmehr machten die drei sozialistischen Parteien SPD, USPD und KPD den Versuch, zu einer gemeinsamen Proklamation zu gelangen. Ich sehe dies begründet in der Tradition der alten Sozialdemokratie vor 1914, wo das Bestreben dahin ging, auf den Parteitagen die auseinanderstrebenden Flügel letztendlich doch immer wieder auf die Linie einer einheitlichen Resolution zu bringen. Möglich war dies natürlich nur, indem sich jetzt die SPD der USPD und KPD anpaßte oder umgekehrt. Das eine Bündnismodell wurde in Elberfeld realisiert, das andere in Hagen. In Elberfeld setzte die SPD ihre Unterschrift unter einen Aufruf, in dem es hieß:

»Der einheitliche Kampf ist zu führen mit dem Ziele: 1. Erringung der politischen Macht, durch die Diktatur des Proletariats bis zum Siege des Sozialismus, auf der Grundlage des Rätesystems. 2. Sofortige Sozialisierung der dazu reifen Wirtschaftszweige«.

In Hagen stellte die USPD ausdrücklich »alle weitergehenden Ziele« zurück und proklamierte:

»Niederwerfung des Militärputsches, Sicherung der Republik und der erreichten Arbeiterrechte.«

Das Ergebnis im Falle von Elberfeld war, daß die SPD im Verlauf der Aufstandsbewegung dann doch absprang und später erklärte, die Diktatur des Proletariats auf der Grundlage des Rätesystems sei nicht ihr Ziel, sondern dies sei nur die agitatorische Parole für den Moment des Militärputsches gewesen. Beim Hagener Bündnismodell fanden sich zwar die bürgerlichen Mittelparteien zur Koalition bereit, jedoch nur bis zur Niederschlagung des Militärputsches; dann aber war die USPD doch gezwungen, mit ihren weitergehenden Zielen hervorzutreten. Übrig blieb in beiden Fällen der schale Geschmack von Manipulation und Selbstmanipulation, von Heuchelei und Verrat.

Ebenso verheerend war es, wenn der Versuch zur gegenseitigen programmatischen Unterwerfung scheiterte. Dies war der Fall in Essen, wo sich die SPD einerseits, die USPD und KPD andererseits voneinander trennten und in scharfer Frontstellung gegeneinander in den Generalstreik gingen.

Gemeinsame Kampferfahrungen, die möglich gewesen wären, wurden hier von vornherein verschüttet.

4. Der bewaffnete Aufstand

Machen wir uns klar, was das heißt: totale Arbeitsniederlegung und Stillstand aller Produktion und Zirkulation gegen putschendes Militär, das eine vorzügliche Verpflegung erhielt. Es gab Militärs, die diese Situation wie ein Experiment erlebten, wobei wir noch einmal bedenken müssen, daß es damals noch kaum historische Erfahrungen mit Militärputschen gab. Ein Offizier der Marinebrigade Ehrhardt, der Kerntruppe der Putschisten in Berlin, schrieb ein Jahr später:

»Vielleicht war es ganz gut, diesem schwarzen Mann, mit dem immer graulich gemacht wurde, einmal hinter die Maske zu sehen. Der Generalstreik hat zur Folge, daß neben Unbequemlichkeiten für einzelne die Lebenshaltung jedes Staatsbürgers plötzlich und stark heruntergeschraubt wird... Um so fühlbarer wird die Wirkung, je weniger Vorräte und Geld eine Familie hat. Dabei schneiden die Proletarier am schlechtesten ab... Den Soldaten konnte es ... einerlei sein, ob die Menschen in den großen Städten, die keine Weckgläser und nicht viel Geld hatten, zu essen bekamen oder nicht.«

Zum Kalkül der Putschisten gehörte, die Industriearbeiterschaft von den agrarischen Regionen aus notfalls auszuhungern.

Es gab Arbeiterführer, die die begrenzte Reichweite des Generalstreiks erkannten und das Kalkül der Putschisten erahnten. Hagen war eine der wenigen Großstädte, die zum Zeitpunkt des Putsches ohne militärische Besatzung waren, was General v. Watter in Münster dann schleunigst zu korrigieren versuchte. Hier forderte am Nachmittag des Putschtages ein USPD-Führer in einer Konferenz, man müsse den bewaffneten Widerstand organisieren, und er begründete dies damit, daß »ein Generalstreik auf lange Frist unmöglich ist und letzten Endes doch zum Siege der Reaktion führen muß.« Für diese Auffassung fand er eine Mehrheit – ein Ausgangspunkt für den Aufstand im Industriegebiet. Andernorts waren die Parteifunktionäre vielfach bedenklich und zögernd. Aber entscheidend war das Handeln der Arbeiter. Landauf, landab ertönte ein einziger Ruf nach Waffen als Antwort auf die Nachricht vom Putsch in Berlin. Waffenlager wurden ausgehoben,. Bürgerwehren, Kriegervereine usw. entwaffnet, mit den ersten Waffen traten die Arbeiter dem Militär entgegen, nicht nur im rheinisch-westfälischen Industriegebiet, sondern auch in Mitteldeutschland um Halle und Merseburg, in Teilen von Sachsen, Thüringen, Brandenburg, Mecklenburg und Pommern.

5. Der Verlauf der Kämpfe im rheinisch-westfälischen Industriegebiet

Im Moment des Militärputsches in Berlin waren im Industriegebiet drei wichtige Städte nicht mit Militär bzw. staatlicher Sicherheitspolizei belegt: Elberfeld und Barmen, zusammen also das heutige Wuppertal, und Hagen. General v. Watter versuchte, diese Lücken zu stopfen. Die Truppen, die er entsandte, standen teils offen auf der Seite der Putschisten, teils verhielten sie sich so, daß angenommen werden mußte, sie warteten nur noch auf eine günstige Gelegenheit, um sich auf die Seite der Putschisten zu stellen. Das führte zu Konfrontationen mit der streikenden Arbeiterschaft, die von niemandem aufzuhalten, in bewaffnete Kämpfe übergingen. Ich schildere den zeitlich ersten Fall.

Wetter an der Ruhr, 15.März 1920, 10.30 Uhr. Auf dem Bahnhof rollte ein langer Zug mit einer Abteilung des Freikorps Lichtschlag ein, einer Truppe, die wegen ihres brutalen Vorgehens seit einem Jahr einen besonders schlimmen Ruf im Ruhrgebiet hatte, 37 Eisenbahnwaggons, mit Geschützen auf offenen Flachwagen; auf dem letzten Wagen wehte eine schwarz-weiß-rote Fahne, die Fahne der 1918 untergegangenen Monarchie und – wie man aus der Zeitung wußte – die Staatsfahne der Putschisten in Berlin. Hauptmann Hasenclever, der Führer der Truppe, ging zum Rathaus, um vom Bürgermeister Quartiere zu verlangen. Währenddessen eilten mehrere Mitglieder des örtlichen Streikkomitees zum Bahnhof, wo sie die Truppe versammelt auf dem Bahnsteig fanden. Es gelang ihnen, einen Teil der Truppe zum Mitgehen in den Wartesaal zu bewegen. Hier stieg jemand vom Streikkomitee auf einen Tisch und erklärte in einer improvisierten Rede, die Truppe sei völlig falsch informiert, hier in Wetter sei durchaus nicht die Räterepublik ausgebrochen, vielmehr werde in völliger Ruhe und Ordnung der Generalstreik gegen die Putschisten in Berlin durchgeführt. Die Worte wirkten: Die Soldaten ließen sich von den Arbeitern, die immer zahlreicher den Bahnhof füllten, ein Maschinengewehr abnehmen und etwa 25 Soldaten kletterten durch die Fenster nach draußen, um sich mit den Arbeitern zu verbünden. Da erschien Hauptmann Hasenclever zurück aus der Stadt und befahl, den Bahnhof zu räumen. Die Truppe säuberte auch den Bahnhofsvorplatz und die angrenzenden Straßen; das Maschinengewehr nahmen sie den Arbeitern wieder ab.

Inzwischen waren der Bürgermeister und mehrere Arbeiterführer im Bahnhof erschienen und begannen, mit Hasenclever zu verhandeln. Der Bürgermeister fragte, warum die Truppe gekommen sei. Darauf Hasenclever: Sie sei vom Wehrkreiskommando geschickt, um in Wetter für Ruhe und Ordnung zu sorgen. Der Bürgermeister: Es herrsche Ruhe und Ordnung in Wetter, eine Besetzung der Stadt sei nicht nur unnötig, sondern werde im Gegenteil die bisherige Ruhe stören. Hasenclever: Er habe den Befehl von seinem Vorgesetzten, General v.

Watter, hier auszuladen, und den müsse er ausführen; um die politischen Verhältnisse werde er sich nicht kümmern. Jetzt stellte ein Arbeiterführer die entscheidende Frage: Auf welchem Boden steht die Truppe? Hasenclever: Wir kommen im Auftrag v. Watters! Rückfrage: Und wo steht der? Hasenclever: Auf dem Boden des Generals von Lüttwitz! (Das war der Putschgeneral in Berlin). Darauf die Arbeiterführer: Dann haben wir nichts mehr zu verhandeln!

Das entscheidende Wort »auf dem Boden des Generals v. Lüttwitz!« verbreitete sich mit Windeseile in der Stadt. Die Fabriksirenen bliesen Alarm, und zahlreiche Arbeiter umschlossen den Bahnhof in einer gewissen Entfernung, zunächst nur mit dem Ziel, die Truppe am Betreten der Stadt zu hindern. Aber allmählich entwickelte sich eine Schießerei, die nach mehreren retardierenden Situationen am Nachmittag in einen regelrechten Kampf überging. Er endete mit der Niederlage und Gefangennahme der Truppe.

In Elberfeld kam es zu überaus blutigen Straßenkämpfen, die ich hier aus Platzgründen nicht schildern kann. Hier konnte die Truppe nicht gefangengenommen werden, aber die Arbeiter waren stark genug, um sie aus der Stadt hinauszudrängen. Die bewaffneten Arbeiter wurden von Gefecht zu Gefecht und von Kampf zu Kampf immer zahlreicher und mit den erbeuteten Waffen auch immer besser bewaffnet. In wenigen Tagen gelang es ihnen, aus dem ganzen rheinisch-westfälischen Industriegebiet das Militär und die staatliche Schutzpolizei zu vertreiben. Schlüsslerfolge waren die Eroberung von Essen und der Kampf um Remscheid, das in einer regelrechten Einkreisungsschlacht eingenommen wurde, beides am 19. März. Trotz z.T. außerordentlich brutaler Kampfesweise vermochten Militär und Polizei ihre Niederlage nicht mehr abzuwenden. Aus Hamborn ist überliefert, daß mit Artillerie in die Straßenschluchten der Arbeiterviertel hineingefeuert wurde und daß gefangengenommene Arbeiter sich als Deckung vor den Maschinengewehren aufstellen mußten. Die geschlagenen Truppen zogen sich in die Festung Wesel zurück. Dort, in den Niederungen beiderseits der Lippe, rannte sich der Kampf fest.

6. Die bewaffneten Arbeiter

Von der sogenannten Roten Ruhrarmee, die sich hier bildete, ist aus zahllosen Quellenbruchstücken noch ein ziemlich gutes Bild zu gewinnen. Ihre zahlenmäßige Stärke ist freilich nur noch abzuschätzen; es waren mindestens 50.000 Personen. Ich greife zwei Aspekte heraus: das Problem der Versorgung und das Verhältnis von Männern und Frauen.

Nach Beendigung der Kämpfe im Revier versuchten die örtlichen Vollzugsräte, in das Versorgungswesen System zu bringen. Sie untersagten den Mitgliedern der Roten Armee jede Beschlagnahmung auf eigene Faust und wiesen die Geschäftsinhaber an, Waren nur auf schriftliche Anforderung hin herauszugeben. Die Anweisungsscheine mußten in der Regel von einem Mitglied des Vollzugsrats unterzeichnet und gestempelt sein, in einigen Städten außerdem von einem Mitglied des Magistrats. Dasselbe galt dann für Beschlagnahmungen bei den Bauern, als die Rote Armee jenseits des Reviers in ländliche Regionen vorstieß. Ähnlich war es bei den Transportmitteln. Im Drange der Kämpfe hatten die Arbeiter Straßenbahnen, Lastwagen, Autos, Fahrräder, Pferde usw. ihren Besitzern kurzerhand weggenommen. Gleich nach Beendigung der Kämpfe verordneten die örtlichen Vollzugsräte, daß Transportmittel nur noch auf ihre schriftliche Anweisung beschlagnahmt werden durften; wilde Beschlagnahmungen wurden unter Strafandrohungen untersagt.

Beschlagnahmescheine von 1920 sind in manchen Archiven noch massenhaft überliefert. Für die Betroffenen, also für den Geschäftsinhaber, dem seine Waren, für den Autobesitzer, dem sein Fahrzeug, für den Bauern, dem Vieh, für den Apotheker, dem Verbandszeug und Medikamente weggenommen wurden, war es zwar im Augenblick ziemlich gleichgültig, ob sie dafür einen gestempelten und unterschriebenen Schein erhielten oder nicht. Aber für die Aufständischen war dieser Unterschied wichtig. Sie drückten damit aus, daß sie keine regellose Aktion unternahmen, in der jeder auf seinen Vorteil sehen konnte. Die ausgestellten Scheine bedeuteten vielmehr die Selbstverpflichtung, das Weggenommene nach siegreicher Beendigung des Aufstand zu ersetzen. Von außen wurde das freilich anders gesehen: Regierung, Militär und bürgerliche Presse außerhalb des Aufstandsgebiets stempelten die Rote Armee als eine Horde von Plünderern ab.

Außer einer oft kümmerlichen Verpflegung erhielten die Mitglieder der Roten Armee in der Regel auch noch eine geldliche Entlohnung. Die Frage, ob man diesen Weg beschreiten solle, wurde nirgendwo ausdrücklich diskutiert und entschieden – ein Zeichen für den improvisierten Charakter der Aufstandsbewegung. Soweit ersichtlich, war der Ausgangspunkt der, daß die ortsgebundenen Arbeiterwehren, die nach der Vertreibung von Militär und Sicherheitspolizei geschaffen und denen Polizeiaufgaben übertragen wurden, dafür entschädigt wurden, daß ihnen der normale Arbeitsverdienst im Betrieb entging. Wenn sie für ihren Dienst eine Entlohnung erhielten, so folgerte man offenbar, dann hatten die Mitglieder der Roten Armee, die von Stadt zu Stadt zog und den Kampf mit dem Militär aufnahm, darauf einen um so größeren Anspruch. Löhnung für ein Arbeiterheer von rund 50.000 Mann zu beschaffen, das schuf freilich Probleme, die gegen Ende der Aufstandsbewegung den Vollzugsräten über den Kopf wuchsen.

Zahlreich waren die Frauen, die in den Kampf zogen – mit dem Freund, dem Verlobten, dem Ehemann, andere aber auch ganz selbständig. Ein völlig aus dem Rahmen fallendes Verhalten – für die Männer, für die Beobachter, aber auch für die Frauen selbst. In der Regel bezeichneten sie sich als Krankenschwestern, gleichgültig ob sie eine entsprechende Ausbildung hatten oder nicht – ein Zeichen dafür, daß sie nach einer Rechtfertigung für ihr Verhalten suchten.

Mehrere Kampfleiter machten den Versuch, die Frauen aus der Roten Armee zu entfernen oder zumindest ihre Zahl zu reduzieren. Die angegebenen Gründe waren teils pragmatisch, so wenn gesagt wurde, das Versorgungsproblem werde unlösbar. Es gab aber auch die Stimme eines Kampfleiters, der »Liebe an der Front« mit dem Tode bestraft wissen wollte; »so etwas entwürdigt unsere heilige Sache«.

Nach der Aufstandsbewegung war im Zentrumsblatt von Oberhausen folgendes zu lesen:

»Anfangs waren die Schwestern mehr als improvisiert. Mit flatternden Serviettenhauben und schnell genähten Rote-Kreuz-Binden drängten sie sich zwischen die roten "Kameraden". Oder sie hingen am Arm eines oder zwischen den Armen mehrerer Rotgardisten. Besonders wohl fühlten sie sich im dichten Gedränge auf den Lastautos auf dem Weg zur Front... Sie marschierten auch mit ein und aus, und dann gellten ihre hellen, oft grellen Stimmen zwischen den Baßstimmen der Rotgardisten in die Nacht: "Der Rosa Luxemburg, der reichen wir die Hand!" Die "roten Schwestern" der knallroten Schwester. Sie machten ... den blutigen Ernst zur Hexenfastnacht«.

Das Bürgertum hätte die Aufstandsbewegung, wenn es sich um eine reine Männerbewegung gehandelt hätte, noch in seine gewohnten Wahrnehmungsmuster einordnen können. Die Teilnahme von Frauen aber machte die Bewegung offenbar zu einem Alptraum.

7. Das Bielefelder Abkommen

Das Abkommen, das der sozialdemokratische Reichskommissar mit besonderen Vollmachten Carl Severing am 24. März in Bielefeld mit Vertretern der Aufstandsbewegung abschloß, zerfiel in zwei Teile. Der erste Teil war die wörtliche Übernahme eines in Berlin geschlossenen Abkommens zwischen Vertretern der Gewerkschaften und Fraktionsmitgliedern der drei Regierungsparteien. Es war ein vollkommen unverbindliches Papier, das die Einflußnahme der Gewerkschaften auf die künftige Gesetzgebung in Aussicht stellte und auch skizzierte, in welche Richtung die künftige Gesetzgebung gehen sollte (beispielsweise Säuberung der Verwaltung von Feinden der Republik). Der zweite, speziell in Bielefeld ausgehandelte Teil des Abkommens sah vor, daß das Industrierevier nicht wieder mit

Militär belegt werden sollte; Bedingung war, daß die Aufstandsbewegung sich innerhalb einer sehr kurzen Frist selbst auflöste, ebenso die Vollzugsräte, und daß die Arbeiterwehren durch sogenannte Ortswehren aus allen Kreisen der Bevölkerung ersetzt wurden. Dieser zweite Teil war ebenso unverbindlich wie der erste, denn erstens reichten Severings Vollmachten nicht so weit, die Reichsregierung zu binden, und zweitens wurde das Abkommen von den Vertretern des Militärs ausdrücklich nicht mitunterzeichnet. So ging das Militär denn auch unverändert eigenmächtig vor. Das führte so weit., daß internationale Abmachungen zwischen dem Deutschen Reich und den Alliierten über die neutrale Zone gebrochen wurden, so daß die Franzosen schließlich Frankfurt und vier weitere Städte im Maingebiet besetzten.

Nach der Aufstandsbewegung wurde das Bielefelder Abkommen zum Zankapfel innerhalb der Arbeiterbewegung. Severing rühmte sich, er habe damit ein Sprengpulver in die Aufstandsbewegung geworfen, das sie auseinandergesprengt habe. Für die KPD wurde das Bielefelder Abkommen Symbol für den Arbeiterverrat der SPD.

Severing war in Bielefeld nicht der überlegene Stratege, als der er sich nachträglich hingestellt hat. Er hat nur nach Art der Weißen in den Indianerkriegen in einer verwickelten und schwierigen Situation Zeit zu gewinnen versucht, und seine Unterschrift, die er unter das Abkommen setzte, war das Ergebnis windiger Taktik.

Die Reichsregierung hat das Bielefelder Abkommen denn auch nicht sanktioniert; sie versuchte nur, sich durchzulavieren, die Arbeiterschaft mit Beschwichtigungen und Beteuerungen zu beruhigen und sich gleichzeitig das Militär gewogen zu halten.

Die Kommunisten, voran der aus Berlin ins Ruhrgebiet entsandte Wilhelm Pieck, begriffen sehr genau, daß das Bielefelder Abkommen ohne Garantie der Reichsregierung in der Luft hing. Aber sie hätten daraus den Schluß ziehen – und dies ohne Wenn und Aber vor den Arbeitern vertreten müssen, daß nunmehr die Aufstandsbewegung ohne Ergebnis abgebrochen werden müsse. Indem sie stattdessen behaupteten, das Bielefelder Abkommen sei durch begrenzte Weiterführung der Aufstandsbewegung noch auf einen soliden Boden zu stellen, haben sie zum schließlichen Desaster erheblich beigetragen. Die Arbeiter, die nach dem Bielefelder Abkommen die Rote Armee verließen und ihre Waffen abgaben, waren nicht von Arbeiterverrätern irregeleitet, sondern hatten, wie sich nachher herausstellte, die bessere Einsicht.

8. Das Ende der Aufstandsbewegung

Ende März 1920 war unter den Aufständischen bis auf kleine Minderheiten die Erkenntnis allgemein, daß die Bewegung abgebrochen werden müsse; von einer einzigen Region aus, und war sie im Rahmen der deutschen Gesamtwirtschaft auch noch so wichtig, ließen sich die politischen Verhältnisse im Deutschen Reich nicht verändern. Die Selbstauflösung der Aufstandsbewegung lag zum Greifen nahe.

Diese Möglichkeit wurde jedoch sowohl von der Reichsregierung als auch von der Reichswehr ausgeschlagen und zerstört. Die Regierung entschied sich für den militärischen Einmarsch ins Industriegebiet und zwar – was besonders folgenreich war – für den Einmarsch sämtlicher Truppen, die im ganzen Reich irgendwie verfügbar waren. Darunter waren nicht wenige Freikorps und andere Truppeneinheiten, die den Militärputsch mitgetragen hatten. Es war von der Reichsregierung ein fast unbegreiflicher Zynismus, aber auch ein Ausdruck geringer Selbstachtung, diese Truppen noch einmal in Dienst zu nehmen, vor denen sie vor wenigen Tagen hatte fliehen und um ihre Existenz kämpfen müssen. Zynisch war diese Entscheidung gegenüber denen, die Opfer des militärischen Einsatzes werden würden, denn es war genau bekannt, welche Brutalitäten von diesen Truppen zu erwarten waren.

Die Truppenkommandeure vor Ort verschärften die Situation noch zusätzlich dadurch, daß sie selbst die von der Regierung und von Carl Severing gesetzten letzten Fristen für die Waffenabgabe ignorierten. Sie handelten nach der Devise: mit Roten wird nicht verhandelt, Abmachungen sind von vornherein null und nichtig. Das konkrete Vorgehen war also bestimmt von der Annahme eines rechtsfreien Raumes und von der Vogelfreierklärung des Gegners.

9. Terror

So endete die Aufstandsbewegung nicht in einer allgemeinen freiwilligen Abgabe der Waffen, sondern in einem Massenmord mit schätzungsweise rund 1.000 Toten – Ermordete, nicht Gefallene, weil die allermeisten erst nach dem eigentlichen Kampfgeschehen getötet wurden. Darunter übrigens auch Frauen, die zur Roten Armee gehört hatten. als Krankenschwestern etwa oder als Köchinnen; es gab Truppen, die besonders scharf auf diese – wie es hieß – »roten Huren« waren. 1000 Ermordete – eine solche Hypothek kann von einer Militärdiktatur verkraftet werden, aber eine Demokratie überlebt sie nicht auf die Dauer.

Aber es war nicht allein die bloße Zahl. Schauen wir genauer hin, so finden wir schon Elemente des Dritten Reiches und des Ausrottungskrieges in Osteuropa.

Prügel- und Folterkeller wurden errichtet, besonders schlimm in Essen, in Dortmund, in Bottrop und in Sodingen bei Herne. Geschlagen wurde mit Gummiknüppeln, Lederkoppeln, Reitpeitschen und Riemen, die gelegentlich zusätzlich mit Schrauben versehen waren. – In Recklinghausen inszenierte ein Unteroffizier vor einer zusammengelaufenen Zuschauermenge, darunter Kindern, die Erschießung von vier Bergleuten. Der erste mußte ein Loch ausheben, sich dann am Rande davor aufstellen und »Üb immer Treu und Redlichkeit« singen; während er sang, feuerte das Kommando auf ihn, so daß er in das Loch kippte. Der nächste mußte ihn zuschaufeln, sich dann sein eigenes Grab schaufeln und so fort. – In Pelkum bei Hamm, einem Bergarbeiterdorf, das von einem bayrischen Freikorps eingekreist wurde, wurde an einer ganzen Ortschaft exemplarisch vorgeführt, was Terror ist und zukünftig sein sollte – übrigens innerhalb der von Severing zugestandenen offiziellen Waffenstillstandsfrist. An einer Mauer wurden die aus den Häusern Geholten er-



schossen. Ein Mitglied der Truppe schrieb nach Hause: »Die Begeisterung ist großartig, fast unglaublich. Unser Bataillon hat zwei Tote; die Roten haben 200 bis 300 Tote. Alles, was uns in die Hände kommt, wird mit dem Gewehrkolben zuerst abgefertigt und dann noch eine Kugel... Wir haben auch zehn Rote-Kreuzschwestern sofort erschossen... Mit Freude schossen wir auf diese Schandbilder«.

Es gibt kein Gegenstück etwa in Gestalt eines »roten Terrors«. In meinem Buch habe ich das Verhältnis auf folgende Formel gebracht: die Aufstandsbewegung hatte in den Tagen ihrer Herrschaft massenhaft die Prinzipien des Privateigentums verletzt – Militär und staatliche Polizei zerstörten massenhaft und in systematischer Form Leben und Gesundheit.

Es scheint jedoch Vorurteile zu geben, gegen die zu kämpfen vergeblich ist und bei denen auch das sorgfältigste Zusammentragen der Quellen nichts nützt. In einer kürzlich vorgelegten Geschichte der Weimarer Republik von Eberhard Kolb, erschienen in der hochangesehenen Reihe »Oldenbourgs Grundriß der Geschichte«, steht wieder der Satz:

»Die "Rote Armee" beherrschte mehrere Wochen lang große Teile des Ruhrgebiets und lieferte den von der Regierung eingesetzten Freikorpstruppen erbitterte Kämpfe, die auf beiden Seiten mit einem Höchstmaß an Grausamkeit ausgetragen wurden.«

10. Verarbeitung und Erinnerung

Von der SPD-Führung habe ich schon gesprochen. Sie behielt die Erfahrung in Erinnerung, daß ein Generalstreik seine eigene Dynamik entwickelt, erst recht ein Generalstreik, der an die Grenze zum Umschlag in einen bewaffneten Aufstand heranführt. Diese Erfahrung hat wesentlich dazu beigetragen, daß die SPD-Führung unter Brüning, und dann vor allem Mitte 1932, als die Papen-Regierung in einem Staatsstreich die preußische Regierung absetzte und als die Parole zum Generalstreik und zum Widerstand von der Parteimitgliedschaft und vom Reichsbanner erwartet wurde, stattdessen an die Legalität und an den Stimmzettel appellierte.

Umgekehrt träumte die KPD in all den Jahren der Weimarer Republik von einer verbesserten Neuauflage von 1920: eine politische Situation zugespitzter Konfrontation, wie ein Militärputsch sie schafft, und eine einmütige Gegenaktion der Arbeiterklasse. Um eine solche Situation ein zweites Mal herbeizuführen, griff die KPD notfalls auch zum Mittel der Provokation und zur Taktik des putschartigen Handstreichs. Verbessert sollte die Aktion vor allem in drei Hinsichten werden: durch vorherige Schaffung von illegalen Kadern für die Aufstandsarmee, durch sofortige Ausschaltung der SPD und durch generalstabsmäßige Führung der bewaffneten Kämpfe. Die Behauptung dabei war, daß die Bewegung von 1920 eben daran gescheitert sei, daß keine illegalen Kader vorbereitet waren, daß man der SPD Einfluß auf die Bewegung eingeräumt habe und daß es keine einheitliche und straffe Kampfleitung gegeben hatte.

Doch diese Strategie war ein Widerspruch in sich. Nicht nur daß die Geschichte sich nicht wiederholte, trotz aller verzweifelten Versuche in dieser Richtung. Gerade der improvisierte und offene Charakter der Aufstandsbewegung von 1920 war die Bedingung dafür gewesen, daß sie so viele Menschen erfaßte und daß sie sich so lange halten konnte. Verschiedene politische Standpunkte hatten darin ebenso Platz wie zahllose Eigeninitiativen, geschweige das Aufbrechen patriarchalischer Strukturen.

Bei den Arbeitern kann man drei Formen der Verarbeitung unterscheiden:

– einen Affekt gegen die "Führer", wie es oft pauschal hieß, die die Massen zuerst gerufen, dann aber im Stich gelassen hätten;

– ein verstärktes Mißtrauen speziell gegen die SPD, wie die Wahlergebnisse im Industriegebiet zeigen;

– ein Sichverschließen in die Leiderfahrungen, die der Kampf und die anschließende Periode des weißen Terrors hinterließen; es gab keine Form der kollektiven Verarbeitung der erlittenen Erniedrigung, von Vereinsamung und Tod.

In diese Bewußtseinslage traf einige Jahre später eine pseudowissenschaftliche Veröffentlichung, die in größtem Ausmaß bewußtseinsprägend gewirkt hat. Zwischen 1928 und 1930 erschien in mehreren Bänden eine Geschichte des Ruhrbergbaus in Krieg und Nachkriegszeit, verfaßt von Hans Spethmann, Privatdozent für Geographie und Wirtschaftskunde in Köln, in Auftrag gegeben vom Bergbau-Verein in Essen, der Dachorganisation der Ruhrgebietszechen. Es basierte einseitig auf den Unterlagen der Zechenunternehmen. Der die Märzrevolution von 1920 behandelnde Teil kann so zusammengefaßt werden:

Der Aufstand war von den Kommunisten langfristig geplant und vorbereitet, er wurde durch den Militärputsch nur ausgelöst, nicht verursacht. Spethmann fragt, wer das Ruhrgebiet und "den Staat" vor dem drohenden Chaos gerettet habe, und gibt die Antwort: das Militär. Er streicht so kräftig wie möglich die Gegensätze zwischen Watter und Severing heraus und betont, daß Severing, »mehr Partei- als Staatsmann«, nach links hin immer wieder schwächlich nachgab und Watter, der energisch zufassen wollte, in den Arm fiel. Schließlich, als alle Verhandlungsbemühungen an der Unnachgiebigkeit und Hinterhältigkeit der Roten gescheitert seien, habe sich Watters Standpunkt als der richtige erwiesen, und so sei Watter zu recht als »Retter des Ruhrgebiets« bezeichnet worden.

Breit malt Spethmann die Zustände unter der Herrschaft der Roten Armee aus: »bolschewistische Zustände«, wie er sagt; alle nur denkbaren Gewalttaten wurden verübt bis hin zum offenen Mord. Von diesem Teil des Werks brachte der Verlag, der zum Hugenberg-Konzern gehörte, 1930 eine Volksausgabe heraus; der Umschlag war geschickt der Aufmachung damaliger KPD-Publikationen nachempfunden. Jede Schule des Industriegebiets erhielt ein kostenloses Exemplar zugeschickt.

Die bewußtseinsmäßigen Spuren, die dieses Werk hinterließ, habe ich noch in den sechziger Jahren gefunden, als ich daran ging, die Märzrevolution von 1920[1] zu erforschen. Auch von Arbeitern bekam ich zu hören, ich solle lieber die Finger von diesem Thema lassen; »unsere Väter haben da Mist gebaut«, hieß es.

Und heute? Mündliche eigene oder erzählte Erinnerung an die Märzrevolution gibt es kaum noch. Eine der allerletzten Spuren ist ein in diesem Jahr fertig werdender Film mit Zeitzeugen über das Gemetzel von Pelkum. Aber Geschichte kann auch dann wieder lebendig werden, wenn sie ausschließlich aus den schriftlichen und steinernen Quellen rekonstruiert werden muß. Das zeigt die vor einigen Jahren begonnene Auseinandersetzung um das nationalsozialistische Ehrenmal von 1934 in Steele; das zeigt ein jetzt in Essen entstandener Reiseführer zu den verschollenen Stätten der Erinnerung. 2

Anmerkungen der SF-Redaktion:

1 Die Bände von Erhard Lucas zur März-revolution sind zwischen 1970 und 1978 im *Verlag Roter Stern, PF 180 147, 6000 Frankfurt/M.* erschienen:
Bd.1: Vom Generalstreik gegen den Militärputsch zum bewaffneten Arbeiteraufstand, 364 S.
Bd.2: Der bewaffnete Arbeiteraufstand in seiner inneren Struktur und in seinem Verhältnis zu den Klassenkämpfen in den verschiedenen Regionen des Reiches, 243 S.
Bd.3: Die Niederlage, 581 S.

2 Der Film über das Gemetzel von Pelkum, in der Hauptsache zusammengestellt aus Erinnerungen von Zeitzeugen, wird produziert von *Elisabeth und Frank Schlawin, 5804 Herdecke, Auf der Heide 7.*
In Essen wurde 1984 vom DGB-Kreisvorsitzenden die Idee ins Spiel gebracht, das NS-Ehrenmal im Stadtteil Steele abzureißen. Dieser Plan wurde inzwischen fallengelassen. Stattdessen sollen Tafeln an verschiedenen Stellen der Stadt, auch am NS-Ehrenmal, an das Geschehen von 1920 erinnern. Auskunft erteilt *Dr. Ernst Schmidt, 4300 Essen, Ruhrlandmuseum.*
Der genannte Reiseführer wurde erarbeitet von Ludger Fittkau und Angelika Schlüter: Ruhrkampf 1920 – Die vergessene Revolution. Ein politischer Reiseführer, erschienen im Klartext-Verlag Essen.

Photo: Josef Kamps, vermutlich 2.4.1920, aufgenommen im Kreis Dinslaken; aus: Die Rote Ruhrarmee März 1920, Dirk Nishen-Verlag, Kreuzberg 1985



Impressionen zu Marut/Traven

In SF-22 begannen wir mit dem Abdruck einer bis dahin in Vergessenheit geratenen Kurzgeschichte von Ret Marut/B. Traven »Trümpfe in der Hand« und kündigten weitere Geschichten an. Angesichts des 100jährigen (?) Geburtstags Travens, – das deutsche Fernsehen veranstaltete, mit zweimonatiger Verspätung, in der ersten Maiwoche nahezu ein Traven-Festival – bekamen wir wieder die berechtigte Frage zu hören, was denn daraus geworden sei.

Damals unterbrachen wir die geplante Serie, weil der Herausgeber der Traven-Edition der Büchergilde Gutenberg, Edgar Päßler, beanspruchte, die "Weltrechte an Traven" zu haben, und wir zudem feststellten, daß sich zwei (von weiteren sechs) unserer geplanten Marut-Geschichten nur in den Überschriften und in einigen Abweichungen von Geschichten unterschieden, die die Büchergilde bereits veröffentlicht hatte. So verzichteten wir auf den schon vorbereiteten Druck von »Der Mann an der Fräse«, einer Geschichte, die Marut 1916 zweimal veröffentlicht hatte, im "Vorwärts. Berliner Volksblatt" Nr.155 vom 5. Juli 1916 und zuvor in "Licht und Schatten" 6.Jg., Nr.11 vom 1.3.1916. Die Fassung der Büchergilde unter dem Titel »Die Maschine« folgt der 3.Fassung Maruts, die er in der Sammlung »Der BLaugetupfte SPerlinG« 1919 im Ziegelbrenner-Verlag in München veröffentlichte. Dasselbe galt für die Geschichte »Der Herr Kommerzienrat«, die wir in der Fassung der Leipziger Volkszeitung (Nr.117 und 118) vom 24. und 26. Mai 1913 veröffentlicht hätten, die in einer 2.Fassung unter der Bezeichnung »Titel« ebenfalls in der Sammlung der »BLaugetupfte SPerlinG« enthalten war und von der Büchergilde neugedruckt wurde. Zu kritisieren bleibt an der Editionspraxis Edgar Päßlers, daß er in seinem Band zu den Frühwerken Travens »Die Geschichte vom unbegrabenen Leichnam« keinerlei Quellen angibt und auch nirgendwo erwähnt, daß es zu den aufgenommenen Geschichten Vorläuferfassungen gab, unverständlich vor allem, weil die Büchergilde ja den Anspruch der Gesamtausgabe vorausschickt.

Andererseits hat die Büchergilde inzwischen die Traven-Biografie Guthkes veröffentlicht, in deren Anhang Quellenangaben nachgeholt werden und diejenigen Kurzgeschichten aufgenommen wurden, die uns noch zur Verfügung gestanden hätten: Der goldene Mund, Die Akrobaten, Der verhängnisvolle Mülleimer und sechs seiner "Paradoxa", die wir in SF-22 zurückgestellt hatten.

100 Jahre Traven? Es ist sicher grundsätzlich fragwürdig, solche "Feiern" zu begehen, andererseits erinnert sich vielleicht sonst überhaupt niemand an Personen oder Daten, die nicht zum Zeitgeist zu passen scheinen, also wollen wir uns nicht beklagen. In Travens Fall ist es allerdings noch ein Spur fragwürdiger als üblicherweise.

Die hundert Jahre lassen sich begründen, allerdings nur mit Travens–falschen–Papieren in Mexiko! Die Ausweise aus jener Zeit bildet Guthke in seiner Biographie ab. Da jedoch alle, auch Guthke und die Büchergilde, inzwischen von einer Identität mit Ret Marut ausgehen, wie sie zuerst Oskar Maria Graf, Erich Mühsam und andere vermutet und Rolf Recknagel belegt hat, könnte mit gleichem Ernst Ret Maruts (ebenfalls falsche) Identität für die Jahresfeiern herangezogen werden. Und dieser Schauspieler, Schriftsteller und "Rädelsführer" der Münchner Räterepublik hatte überall 1882 als sein Geburtsjahr ausgestreut!

Weil wir jedoch in Sachen Marut weitere Geschichten versprochen hatten, nutzen wir die Gelegenheit ebenfalls:

Eine bislang unseres Wissens noch unveröffentlichte Erinnerung Augustin Souchys an Ret Marut, soll all diejenigen entschädigen, die bislang vergeblich auf weitere Marut-Geschichten im SF gewartet haben, dazu bestätigt sie, daß auch die Zeitgenossen Maruts 1882 als Datum im Kopf behalten hatten.

Wolfgang Haug

Photo: Personendatei der Staatsanwaltschaft Münchens

Rädelsführer zur Zeit der Räteregierung in München

Vor= und Zuname: R e t M a r u t , Geschäftsführer.
Geburtszeit und Geburtsort: 1882.25.2.San Franzisko,konfessionslos,
Abstammung: + William und + Helene M,geb.Ottarrent.Jnpresarie in San Franzisko.
Staatsangehörigkeit: San Franzisko,seit 3.7.14 z.Zt.Clemensstr. 84/3 b.Schmid
Art der Tätigkeit: Mitglied des Propagandaausschusses.

Signalement;

Staatsanwaltschaft M. I
Nr. 3122

Staatsarchiv für Oberbayern
Staatsanwaltschaft München I
Nr. 3122

60



Photos: Theater, an denen Marut als Schauspieler auftrat:
Café + Cabarett Diele in Crimmitschau
Düsseldorfer Schauspielhaus,
beide längst abgerissen.

Ret Marut – B. Traven

von Augustin Souchy

Als ich in den Tagen der zweiten Hälfte des März und der ersten Hälfte des April 1919 öfters zum Stammtisch des Dr. Max Levien, Vorsitzender der neugegründeten Kommunistischen Partei Bayerns, in einem Café im Münchner Stadtteil Schwabing kam, saß fast immer ein Mann mit am Tisch, der Hefte der Zeitschrift »Der Ziegelbrenner« vor sich liegen hatte. Max Levien hatte ihn mir vorgestellt: Ret Marut, Herausgeber des »Ziegelbrenner« und Schauspieler. Marut war ein mittelgroßer Mann, ungefähr 30 Jahre alt, blaß, hageres Gesicht, lebhaft-nervös, immer diskutierend über Literatur, Zeitschriften, Kollegen und über die politische Situation Deutschlands und der Welt. Mitglied der Kommunistischen Partei war Marut nicht; er gehörte, wie Levien mir sagte, keiner Partei an, er war jedoch durch seine Zeitschrift, die bereits seit 1.September 1917, also noch im Weltkrieg erschienen war, mit allen politischen »linken Leuten und mit den Dichtern und Schriftstellern bekannt«, mit Erich Mühsam, Gustav Landauer, ebenso wie mit Max Levien befreundet.

Marut und Levien schrieben ihre Arbeiten, Artikel, Notizen, Programmentwürfe am Caféhaustisch, nicht in Redaktionen oder zu Hause. Die unruhige Umgebung wirkte bei ihnen mehr anregend als störend. Als Anarchist bezeichnete sich Marut nicht; er galt als »Bohemian«.

Der »Ziegelbrenner« war keine politisch-aktuelle Zeitschrift wie die »Aktion« von Franz Pfemfert, oder »März« und »Das Forum« von Wilhelm Herzog; vielmehr war »Der Ziegelbrenner« eine Literaturzeitschrift eigener Art.

Später als ich den Dichter, Chansonnier, Walter Mehring kennengelernt hatte, fiel mir bei jedem Treffen mit Walter Mehring stets Marut ein; so stark erschien mir die Ähnlichkeit der beiden – auch in ihren politischen Ansichten. Einige Tage später, als die erste Regierung der Räterepublik Bayern gebildet wurde, war Ret Marut in der Pressekommision der Toller-Mühsam-Regierung. Die Kommunistische Partei war an dieser Regierung nicht beteiligt, wohl aber einzelne Mitglieder und Sympathisanten. Max Levien und die Kommunisten nannten diese Räteregierung eine »Schein-Räteregierung«, weil sie nicht von unten her, nicht durch Urwahl der Arbeiter-, Soldaten-, und Bauernräte, sondern von sozialdemokratischen Ebert/Noske-Leuten, unabhängigen Sozialdemokraten (Toller) und einzelnen Anarchisten, wie Mühsam und Landauer ausgerufen worden war. Feindlich gesinnt waren die Kommunisten nicht, und sie sahen bald ein, daß sie die Regierung gegen einen Putsch der Konterrevolution unterstützen mußten, zumal die Regierung viele Programmpunkte der Kommunistischen Partei in ihre Regierungsproklamation aufgenommen hatte. Diese erste »Räteregierung« wurde wie befürchtet auch bald durch einen Putsch konterrevolutionärer Offiziere und Noskiden gestürzt und mehrere Mitglieder der Regierung verhaftet. Der konterrevolutionäre Anschlag zwang die Kommunistische Partei zum Gegenschlag. Die Konterrevolutionäre wurden verjagt und die »echte« Räteregierung ausgerufen.

Marut nahm an der 2.Räteregierung nicht teil, blieb aber mit der Presse-Abteilung und Kulturkommission in Verbindung. Nach der Niederschlagung der 2.Republik flüchtete Marut nach Wien.

Wie und wann Marut weiterwanderte ist mit Sicherheit nicht festzustellen. Jedenfalls tauchte er nach einiger Zeit in Berlin auf und es erschien unter dem Datum vom 20.März 1920 noch eine Nummer »Der Ziegelbrenner« in völlig veränderter Aufmachung und anderem Satz, aus der nicht festzustellen ist, ob Datum oder die ganze Ausgabe nicht fingiert ist.

Zu diesem Ablauf ist noch hinzuzufügen, daß in den Einleitungen zu den Neuauflagen der Bücher B.Travens »Das Totenschiff« 1954, »Die Baumwollpflücker« 1962, »Die weisse Rose« 1962, Irrtümer enthalten sind. Ret Marut sei »während der Räteherrschaft zum Tode verurteilt worden und entkam«. In der Einleitung zum Buch »Die Brücke im Dschungel« 1965, heißt es, daß Marut »vor dem Prozeß, dem man ihm während der Räteherrschaft machen wollte, über die deutsche Grenze entweichen konnte.« Wie es in Wahrheit war, hat Marut selbst im »Ziegelbrenner« Heft 18 und 19, 1920 geschildert:

»Das Feldgericht im Lande der eigenen Heimatgenossen bestand aus einem schneidigen Leutnant. Dieser Leutnant erledigte in jedesmal etwa drei Minuten die Sache in der



So nebenbei

Ein gewisser Ret Marut gibt in München ein Winkelblättchen heraus, das ungefähr in jeder Nummer den Simplicissimus ebenso unflätig wie talentlos anpöbelt. Der scharmante Herr hat nämlich manches liebe Jahr hindurch und auch noch während des Krieges mit Dutzenden von Skizzen und Novelletten versucht, Mitarbeiter des Simplicissimus zu werden; aber seine Einsendungen sind um ihrer Unzulänglichkeit willen von unsrer Redaktion stets abgelehnt worden.

Faksimile aus dem Simplicissimus vom 10.12.1918, Nr.37

Weise, daß er auf Grund der Zeugen-Aussagen von Denunzianten entschied, ob der Verhaftete sofort standrechtlich zu erschießen oder ob er freizulassen sei. Im Zweifelsfalle wurde der Verhaftete erschossen, weil es sicherer war... So verging eine Stunde qualvollen Wartens... Da wurde der letzte Mann, der vor M. dem Leutnant überantwortet werden sollte, aufgerufen und hineingeführt. Bei der Unruhe, die dadurch entstand, daß der Mann von den Landsknechten zu roh angepackt wurde, was er sich verbat, gelang es M. zu entkommen. Zwei Soldaten, denen einen Augenblick wohl ein Funken Menschlichkeit aufstieg, als sie sahen, wie hier mit dem Kostbarsten, was der Mensch besitzt, mit dem Leben umgegangen wurde, waren an diesem Entkommen nicht unbeteiligt. Ihnen sei an dieser Stelle gedankt für die Erhaltung eines Menschenlebens... Seit jener Stunde, wo es M. gelang zu entkommen, ist er auf der Flucht... Von den dreien: Staat, Regierung und ich, bin ich der Stärkste. Das merkt Euch!

Der Herausgeber/Schriftsteller ist den Abonnenten bekannt.«

Von nun an blieb Marut verschwunden und auch ich hätte ihn vergessen, wenn nicht im Jahr 1926 unter dem Verfassernamen B.Traven ein Roman »Das Totenschiff« erschienen wäre, der massiv in die deutsche Literatur einschlug. Als schon einige Monate später ein zweites ebenso explosiv wirkendes Buch »Die Baumwollpflücker« von Traven erschien, begann man sich zu fragen, wer der Verfasser ist. Der herausgebende Verlag, die »Büchergilde Gutenberg« in Berlin, konnte keine Auskunft geben, sie hatte selbst nur eine Postfach-Adresse in Mexiko. Dann wurde eigens für die Bücher Travens, die noch folgen sollten, ein neuer Verlag gegründet: »Buchmeister-Verlag«. Traven selbst blieb auch diesem gegenüber persönlich unbekannt, er gab sich nie zu erkennen; der Briefwechsel ging über Postfächer oder Mittelsmänner. So blieb es bis zu seinem Tod im Jahre 1969. Ret Marut wurde 1882 geboren; war er wirklich mit B.Traven identisch, so wurde dieser 87 Jahre alt.

Traven war und blieb ein Einzelgänger. Seine kämpferische Gegnerschaft zur kapitalistischen Gesellschaftsordnung stellt er in jedem seiner Bücher heraus. An die organisierte Arbeiterbewegung schloß Traven sich nicht an; alle Kontaktversuche lehnte er ab. In allen seinen Büchern ist immer ein persönlicher Zug von Traven enthalten, doch eine authentische Autobiographie hat er nicht hinterlassen.

Der Redaktion zugesandte Bücher Rezension vorbehalten

★ **Die Schönheit des Verlierens.** Neue Taschengedichte von Pit Hoerold, éditions avec, L-Luxembourg; Gedichte (in deutsch).

★ **Vom Ende einer österreichischen Institution.** Roman von Peter Jauernig. Gemeint ist die Armee. Arbeitsgemeinschaft für Zivildienst, Soziale Verteidigung und gewaltfreiheit, Schottengasse 3a/59, A-1010 Wien

★ **Wehrpflicht und Berlin.** Ratgeber für Militär- und Zivildienstunwillige, Hg. DFG/VK und IDK, Denk-Stein-Verlag, Eichhornstr.5-6/301, 1000 Berlin-30; 9.aktualisierte Aufl., 5.-DM

★ **Welche Möglichkeiten haben Jugendhilfe und Schule, Ausländerfeindlichkeit und Rassismus zu begegnen?** Arbeitsmaterial vom Deutschen Jugendhilfetag, 1984 in Bremen. Landesjugendring Bremen

★ **Von der Maas bis an die Memel?.** Eine Republik ohne rechtsverbindliche Nationalhymne! von Helmut Maier, Ebingerstr.54, 7472 Winterlingen.

★ **Polen.** Als deutscher Diplomat an der Weichsel von Klaus Reiff. Ein Diplomat der deutschen Botschaft (oh je!) schildert die erste Phase von Solidarnosc 1980/81. Verlag J.H.W. Dietz, 5300 Bonn; 38.-DM

★ **Anarchismus und Bildung,** Heft 4, enthält u.a.: Muß Schule anders werden? (A.K. Treml), Landkommunen/Ökologische Bildung (Gunnar Seitz), italienische Projektschule (Ferro Piludu), Kritik an der Freien Schule (Stadtindianer Nürnberg), Emma Goldman und Mother Earth (Hans-Ulrich Grunder), Staat als Versuchung (Stefan Blankertz). Edition Flugschriften, Straßburgweg 19, 7900 Ulm, 20.-DM.

★ **Macht der Frau – Herrschaft des Mannes** von Harald R. Bilger. Universitätsverlag Konstanz GmbH. ISBN: 3-87940-311-2. Enthält u.a. Kapitel zu: Das Werden des Matriarchats, Der Aufstieg des Mannes, Der Mann als Herr der matriarchalen Welt, Christentum und Staatskirche, Die Frau in der Männerkirche.

★ **Das Ende des Sozialismus, die Zukunft der Revolution. Analysen und Polemiken.** Hrsg. von der Initiative Sozialistisches Forum, Ça Ira-Verlag, PF 273, 7800 Freiburg. Die Kapitel klingen interessant: *Zur Aktualität und Notwendigkeit des Kommunismus, zum nationalen Wahn, Wege aus der Krise und Massenarbeitslosigkeit: Recht auf Arbeit? Recht auf Faulheit!; Antizionismus – ein neuer Antisemitismus von links, Ulrike Meinhof, Stalin und die Juden: Die Linke als Trauerspiel, Auschwitz, ein deutscher Familienkrach, die Psychologisierung der Politik, das Ökopax-Kartell, der Intellektuelle und die Politik.* Ein erster genauerer Blick in das Kapitel »Abschaffung des Staates: Thesen zum Verhältnis von anarchistischer und marxistischer Staatskritik«, und die Begeisterung verfliegt bei so erhellenden Sätzen stehen wie

»Als radikaler Liberalismus will der Anarchismus die bürgerliche Gesellschaft ohne die kapitalistische Vergesellschaftung, von der er daher auch keinen Begriff entwickelt. Die 'Gesellschaft ohne Staat' ist der Traum, bürgerliche Hegemonie ohne Zwang, Konsens des Marktes ohne Despotie in der Fabrik herzustellen. Der immanente Zusammenhang von Demokratie und Despotie, die Notwendigkeit der Despotie für das Funktionieren der Demokratie bleibt Geheimnis.«

Der Autor, Joachim Bruhn, bastelt sich aus anarchistischen Versatzstücken einen bürgerlichen Anarchismus zurecht, der ihm gerade recht kommt, um schön demontiert zu werden (bestehend aus ein paar Sätzen Bakunin, ein paar von Kropotkin und einer aktuellen Variante vom Graswurzeljahrbuch 'Wege des Ungehorsams'). Wir wollen nun gar nicht in Abrede stellen, daß es eine solche anarchistische Variante zweifellos auch gibt, doch was sagt dies schon aus? Können wir mit ein paar Zitaten von Marx und einer aktuellen Variante von – sagen wir Peter Glotz – den Marxismus als – in seiner tiefsten Seele – von bürgerlichen Träumen durchsetzte Theorie abtun?

Der "Mut" mit bewußter Reduktion von Themen, »Analysen« und glatte Polemiken über Generelles (über *die* Linke, *den* Anarchismus etc.) in die Welt zu setzen, überrascht immer wieder! Doch dies ist eigentlich ein Lob, da das Sozialistische Forum ja gerade »überraschen« will, es ist die Beschreibung ihrer (polemischen) Methode. Die Kritik muß demgemäß heißen: diese Methoden bewirken nichts, weil sie ihren Gegenständen überhaupt nicht gerecht werden wollen. Was sie letztlich wollen, ist und bleibt, die Aufmerksamkeit für sich selbst, nicht für den behandelten Gegenstand. Intellektuelles Wortgeklingel das morgen auch das Gegenteil von dem "herleitet", was es heute behauptet..

★ **Aus dem roten Sumpf oder Wie es in einem nicht ganz kleinen Zentralverband hergeht** von Karl Roche. Reprint der Ausgabe von 1909. Verlag Markus Heilck, Von Unten auf, Hamburg-Altona. Bestellbar: DA-Red., Lagerstr.27, 2000 Hamburg-36.

★ **Zeit und Geld für Frauenforschung,** Chancen und Möglichkeiten bundesweiter Fördermodellehrsg. von Ellen Hilf, Eva Mädje. Edition Gato im Verlag Rotation, Nostitzsr.636, 1 Berlin-61. 120 S., 12,80 DM.



★ **Die Transformation der Demokratie** und andere Schriften zur Kritik der Politik von Johannes Agnoli, Ça Ira-Verlag, PF 273, 7800 Freiburg, 220 S., 20.-DM.

Die Transformation der sozialrevolutionären Linken in der BRD in eine deutsche Linke vollzog sich nicht zuletzt im resoluten Bruch mit der konkreten Utopie der Abschaffung der Herrschaft von Menschen über Menschen. Johannes Agnolis Buch, das 1967 zusammen mit Peter Brückners »Die Transformation des demokratischen Bewußtseins« in der Europäischen Verlagsanstalt in der Reihe Basis-Studienausgaben erschien, ist ein Schlüsseltext der antiautoritären Bewegung gewesen und ist heute ein Dokument des immensen Abstandes zwischen der Kunst des ökologisch Machbaren und der sozialrevolutionären Notwendigkeit.

★ **Johann Most – Dokumente eines sozialdemokratischen Agitators, Band 3,** hrsg. und eingeleitet von Volker Szmula. Enthält u.a. Aufsätze zu: Die Lösung der sozialen Frage, Saint-Simon und seine Schule etc.212 S., 22.-DM, Trotzdem-Verlag, PF 1159, 7043 Grafenau-1.



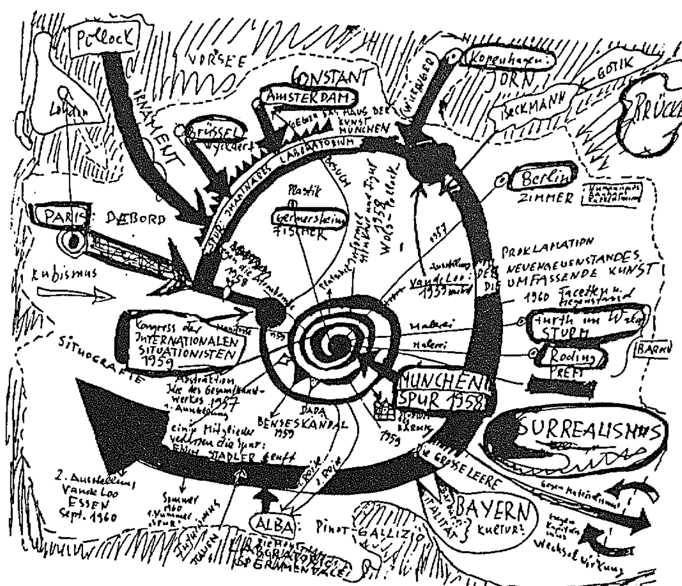
★ **Ulrich Klan/Dieter Nelles: »Es lebt noch eine Flamme«,** Rheinische AnarchosyndikalistInnen in der Weimarer Republik und im Faschismus, 2. überarbeitete Auflage diesmal mit Literaturverzeichnis, zusätzliche Photos, 380 S., 34.-DM, Trotzdem-Verlag, PF 1159, 7043 Grafenau-1.

★ **Die Radikale Linke.** Reader zum Kongreß (in Köln vom 1.-3.Juni), Konkret Literatur Verlag, Hamburg 1990; enthält Texte von Winfried Wolf, Georg Fülberth, Gaby Gottwald, Jens Scheer u.a. Auch kritische Stimmen wurden aufgenommen (z.B. Linke Liste, Michael Wilk – letzterer mit seinem Text aus SF-33, wobei der KONKRET Verlag leider die Quelle verschweigt, obwohl ansonsten »brav« ak, Die Zeit, Konkret etc. genannt werden.)

Phantom Avantgarde

Eine Geschichte der »Situationistischen Internationale und der modernen Kunst«

»Wir meinen zunächst, daß die Welt verändert werden muß. Wir wollen die am weitesten emanzipierende Veränderung von der Gesellschaft und dem Leben, in die wir eingeschlossen sind. Wir wissen, daß es möglich ist, diese Veränderung durchzusetzen.«
(Guy Debord, Rapport zur Konstruktion von Situationen, Edition Nautilus, Hamburg 1980).

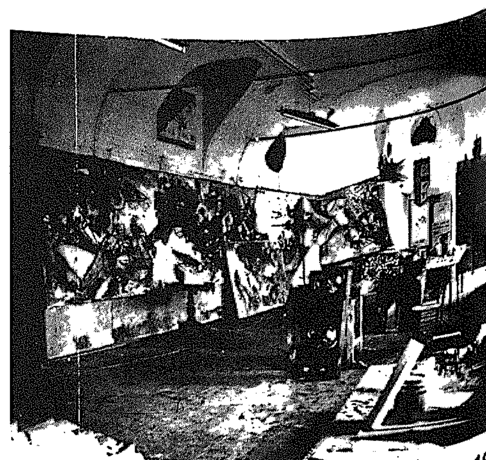


Zeichnung von H.P.Zimmer 1960

Waren sie eine Verschwörung? Unerwünschte Gäste auf der biederen Bühne der modernen Kunst seit 1945? Oder eine Handvoll junger Menschen, die sich durch spektakuläre Radikalität einer Verbindung von Kunst und Leben annäherten?
»Was war die Situationistische Internationale (S.I.) wirklich? Wenn wir noch mehr fragen als nach den Freundschaften, den Neigungen zum Spaziergang oder zu Getränken, nach einer situationistischen Praxis also, dann begegnen wir eher unseren eigenen Phantasien als den Spuren einer Antwort.« Die S.I. produzierte Spekulationen, Vermutungen und Verdächtigungen mit einer wahren Leidenschaft. Guy Debord, einer ihrer Protagonisten, äußerte den berühmt-berüchtigten Satz: »Niemals werde ich Erklärungen abgeben. Nun bist Du ganz allein mit unseren Geheimnissen.«
»Phantom Avantgarde« erzählt die Geschichte der »Situationistischen Internationale« als Gegenströmung in der modernen Kunst seit 1945. Mit ihren Experimenten in Malerei, Literatur, Film, Architektur und politischer Aktion erregten sie intellektuell und künstle-risch Aufmerksamkeit und Ablehnung zu-gleich. Sie versuchten, der Zeit des un-gestörten Wiederaufbaus einen gewaltigen Strich durch die Rechnung zu ziehen.
Mit ihren politischen, wissenschaftlichen und künstlerischen Texten provozierten und parodierten sie die gesellschaftlichen Verhältnisse. Manifeste und Boykottaufrufe, Erklärungen und Aktionen trugen zu der unmittelbaren Begegnung der in der S.I. versammelten Gruppen und einer Produktion von Widersprüchen bei, die in der Öffentlichkeit den Eindruck hervorriefen, ein mächtiger Gegner hätte das Feld der politisch-künstlerischen Auseinandersetzung betreten.
Das Buch wirft in zwei parallelen Strängen zentrale Fragen der Moderne und ihrer Protagonisten auf: Die gemeinsame Aktion von leidenschaftlicher Malerei und die Kompromißlosigkeit einer Entwicklung revolutionärer Theorie waren als Gegenpole der Internationale personifiziert in Guy Debord als politischem Strategen und dem Maler Asger Jon als Verfechter der »Vitalen Malerei«. Beide Pole regten sich, trotz aller Gegensätze, gegenseitig an.
Durch die Geschichte der S.I. zieht sich wie ein schwarzer Faden die Frage, ob Kunst noch möglich sei. Daß diese Auseinandersetzung um die gesellschaftliche Bedeutung der Kunst in der Gruppe zum Bruch führte, war letztendlich kein merkwürdiger Zufall. Die S.I. nahm Ideen und Aktionsformen vorweg, die später durch die Happening- und Fluxusbewegung oder den Aktionismus bekannt wurden. Nicht zuletzt stand ihre: Verbindung von Kunst und Politk während der 68er Bewegung erneut zur Debatte. Mit einem Gespür für wechselseitige Anregungen und unmittelbare Situationen konnte die S.I. schon sehr früh bedeutende Bewegungen um eine gesellschaftliche Vereinnahmung ihrer Kunst erahnen: Dabei entstanden ungewollt Zerstörungen und Brüche. Erfolge bahnten sich an und fielen unverhofft in sich zusammen. Mit Gruppenausschlüssen dezimierten sie sich in gefährlicher Art und Weise. Mit dem Buch von Roberto Ohrt liegen die Ergebnisse einer umfassenden, kritischen Chronologie der S.I. vor, die uns mit einer Vielzahl ausgewählter Illustrierungen von den revoltierenden Wegen einer Gruppe erzählt und einen aufschlußreichen Zugang zur Erneuerung avantgardistischer Ideen nach dem zweiten Weltkrieg verschafft. Ohrt stellt eine Beziehung zu der Vielzahl von künstlerischen und politischen Bewegungen der Nachkriegszeit her. Da taucht der späte Verfall des Surrealismus neben dem kometenhaften Aufstieg der Popart auf, oder die Lettristen und die Maler der Gruppe »Cobra«, die für die S.I. eine zentrale Bedeutung hatten. Ausführlich stellt Roberto Ohrt auch die Gruppe »Spur« als deutsche Sektion der S.I. dar.
An verschiedenen Punkten bezieht der Autor distanziert Position, nähert sich dem Denken und Handeln einzelner Figuren der Szene mit Behutsamkeit, kritisiert und zerstört mit großer Wahrhaftigkeit den Hang zur Mythenbildung.
Nicht immer einfach zu verstehen ist die Sprache, die der verwirrenden Material- und Deutungsfülle des Themas eine eigene Dimension entgegenzusetzen versucht. Am Ende des großformatigen Bandes finden wir eine Biblio-Geographie, in der Namen, Orte und Daten ausführlich zusammengefaßt sind. Frei von Klischees unterscheidet sich die Arbeit von den sonst üblichen wissenschaftlichen und philosophischen Abhandlungen zum Thema Kunst-Politik.

Herby Sachs

Roberto Ohrt: Phantom Avantgarde, großformatiger Band, 350 S., 200 Abb., 16 Farbtafeln, gebunden, ca. 88.-DM; ISBN: 3-89401-168-8



Das Labor für experimentelle Malerei, Alba 19

Das nachfolgende Interview mit der französischen Reggae-Gruppe »Laid Thénardier« ist schon im November 1989 in Paris geführt worden. Die Band ist eine treibende Kraft in der französischen Bewegung des »Rock Alternatif« oder »Rock Radical«. Entstanden ist die Bewegung Mitte der 80er während einer Reihe von Haus- und Fabrikbesetzungen in Paris. »Rock Alternatif« ist weniger ein Sammelbegriff für eine musikalische Stilrichtung – von Ska über Reggae, Hip Hop und Punk findet sich so ziemlich jeder neuere Musikstil in der Bewegung – der Begriff steht vielmehr für eine bestimmte Form von Selbstorganisation, Gegenkultur und Politik.

Das Interview spiegelt – so betont die Gruppe – jeweils den Konsens der Gruppe wider, – auch wenn nur jeweils einer redet. Deshalb steht bei den Antworten der Gruppe auch nur der Gruppenname und nicht der Name des jeweiligen Bandmitglieds.

Frank

ROCK ALTERNATIF

Photo: Theo Heimann



Interview von *Frank Sparing*

Musik ist kein verkaufbares Produkt!

ROCK ALTERNATIF

SF: Wie begreift ihr euch selber als Gruppe im Verhältnis zur Bewegung des »Rock-Alternatif« bzw. »Rock-Radical«?

LT: Was man wissen muß ist, daß die 'Alternatif'-Szene zu dem Zeitpunkt, wo du uns interviewst, nicht mehr existiert. Schon am Anfang gab es in Frankreich nur sehr wenige Gruppen die wirklich 'alternatif' waren. Alle sagten, es gäbe so etwas wie eine 'Alternatif'-Szene, aber tatsächlich gab es in ganz Frankreich nur ca. 10 Gruppen, die von ihrer Haltung her, also von dem was sie taten, 'alternatif' waren. Daneben gab es zahlreiche Gruppen, die die Etiquette angenommen haben, die aber nichts Alternatives an sich haben, die teure Konzerte in Schicki-Kneipen geben usw. Heute gibt es also keine 'Alternatif'-Szene mehr, weil die meisten Gruppen aufgehört haben. In ganz Frankreich bleiben vielleicht noch vier 'Alternatif'-Gruppen übrig.

SF: Welche sind das?

LT: Ich würde sagen, das die »Kamioners du suicide«, »Haine Brigade« und »Laid Thénardier« noch übrig sind. Viel weiter würde ich da nicht gehen.

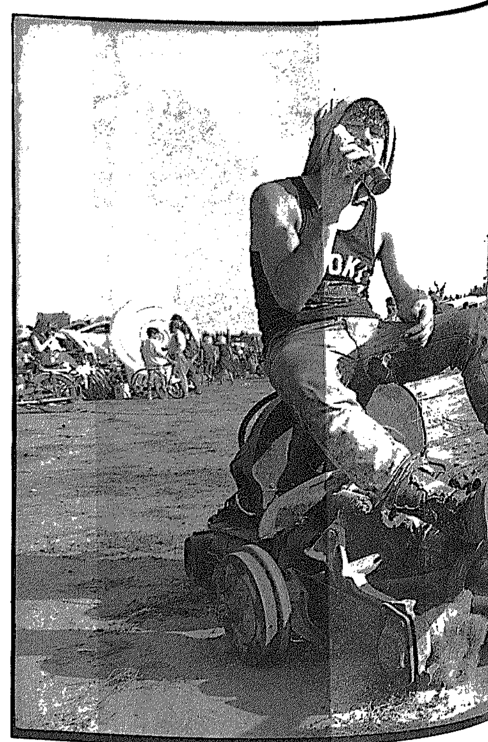
SF: Was bedeutet das deiner Ansicht nach, eine 'Alternatif'-Gruppe zu sein. Bedeutet das nur billige Konzerte zu geben oder ist das viel mehr, etwa auch politisch engagiert sein...?

LT: Na, halt beides. Das heißt erstens nur billige Konzerte mit billigen Getränken zu machen; eindeutige Konzerte zu geben, ohne einen Faschisten im Publikum, das heißt aber auch billige Platten zu machen, es also abzulehnen, daß die Musik, die man macht in erster Linie ein Produkt ist. Musik ist kein Waschmittel, das ist nichts was man verkauft. Sobald man so denkt, ist man 'alternatif'. Ein anderer Gesichtspunkt ist, daß wenn man feststellt, daß man nicht genügend Auftrittsorte hat, dann heißt 'alternatif' sein, daß man sich die Strukturen selber schafft um spielen zu können.

Wir machen das so, daß wir auch politische Konzerte organisieren. Laid Thénardier hat zusammen mit SCALP[1] die SCALP-Tournee organisiert – ich weiß nicht, ob du davon gehört hast –, es war unsere Idee und wir haben dann mit dem SCALP telefoniert und alles auf die Beine gestellt. Darüberhinaus haben wir schon Konzerte mit politischen Fanzines gemacht, wie das Konzert gegen die Ausweisungen[2], wo fünf Gruppen für 30 Franc (ca. 10.-DM) gespielt haben. Alle haben gesagt, laßt das bleiben, weil das zuwenig wäre. Tatsächlich aber haben wir das Konzert gemacht und mehr als 10.000 Franc verdient und das Geld dann Zeitungen überwiesen, die gegen die Themen kämpfen, die in dem Konzert angesprochen worden sind, also die Ausweisungen, antifaschistische Zeitungen, Zeitungen, die von den Knastkämpfen berichten, Zeitungen, die über Wohnungsnot und Besetzungen berichten und so weiter. Also für mich heißt *das* 'alternatif' sein!

An Gruppen, die so vorgehen hast du im Augenblick nur Haine Brigade, Kamioners du Suicide und Laid Thénardier. Für uns bedeutet, so Konzerte zu machen – etwa auch mit dem Fanzine »Contre« zusammen, die im übrigen unsere Kumpel sind und mit denen wir zusammenarbeiten – einen Karneval in Belleville[3] zu organisieren, in einem Immigrantenviertel also, um zu zeigen, daß wir lieber zusammen mit den Immigranten Konzerte machen, als dort zu spielen, wo die sind, die »Front national« wählen oder für eine liberale Politik stimmen. Wir haben dort auch gespielt, damit es keine Diskriminierung gegen Immigranten mehr gibt. Ein Gratis-Karneval gegen die Arbeit. Das war am 1.Mai. Ein Gratis-Konzert. Danach haben wir mit anderen zusammen vom Lastwagen runter für das garantierte Mindesteinkommen gespielt. Wir haben auch Anti-Apartheid-Konzerte organisiert und so weiter. Für mich heißt 'alternatif' sein als Musiker vor allem ein klares Auftreten zu haben, billige Konzerte zu machen, damit alle Leute reinkönnen. Selbst wenn die Leute ohne Geld in der Minderheit sind, denken wir, daß diese Leute reinkönnen müssen. Das heißt auch, billige Platten machen, damit die Leute sie bezahlen können. Es bedeutet auch Radiosendungen zu machen oder für politische Fanzines zu schreiben (wie die Leute von »Contre«). Alles das ist 'alternatif' sein. In Frankreich gibt es vielleicht weitere Gruppen, die wir nicht kennen, weil sie noch keine Konzerte gemacht haben, aber wir denken, es sind nur die (genannten) Gruppen; andere Gruppen sind »Ludwig van 88« und »Washington Dead Cats«. Weniger durch das, was sie sagen als durch das, wie sie auftreten. Sie spielen weder für viel Geld noch in Schicki-Kneipen. Das wären dann insgesamt fünf Gruppen für ganz Frankreich.

SF: Habt ihr neben eurer Haltung als politische Musikgruppe auch ein politisches Selbstverständnis das darüber hinausgeht? Besetzt ihr z.B. auch Häuser?

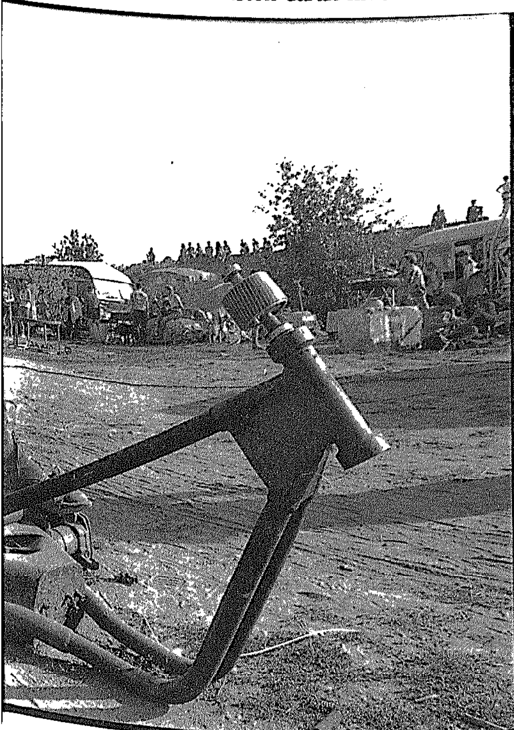


LT: Wir in der Gruppe besetzen nicht, weil wir finanziell nicht darauf angewiesen sind. Aber Leute, die wir gut kennen, wie z.B. die »Kamioners du Suicide«, die besetzen auch, und sobald wir für so Leute spielen und ihnen Kohle abdrücken können, machen wir das auch. Selbst wenn wir selber nicht besetzen, machen wir das sofort. Klar ist auch, daß sobald wir Konzerte machen können, die die Wohnungsnot auf dem Punkt bringen – weil in Paris ist es halt unmöglich zu wohnen, weil das eine Kohle-Stadt ist – wir das auch machen. Es stimmt, daß wir selber nicht besetzen, aber was wir machen ist, Konzerte organisieren und wenn Geld übrig bleibt, dann zahlen wir das an Leute aus, denen das vordringlich nützt. Wir haben in Reims gespielt um die Anwälte zu bezahlen, die die Immigranten verteidigen, die ausgewiesen werden sollen.

Eine politische Gruppe zu sein, das heißt rein gar nichts. Es gibt viele politische Gruppen, die politische Texte haben und trotzdem für 70 Franc spielen. »Dirty District« ist eine politische Gruppe, aber sie sind keine 'alternatif'-Gruppe, sie spielen für 70 Fràncs, treten vor Skinheads und ganzen Faschisten-Rudeln auf, ohne etwas dazu zu sagen.

SF: Sie selber sagen, daß der Bewegung die Strukturen fehlen, um etwa Faschisten aus den Konzerten rauszuschmeissen.

LT: Wir machen das so: jedesmal, wenn wir auftreten, haben wir 15 Kumpel, die da sind, am Eingang stehen und alle Faschisten daran hindern reinzukommen. Bei allen Auftritten, die wir bisher gehabt haben – wir haben bisher ca. 30 Konzerte gemacht – haben wir das so gemacht. Bei unseren ersten Konzerten, die wir gemacht haben, als unsere Kumpels noch nicht mit dabei waren, da haben wir die Faschisten eben selber aus dem Saal entfernt. Zu behaupten, es gäbe keine Strukturen ist doch dümmlich. Wenn du eine 'alternatif'-Haltung hast und keine Strukturen da sind, na dann ersetzt du sie eben, baust sie auf, organisierst selber deine Konzerte. Die Zeiten, wo du auf der einen Seite die Leute hattest, die Konzerte organisieren und auf der anderen, die die spielen sind vorbei. Wenn du 'alternatif' bist, dann machst du das nicht so. Wenn es keine Auftrittsmöglichkeiten gibt, na dann organisierst du dir deine Konzerte eben selber, du organisierst deine Demonstrationen selber, du machst dir deine Flugblätter selber, die du auf dieser Demo dann verteilen gehst.


Photo: Theo Heimann

SF: Angeblich hat es letztes Jahr eine Razzia gegen die 'alternatif'-Bewegung gegeben, gegen die Leute von »Reflexes«[6], Leute von Ordnungsdiensten, Leute von 'alternatif'-Musikgruppen usw. Kannst du etwas Genaueres darüber sagen?

LT: Klar gab es Polizeiaktionen, die hat es immer gegeben, und wenn es nicht die Polizei ist, dann sind es die Skinheads, die zu den Konzerten geschickt werden, damit es abgeht und die Orte geschlossen werden können. Das hat es immer gegeben.
So ein Phänomen wie die Leute von »Reflexes« oder »SCALP« gibt es, weil in Frankreich die extreme Rechte einen Stimmenanteil von 15% hat. Also haben Leute beschlossen sich zu organisieren, um zu reagieren. Antifaschistische Strukturen und Zusammenhänge wurden aufgebaut. So ist es zu der antifaschistischen Bewegung in Frankreich gekommen.

SF: Kannst du Beispiele für Polizeiaktionen geben?

LT: Ja, ich war letztes Jahr auf einem Konzert, einem Reggae-Konzert, und was passiert ist, ist, daß die Bullen alle aufgemischt haben, die Türen eingetreten, die Anlage demoliert und so, und am nächsten Tag stand dann in den Zeitungen, daß die Jugendlichen, die zu dem Konzert gekommen waren, die Polizei angegriffen hätten. Solche Beispiele gibt es massenhaft. Wenn wir Konzerte organisieren, haben wir immer mit Polizeischikanen zu tun, aber wir scheißen drauf. Wir organisieren trotzdem.

SF: Ist das wegen eurer politischen Haltung oder weil es eine Bewegung der Jugend ist – unkontrolliert?

LT: Erstens weil es politisch ist. Weil die Themen die von der 'Alternatif'-Szene angesprochen werden, Themen sind, die stören. Das sind Themen, worüber sich in Frankreich die Rechten und die Linken einig sind, wo keiner drüber sprechen will, weil es einen Konsens gibt. Also wenn wir Konzerte geben, dann sprechen wir über sowas und das stört, weil das aus der etablierten Ordnung herausfällt. Das mit der Jugend und so, das glaube ich weniger, da scheißen die drauf. Was die stört ist zu merken, daß wir aus dieser Kommerz-Struktur aussteigen und daß es uns trotzdem gelingt zu funktionieren, ohne durch kommerzielle Institutionen gehen zu müssen, also ohne das Show-Business oder die Konzert/Veranstalter-Mafia in Paris. Was sie stört ist, daß Jugendliche in Bewegung kommen, um sich total selbst zu verwalten. Es gibt nichts, also machen sie alles selber, und das ist störend, weil man es nicht kontrollieren kann und darum die Polizei.

SF: In Deutschland ist die alternative Bewegung [inzwischen leider] eher verbunden mit den GRÜNEN. Das was bei euch »alternatif« ist, entspricht nicht unbedingt dem, was in Deutschland die alternative Bewegung [geworden] ist. Das was du über euer Selbstverständnis gesagt hast, entspricht [heute] vielmehr der autonomen Bewegung. Der antifaschistische Selbstschutz von dem du auch gesprochen hast, wird in Deutschland auch eher von den Autonomen getragen.

LT: Das hat nichts mit dem zu tun, welchen Sinn der Wort »alternativ« in deutschsprachigen Ländern hat. In diesen Ländern ist das mehr auf Ökologie und so Sachen ausgerichtet. Hier sagen wir alternatif, weil es etwas ist, was im Verhältnis zu dem, was existiert, verändert. Das ist die Definition des Alternativen in Frankreich, d.h. das ist etwas, was sich unabhängig von dem Bestehenden entwickelt. Wenn du so willst, ist es eine Neuheit. Alternatif in Frankreich ist eine Gegenbewegung. Wir verändern, weil wir heraustreten aus der ganzen kommerziellen und politischen Sphäre. Wir schlagen andere Diskussionen, eine andere Haltung, und andere Aktivitäten vor. Das kann Musik sein. Das können Demonstrationen sein. Das kann Malerei sein. Das können freie Radios sein oder Zeitungen. Das umfaßt das alles. Das ist Gegenkultur – eine Kulturrevolution im Kleinen halt.

SF: Mit einer politischen Perspektive?

LT: Was wir wissen ist, wie wir die Dinge empfinden, das sie uns, so wie sie momentan sind, stören und darin finden sich alle wieder. Deshalb davon auszugehen, es gäbe ein Programm und ein Endziel, nein. Also ich spreche nur für »Laid Thénardier«. Wir haben kein Programm und kein Endziel. Wir benennen nur die Sachen, die uns stören.

SF: Mit einer revolutionären Perspektive oder Revolte?

LT: Wenn du so willst ist es eine Revolte – aber ohne verändernde Dynamik. das einzige, was wir beeinflussen

können sind die Mentalitäten. Das hat nicht diese revolutionäre Seite, die es in den Auseinandersetzungen der radikalen Linken gibt, weil wir uns nicht auf eine präzise Ideologie beziehen, je nach dem kann das die Linken stören, weil sie keine soziale Politik haben, genauso wie das die Rechten stören kann. Einen Konsens gibt es aber nicht, also hat das auch keine verändernde Dynamik....

SF: Wie ist die 'alternatif'-Bewegung in Frankreich entstanden?

LT: Die 'alternatif'-Bewegung hat es gegeben, weil sie aus der Hausbesetzer-Bewegung hervorgegangen ist. Die ersten Gruppen haben ausschließlich in besetzten Häusern gespielt. Mit der Zeit hat sich das dann entwickelt und am Schluß hat sich das in zwei Hälften gespalten: Auf der einen Seite diejenigen, die in der Tradition der Gruppen weitergemacht haben, die in den besetzten Häusern gespielt haben und auf der anderen dann die, die von der Organisationsstruktur profitiert haben um aufzutreten, die vorgegeben haben 'alternatif' zu sein, weil es diese Strukturen gab, die man ausbeuten konnte, die aber sobald sie nur konnten auch an Orten gespielt haben, die teuer sind. Mittlerweile ist es die zweite Richtung, die Hyperkommerzielle, die sich durchsetzt. Es gibt im Moment in Frankreich nur noch sehr wenige, die im Sinne der ersten Richtung übriggeblieben sind.
Wir wissen jetzt aber nicht, was in der Provinz passiert. Wir haben nur einen sehr verengten Blick und sehen praktisch nur, was in Paris und in den Außenbezirken läuft. Aber es ist möglich, daß auf dem Land, in so abgelegenen Ecken, es Leute gibt, die das gleiche machen wie wir. Das wissen wir nicht, weil es keine Informationen darüber gibt.

SF: Aber angeblich gibt es in Frankreich doch fast 1000 verschiedene Fanzines?

LT: In Frankreich hast du zwar 1000 Fanzines, aber von diesen 1000 Fanzines haben es fast 800 nur auf eine einzige Ausgabe gebracht. Und von den 200 Übrigbleibenden, sind vielleicht 10 interessant und der Rest das ist stumpfester »Star-Rummel«: "Wir sind Fans von dieser Gruppe, also berichten wir ausschließlich von dieser Gruppe."
Zehn interessante Fanzines auf ganz Frankreich also. Das ist wenig. Hier gibt es große Musikmagazine in Frankreich und von den 200 Übrigbleibenden versuchen 180 diese großen Magazine zu imitieren. Du hast zehn, die gut sind, weil sie eine 'alternatif'-Orientierung haben und zehn weitere Fanzines, die gut sind, weil sie alle jedesmal speziell sind: Das kann was über Malerei sein, das kann was über Bildhauerei sein, das kann was über industrielle Musik sein oder sowas. Aber in ihrer Art halt gut sind. Insgesamt macht das aber nur zwanzig Fanzines

SF: Ihr gebt momentan keine Konzerte?

LT: Manchmal bietet man dir Konzerete an, und wenn du dann mitkriegst, daß die Organisation beschissen ist, daß der Ordnungsdienst sich so wichtig nimmt, daß er schon faschistisch ist, na dann muß man eben auch nein sagen können und nicht jedem Auftritt hinterherrennen und egal zu welchem Preis und egal zu welchen Bedingungen spielen wollen.
Wir haben uns entschlossen momentan keine Konzerte mehr zu geben, weil wir nur noch Konzerte machen wollen, die mit dem übereinstimmen, was wir denken. Das heißt, daß alle Konzerte, die zu teuer sind oder politisch uneindeutig sind oder wo in der Organisation des Konzerts Leute sind, die politisch nicht korrekt sind, die machen wir nicht. Das heißt, wir werden alle 3 Monate oder alle 6 Monate einen Auftritt haben, wir werden vielleicht wenig machen, aber jedesmal wird es ein Konzert sein, das uns interessiert. Was wir so Gruppen wie etwa Dirty District vorwerfen ist, daß sie um jeden Preis egal wo, egal in was für Umständen und egal mit wem auftreten.
Aber es geht jetzt nicht speziell um die. Es gibt halt so ein Phänomen, daß jetzt Gruppen, die um jeden Preis auf Tour gehen wollen, deshalb bereit sind Zugeständnisse zu machen, die wir nicht akzeptieren wollen.

SF: Würdet ihr auch in Deutschland auf Tournee gehen für besetzte Häuser – z.B. die Hafenstrasse?

LT: Das Ding ist halt, daß es in Frankreich einfach für uns ist, Konzerte zu machen, weil wir Kontakte haben, Leute kennen und weil wir selber in der Lage sind Konzerte zu organisieren. Aber im Ausland haben wir keine Kontakte und sind deshalb auch nicht in der Lage Konzerte zu organisieren. Ich mein, wenn jetzt Leute im Ausland interessiert sind, klar für so Sachen, für besetzte Häuser und so, gibt's überhaupt kein Problem, da fahren wir hin. Das haben wir auch schon gemacht. Wir haben in der Schweiz, in Bern, in der »Roten Fabrik«, ich weiß nicht, ob du die kennst? - wir haben da gespielt ohne nach der Kohle zu fragen, weil das mit der Kohle, haben wir gesagt, könnten wir auch hinterher klären. Wenn viel Geld übrigbleibt, o.k. dann nehmen wir auch was. Wenn das aber ein Konzert von Leuten ist, die Geld brauchen oder in Schwierigkeiten sind, dann wollen wir nur unsere Unkosten ersetzt haben. Deshalb spielen wir auch regelmäßig in der Schweiz. In Genf spielen wir etwa für die »Villa Fiasko« oder in Bern die »Rote Fabrik«. Sobald das politisch in Ordnung ist, ist es für uns auch in Ordnung, die Sache zu unterstützen.
Weißt du, die Washington Dead Cats, das sind unsere Kumpel und die haben in Österreich gespielt, in Wien haben sie sich dann geweigert aufzutreten. Warum? Sie sind nach Wien gekommen und sie wußten nicht, daß das Ding auf dem sie auftreten sollten nur von Nazis organisiert worden ist und die Leute, die da waren hatten alle so Nazi T-Shirts an. Sie haben in Deutschland auf einem »Psycho-Festival« spielen sollen, sie kommen da an und der ganze Saal war voller Skinheads mit Nazi-T-Shirts, 80% der Leute waren so, also haben sie da nicht gespielt.
Neulich haben sie aber auch in Deutschland gespielt; ich weiß nicht, ob du davon gehört hast, in Berlin und so und da gab es überhaupt kein Problem, weil das politisch klare Leute waren, die das Konzert organisiert haben. Wir haben jetzt die Position, daß wir nur noch dann spielen, wenn die Konzerte von politisch klaren Leuten organisiert sind. Während der Weltmeisterschaft spielen wir vielleicht auf einem Konzert in Italien, auch mit politisch klaren Leuten. Für uns gibt es da überhaupt kein Problem in Deutschland, mit Leuten, die gut drauf sind, zu spielen.

SF: In Deutschland sind momentan die Gruppen, die bereit sind umsonst bei Soli-Konzerten aufzutreten sehr schwer zu finden...

LT: Was wir lediglich wollen, Deutschland ist halt weit weg, daß man uns das Fressen und das Benzin ersetzt.

SF: Das ist doch wohl normal.

LT: Ein Soli-Konzert zu machen, stört mich überhaupt nicht. Ich ziehe es vor ein Wochenende nach Deutschland zu fahren anstatt ein Wochenende in Paris rumzuhängen und nichts zu tun. Wenn du so Sachen machst, Kohle an Leute abdrückst, denen das was nützt, dann machst du was Sinnvolles. Es ist nicht nur Musik

machen überhaupt keine Konzession, sie spielen nach wie vor nur an billigen Orten, nur für korrekte Leute und leben trotzdem von ihrer Musik. Das ist gut, weil das eine extreme Situation ist, eine anti-kommerzielle Situation, und gerade weil sie so extrem drauf sind, gelingt es ihnen trotzdem von ihrer Musik zu leben. Das beweist, daß man von einer Musik, die nicht im System des Show-Business funktioniert, und daß wenn man entsprechend seiner Einstellung lebt und macht, was man will, trotzdem von seiner Musik leben kann. Du bist nicht gezwungen Zugeständnisse zu machen und die Hosen runter zu lassen.



Photo: Theo Heimann

machen, um der Musik willen, egal wo. Andere Gruppen sind auch so drauf. Da gibt's z.B. die Kamioners du Suicide, die so Sachen machen...

SF: Gibt es vielleicht sonst noch Sachen, die über die Bewegung des Rock alternatif zu sagen wären?

LT: Beispielsweise wenn wir Platten machen, dann bezahlen wir selbst das Studio und nachher, wenn wir den Verkaufspreis kalkulieren, ziehen wir das Studio ab, damit die Platte weniger kostet, d.h. daß wir erstmal draufzahlen und unsere Kosten erst dann wieder reinkriegen, wenn wir eine bestimmte Auflage überschritten haben. Wir waren die einzige Gruppe, die das so macht. Wir waren zu extrem, also waren wir nie wirklich da drinn, keiner hat uns das nachgemacht.
Bis auf die Kamioneurs, die auch bereit sind, bei dem was sie machen, drauf zu zahlen, weil sie eben auch der Ansicht sind, daß Musik kein Waschmittel ist und das, was sie machen eben gerne machen. Wenn du Musik machst, ist das wie ein Hobby. Wenn du Tennis spielst oder Ping-Pong dann zahlst du auch drauf, aber es ist dein Hobby, den Steckenpferd. Die Leute, die Angeln gehen oder so verdienen auch nichts dabei, aber es macht ihnen Spaß. Bei uns ist das auch so, Musik ist unser Hobby, unser Steckenpferd und es ist politisch. Aber es ist halt beides, es ist nicht nur Politik. Da gibt's die Kamioners, Laid Thénardier aber sonst keine anderen Gruppen, die das so machen. Das liegt auch daran, daß die anderen Gruppen von ihrer Musik leben, die Musik zu ihrem Beruf machen wollen. Was die nicht kapieren ist, daß wenn du von deiner Musik leben willst und 'alternatif' bleiben willst, dann ist das ein Unfall. Du mußt schon »Bérurier« heißen oder »Ludwig van 88« damit sowas passiert. Das sind die einzigen Gruppen, die das so machen können.

SF: Wie reagieren die darauf, auf einmal viel Geld zu verdienen, viele Platten zu verkaufen?

LT: Die reagieren da gut darauf, weil sie so weiter machen wie bisher, d.h. sie

Anmerkungen:

1 SCALP bedeutet ausgeschrieben »Séction carrément Anti Le Pen« (Konsequente Anti Le Pen Sektion). Unter dem Namen SCALP treten die allermeisten militanten Antifa-Gruppen in Frankreich auf.

2 Rock against expulsions-Konzert gegen die ähnlich wie in der BRD sich in Frankreich zuspitzende Ausweisungspolitik gegen ImmigrantInnen.

3 Die Zeitung »Contre« (Gegen) erscheint sporadisch bei Bedarf und steht theoretisch der italienischen Autonomia Operaia nahe. Überwiegend Berichte aus den Sozialen Bewegungen. Im Verhältnis zu anderen Zeitschriften der französischen radikalen Linken wenig dogmatisch, mit Schwerpunkt auf Einschätzungen und Analysen.

4 Belleville ist die Bronx von Paris

5 Bérurier Noir ist die erfolgreichste Gruppe des Rock Alternatif. Sie verkauften mehrere 10.000 Platten, haben sich inzwischen aber aufgelöst.

6 *Reflexes* ist das Infoblatt der radikalen Antifa in Frankreich.

Auswahldiscographie:

Berurier Noir:
LP: Abracadaboum
LP: Souvent fauché – toujours marteau
Maxi: Jls veulent nous tuer, Bondage (Label)

Haine Brigade: Kontakt: Gougnaf-land, 35 rue Burdeau, F- 69001 Lyon, Tel. 78285420
LP: Sauvages, B.B.R. Productions 1987

Les Kamioners; Kontakt: c/o SPA, 5 rue Caplat, F-75018 Paris
Single: La java des bons enfants/decolonisation; Autonomie ouvrier combattant records (Label)

Laid Thénardier: Kontakt: c/o Octobre, B.P.781, F-75124 Paris. CX 03
Maxi: Le cou pranché sourire Ka-byle/ samedi foir dimache matin, 35F.

Ludwig van 88:
Maxi: Louison bobet*
LP: Houlala II, la mission
Maxi: Guerriers balubas, (Bondage)

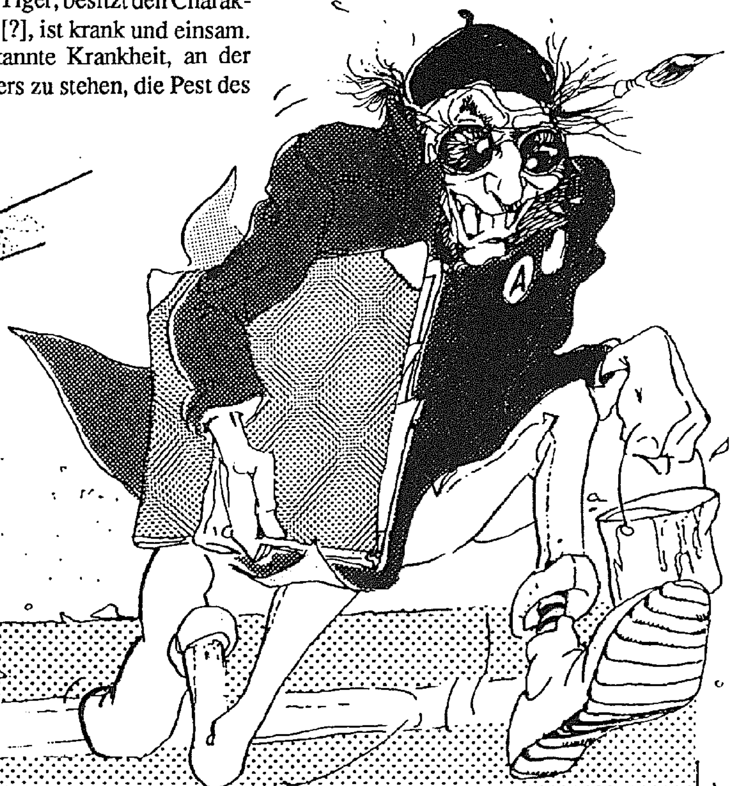
Washington Dead Cats: Kontakt: 391 rue de Pyrenäe, F-75020 Paris, Tel. 43 49 31 34
LP: Go Vegatable '60
Maxi: Pizzaattacke
LP: Gore a billy-boogie (Bondage)

Zeitschriftenrevue anarchistisch/autonomer Zeitschriften aus Frankreich

Diese (kleine) Collage über französische Zeitschriften aus dem anarchistisch/autonomen Spektrum erhebt nicht den Anspruch, die Inhalte der jeweiligen Schriften inhaltlich und kritisch zu diskutieren. Sie soll nur vermitteln, was – auswahlweise – in Frankreich publiziert wird, welche Themenschwerpunkte dort behandelt werden und für darüber hinaus Interessierte einige Adressen bekanntgeben. Sämtliche Zeitschriften und Broschüren sind auch zentral über die Auslieferung *»Anarchiste«* erhältlich – ein Buchladen in der *Rue de Amelot 145* in Paris.

Die erste Zeitschrift kommt aus Lyon und heißt IRL, (Informations et Reflexions Libertaires). Vor mir liegt die Nr.84 vom März 1990 mit den Schwerpunktthemen: Radioaktivität, Schweiz ohne Armee, der Psychoanalytiker Otto Gross und eine Skizze über eine fiktive anarchistische Frau im Zusammenhang von Alter und Tod. (Das Thema "Tod" wird, wie wir feststellen werden, noch häufiger in den französischen @-Zeitschriften eine Rolle spielen). Hier ein kurzer Einstieg in das nicht mehr nur satirisch anmutende Portrait, das von einem Mann geschrieben wurde: Die anarchistische Frau heißt Anne. Ein hübscher Vorname. Sie ist gerade 40 Jahre alt und hat zwei Kinder. Sie arbeitet als Journalistin bei einer libertären Zeitschrift. Ein hübscher Beruf. Sie ist geschieden. Normal. Ich weiß nicht, ob sie schön ist, aber sie macht mich verrückt. Das ist vielleicht normal, aber sie ist lebendig, wie ein Tiger, besitzt den Charakter eines Hundes [?], ist krank und einsam. Sie hat eine bekannte Krankheit, an der Schwelle des Alters zu stehen, die Pest des 20. Jahrhunderts. Diese Umstände lassen ihre Haut gelb werden und verursachen Ekel... – Literarisch und philosophisch betrachtet eventuell ein Genuß, aber wahrscheinlich arbeitet hier ein Mann seine midlife-Ängste über Tod und Alter am Körper von Frauen ab. In dem IRL-Artikel über Schweiz ohne Armee steht die bundesdeutsche Graswurzelrevolution Rede und Antwort. *[IRL, c/o ACLR, 13 rue Pierre Blanc, F-69001 Lyon; 32 S., 20 F (ca. 6.-DM), A-4-Format.]*

Die folgende Zeitschrift kommt aus der schwulen Männerszene. Ihr Name ist »Androzine« und das Schwerpunktthema der Nr.14/90 die alternative Rockszene und deren Texte im Verhältnis zu Homosexualität und Feminismus. Die Zeitschrift ver-



schickte einen Fragebogen mit 50 Fragen an Rockbands in Frankreich. Sie kam zu dem Schluß, daß nur wenige Bands ein politisches Bewußtsein entwickelt hatten, in welchem das alltägliche Leben einen hohen Stellenwert einnahm. Die Zeitschrift mit dem Emblem des zerbrochenen Gewehrs beschäftigt sich auch mit lesbischer und schwuler Knastarbeit. Deutsche Artikel sind mit einem Bierkrug, englische mit einer Teetasse gekennzeichnet. *Androzine, c/o B. Peuortier, BP 192, F-75623 Paris Cedex-13; 32S., 15 F (ca. 4,50DM).*

Die anarcho-syndikalistische Gewerkschaft CNT/AIT gibt die Zeitschrift *Le Combat Syndicaliste* (Der syndikalistische Kampf) und begleitende Infohefte heraus. Der Schwerpunkt des Infoheftes Nr.2, Febr./März 1990 liegt auf dem Thema Bildung. Es berichtet über die Bibliotheksmisere in Frankreich (verringerte Öffnungszeiten, Personalmangel etc.), informiert über die Brutto/Netto-Löhne von studierten und nichtstudierten IngenieurInnen, TechnikerInnen und Angestellten sowie über alternative Bildungsinstitute (sofern Institute alternativ sein können). Die Märznummer des Combat Syndicaliste (Nr.98, 1990) informiert über die ansteigende Zahl von Betriebsunfällen in Frankreich (Todesfälle + 6,9%, Verletzungen + 8,4%). Eine Genossin und ein Genosse, die beide im Universitätskrankenhaus in Lille arbeiten, berichten über die Verteuerung und Hierarchie im französischen Krankenhausbetrieb. *Le Combat Syndicaliste, 33 rue des Vignoles, F-75020 Paris; 10F (ca. 3.-DM)*

Die Zeitung *Svoboda* (Nr.2) aus Poitiers vorzustellen fällt mit etwas schwer – dazu benötige ich ein Wörterbuch über die französische Szenesprache. Aber ich möchte nicht versäumen, kurz auf ihre Existenz hinzuweisen. Sie wird gemacht von der »Groupe Berkman« und sie beschäftigt sich sowohl mit »alternativem« Rock als auch mit Neofaschismus. *Svoboda, Ceril BP 166, F-86004 Poitiers Cedex; 10F.*

Im südfranzösischen Perpignan wurde eine Broschüre über das »Eindringen der Ideen der extremen Rechten in die französische Gesellschaft« erstellt *(Les Pénétration des Idées de l'extrême droite dans la Sociéte française)*. Auf ca. 70 Seiten wird versucht, das Gedankengut faschistischer Gruppen zusammenzufassen und die Umsetzung in die Praxis aufzuzeigen, am Beispiel der Armee, der Arbeitswelt und in Bezug auf die Intellektuellen. Aus dem Bereich von Kunst und Kultur fallen die Namen Jean Raspail (Schriftsteller), Alain Delon (Schauspieler), Claude Autan-Lara (Filmemacher). Erhältlich: *Les Pénétrations..., B.P.233, F-66002 Perpignan Cedex, 70 S., 30 F (ca. 9.-DM).*

Das Doppelfaltblatt *Scalp Apache* hat ebenfalls den Abgesang auf den französischen Rock zum Thema, da er seinen eigentlichen Bereich verlassen habe und nun im Medienspektakel verkomme. Desweiteren informiert es über die europäische Gemeinschaft der Faschisten. *(5 F).*

La Troche, Nr.2/90 ist eine Broschüre, die – auf Schülerzeitschriftniveau – sich zu Gefangenenrepression und den politischen Veränderungen im Osten äußert. *La Troche, c/o JYD impasse du Pince-Loup Radonvilliers, F-10500 B.-le Château.*

La Cannibale ist eine broschürte Zeitschrift in Buchformat und nicht nur äußerlich ansprechbar. Sie erinnert formal an die neuere »Trafik« und setzt wie diese Themenschwerpunkte. Nr.2/87 behandelt das Thema »schwarz« in seinen vielfältigen Variationen: Negro Spiritual, schwarze Magie, das schwarze weibliche Geschlecht, schwarz als Farbe oder Nichtfarbe, schwarzer Humor und – das schwarze Begräbnis. »Le noir funéraire«, so der Autor Michel Ragon, hat einen schlechten Ruf, und der bleibt, weil die Farbe schwarz bis heute verpönt sei. »Funébre« (Begräbnis) reime sich (im französischen) auf »ténèbres« und das bedeutet Finsternis. Immer habe der Tod Verdunklungsmechanismen nach sich gezogen (Spiegelverhängen, Ausstellen der Uhren usf.), obwohl die Begräbniszeremonien bei höhergestellten Persönlichkeiten mit einem großen Spektakel verbunden waren. Die Farbe schwarz verschlingt das Licht. Nicht von ungefähr wäre die Farbe schwarz die Begräbnisfarbe der europäischen Welt... soweit Ragon. Aber setzen wir seine Gedanken ruhig fort: Weiß, die Farbe des Nichtverschlingens, ist die Begräbnisfarbe des Orients, auch die der Kinder und Engel. Europa ist schwarz und es ist deshalb selbstverständlich, daß es das »Hous« des Teufels ist. So sagt es Ragon nicht wörtlich, aber das steckt als "tieferer Sinn" hinter seinen Ausführungen, denen ich (hier einmal) bereitwillig folge. In der Gegenwart diagnostiziert Ragon das »Verschwinden« der Farbe schwarz in der Begräbnissymbolik, was mit dem Verschwinden des Pompösen bei Bestattungen einhergehe. Trotzdem, so Ragon, verschwinde nicht der schlechte Ruf der Farbe schwarz, und folge ich nun freiwillig den schwarzen Gedanken weiter, muß das etwas mit dem sinistren Charakter der Europäer zu tun haben, oder? *Cannibale* nennt sich selbst eine »Revue anarchiste«, die kulturorientiert und bissig geschrieben ist. Herausgegeben wird sie von der »freien Botschaft« (Messages Libres) und die gemischte, vorwiegend akademische Redaktion befindet sich in der *rue Amelot 145, F-75011 Paris; 50 F, ca. 15.-DM).*

Zum Schluß liegt noch eine Auswahl der anarchistischen Kultur- und Literaturzeitschrift La Rue vor mir, die den Zeitraum von 1976–1986 abdeckt. Eine neuere Nummer fand ich leider nicht, was aber nichts heißen muß. La Rue wird von der Groupe Louise Michel herausgegeben, das Redaktionskollektiv ist gemischt. Die Zeitschrift erscheint 3x jährlich und die erste Nummer muß im Herbst 1968 erschienen sein. Die Sondernummer (Nr.17, 1/74) hat sich dem Thema »Sexualität« angenommen (Sexualität und soziale Schicht, das Verhältnis der Intellektuellen zur Sexualität, Erotik, Pornographie und Anarchie – auch hierzulande Bekanntes aus jener Zeit). Die Nr.23 aus dem Jahr 1977 offenbart eine gewisse »Aneignung« der Zeitschrift durch bestimmte Gruppen. U.a. setzt sich die »Commission des Femmes« mit dem Verhältnis von Anarchismus und Feminismus auseinander und sie schreibt rigoros: »Die Frau, die die männlichen Regeln akzeptiert, die die Männer für sie bestimmt haben, akzeptiert damit, Transmissionsriemen der kapitalistischen Gesellschaft und des Imperialismus zu sein.« (S.39f.) Die Rolle der Komplizinnenschaft von Frauen wurde demnach schon früh formuliert, auch wenn die Frauenkommission zum Schluß des Kapitels – als sogenannte "Krönung" ihrer "Sieges" – eine Epoche der »fraternité« (Brüderlichkeit) verheißt.

Über das Verhältnis von Anarchismus und Banditentum und die anarchistische Art zu sterben, bei der es nahezu existentialistisch zugeht, berichtet La Rue (Nr.24, 3-4/1977. Das Sommerheft 1986 ist dem »freien Spanien« gewidmet, deutlicher gesagt: dem spanischen Anarchismus während der Zeit des Bürgerkriegs.

La Rue, 18, Grande Rue, Vert, F-78930 Guerville; zw. 15 und 35 F (4,50–10,50DM)

von Thea A. Struchtemeier



10 JAHRE

10 Jahre SF: 10 Jahre – Lust an der Politik

Wir laden alle LeserInnen, alle FreundInnen, alle MitarbeiterInnen und solche, die es endlich werden wollen, alle nimmermüden Anarchos und Anarchas, befreundete Redaktionen und letztlich alle, die Lust auf ein Fest haben herzlich ein.

Das Fest findet am Samstag, den 28.7.90 in Karlsruhe statt. Ort: Gewerbehof, Steinstr.23 (im Zentrum Karlsruhes).

Wir beginnen **um 15 Uhr** nachmittags. Irgendwann wird es eine Diskussionsrunde geben, in der Fragen an die Redaktion gestellt werden können. Ein Kinderprogramm wird vorbereitet, Jongleure und Gaukler treten auf... Politische Büchertische, Infostände werden aufgebaut. Zwei Musikgruppen spielen; und zwar die Karlsruher Band »City Sucks« sowie eine Independent-Group.

Wir denken an ein Zech-Mühsam-Programm, eventuell Cabarett und Eurer Phantasie, etwas beizutragen sind selbstverständlich keine Grenzen gesetzt!! Für das Angebot von (persischem) Essen ist gesorgt, für Getränke ebenfalls. Zusätzlich wird das Café des Gewerbehofs geöffnet sein. Übernachtungen können organisiert werden, dennoch ist es uns willkommener, wenn dies von Euch selbst geregelt kann; wer keine Connections nach Karlsruhe hat, melde sich bis zum 20.7. bei uns, damit wir einen Überblick bekommen, wieviele Schlafplätze organisiert werden müssen.

Das Fest kostet **keinen Eintritt**, es soll sich (wir rechnen mit ca.4000.- DM Vorleistungen) über Spenden und die Getränke selbst finanzieren, etwaige Überschüsse kommen der Zeitschrift zugute. Spenden bitte vorab auf das SF-Konto, denn wir verlieren sicher am Abend selbst den Überblick über das Ganze:

Fest-Spenden:
F. Kamann, PschA Stuttgart,
BLZ 600 100 30,
KtoNr. 574 63 -703.

Auf nach Karlsruhe!

Zuschriften btr. 10 Jahre SF

I

10 Jahre SF – kaum zu glauben wie die Zeit vergeht. Obwohl, auch ich gehöre nicht zu denen, die den SF seit Anfang an lesen. Ich stieß 1982, aufgrund meiner persönlichen politischen Meinungsbildung zum Anarchismus und recht schnell auf den SF. Ich glaube die Nr.6 war die erste Ausgabe die ich von Euch in den Händen hielt. Beeindruckt davon, mit dem SF so eine Art »Organ« für das, was mir so im Kopf herumschwirrt, gefunden zu haben, bestellte ich mir damals fix die alten Nummern incl. 0-Nr., wenn ich mich recht erinnere bei Anares in Gummersbach [heute Köln und noch immer einer unserer größten Wiederverkäufer, was gerade nach 10 Jahren auch mal erwähnt werden soll! SF-Red.] nach. So kann ich also nicht behaupten, den SF von Anfang an begleitet zu haben, trotzdem kann ich die Entwicklung des SF, so glaube ich zumindest, einigermaßen nachvollziehen. Nachvollziehen insofern, was er für mich bis heute bedeutet. Das wichtigste dabei ist wahrscheinlich, daß der SF mich irgendwie bei der »Stange« gehalten hat. Nach stürmischer Anfangszeit, Agitationsversuchen, Actions u.a., kam irgendwann die große Resignation, das Gefühl gegen Wände zu rennen und der Rückzug auf's Sofa.

Viel blieb dabei auf der Strecke, mein Optimismus und meine Kraft, die ich in den Anarchismus steckte. Auch andere Publikationen, die ich damals noch las, wie die *Aktion* und die *Trafik*. Sie vermittelten mir einfach nicht mehr viel bzw. nichts Neues. Nur der SF »überlebte« diese Phase, weil da eine Entwicklung zu spüren war, die Thematas nicht auf demselben Niveau stehenblieben, sondern immer wieder etwas rüberbrachten, mit dem ich mich identifizieren konnte, von dem ich lernen konnte und mit dem ich mich auseinandersetzen konnte/mußte/wollte. Ich wurde immer wieder daran erinnert, daß die Ideen von einer freiheitlichen Geselllschaft doch noch nicht vom Aussterben bedroht sind, daß sich der Kampf dafür weiterhin lohnt und die Weitergabe/Verbreiterung dieser Ideen vielleicht mit das Wichtigste ist.

Vieles wurde und wird im SF behandelt, welches man anderswo so nicht mitbekam. Ich erinnere noch

an solche Sachen wir die Auseinandersetzung mit den Nationalrevolutionären und Silvio Gesell. So im Nachhinein betrachtet, passiert es mir immer wieder, daß ich, wenn ich die älteren Ausgaben zur Hand nehme, feststelle, wie meine persönliche Entwicklung, z.B. auf kulturellem, literarischen Gebiet, irgendwann auch schon bei Euch dokumentiert wurde.

Carl Einstein, Franz Jung, Käpt'n Bilbo, Souchy, Thalmann, Janthur, Darien, die Umschläge der Nr.20, 21, 23 und 24 usw.usf.

Aber mir fallen auch Bleiwüsten auf und gleichzeitig die Schwierigkeiten sich durch Artikel regelrecht kämpfen zu müssen, weil sie von vorne bis hinten, na wie soll ich sagen, intellektuell oder wissenschaftsdeutsch durchsetzt sind. Nicht jeder Eurer Leser hat studiert! Aufgrund dieser Tatsache habe ich oftmals schon das Lesen eines Artikels abgebrochen. Es war zu anstrengend und somit verlor ich die Lust daran.

Nun das soll so meine persönliche Geschichtsbetrachtung des SF gewesen sein. Als Resümee bleibt mir nur zu sagen: Macht weiter so, denn ich denke, die Anarchoszene braucht so eine, ich möchte fast schon sagen, feste Institution wie den SF, heute mehr denn je.

Andreas Kröger, Berlin

II

Jubiläumsgrüße zu Freiheit und Glück

Jubiläumsnummer »10 Jahre Schwarzer Faden« geplant, lese ich in der letzten Ausgabe. Schon wieder ein Jahrestag! Na und? denke ich. Und doch bleibt mir der Redaktionsschluß 18.April im Kopf hängen. Soll ich einen Leserbrief hinschicken? Aber was schreiben? Ich lege die Gedanken daran erstmal beiseite. Ist ja noch genug Zeit bis dahin, um mir Näheres dazu einfallen zu lassen, in Ruhe. Aber dann brechen zwei, drei Wochen übermäßiger Arbeitsstress in unserem selbstverwalteten Betrieb herein und das Leben besteht fast nur noch aus Zurechtkommen mit dieser Situation. Genervt, abgearbeitet und müde.

Sicher schaffen wir es zusammen, mit dem über Jahre gewachsenen Vertrauen auch die anstrengenden Zeiten gemeinsam klarzukriegen. Das ist wichtig und selbst in der Routine des Selbstverwaltungsalltags immer wieder erlebbar. Aber es ist eben auch und vor allem der »Zwang des Marktes«, dem wir uns mit dem Schritt »Unternehmer« zu werden, ausgesetzt haben. Und manchmal sehne ich mich in die Zeit vor 10 Jahren zurück, in die Zeit der Fabrikarbeit, dort wo die Fronten noch klar waren, einfach zu greifen. In die Zeit, in der die situationistische Parole: »Arbeitet nie« eine ganz praktische Bedeutung für mich hatte – langsam arbeiten, Blaumachen, Sabotage. Wie gesagt, manchmal, um gleichzeitig zu wissen, daß es mir schon lange nicht mehr genügt auf alles nur ein plattes Feindbild zu stülpen, ein passendes Schema griffbereit zu haben. Das ist für mich nicht eine alibihaft vorgebrachte Form einer schleichenden Anpassung, sondern ein Teil der Verantwortung, die ich in Auseinandersetzungen versuche zu übernehmen. Die sich aus dem erlebten Erkennen in den vergangenen 10 Jahren ergeben hat. Aber immer auch ein Widerspruch, einer von vielen, die mich oft zerrissen, unklar lassen, traurig und enttäuscht, mit der Gefahr des Zynismus im Nacken. Und trotzdem oft auch froh, ausgelassen und mindestens zufrieden, die Widersprüche, die sich zeigen, überhaupt noch zu spüren, benennen zu können oder mich auf jeden Fall darum zu bemühen. Um in all den Gesprächen und Auseinandersetzungen mit anderen auch weiterzukommen. Manchmal mehr, manchmal weniger, auch zäh und mit Rückschlägen, mit Tränen, aber auch mit Lachen und Zuversicht. So daß die Veränderung in Bewegung bleibt, wirklich ist im Erleben.

Zurück zum Jubiläum. 10 Jahre – eine lange Zeit. Da sind noch zwei, drei Fäden in die Erinnerung im Zusammenhang mit Euch. Ein Brief von mir, datiert 24.April 1980, also fast auf den Tag genau vor 10 Jahren, an den »Schwarzen Faden«, voller Fragen an die Redaktion und ein längerer Antwortbrief von Wolfgang vom 28./29. April 80. Kleine Zeitdokumente, schon fast, die irgendwann in Amsterdam im Regel liegen?

Etwas später: Kronstadt-Kongress, Berlin – ein großer dunkler Raum, voll mit Leuten und ein junger Langhaariger am Eingang mit einem Stapel »SF« in der Hand: »Ich bin der Wolfgang vom Schwarzen Faden«, ein paar Worte mehr, »bis irgendwann«, wie im Brief und daraus sind 10 Jahre geworden, bis zum nächsten Brief, heute. Dazwischen noch ein Sommertag 1984, ein kurzer Brief von mir, geschrieben in der Küche, darin die Ankündigung eines Artikels von mir, der nie abgeschickt und x-mal überarbeitet drei Jahre später heftige Diskussionen im hiesigen Libertären Forum auslöste.

Was noch? Irgendwann in Karlsruhe in der Druckcoop ein paar Makulaturbögen vom letzten »SF«-Druck.

Und dann weiß ich eigentlich nie so genau ob ich auch die Rechnung bezahlt habe und freue mich, wenn die neueste Ausgabe im Postfach liegt. Fast schon ein Ritual – das Kouvert gleich aufmachen, und wenn es das Wetter zuläßt, die Zeitschrift im Park vor dem Postamt durchblättern, überfliegen, das Neueste aus der @-Szene, wie Familieninternas. Oder wenn's regnet gegenüber im stinkigen Bahnhofscafé sitzen und das, wie fast immer, grauenhafte Lay-Out begutachten, durch das den oft ausgezeichneten Fotos ihre Wirkung genommen wird. Schade, daß sie meistens untergehen in einem Verhackstück postautonomer Spaltenkleberei.

Aber was bleibt eigentlich vom Inhalt, den Artikeln hängen? Als Ganzes kann ich nur wenige Texte erinnern, bezogen auf die 10 Jahre. Es ist eher so, daß sich der Eindruck gefestigt hat im 'Schwarzen Faden' immer mal wieder auf Punkte zu stoßen, die mir auch wichtig sind. Das kann ein ganzer Artikel sein, oder auch nur eine Formulierung, ein Abschnitt, die anregen, einen brachliegenden Gedankenstrang in Bewegung setzen. Daraus ergibt sich, daß ich der einen oder anderen einen Text, der mir gefallen hat, weitergebe und wir davon ausgehend miteinander sprechen. Inzwischen bin ich ja auch als 'Wiederverkäufer' von einem Exemplar(!) pro Ausgabe tätig.

Wovon es allerdings einerseits noch zu wenig gibt und ich andererseits von dem im 'Schwarzen Faden'-Gelesenen am Bedeutendsten halte, sind die Passagen, die sich aus unterschiedlichen Standpunkten, Hintergründen und Biografien heraus, selbstkritisch mit einem 'Thema' auseinandersetzen. So daß das Interesse, die Beteiligung der Autorin oder des Autors dabei lesbar, und auch spürbar wird. So beschrieben, wegführt von der 'Themenabhandlung', bei der nur 'über etwas' geschrieben wird, anstatt 'von etwas'. Ich weiß sehr wohl wie schwierig das ist und will daraus auch kein 'Gesetz des guten anarchistischen Stils' ableiten. Aber ich denke, daß sich eine Lebendigkeit im Schreiben genau aus dem Spannungsverhältnis entwickelt, das zwischen subjektiv Erfahrenem und daraus allgemein Formuliertem besteht. Oder genauer ausgedrückt: die Details einer Situation, einer Erfahrung mögen äußerst vielfältig, komplex und nur für die Beteiligten verstehbar, nachvollziehbar sein. Eine allgemeine Ableitung daraus, eine Konsequenz oder Schlußfolgerung, die aus einer notwendigen Distanz, um nicht unverständlich intern zu bleiben, für Dritte geschrieben wird, sollte sich darum bemühen, die eigene Verbundenheit mit dem Geschriebenen deutlich zu machen. Um nicht zur stereo-typ-halbwissenschaftlichen Abhandlung zu verkommen, die andere nicht berührt und sich doch gleichzeitig auch von einem Anteilnahme einklagenden Betroffenenjournalismus unterscheidet. Wie gesagt, ich weiß, daß darin eine Schwierigkeit liegt, eine Gratwanderung, die ich im Übrigen nicht nur beim Schreiben sehe, sondern auch beim 'Sprechen im öffentlichen Raum'. Wer kennt sie nicht die krampfhafte Politversammlung, bei der einem vor öder Langeweile nicht nur die Füße einschlafen. Aber ich weiß auch, daß es anders gehen kann. Wenn sich die vordergründige 'Selbstsicherheit' parolenhafter Gewißheiten als brüchige Fassade erweist, die nur aus der Angst bestand, sich eine vermeintliche Blöße zu geben, obwohl es darum überhaupt nicht geht. Wenn der Mut zu sagen »ich weiß da zur Zeit auch nicht weiter«, »ich bin mir im Unklaren«, soviel bedeutender wird als jedes aalglatte Statement. Und wenn es dann erst spannend wird, für einen selbst und zusammen mit anderen, dann ist die Veränderung, die darin liegt, nicht ein leerer Begriff, der anspruchsbesessen mit Inhalt gefüllt werden muß. Im Gegenteil, dieser Moment der Veränderung genügt sich selbst..., bis zum nächsten tastenden, selbstzweifelnden Schritt auf der langen Straße zur Freiheit.

Jetzt bin ich doch etwas pathetisch zum Ende dieses Briefes gekommen.

R. Paseider, Heidelberg

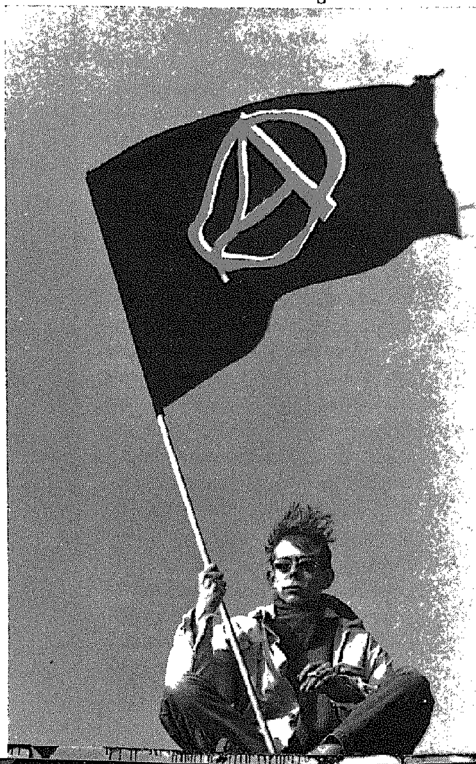


Photo: Umbruch Bildarchiv Berlin



III am SF entlang...

Warum ich, nachdem ich ihn ungefähr von der 5.Ausgabe an beziehe, immer noch am Schwarzen Faden hänge? Damals war ich Anarchist nach Gefühl, heute bin ich Anarchist aus Überzeugung. Der Schwarze Faden war in meiner Schule die Schülerzeitung. Auf die Namen der meisten Lehrer, mit denen ich mich weiterbildete, bin ich am schwarzen Faden entlang gestoßen.

Was mich an dieser Zeitung immer wieder freut, ist die von Anfang an saubere faire Redaktionsarbeit. Artikel werden mit den Autoren zusammen aufgearbeitet. Artikel, die der Meinung der Redaktion zuwider laufen, werden abgedruckt, aber auch Vorbehalte werden offengelegt und begründet, und begründet wird auch, warum die Meinung des Schreibers dennoch etwas für sich hat. Das alles ist nachlesbar im Konvolut der Ausgaben, es gibt keine Dreckhaufen, in eine Ecke gekehrt.

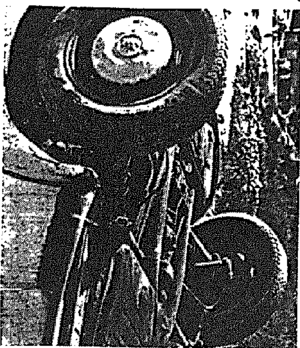
Es liegt in der Natur eines Periodikums, daß einzelne Dinge überschätzt werden. Vermutlich wüßte dieRredaktion, gäbe sie einen Reader heraus, sehr genau, welche Artikel sich mit Ablauf der Ausgabe überlebt haben. Ich selbst habe, aufgrund der Auseinandersetzung des SF mit »National-Libertären« (oder wie die Vögel heißen) inRadiosatiren das Gespenst eines ökologischen pseudo-libertären Faschismus heraufbeschworen. Heute hat sich die Mischung völlig verändert. Der Aufguß aus liberalem Kapitalismus, Ökologie und nationalem Romanchismus bildet heute, man versteckt es nicht mehr, einen Teil der CDU-Ideologie. Und die REPs sind wieder eine andere Sorte. Mit der Dampfwalze der »Marktwirtschaft« über die ganze ideologische Straße hinweg konnte niemand rechnen; selbst Öko-Faschisten und angebräunte Grüne haben da nichts mehr zu lachen.

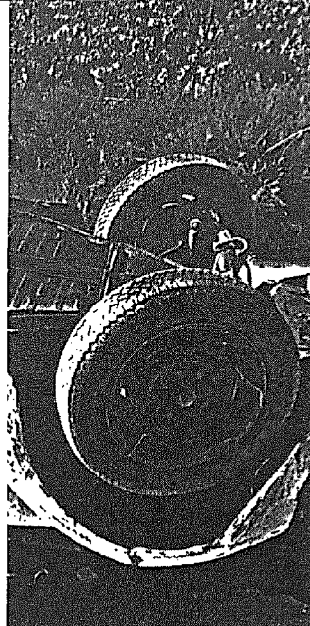
Über einzelne Artikel wollen wir nicht streiten. Gesamt ist der Schwarze Faden vorbildlich in seiner Redaktionsarbeit; die sind sich bewußt, was sie drucken; die holen selbst Artikel heran; die sind fair den unterschiedlichsten Strömungen gegenüber, halten dabei nicht mit ihrer eigenen Meinung hinter dem Berg; die können Artikel kommentieren ohne besserwisserisch zu erscheinen: eben weil sie es tatsächlich besser wissen; die zeigen in eigenen Artikeln von hoher Sachkenntnis immer wieder, was aus erwachsener, gebildeter und weiter gelernter libertärer Position zu den Ereignissen gesagt werden kann; und sie beweisen den oft langatmigen und schlecht geschriebenen Artikeln meist aktiver Anarchisten gegenüber große Langmut, weil sie deren ehrenhaftes Handeln kennen.

Vielleicht kann die Redaktion einmal ihre eigenen Entwicklung über 10 Jahre dokumentieren. Vielleicht auch kann sie für die nächsten 10 Jahre eine Art Proöm erstellen, mit den Hauptfragen, an denen sie sich orientieren wird. Die Hauptfrage scheint mir, ob Anarchie in der hoch vernetzten Kommunikationsgesellschaft der »westlichen« Hemisphäre unmöglich geworden ist, oder gerade durch sie möglich werden kann. Oder ob an anderer Stelle des Planeten eine Gesellschaft sich zur Anarchie entscheidet und welche Voraussetzungen dafür bestehen müßten.

In diesem Sinn wünsche ich der Redaktion Schwarzer Faden erst einmal weitere 10 Jahre, und damit es dann nicht heißt: *Du hast ja nur 10 Jahre gewünscht!* laß ich die Wunschmühle schon mal für nach 2000 vormahlen. Was die Katholiken mit Gebeten machen, müßte auch bei uns funktionieren, und wenn nicht: ich habe ja keinen Klingelbeutel dafür aufgehalten.

Hel, Düsseldorf





btr. SF-32 – Die Bombe/ Situationisten

... zum »Schwarzen Faden«, der mir sehr gut gefallen hat, möchte ich noch zwei Hinweise geben, die sicherlich auch für Eure LeserInnen von Interesse sind.... Von Frank Harris ist Mitte der sechziger Jahre seine umfangreiche, dreibändige Autobiographie »Mein Leben und Lieben« in deutscher Übersetzung erschienen (mittlerweile natürlich längst vergriffen). Als Ergänzung dazu erschien Ende der sechziger Jahre (auch vegriffen) von Alexander Trocchi: Frank Harris. Alexander Trocchi wiederum gehörte in den frühen sechziger Jahren zur Situationistischen Internationale.

Hans Appalt, Köln



Photo: Theo Heimann



Alte SF-Nummern

Um neuen AbonenntInnen oder Interessierten die Gelegenheit zu geben, einen besseren Einblick in unsere bisherige Arbeit zu bekommen, machen wir folgendes Angebot: Für 3 alte Ausgaben nach Wahl schickt ihr uns einen 10.- DM Schein, Überweisung oder Briefmarken. Welche Nummern ihr haben wollt, schreibt ihr dabei. Zur besseren Orientierung hier die Inhaltsangaben der noch lieferbaren Nummern. Einzeln nicht mehr lieferbar 0-15. Nr.18, 23 nur noch in wenigen Exemplaren vorhanden!)

Nr.16: Venedig-Berichte * Barbara Köster über Feminismus und Anarchismus * John Clark über Die Ware * Zur Wendepolitik * IWF-Kritik * Selbstverwaltung bei Indios * Atommüllpriester * Über Oskar Maria Graf * Fritz Scherer über die "Bakuninhütte" * Nachruf auf Otto Reimers

Nr.17: Günter Hartmann über Industrialismus-Kritik * Sozialstaat oder Marktanarchie * Murray Bookchin über Natur- und Evolutionsverständnis * Chile-Widerstandstage * Egon Meusel über den Fall Casas Viejas im Vorfeld des span. Bürgerkriegs

Nr.18: Herby Sachs über Theater * Medienwerkstatt Freiburg über Videofront Wider die Vereinnahmung * Über Carl Einstein + Rede über Durruti * Jörg Auberg über das andere Amerika im Film * Jean Vigo: Ich sage Scheiße zu Ihnen! * CNT-Nachlaßstreit * Irische Knäste (I)

Nr.19: Unruhen in Griechenland * Murray Bookchin über libertären Kommunalismus * Anarchismus und Mystik * Uracher Kommune 1919 * Ulrich Klan über Frauen in der FAUD * Irische Knäste (II)

Nr.20: Anti-NATO-Kongreß * Militarisierung der UdSSR und USA * Horst Blume über Bruch mit den GRÜNEN * Lutz Bredlow über Unruhen in Spanien * Interview mit Clara Thalmann (I) * Gottfried Mergner über Deutschen Kolonialismus * Kritik an Barclays Anthropologieansatz

Nr.21: Kritik an GRÜNEN und Selbstkritik * Glotz Hegemoniemodell * VOBO * Staatskritik * Interview mit Clara Thalmann (II) * Martha Ackelsberg über Mujeres Libres * Stammheim (Buch, Film) * Franz Jung * Libertarians * Antisemitismus in der Linken

Nr.22: Wolfgang Haug über Tschernobyl und die Asylanten * Wolfgang Pohrt über Linke und Ausländerpolitik * Umbauprogramm der GRÜNEN * Appelscha-Treffen * Augustin Souchy über Kollektivierung in Aragon * CNT heute * Garcia Lorca * Vierfarbmitteldruck Mexikanische Malereien von Georg Janthur * Rolf Recknagel über unbekannte Marut-Traven-Stories * Exilliteraturreihe bei Fischer * Erich Mühsam in der DDR * Ulrich Klemm über Anarchismus und Antipädagogik

Nr.23: FLI/Libertäre Zentren * Lupus über Versuch einer Neubestimmung autonomer Politik * Spaßguerilla * A-Kongreß in Australien * Damals: NSDAP-Mengede = Ex-Syndikalisten * Spanienfilme und der politische Standort der Regisseure * Neokonservativismus am Beispiel Späths * Robert Reitzel - der arme Teufel * Libertarians

Nr.24: Clara Thalmann (Nachruf, Text) * Anarchoseminar Arnoldshain * Wuppertaler Häuserkampf * Knast (I) * Exil/"Asylantenbehandlung" in Berlin * Stefan Schütz über Künstler und Gesellschaft * Hans Litten in der DDR * über Karl Otten * Libertäre in Ungarn * US-Basen in Grönland

Nr.25: Libertäre Tage in Frankfurt * (Textauszüge von den Lib. Tagen) *Berlin Kreuzberg - 1.Mai * Ralf Reinders über die Bewegung 2. Juni * Klaus Bittermann über Gedenkfeiern der Linken zum 2. Juni * Neue Männer und Arbeit * Frauenknast * Französische Streiks * Wolfgang Haug über Ernesto Sabato

Nr.26: Grüne New Age Politik * Alltag - Klasse - Strukturen schaffen * Malik-Beschlagnahmeaktion * Kulturkritik (I) * Rosella di Leo über Patriarchatskritik * Ökofeminismus? * Interview mit Murray Bookchin (I) * Geschichte der IWW (I) * Zukunft Osteuropas

Nr.27: Startbahn-danach * Strobl/Penselin * Amnestiedebatte * Deutscher Herbst (Bücherschwemme) * Detlef Hartmann über IWF * Wolfgang Haug über Alltag/Klasse * Interview mit Murray Bookchin (II) * Kulturkritik (II) über Jacob van Hoddis * Schriftstellerkongreß in Valencia

Nr.28: Panik und Politik (Kedichem-Antifa-Aktion) * Nationalrevolutionäre gescheitert * (Autonomes?) Selbstverständnis * Luciano Lanza über Utopie der Ökonomie * Geschichte der Wobblies, Teil II * Holger Jenrich über die Geschichte der Zeitschrift Befreiung * Jörg Auberg über Medienkritik * Filmkritik * Capek-Graphiker * Amnestiedebatte * Arbeitsdiskussion u.v.a.

Nr.29: Anti-IWF-Kampagne * Shell-Boykott * Putsch in Birma * Strobl - Beugehaft * Gegenöffentlichkeit * A-Szene (CNT, Themroc) * Kubat-Dreieck * DDR-Anarchos * Filmkritik * Medizinkritik * Interview mit Michel Foucault * Luciano Lanza über Ökonomie und Herrschaft * Mythos Kibbuzim * WRI-Treffen * Nachrufe (Bogerd, Guerin, Benner, Binder) * Diskussion - Vergewaltigung u.a.

Nr.30: Genkongreß-Bericht * Strobl-Brief * Antifa-Kongreß Berlin * Generalstreik in Spanien (Salamanca, Sevilla) * Medien und Europa von Herby Sachs * Knipselkrant - frontline * AKTION - Vergewaltigungssondernummer und Kritik ehemaliger MitarbeiterInnen * Interview mit INTERIM * FLI-Bericht * Interview mit Joseph Luden (Israel) + Kritik * Räterepublik 1919 am Beispiel Fürth von Michael Seligmann * Carlo Tresca - Italoamerikanischer Anarchist von Jörg Auberg * Deserteure * Gerd Arntz - Nachruf * Über Else Lasker-Schüler * u.a.

Nr.31: EG-Binnenmarkt: Industrieeuropa von Wolfgang Haug * Startbahn-Prozeß * Strobl-Prozeß * Zur Forderung nach freier medizinischer Versorgung im Knast * Leiharbeit in der BRD von Thomas Schupp * Häuserkampf in Köln * MediaPark * Anarchismus und Intellektuelle von Jörg Auberg * Rudi Dutschke * Left Green Network * Interview mit Rainer Trampert * (Wahl-)Parteien machen Real(o)politik * Wintex/Cimex * Interview mit Paco Cabello/CNT-AIT * Diskussion: Israel/Palästina * u.a.

Nr.32: China: Gesellschaft contra Staat * Strobl-Urteil/EMMA * Frauenhandel von Anita Wilmes und Monika Autenrieb * Autonomes Zentrum Wuppertal * 1.Mai in Kreuzberg * Rassismus in der Linken von Jürgen Tobegen * Roma/Sinti von Karola Fings und Frank Sparing * Interview mit Luis Fuentes/CNT-AIT * Interview mit Jean-Louis/CNT-F * Rez. zu Senna Hoy, April Carter und Schulverweigerung * Esoterik ändert nichts! von Hans A. Pestalozzi * Über den Graphiker Carl Meffert * Über den Dadaisten Walter Serner * u.a.

Nr.33: RadikaleLinke von Michael Wilk * Hungerstreik-Kritik von Gerhard Linner * Sozialer Ökofeminismus, Teil 1 von Janet Biehl * Situationisten damals und heute * Interview mit der KAS, mit der RADIKAL, mit Rio Reiser * Erich Mühsam-Gesellschaft * Namibia wird dekolonialisiert von Karola Fings * Gegenöffentlichkeit * Friedrich Wolf bei den Kapputsch-Kämpfen? von Wolfgang Fey * Romanauszug aus Frank Harris: »Die Bombe« * Rez. zu FIZZ, Bonnot-Bande, Der Dieb, Türkenghettos, GATT; Berichte, Meldungen etc.

Nr.34: Wi(e)dervereinigungsdiskussion (Degen, Bittermann, Haug, Sachs)* Entstehungsbedingungen des Rechtsextremismus heute von Siegfried Jäger * Fantifa-Bericht * SHELL und die Nazis * Sozialer Ökofeminismus, Teil 2 von Janet Biehl * Italienische Centri Sociali Autogesti, vorgestellt von Egon Günter * Die Anarchisten in Mülheim-Styrum nach dem Sozialistengesetz von Andreas Müller * Romanauszug aus Kurt Kläber: »Passagiere der 3.Klasse« * Herbert Read's Ästhetik von Ulrich Klemm * Rez. des Sonderhefts Anarchosyndikalismus der IWK, Rez. zur IAA-Geschichte, Rez. zu Frauenräten, einem autonomen Kulturzentrum u.v.a.

ANARCHI... VIERTELJAHRESSCHRIF...





SCHWARZER FADEN
VIERTELJAHRESSCHRIFT FÜR LUST UND FREIHEIT
Nr. 34 1/90 6.- DM



BAKTERIOLOGISCHE KRIEGSFÜHRUNG
THOREAUS »GEWALTFREIHEIT«
US-STRATEGIE
S. GESELL-KRITIK
LIBERTÄRE PÄDAGOGIK

10 JAHRE FEST

SCHWARZER FADEN

KINDERPROGRAMM

